

Politikfeldanalysen zur Lebensqualität in Wien

Vertiefende Untersuchungen zur sozialwissenschaftlichen
Grundlagenforschung für Wien

Studierendenarbeiten am Institut für Staatswissenschaft





Politikfeldanalysen zur Lebensqualität in Wien

Vertiefende Untersuchungen zur sozialwissenschaftlichen
Grundlagenforschung für Wien

Werkstattbericht
Oktober 2010

Impressum

Eigentümer und Herausgeber:

Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18
Stadtentwicklung und Stadtplanung
www.stadtentwicklung.wien.at

Projektleitung der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien“:

Karl Ucakar, Stefan Gschiegl (Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien)

Projektkoordination:

Johannes Gielge, Rainer Hauswirth, Karl Czasny (MA 18)

Redaktionelle und grafische Bearbeitung:

Stefan Gschiegl (Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien)

Technische Koordination:

Willibald Böck (MA 18 Öffentlichkeitsarbeit)

Lektorat:

Ernst Böck

Grafik Cover:

Büro Plansinn

Produktion:

MA 21 A, Referat Reprografie

© MA 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung 2010
Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-902576-34-7

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Einleitung	5
<i>Ucakar/Gschiegl: Partizipation und Lebensqualität</i>	7
<i>Ennser: Moveo ergo sum – Ich fahre, also bin ich. Sozialstruktur vs. Infrastruktur als Erklärungsfaktoren für die Verkehrsmittelnutzung in Wien</i>	21
<i>Schaupp: Die Wohnsituation von MigrantInnen in Wien: Das Konzept „ethnische Segregation“, subjektive Wahrnehmungen und Dynamiken</i>	31
<i>Kastner: Politische Partizipation von MigrantInnen</i>	43
<i>Kubicek: Das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen</i>	53
<i>Hampel-Fuchs: Gender Mainstreaming – ein Weg zu mehr Partizipation von Frauen in Wien</i>	61
<i>Berger: Ohne Schule kein Theater</i>	71
<i>Anreitter: Am Nordrand und in Boboville: Kultur erleben in Wien</i>	81
<i>Schmidt: Das öffentliche Freizeitverhalten der Wienerinnen und Wiener</i>	91
<i>Hajek: Die Zufriedenheit mit der Nahversorgung in Wien unter besonderer Berücksichtigung der „ethnischen Ökonomie“</i>	99
<i>Wolfram: Der Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Wohnsituation – Zufriedenheit mit Wohnung und Umfeld</i>	111
<i>Jancso: Wirtschaftliche Förderung und Arbeitszufriedenheit in Wien</i>	123
<i>Galehr: Soziale Chancengleichheit bei der Inanspruchnahme von institutioneller Kinderbetreuung in Wien</i>	133

Vorwort

Im Jahr 2008 wurde bereits zum dritten Mal nach 1995 (Leben in Wien) und 2003 (Leben und Lebensqualität in Wien) eine Großstudie zum Thema Lebensqualität in Wien durchgeführt.

Diese 2009 fertiggestellte „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien“ versteht sich als innovative Weiterentwicklung der Vorgängerbefragungen und verfolgte den Anspruch, alle wichtigen Lebens- und Lebensqualitätsbereiche aufzugreifen sowie die aktuellen Einstellungen der Wiener Bevölkerung und deren Veränderungen zu erfassen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie wurden bereits im Werkstattbericht 102 „Wiener Lebensqualitätsstudien – Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008 - Zusammenfassender Bericht“ publiziert.

Die Projektleitung der Studie lag beim Institut für Staatswissenschaften der Universität Wien. Die Koordination wurde von der Magistratsabteilung 18 der Stadt Wien wahrgenommen. Die Planung und Durchführung erfolgte in enger Kooperation

mit den verschiedenen Geschäftsbereichen der Stadt Wien. Ein Projektbeirat hat die Studie inhaltlich und wissenschaftlich begleitet.

Im Zuge der Grundlagenstudie hielt die Universität Wien ein Forschungspraktikum zum Generalthema „Politikfeldanalysen in urbanen Ballungsräumen – Indikatoren für Lebensqualität und Partizipation am Beispiel der Stadt Wien“ mit rund 30 Studierenden ab. In diesem Forschungspraktikum konnten die Studierenden bestehende deskriptive Auswertungen der Sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für die Bearbeitung der selbstgewählten Fragestellungen nutzbar machen.

Die inhaltliche Koordination und die Auswahl der Arbeiten erfolgten durch Karl Ucakar und Stefan Gschiegl von der Universität Wien. Der vorliegende Werkstattbericht möchte die besten Praktikumsarbeiten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Die MA 18 freut sich, die Studierendenarbeiten im Zuge der Reihe Werkstattberichte veröffentlichen zu können.

DI Thomas Madreiter

Abteilungsleiter der MA 18

Einleitung

Das Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien führte eine groß angelegte empirische Erhebung bei der Wiener Bevölkerung zur Beschaffung von aktuellen quantitativen Basisdaten über deren Lebenssituation durch. Diese Grundlagenforschung konnte mit Hilfe der Forschungsförderung der Stadt Wien verwirklicht werden. Die innovative Herausforderung im Rahmen dieser universitären Forschung lag in dem Anspruch, einerseits auf die bereits vorliegenden, aber zum Teil nicht mehr aktuellen statistischen und empirischen Daten aufzubauen und zugleich bestehende Datenlücken in jenen lebensbezogenen Bereichen, die für eine wissenschaftliche Auswertung und auch qualitative Analyse der Population und deren Lebensverhältnisse wesentlich sind, empirisch zu füllen. Der wissenschaftliche Anspruch dieser Studie lag darin, für alle wichtigen Lebens- und Lebensqualitätsbereiche Indikatoren zu bilden, die zu entsprechenden Fragen und Skalen operationalisiert werden. Dies betrifft nicht nur Fragen im Zusammenhang mit der finanziellen Haushaltssituation, den Wohnverhältnissen, der Mobilität und anderem mehr, sondern auch die wichtige Thematik der Partizipation der Bevölkerung an den städtischen Angeboten, Einrichtungen und an der Stadtentwicklung. Ausgehend von der Hypothese, dass für die Lebenszufriedenheit neben der Qualität öffentlicher Leistungen und Angebote insbesondere auch die Partizipation als zentrale Komponente der Demokratisierung und sozialen Teilnahme wichtig ist, wurden in dieser Studie diese beiden Aspekte verbunden. Die Zustimmung zu öffentlichen Leistungen beziehungsweise deren Legitimation hat in dieser Sicht also zwei miteinander verschränkte Voraussetzungen: die materielle Legitimation durch öffentliche Leistungen und die formale Legitimation durch Verfahren und Beteiligung.

Begleitend zu dieser Grundlagenstudie wurde im Projektzeitraum bis April 2009 ein Forschungspraktikum zum Generalthema „**Politikfeldanalysen in urbanen Ballungsräumen – Indikatoren für Lebensqualität und Partizipation am Beispiel der Stadt Wien**“ mit rund 30 Studentinnen und Studenten abgehalten. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Forschungspraktikums und deren empirische Grundlagen sollten dabei folgende übergreifende Themen inkludieren: Partizipation und Diversität; Wirkung der Partizipation auf die Lebenszufriedenheit, Fragen zur Diversitätspolitik und mögliche Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität. Bei allen relevan-

ten Themen wurden Fragestellungen in Bezug auf die derzeitige und die gewünschte Nutzung, Teilnahme, Mitbestimmung bzw. Partizipation mitberücksichtigt. Durch die unterschiedlichen Interessen und wissenschaftlichen Erfahrungswerte der Teilnehmenden (z. B. in Soziologie oder Raumplanung) zeichnen sich die Artikel in diesem Werkstattbericht durch eine hohe Trans- und Interdisziplinarität aus. Darüber hinaus hatten einige Autoren bereits Berührungspunkte zum weiträumigen Phänomen Stadt und Stadtverwaltung. In Analogie zur Grundlagenstudie bietet das vorliegende Werk eine breite Themenpalette an Artikeln, welche sich durchwegs durch ein hohes methodisches Forschungsniveau und theoretische Fundiertheit auszeichnen und einen etwas anderen Zugang zum interessanten und weiten Wissenschaftsgebiet der Stadtforschung ermöglichen.

Die inhaltlichen Koordinatoren möchten an dieser Stelle, stellvertretend für viele andere, drei Personen herzlich danken: Dr. Gert Feistritzer (IFES) für professionelle Durchführung der empirischen Forschungsarbeiten, welche Basis und Grundlage für die Entstehung dieses Werkstattberichts gewesen ist. Mag. Rainer Hauswirth (MA 18) für seine Hilfestellung bei besonderen Auswertungswünschen und als Kontaktperson zu diversen anderen Stellen in der Stadt Wien. Die dabei generierten vertieften Zusatzinformationen wurden dabei zu Garantien für die Qualität der Artikel. Zu guter Letzt sei noch Mag. Laurenz Ennser erwähnt, der durch seine hervorragenden Kenntnisse in SPSS die Analysemöglichkeiten der Autoren dieses Werkstattberichts erheblich erweitern konnte.

Ein besonderer Dank der inhaltlichen Koordinatoren gilt der Stadt Wien für die Förderung dieses Forschungsprojekts und des hier vorliegenden Werkstattberichts. Ohne deren Unterstützung und Engagement hätten dieses ambitionierte universitäre Forschungsprojekt und dadurch auch die hier nachzulesenden Artikel nie realisiert werden können.

Die inhaltlichen Koordinatoren

Univ.-Prof. Dr. Karl Ucakar
Mag. Stefan Gschiegl

Karl Ucakar und Stefan Gschiegl

Partizipation und Lebensqualität

Einleitung

Die politische Legitimation eines Gemeinwesens basiert einerseits auf seinen materiellen Leistungen, andererseits aber auch auf der sogenannten formalen Legitimation, also auf der „Legitimation durch Verfahren“ im Sinn von Luhmann. Die Verbindung dieser beiden Aspekte der politischen Legitimation bedeutet, dass politische Partizipation als Teil der Lebensqualität selbst angesehen werden muss.

Gesellschaftspolitisch bedeutsam ist die ausreichende Zufriedenheit oder Nicht-Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Beteiligung vor allem insofern, als anerkannte und als sinnvoll angesehene Beteiligungsformen auch zu mehr Beteiligung führen. Dafür ist aber auch mehr und insbesondere differenziertere Information eine wichtige Grundlage. Das ist Voraussetzung für die Fähigkeit, gesellschaftliche Entwicklungen, auch problematische, rational zu begreifen und zu beurteilen. Verantwortung tragende politische Kräfte sind aber auf die rationale Beurteilungsfähigkeit zumindest eines Teils der Gesellschaft, insbesondere der Wählerinnen und Wähler, angewiesen, damit sie auch notwendige aber nicht unbedingt populäre Maßnahmen ohne erhebliche Legitimationsverluste des politischen Systems durchführen können.

Für die demokratische Gestaltung der Kommunalpolitik ist es als Grundlage für politisches Handeln sicher wichtig zu wissen, welche Partizipationsangebote in welchen sozialen Schichten mit unterschiedlichen ideologischen Präferenzen am ehesten angenommen werden.

In diesem Beitrag werden die Antworten auf Fragen zum politischen System, also insbesondere „Demokratie und Parteien“, die „Determinanten der Meinungsbildung“, die „Einschätzung der Beteiligungsmöglichkeiten“, „tatsächliche und potentielle Beteiligung“, die „erwarteten Grundlagen der Politik“ und die „Einstellungen zu Wiener Wahlen“ analysiert.

Die üblichen sozialstrukturellen Variablen wie Geschlecht, Alter, Beruf und Einkommen, werden durch eine Variable ergänzt, die die Selbsteinstufung der jeweiligen Befragten anzeigt. Eine weitere Variable bezieht sich auf die Selbsteinordnung im sogenannten Links-Rechts-Schema. Zusätzlich ermöglicht das von der Universität

gemeinsam mit dem IFES erstellte Partizipationscluster die Analyse des aktuellen Partizipationsverhaltens im Zusammenhang mit dem zu erwartenden.

Die **Daten** für das Kapitel „Partizipation und Lebensqualität“ basieren auf 4200 telefonischen CATI-Interviews bzw. 150 Face-to-face-Interviews in der Muttersprache von Zuwanderern aus der Türkei und aus dem ehemaligen Jugoslawien im Zeitraum von Mai bis Dezember 2008. Gewichtungskriterien sind Bezirk, Alter, Geschlecht und Bildung.

1. Zufriedenheit mit dem politischen System und dem Parteiensystem

Zufriedenheit mit dem Funktionieren unserer Demokratie

Der empirische Befund zeigt, dass die Wienerinnen und Wiener mit dem Funktionieren der Demokratie mit deutlicher Mehrheit (64%) im Wesentlichen zufrieden sind.

Die diesbezügliche Frage lautet:

Sind Sie mit dem Funktionieren unserer Demokratie alles in allem gesehen ...?

Sehr zufrieden ... bis ... gar nicht zufrieden.

Im Hinblick auf das **Geschlecht** weisen die Frauen ein etwas geringeres Zufriedenheitsniveau im Hinblick auf das Funktionieren der Demokratie in der Kategorie „sehr zufrieden“ auf.

Erstaunlich ist das Ergebnis in der **Altersvariable**. Trotz aller Unkenrufe bezüglich jugendlicher Politikverdrossenheit sind die jüngeren Menschen wesentlich zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie als die älteren. Etwas weniger zufrieden als die ganz Jungen sind die 20 bis 29-Jährigen.

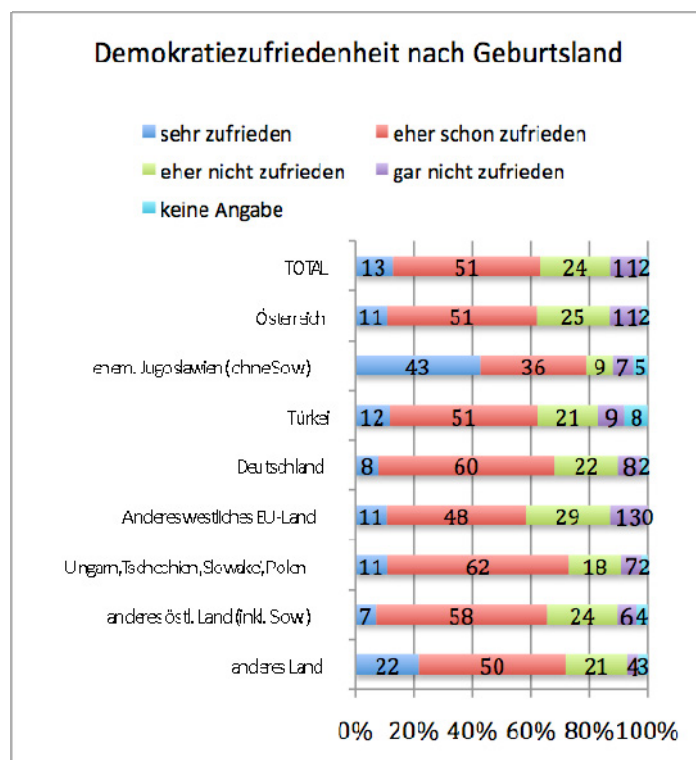
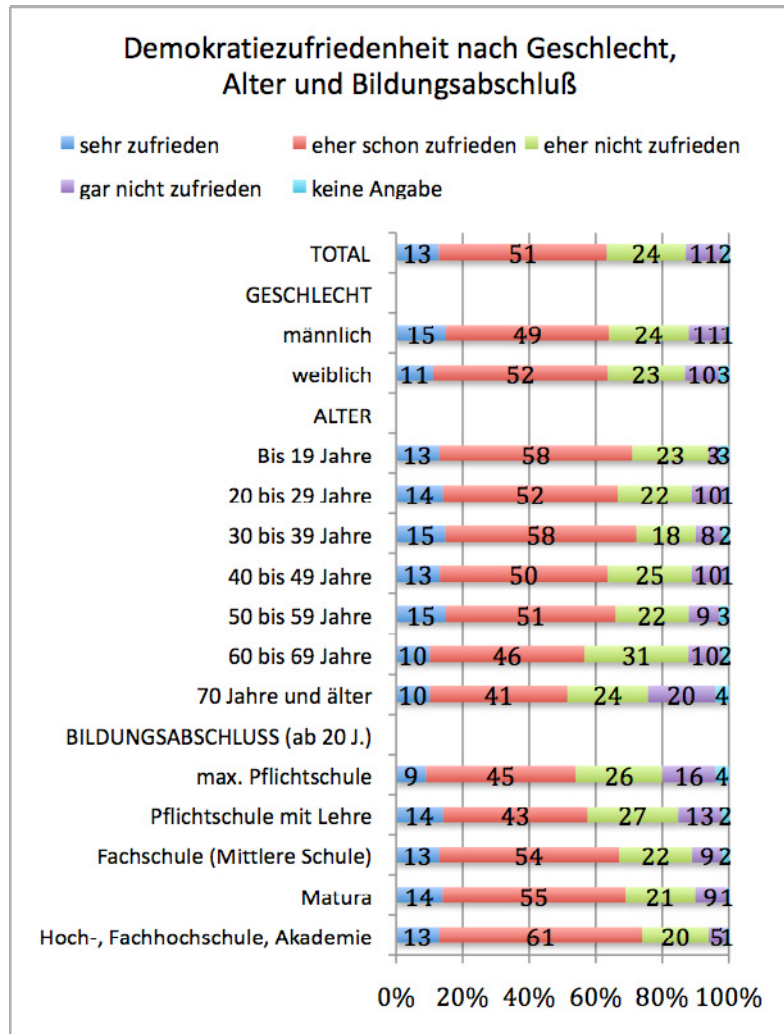
Die **Bildungsvariable** zeigt einen kontinuierlichen Anstieg der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie mit der Höhe der abgeschlossenen Schulbildung. Das ist im Hinblick auf den Zusammenhang von politischer

Partizipation und politischer Legitimation interessant.

Ein ähnlicher Anstieg der Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie, wenn auch nicht so kontinuierlich, zeigt sich auch beim **Haushaltsnettoeinkommen**. Die zusammengefassten Ausprägungen „sehr zufrieden“ und „eher schon zufrieden“ verteilen sich von 53% (bis 800 Euro), 60% (bis 1.350 Euro), 65% (bis 1.800 Euro), 64% (2.300 Euro), 65% (3.000 Euro) bis 70% (über 3.000 Euro).

Der **Beruf** und die Stellung im Beruf wirken sich auf die Demokratiezufriedenheit (Durchschnitt: 64%) in der Weise aus, dass höhere öffentlich Bedienstete und Freischaffende überdurchschnittlich zufrieden sind. HilfsarbeiterInnen liegen leicht über dem Durchschnitt (65%), FacharbeiterInnen weisen hingegen das geringste Zufriedenheitsniveau auf (51%), gefolgt von den Arbeitslosen mit 58%.

Während die Zufriedenheit derer, die einen höheren Berufsstatus haben, keiner weiteren Erklärung



bedarf, müssen bei den unterschiedlichen Demokratiebewertungen zwischen den beiden ArbeiterInnenkategorien zur Erklärung der Abweichungen politisch-ideologische Motive herangezogen werden. Aus Exit-Polls kennt man das unterschiedliche Wahlverhalten dieser beiden Kategorien, das vermutlich einen Teil der Varianz zu erklären vermag. Die Unzufriedenheit der Arbeitslosen ist verständlich und muss zu weiteren gesellschaftlichen Maßnahmen führen.

In der Variable „Geburtsland“ ist die positive Bewertung unserer Demokratie bei den Zugewanderten aus den ehemaligen Ostblockstaaten überdurchschnittlich und besonders auffallend hoch beim ehemaligen Jugoslawien. Die in der Türkei Geborenen liegen etwa im Durchschnitt.

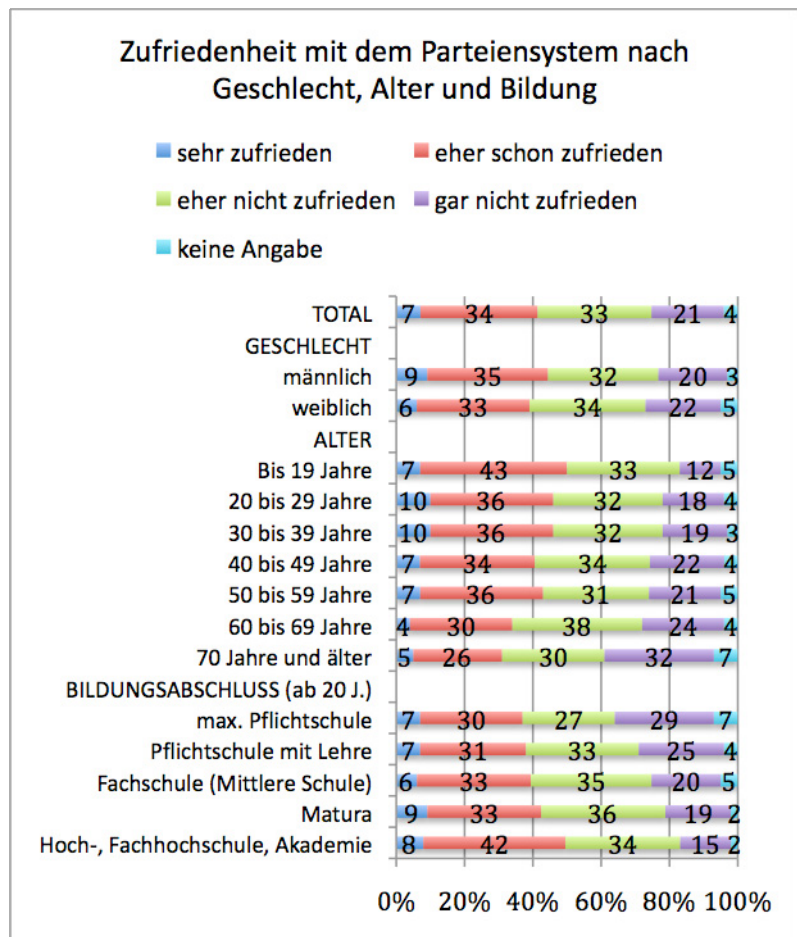
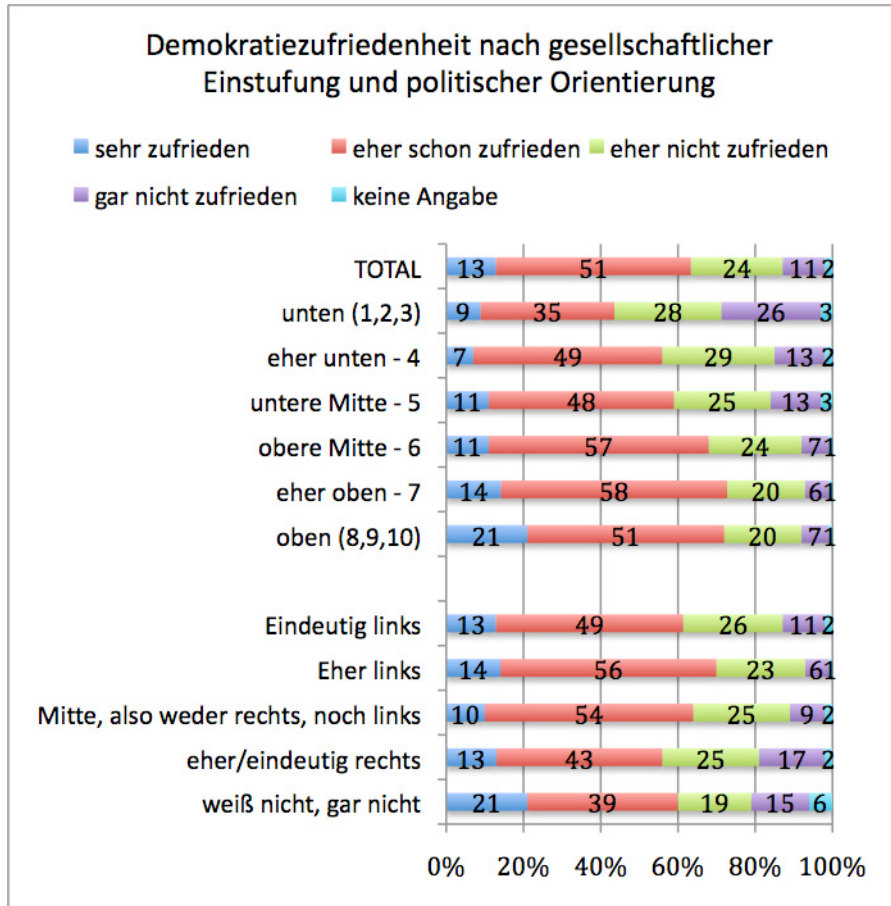
Die **Selbsteinstufung in der Gesellschaft** zeigt eine deutliche Treppe von unten nach oben im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Demokratie.

In der eigenen Zuordnung im einem **Links-Rechts-schema** zeigen die Mittelkategorien die höchste Zufriedenheit, und die, die sich eher oder eindeutig rechts einstufen, weisen den höchsten Grad an Unzufriedenheit auf.

Zufriedenheit mit dem politischen Parteiensystem

Die folgende Grafik, die die Zufriedenheit mit dem Parteiensystem nach Geschlecht, Alter und Bildung darstellt, ähnelt in erstaunlicher Weise jener mit der Demokratiezufriedenheit allgemein, allerdings sind die Zufriedenheitswerte in allen Kategorien um 10 bis 15% in Richtung „unzufrieden“ verschoben.

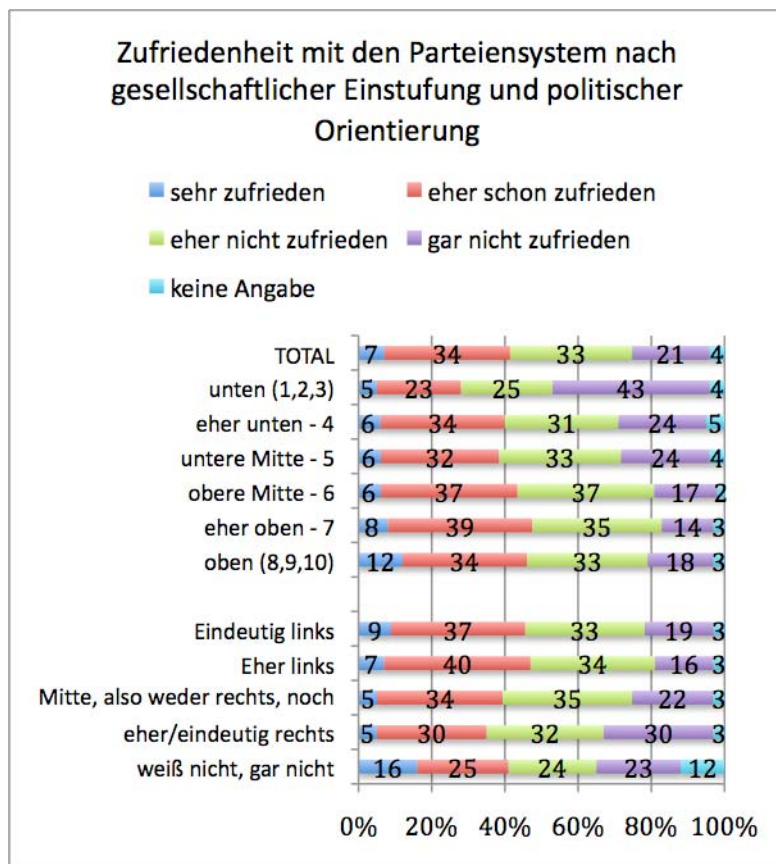
Das ist ein erheblicher Unterschied, der um so erstaunlicher ist, als die Demokratie ohne die Parteien schwer denkbar wäre. Diese Paradoxie ist zwar nicht neu, schon zu Beginn der 80er-Jahre wurde diese Diskrepanz zwischen der Legitimation der Institutionen der Demokratie und deren Trägern deutlich sichtbar. Zwei Erklärungsansätze scheinen plausibel zu sein: einerseits die Parteienkonkurrenz und andererseits die immer irrationaler werdende massenmediale Politikvermittlung. Trotz der immer wieder konstatierten Legitimationsverluste der politischen Parteien darf nicht



übersehen werden, dass sich ein nicht geringer Teil der politischen Partizipation nach wie vor in den politischen Parteien, insbesondere in deren Basisorganisationen, abspielt. Auch unabhängige Bürgerinitiativen agieren nicht immer ohne Verbindung zu einer politischen Partei. Auf der Basis teilnehmender Beobachtung darf angenommen werden, dass Parteiführungen allerdings die

Lebensstil der Menschen heute weniger als vor einigen Jahrzehnten.

Ähnliche Verschiebungen in Richtung Unzufriedenheit zeigen die Daten zu **Parteiensystem und Berufsstatus**.



Auch in der Variable „Geburtsland“ zeigen sich die angesprochenen Verschiebungen in Richtung Unzufriedenheit deutlich.

Die Variable „Haushaltsnettoeinkommen“ zeigt keine erheblichen Unterschiede vom Durchschnitt in den einzelnen Einkommenskategorien. Nur in der höchsten Kategorie (über 3.000 Euro) ist die Unzufriedenheit mit dem Parteiensystem etwas geringer als in den anderen Kategorien.

Eine nicht ganz so deutliche Parallelverschiebung zu Ungunsten der Parteien zeigt sich in der Variable „Selbsteinstufung“: Hier zeigt sich ein deutlicher Sprung von ganz unten nach eher unten. Am schlechtesten kommt das Parteiensystem in den Mittelkategorien weg.

Nach der **politisch-ideologischen Zuordnung** genießt das Parteiensystem in den linken Kategorien einen besseren Ruf als in den rechten.

„Transmissionsfunktion“ der „innerparteilichen Demokratie“ eher als Information über das Meinungsklima wahrnehmen, denn als Teil eines demokratischen Prozesses.

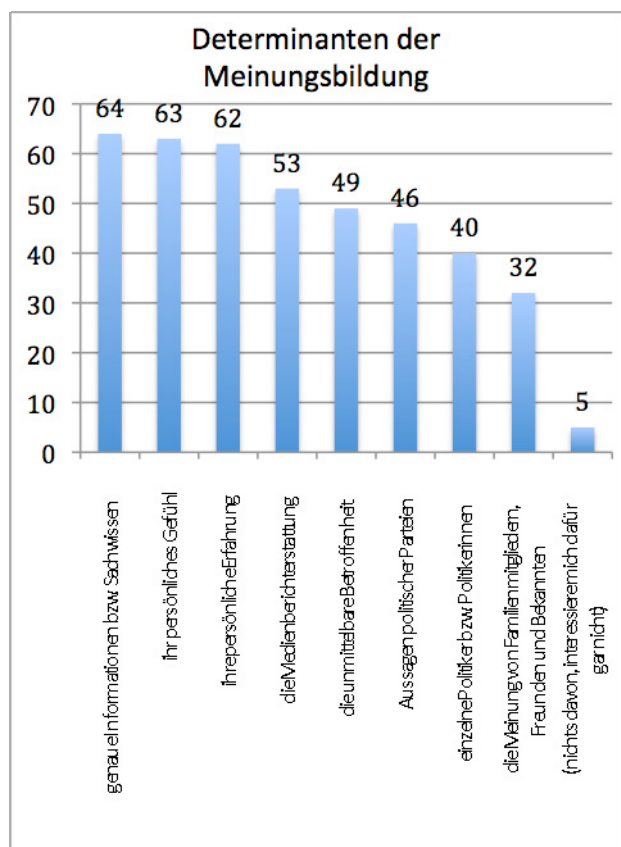
Es ist evident, dass die Idealvorstellung von Theoretikern wie Leibholz und Kelsen, die politischen Parteien könnten eine Surrogat der direkten Demokratie sein, nie vollständig zutraf und gegenwärtig unter den Bedingungen einer massenmedial geprägten Einstellungshaltung und eines schon in den 60- und 70-Jahren des vorigen Jahrhunderts konstatierten „Strukturwandels der Öffentlichkeit“ (Habermas) noch weniger als empirische Beschreibung der Situation der Parteiendemokratie erhalten kann. Die Menschen verorten ihre politische Identität nicht mehr in dem Ausmaß wie in der Ersten Republik im Rahmen der politischen Parteien. Zugleich und diesen Trend verstärkend bedeutet Parteiidentifikation für das tägliche Leben und den

2. Determinanten der Meinungsbildung

Als Grundlage ihrer Meinungsbildung geben die Befragten an erster Stelle eine genaue Information und Sachkenntnis an, schon an zweiter Stelle ihr persönliches Gefühl und – fast gleichauf – ihre persönliche Erfahrung. Mit einem gewissen Abstand folgen die Medienberichterstattung und danach die unmittelbare Betroffenheit. Dass Aussagen politischer Parteien und Aussagen einzelner PolitikerInnen ebenfalls zu über 40% als Grundlage der Meinungsbildung angegeben werden, ist angesichts der allgemeinen Parteienkritik beachtlich. Dass die Meinung von Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten an letzter Stelle rangiert, dürfte auch dem Umstand ge-

schuldet sein, dass Fragen wie diese natürlich auch zu einem Prestigeantwortverhalten verführen können. Dazu kommt, dass man sich bewusst sein muss, dass alle Einschätzungsfragen und Beurteilungsfragen auch Wirkungsmechanismen unterliegen, die den Befragten nicht oder nur zum Teil bewusst sind.

Was (davon) ist für Ihre eigene politische Meinungsbildung wichtig?



In den einzelnen Altersgruppen weichen die entsprechenden Nennungsanteile vielfach nicht sonderlich stark voneinander ab. Einige bemerkenswerte Spezifika sind hier aber anzuführen: Für die Jüngeren sind zu deutlich höheren Anteilen als für die Älteren die Aussagen der politischen Parteien für die eigene Meinungsbildung wichtig: Dies gaben rund 60% der unter 20-Jährigen kund; bei den 20- bis 49-Jährigen sind es rund 50%, bei den 50- bis 69-Jährigen etwa 40% und bei den über 70-Jährigen 30%.

Der diesbezügliche Stellenwert von einzelnen Politikerinnen und Politikern unterscheidet sich nach Altersgruppen hingegen so gut wie gar nicht: Jeweils rund 40% sagten, dass ihre politische Position von den politischen Akteuren bzw. von deren öffentlichen Auftritten mitbestimmt wird. Nur bei den 70-Jährigen und Älteren gehen auch da die Antwortquoten zurück;

deren politische Haltung ist im Regelfall wohl längst verfestigt – dementsprechend entfallen bei ihnen die meisten Antworten auf die persönliche Erfahrung und das eigene Gefühl.

Zu deutlich überdurchschnittlichen Anteilen gaben die unter 20-Jährigen auch an, dass die Meinung von Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten für ihre politische Sicht der Dinge wichtig ist. Dies wurde von 45% der Jüngeren bestätigt. Bei den Älteren liegen die entsprechenden Antwortquoten in der Bandbreite von einem Viertel bis zu einem Drittel. Leicht über dem Schnitt sind die Nennungsanteile bei den unter 20-Jährigen auch bei fast allen anderen abgefragten Bereichen. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich nur 6% der Jugendlichen als politisch so desinteressiert bezeichneten, dass von einer solchen Meinungsbildung gar keine Rede sein kann. Damit liegen sie in etwa im Gesamtschnitt.

Generell bzw. in Bezug auf alle erhobenen Quellen zur politischen Meinungsbildung deutlich unter dem Gesamtschnitt sind hier die Antwortquoten sowohl bei den aus den ehemaligen jugoslawischen Ländern als auch aus der Türkei Zugewanderten. Selbst die unmittelbare Betroffenheit bzw. die persönlichen Erfahrungen werden nur von einem Viertel von ihnen als diesbezüglich relevant erachtet.

Die gesellschaftliche Selbsteinstufung zeigt keinen eindeutig erkennbaren Anstieg von unten nach oben in den einzelnen Faktoren der Meinungsbildung. Die Unterscheidung zwischen links und rechts und den Nicht-Zugeordneten zeigt, dass die, die sich rechts oder eher rechts einstufen, im Hinblick auf die Meinungsbildungsfaktoren denen nahestehen, die angeben, nicht zu wissen, ob sie links oder rechts stehen oder gar keine Meinung haben.

3. Beurteilung der Partizipationsmöglichkeiten

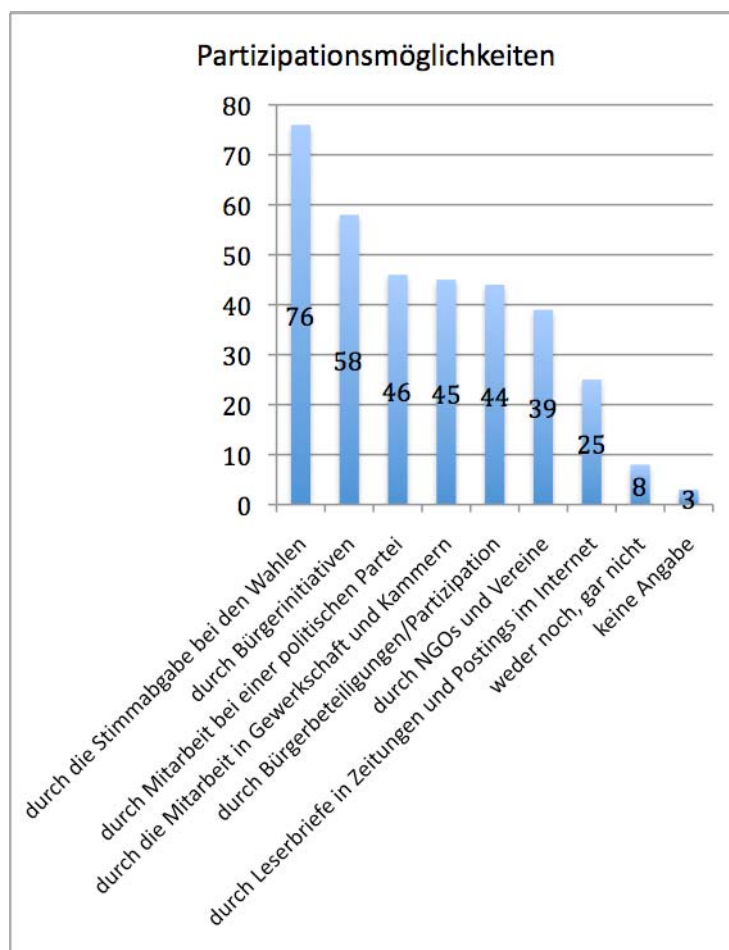
Die Stimmabgabe bei Wahlen wird von den meisten nach wie vor als eine echte Gelegenheit zur politischen Mitentscheidung angesehen. Überaus hoch sind auch die auf die Bürgerinitiativen entfallenden Nennungsanteile. Jeweils knapp die Hälfte der Wienerinnen und Wiener hält auch die Mitarbeit in politischen Parteien, in den großen Institutionen der Interessenvertretungen und bei Bürgerbeteiligungsverfahren für wesentliche Optionen, sich demokratiepolitisch einzubringen. Vier von zehn Befragten bestätigten dies auch in Bezug auf Aktivitäten in den einzelnen NGOs

und in Vereinen; ein Viertel hält dafür auch Leserbriefe und Postings für geeignete Mittel.

Nach Altersgruppen aufgeschlüsselt zeigt sich, dass die Teilnahme an Wahlen durchgängig zu Anteilen von über 70% genannt worden ist. Bis hinauf zur Gruppe der unter 60-Jährigen nannte rund jede/r Zweite die Mitarbeit bei einer politischen Partei und entsprechende Aktivitäten in den großen Institutionen der Interessenvertretungen (Kammern, ÖGB). Hohe Zustimmungswerten manifestieren sich auch durchgängig hinsichtlich der Teilnahme an Bürgerinitiativen, Bürgerbeteiligungsverfahren und der Mitarbeit in gemeinnützigen Betrieben und in Vereinen. Die unter 20-Jährigen liegen bei ihren Zustimmungen zum Teil sogar über dem Gesamtschnitt: Stimmabgaben bei Wahlen (78%), Mitarbeit bei einer politischen Partei (53%), Mitarbeit in Gewerkschaften und Kammern (29%), Bürgerinitiativen (56%), NGOs und Vereine (41%), Bürgerbeteiligungsverfahren (39%), Leserbriefe oder Internet-Postings (29%).

Die aus den jugoslawischen Ländern und aus der Türkei Zugewanderten sehen in der Teilnahme an Wahlen mehrheitlich ebenfalls eine echte Gelegenheit zur demokratischen Mitbestimmung (zu 55% bzw. zu 69%); bei so gut wie allen übrigen Partizipationsmöglichkeiten fallen ihre zustimmenden Antwortquoten aber deutlich geringer als bei der hier Geborenen oder aus den westlichen EU-Ländern nach Wien Gezogenen aus. Nur rund halb so viele von ihnen messen etwa der Mitarbeit bei einer politischen Partei, bei den Interessenvertretungen oder einer Teilnahme an Bürgerinitiativen und an Bürgerbeteiligungsverfahren ein größeres Partizipationsgewicht bei. Vergleichsweise höhere Nennungsanteile manifestieren sich bei den aus den nordöstlichen Ländern Zugewanderten.

Wie die vorangegangene Grafik zeigt auch die folgende Tabelle in der Zeile „Total“ die von den Befragten gesehenen Partizipationsmöglichkeiten. Bei dieser Frage waren natürlich Mehrfachantworten möglich, sodass die einzelnen Zeilen un-



terschiedliche Absolutwerte zur Grundlage haben. Die Zahlen in den Unterkategorien lassen nur einen Eindruck im Rahmen dieser einen Kategorie zu. Die in den einzelnen Kategorien angegebenen Partizipationsmöglichkeiten lassen sich aber sehr wohl mit dem jeweiligen Wert in der Zeile „Total“ vergleichen. Zum Beispiel gibt die gesamte Stichprobe zu 76% die Stimmabgabe bei den Wahlen als Partizipationsoption an. Die nächste Zeile (unten) zeigt, dass die untersten Schichten dies nur zu 61% so sehen. Dennoch ist der entsprechende Farbbalken fast gleich lang wie der in der ersten Zeile. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass die untersten Schichten bei der Mehrfachnennung zu weniger Nennungen optieren. Besonders deutlich wird das in der letzten Zeile.

Trotz dieser Einschränkung in den Darstellungsmöglichkeiten sagt die Tabelle aus, dass das Zutrauen zu Wahlen als Partizipationsmöglichkeit im Vergleich zu allen anderen potentiellen Partizipationsmöglichkeiten am höchsten ist. Bürgerinitiativen sind eher ein Mittelstandsphänomen wie auch die Mitarbeit in Parteien und Gewerkschaft. NGOs und ähnliche Vereine sind gesell-

	durch Stimmabgabe bei Wahlen	durch Bürgerinitiativen	durch Mitarbeit bei einer politischen Partei	Mitarbeit in Gewerkschaft und Kammern	Bürgerbeteiligungen und -partizipationen	durch NGOs und Vereine	Leserbriefe in Zeitungen und Postings im Internet	weder noch, gar nicht
TOTAL	76	58	46	45	44	39	25	8
unten (1,2,3)	61	46	36	38	35	29	26	18
eher unten - 4	76	59	42	47	40	35	24	5
untere Mitte - 5	74	54	42	41	41	33	24	10
obere Mitte - 6	79	65	54	52	51	44	27	4
eher oben - 7	83	68	53	52	52	49	26	4
oben (8,9,10)	80	57	49	47	44	44	24	6
Eindeutig links	77	58	53	52	45	43	24	8
Eher links	80	67	57	58	54	52	24	5
Mitte, also weder noch	77	61	44	45	45	39	26	6
eher/eindeutig rechts	78	56	45	40	41	31	28	7
weiß nicht, gar nicht	61	34	28	24	25	22	20	19

In Hinblick auf das Links-Rechts-Schema weichen nur die Nicht-Deklarierten erheblich nach unten ab, was die Bedeutung der Stimmabgabe bei Wahlen betrifft. Die Rechten fangen mit Bürgerinitiativen weniger an als der Durchschnitt, und im Hinblick auf die Mitarbeit bei politischen Parteien liegen die Linken weit über dem Durchschnitt, ebenso bei der Mitarbeit in Gewerkschaft und Kammern. Bürgerbeteiligung und Partizipation halten die Rechten nur unterdurchschnittlich für eine Möglichkeit der Beteiligung, ebenso wie NGOs und ähnliche Vereine. Unter dem Durchschnitt liegen die Linken bei Leserbriefen und Postings.

Die Daten legen den Schluss nahe, dass die Menschen, die neben den Wahlen auch andere und zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten suchen und praktizieren, auch die Stimmabgabe bei Wahlen für wichtiger ansehen als jene, die keine oder nur wenige zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten sehen oder für sinnvoll halten.

schaftlich weiter oben angesiedelt. Die Leserbrief- und Postingskultur ist, außer in der untersten Kategorie, in etwa gleich verteilt.

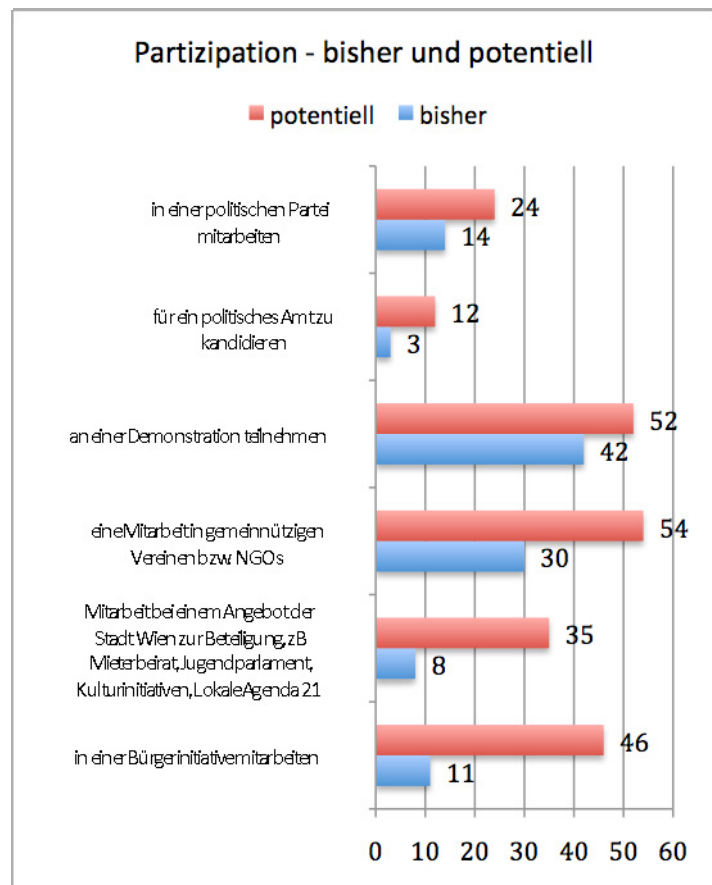
4. Partizipationsaktivität – bisher und potentiell

Frage 103. Ich lese nun einige Möglichkeiten vor, aktiv an der Lösung von Problemen in Wien bzw. in der Wohnumgebung mitzuwirken. Was davon haben Sie schon gemacht? (alle durchfragen)

Frage 104. Und wäre es für Sie persönlich denkbar, etwas davon (wieder) zu tun? (alle durchfragen) (Mehrfachnennungen sind möglich)

- in einer politischen Partei mitarbeiten.
- für ein politisches Amt zu kandidieren.
- an einer Demonstration teilnehmen.
- eine Mitarbeit in gemeinnützigen Vereinen bzw. NGOs.
- Mitarbeit bei einem Angebot der Stadt Wien zur Beteiligung, oder Mieterbeirat, Jugendparlament, Kulturinitiativen, Lokale Agenda 21.
- in einer Bürgerinitiative mitarbeiten.

Die Grafik weist die Anteile derer aus, die sich bereits einmal aktiv in der einen oder anderen Form eingebracht haben, wenn es



um die Lösung von Problemen in Wien respektive in ihrer Wohnumgebung gegangen ist. Gegenübergestellt ist das erhobene Partizipationspotenzial, das bei allen abgefragten Punkten deutlich höher als die bisherige Teilnahme ausfällt.

Bei den bisherigen im weiteren Sinne politischen Aktivitäten gibt es zum Teil große Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Die Mitarbeit bei einer politischen Partei war bisher primär eine Sache der Männer; von ihnen bestätigten eine solche 20%, von den Frauen hingegen nur 9%. Deutlich überdurchschnittliche Aktivitäten gaben die über 50-jährigen Männer an.

Von der Relation zueinander praktisch gleichförmig ist die Verteilung bei der Frage, ob schon einmal für ein politisches Amt kandidiert worden sei (Männer: 5%; Frauen: 2%). Vergleichsweise deutlich geringer sind die Abweichungen in Bezug auf frühere Teilnahmen an Demonstrationen (Männer: 46%; Frauen: 38%), an einer Mitarbeit in gemeinnützigen Vereinen (Männer: 35%; Frauen: 25%) und an Bürgerbeteiligungsangeboten der Stadt Wien (Männer: 9%; Frauen: 7%).

Auf die Frage, ob diese politischen bzw. partizipatorischen Aktivitäten für sie persönlich in Zukunft denkbar wären, fallen die Antwortverteilungen sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern durchgängig höher aus. Die Relation der Nennungsquoten zueinander fällt aber sehr ähnlich wie bei der Frage nach der bisherigen Teilnahme aus. Eine Mitarbeit in einer politischen Partei ist nur für rund halb so viele Frauen wie für Männer überlegenswert (Männer 32%; Frauen: 17%); hinsichtlich einer Kandidatur für ein politisches Amt sind die Unterschiede noch größer (Männer: 18%; Frauen: 6%).

Durchgängig zeigt sich bei der Frage nach einer künftigen demokratiepolitischen Partizipation, dass die unter 20-Jährigen eine solche entweder zu höheren Anteilen oder zumindest gleichermaßen wie die mittleren Altersgruppen in Betracht ziehen.

Die aus den jugoslawischen Ländern und aus der Türkei zugewanderten Personen haben an den genannten Aktivitäten bisher zu deutlich unterdurchschnittlichen Anteilen teilgenommen; an ein künftiges Engagement wird ebenfalls in einem viel geringeren Ausmaß als etwa von den hier Geborenen und den aus den westlichen EU-Staaten Zugezogenen gedacht.

Dies gilt für die türkische Wohnbevölkerung in einem noch höheren Maße als für die hier leben-

den Menschen mit einem jugoslawischen Migrationshintergrund.

Partizipation – bisher und potentiell mit einem Aktivitätsindikator

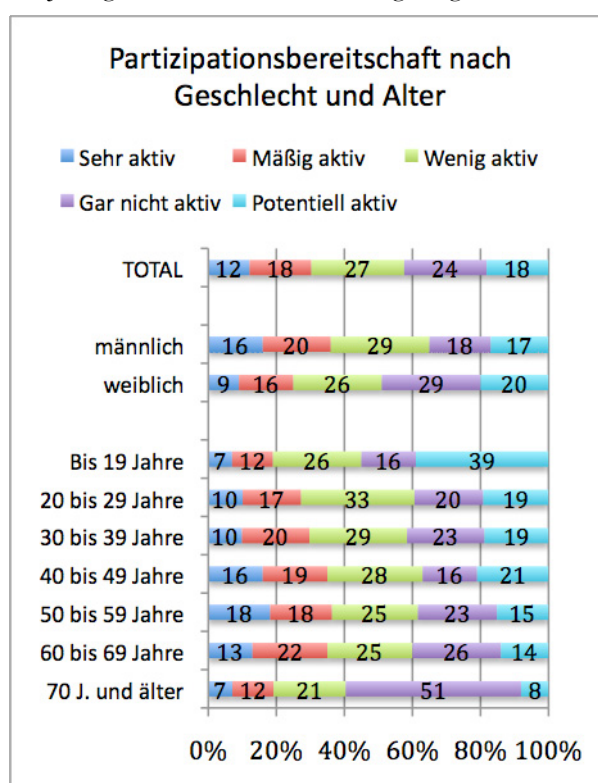
In Bezug auf die politische Partizipation wurde vom IFES gemeinsam mit der Universität Wien eine Typologie erstellt, wobei je nach Aktivierungsgrad (bisherige und künftig denkbare Aktivitäten) fünf Gruppen segmentiert wurden.

Basis für diese Berechnung sind die Antwortverteilungen auf die Frage, ob man schon einmal aktiv an der einen oder anderen Problemlösung in Wien bzw. in der eigenen Wohnumgebung teilgenommen hat und ob es persönlich denkbar wäre, dies einmal zu tun.

Als „sehr aktiv“ werden dabei die Befragten bezeichnet, die bei Frage 103 mehr als zwei Aktivitäten genannt haben, als „mäßig aktiv“ die, die bei Frage 103 zwei Aktivitäten genannt haben, „wenig aktiv“ im Sinne der Typologie sind die Befragten, die bei Frage 103 eine Aktivität genannt haben, und „gar nicht aktiv“ die, die null Aktivitäten genannt haben.

Als „potentiell aktiv“ sind im Partizipationscluster die, die bei Frage 103 null Aktivitäten und bei Frage 104 mindestens eine Aktivität genannt haben.

Die jüngeren Jahrgänge, insbesondere bis 19-Jährige, bezeichnen sich im geringsten Ausmaß



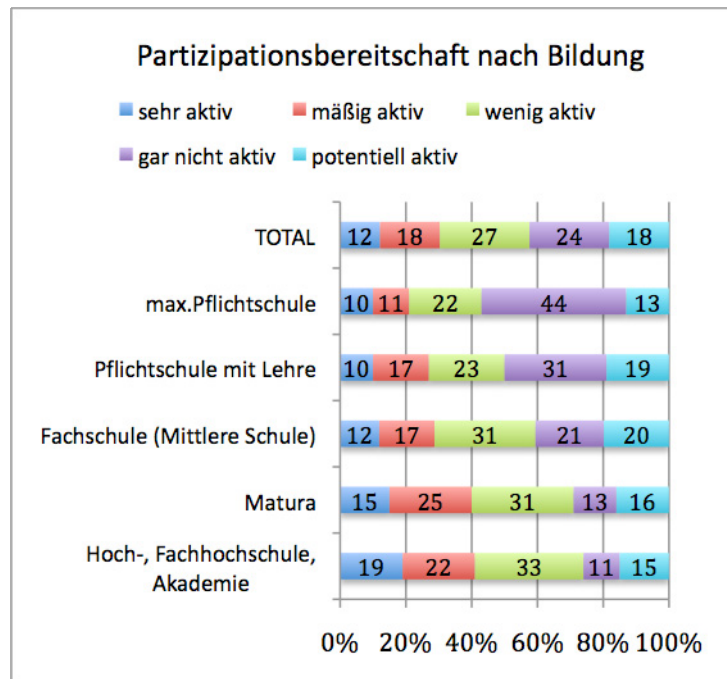
aktiv, sehen aber für sich ein hohes Beteiligungspotential. Die über 70-Jährigen bezeichnen sich auch als sehr wenig aktiv, sehen sich aber auch nicht als potentiell aktiv, sie sind zu über 50% inaktiv. Am aktivsten sind die 30- bis 60-Jährigen; sie liegen bei der Option „gar nicht aktiv“ unter dem Durchschnitt.

In der **Bildungsvariable** zeigt die Partizipation einen deutlichen Anstieg von der Pflichtschule zur Universität. Die Befragten mit dem niedrigsten Bildungshintergrund sind nahezu doppelt so inaktiv wie der Durchschnitt, wobei die Antwort „gar nicht aktiv“ in der Grafik am besten zeigt, wie deutlich der Zusammenhang zwischen abgeschlossener Bildung und gesellschaftlichen Aktivitäten und gesellschaftlichem Aktivitätspotential ist.

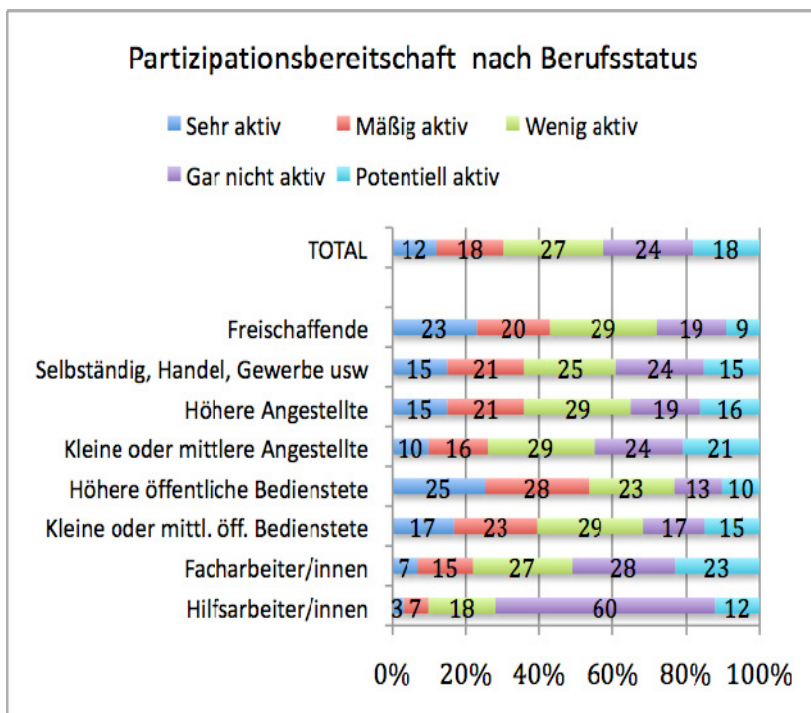
Die **Einkommensvariable** zeigt einen kontinuierlichen Anstieg der gesellschaftlichen Aktivitäten bis zur vorletzten Stufe. Über 3.000 Euro Einkommen nimmt die Aktivität wieder leicht ab. Befragte ohne eigenes Einkommen bezeichnen sich zwar weit unter dem Durchschnitt als aktiv, weisen aber die höchste Aktivitätsbereitschaft auf.

Nach dem **Berufsstatus** bezeichnen sich Freischaffende, höhere öffentliche Bedienstete und – mit einem gewissen Abstand – kleine oder mittlere öffentliche Bedienstete als überdurchschnittlich aktiv. Leicht über dem

Durchschnitt liegen die Selbständigen in Handel und Gewerbe und die höheren Angestellten. Am wenigsten aktiv sind die ArbeiterInnen, wobei die HilfsarbeiterInnen besonders inaktiv sind und auch nur in geringem Maß zukünftige Aktivitäten vorhaben. Nicht ganz so inaktiv sind die



FacharbeiterInnen, die in überdurchschnittlichem Maß angeben, zukünftig partizipationsbereit zu sein.



Partizipationsbereitschaft nach Geburtsland

Der Vergleich der in Österreich geborenen mit den Migrant- Innengruppen zeigt, dass in Österreich Gebürtige generell leicht überdurchschnittlich aktiv sind, gefolgt von den Zugewanderten, die in Deutschland geboren sind. Unter dem Durchschnitt liegen dann schon die Zugewanderten, die in anderen westlichen EU-Ländern zur Welt gekommen sind, gefolgt von denen, die in anderen östlichen EU-Ländern inklusive Slowenien das Licht der Welt erblickt haben. Die Gruppe der Zuwanderten, die in Ungarn, Tschechien, der Slowakei und in Polen geboren sind, bezeichnet sich zwar nur zu 8% als sehr aktiv, liegt aber bei „mäßig aktiv“

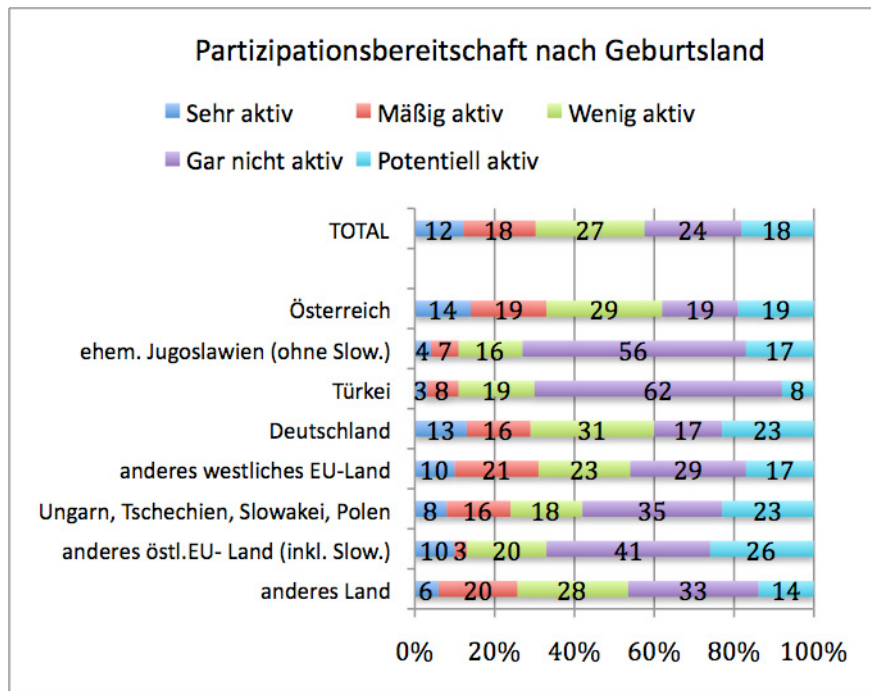
und „wenig aktiv“ im Durchschnitt und weist auch ein überdurchschnittliches Aktivitätspotential auf. Die Zugewanderten, die im ehemaligen Jugoslawien gebürtig sind, bilden die vorletzte Gruppe, vor den Zugewanderten, die in der Türkei zur Welt gekommen sind, die auch das geringste Aktivitätspotential aufweisen.

Partizipation und Partizipationsbereitschaft nach gesellschaftlicher Selbsteinordnung

Die Aktivitätsindikatoren in Selbsteinordnungsvariable weichen in den meisten Kategorien nur unwesentlich vom Durchschnitt ab. Das gilt auch für das Aktivitätspotential.

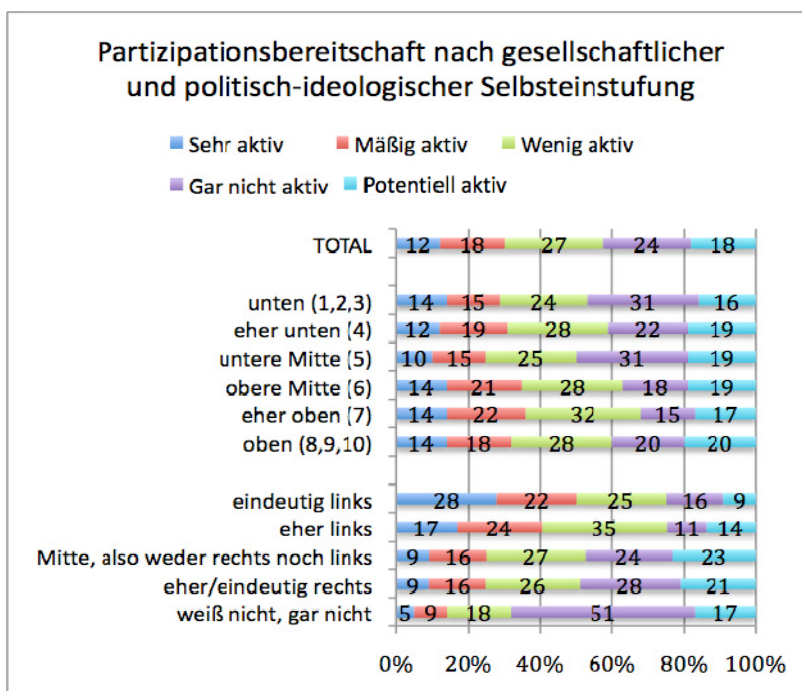
Partizipation und Partizipationsbereitschaft nach politisch-ideologischer Selbsteinordnung

In der Variable der eigenen politischen Zuordnung auf dem **Links-Rechts-Schema** ist auffallend, dass die, die sich als links bezeichnen, in der potentiellen Aktivität weit über dem Durch-



schnitt liegen. Hingegen bezeichnen sich die, die sich eher oder eindeutig rechts einordnen, als unterdurchschnittlich aktiv, weisen aber ein hohes Aktivitätspotential auf.

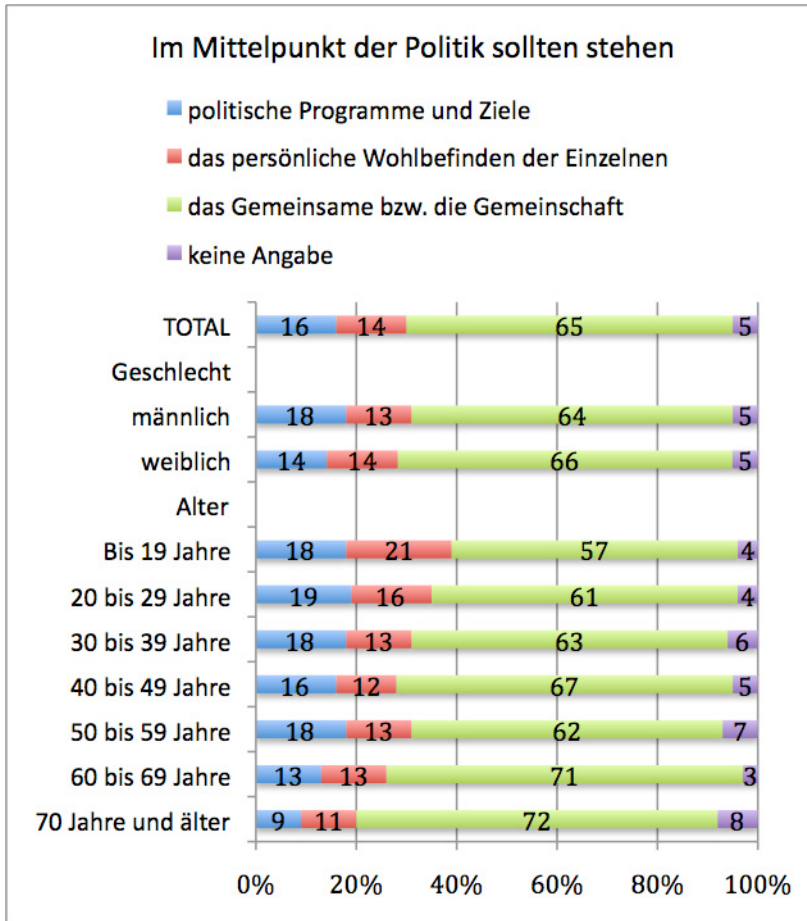
Die **Zufriedenheit mit dem demokratischen System** wirkt sich auf die Aktivitätsbereitschaft so aus, dass die „Sehr-Zufriedenen“ überdurchschnittlich aktiv, aber andererseits weit über dem Durchschnitt gar nicht aktiv sind; sie weisen auch deshalb das geringste Aktivitätspotential auf. Die „Eher-schon-Zufriedenen“ sind zwar unterdurchschnittlich aktiv, haben aber offenbar für die Zukunft Beteiligungsoptionen. Die „Eher-nicht-Zufriedenen“ sind die Aktivsten und die „Gar-nicht-Zufriedenen“ liegen geringfügig unter dem Durchschnitt.



Die **Zufriedenheit mit dem Parteiensystem** zeigt einen Teil der „Sehr Zufriedenen“ weit über dem Durchschnitt aktiv, und einen anderen Teil, der sich weit über dem Durchschnitt als nicht aktiv bezeichnet. Das Beteiligungspotential ist in dieser Kategorie am geringsten.

5. Anstrebenswerter Mittelpunkt der Politik

Was davon sollte Ihrer Meinung nach am ehesten im Mittelpunkt der Politik stehen?



Vor dem Hintergrund eines seit den 80er-Jahren beobachtbaren Wertewandels in Richtung Individualisierung und Entgesellschaftlichung, was für die politischen Strukturen und das politische System auch den Tendenzen der Entstaatlichung entspricht, wurde eine Frage nach dem anstrebenswerten Mittelpunkt der Politik gestellt. In diesen Mittelpunkt sollten nach Auffassung von 16% der Befragten politische Programme und Ziele stehen, für 14% das persönliche Wohlbefinden der Einzelnen und für die deutliche Mehrheit von 65% das Gemeinsame bzw. die Gemeinschaft. Für die befragten Frauen sind die politischen Programme und Ziele etwas weniger wichtig als für die Männer. In der Altersvariable zeigt sich die Tendenz der Entgesellschaftlichung und Individualisierung nur insofern, als für die jüngeren Jahrgänge das persönliche Wohlbefinden der Einzelnen wichtiger ist als für die älteren Jahrgänge. Bezüglich der politischen Programme und

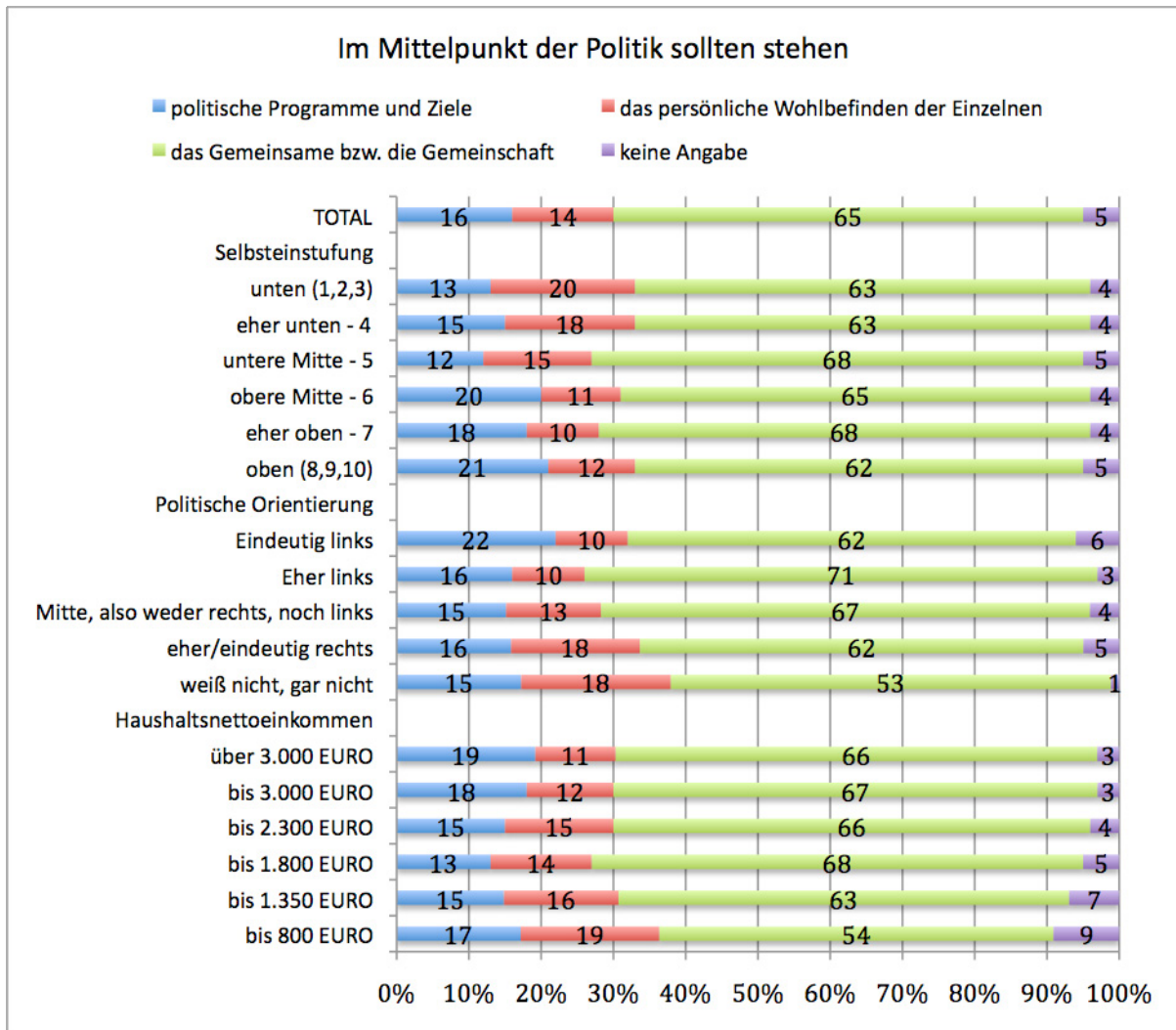
Ziele unterscheiden sich die Alterskategorien bis zu den 60-Jährigen kaum vom Durchschnitt, nur die Ältesten weichen vom Durchschnitt ab. Für diese ist das Gemeinsame bzw. die Gemeinschaft am wichtigsten.

Bei der gesellschaftlichen Selbsteinstufungsvariable fällt auf, dass in der Kategorie untere Mitte, zu der sich mehr als ein Viertel der Befragten bekennt, politische Programme und Ziele deutlich unterdurchschnittlich präferiert werden. Erst ab der sechsten Kategorie treten Programme und Ziele in den Vordergrund. In diesen Kategorien findet man das persönliche Wohlbefinden weniger wichtig, man könnte vermuten, weil man sich ohnehin schon wohl befindet. Das Gemeinsame bzw. die Gemeinschaft wollen alle Kategorien mit deutlicher Mehrheit im Mittelpunkt der Politik sehen.

Für die, die sich eindeutig links einordnen, sind politische Programme und Ziele weit überdurchschnittlich, das persönliche Wohlbefinden der Einzelnen unterdurchschnittlich und auch das Gemeinsame bzw. die Gemeinschaft leicht unterdurchschnittlich wichtig. Die, die sich in der Mitte einordnen, weichen nur wenig vom Durchschnitt ab. Und für die

Rechten ist das persönliche Wohlbefinden der Einzelnen überdurchschnittlich wichtig.

Das Haushaltsnettoeinkommen wirkt sich bei dieser Frage so aus, dass die mittleren Einkommenskategorien bei politischen Programmen und Zielen unter dem Durchschnitt liegen, beim persönlichen Wohlbefinden der Einzelnen im Durchschnitt und in der Kategorie „Das Gemeinsame bzw. die Gemeinschaft“ leicht über dem Durchschnitt.



6. Einstellung zu Wahlen

Die verbreitete Skepsis gegenüber den politischen Parteien ändert nichts daran, dass die große Mehrheit der Bevölkerung eine Teilnahme an Kommunalwahlen für wichtig ansieht.

Die folgende Frage wurde gestellt:

Welche Einstellung haben Sie zu den Wahlen zum Wiener Gemeinderat. Treffen da die folgenden Aussagen sehr, eher schon, eher nicht oder gar nicht zu?

Die vorgegebenen Alternativen waren:

- Es ist mir ein **Anliegen**, an der Wahl teilzunehmen
- Ich betrachte es als meine **Pflicht** als StaatsbürgerIn, an Wiener Wahlen teilzunehmen
- Ich befasse mich eher wenig mit Politik und habe **wenig Interesse** an Wahlen
- Eigentlich ist es ziemlich **egal**, ob man in Wien wählt oder nicht, man kann ja doch nichts ändern

Antwort- en	trifft sehr zu	trifft eher schon zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu	Nicht wahlberechtigt bzw. keine Angabe
Anliegen	61	20	5	5	9
Pflicht	65	17	5	5	8
Wenig Interesse	8	13	22	55	2
Egal	10	13	21	53	3

Acht von zehn Befragten sagten, dass es ihnen ein Anliegen ist, bei den Wahlen zum Wiener Gemeinderat teilzunehmen. Rund ebenso viele erachten es sogar als ihre Pflicht, diese demokratiepolitische Option auch zu nutzen. Jeweils jede/r Zehnte verneinte diese beiden Fragen; knapp ebenso viele gaben zu Protokoll, nicht wahlberechtigt zu sein. Bezogen auf die Wahlberechtigten belaufen sich die Zustimmungswerten somit auf rund 90%.

Welche Einstellung haben Sie zu den Wahlen zum Wiener Gemeinderat?

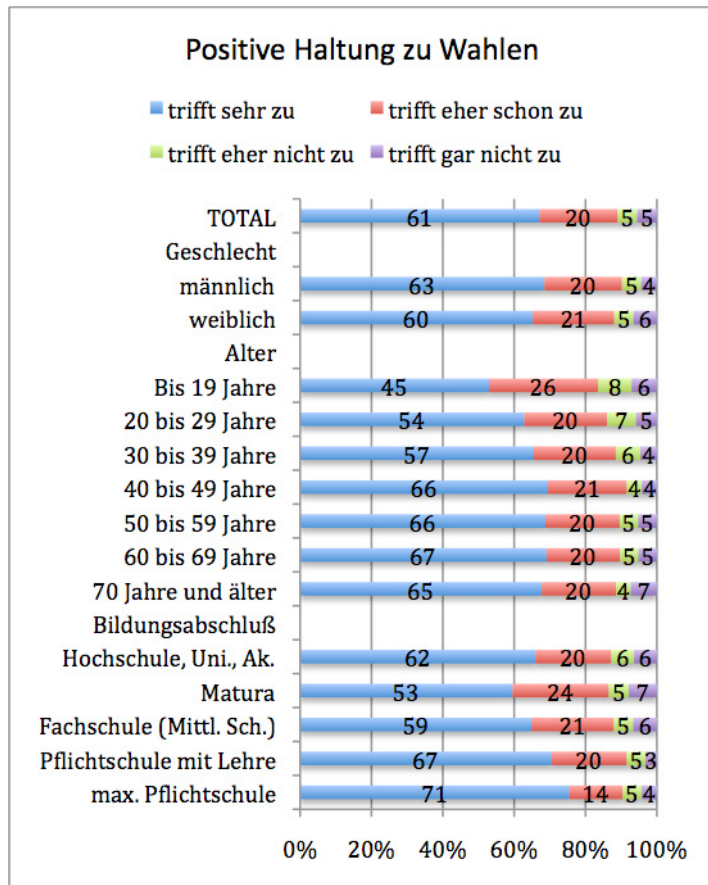
Es ist mir ein **Anliegen**, an der Wahl teilzunehmen

Bei der nebenstehenden Grafik, die die Antwortverteilungen differenziert nach dem Alter der Befragten ausweist, ist wieder zu berücksichtigen, dass bei den unteren und mittleren Altersgruppen die Anteile der Nicht-Wahlberechtigten überdurchschnittlich hoch sind. Unter Abrechnung dieser Gruppe beläuft sich auch bei den Jugendlichen die Quote derer, die dem zustimmt, auf insgesamt 82%.

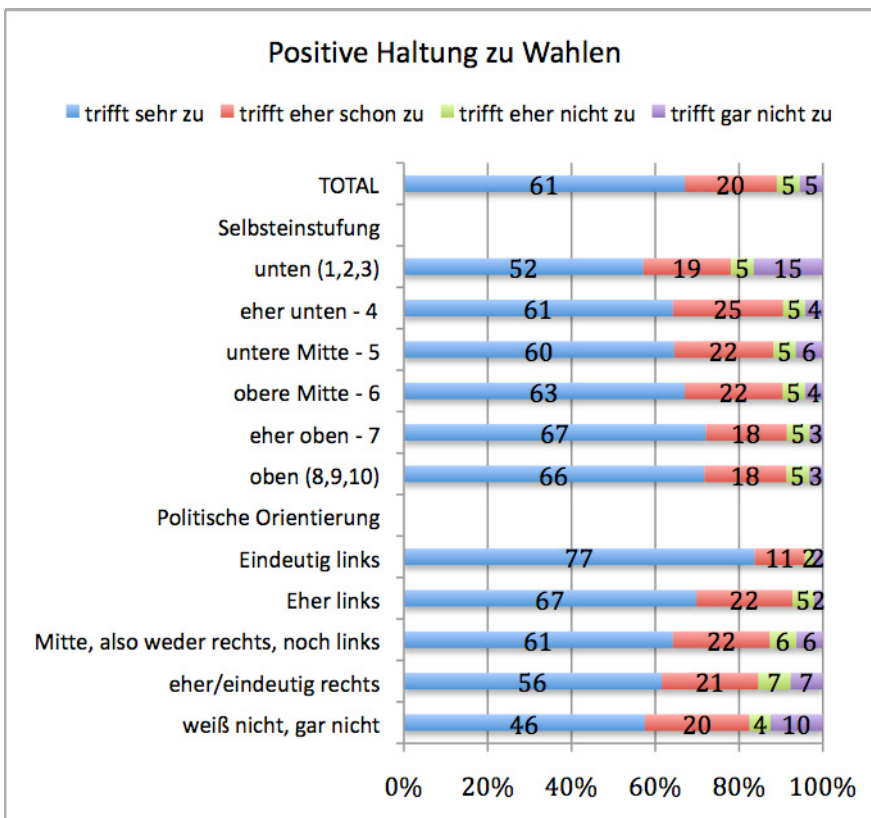
Hinsichtlich des Bildungshintergrunds unterscheiden sich die Antwortverteilungen nicht sehr. Tendenziell steigen die Zustimmungswerte aber mit zunehmender Schulbildung an.

Gesellschaftliche und politisch-ideologische Selbsteinstufung

Die Einstellung zu Wahlen in den Wiener Gemeinderat unterscheiden die einzelnen Katego-



rien der **Selbsteinstufungsvariable** nicht unerheblich. Die unteren Gesellschaftsschichten liegen in der positiven Bewertung der Wahlteilnahme deutlich unter dem Durchschnitt, die oberen Schichten dementsprechend über dem Durchschnitt, wobei sich der Anstieg in den obersten Kategorien abflacht.



Bekennenden links Orientierten ist es in hohem Maß ein Anliegen, an der Wahl teilzunehmen, die eher rechts Orientierten und die, die sich nicht zuordnen, liegen in der positiven Bewertung der Wahlen deutlich unter dem Durchschnitt.

7. Schlussbemerkung

Der gesellschaftliche Hintergrund der politischen Entwicklung und damit auch die Bedingungen der politischen Partizipation haben in den letzten Jahrzehnten erhebliche Veränderungen erfahren, die für die politische Struktur der Gesellschaft nachhaltige Konsequenzen haben. Trotzdem ist auch auf der Basis des empirischen Befundes dieser Untersuchung feststellbar, dass die zentralen Variablen der sozioökonomischen Struktur der Gesellschaft für politische Einstellungen und für politisches Handeln nach wie vor hochrelevant sind: Beruf, Bildung und Einkommen, also die Variablen der traditionellen Klassen- und Schichtenstruktur. Im Rahmen dieser sozialökonomischen Variablen zeigt die Altersvariable zum Teil erhebliche Differenzierungen.

Die Bestimmungsgründe dieser Entwicklung sind vielfach. In der Arbeitswelt sind gravierende Umbrüche erfolgt: u. a. die Art der zu leistenden Arbeit, die Größen und die Strukturen der Be-

triebe, Mechanisierung, Automatisierung, Flexibilisierung, Rationalisierung und Spezialisierung. Das alles führt zu einer Tendenz der Vereinzelung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auch in der Bewusstseinshaltung. Diese generelle Tendenz schlägt sich auch in anderen Dimensionen des menschlichen Lebens nieder.

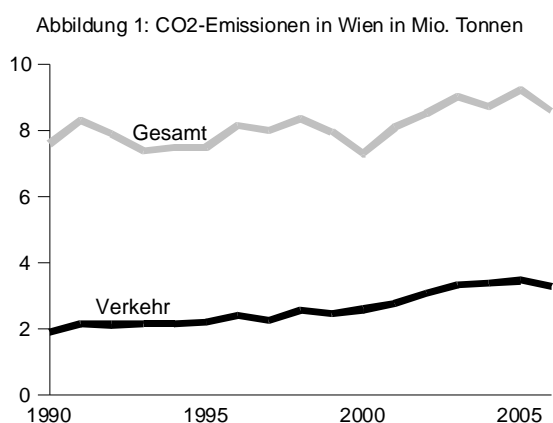
Damit im Zusammenhang zeigt die Gesellschaft starke Ausdifferenzierungen in der Struktur und Änderungen in den Lebensstilen, was zu beträchtlichen Änderungen in den Bedingungen kommunaler politischer Arbeit führt. Die „segmentierte“ Gesellschaft ist zugleich auch Industriegesellschaft, Konsumgesellschaft, Dienstleistungsgesellschaft, Informationsgesellschaft, Erlebnisgesellschaft, Netzwerkgesellschaft, Risikogesellschaft, Verantwortungsgesellschaft, Freizeitgesellschaft, Zuschauergesellschaft, Bürgergesellschaft, Lebensstilgesellschaft etc. Die daraus resultierende Komplexität zeitigt neue Formen der Politisierung und Partizipation, die sich eine Politik, die sich der Aufklärung verpflichtet fühlt, offensiv stellen muss.

Laurenz Ennser

Moveo ergo sum – Ich fahre, also bin ich. Sozialstruktur vs. Infrastruktur als Erklärungsfaktoren für die Verkehrsmittelnutzung in Wien

1. Einleitung

Hohe Mobilität ist ein unverzichtbarer Bestandteil urbanen Lebens. Ihre praktische Ausgestaltung ist aber vielerorts mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere das Klima, verbunden, da der motorisierte Individualverkehr (MIV) zu den Hauptemittenten von Treibhausgasen (THG) gehört. Der massive Anstieg der THG-Emissionen in Österreich während der vergangenen 20 Jahre geht zum Großteil auf das Konto des Verkehrssektors. Damit unmittelbar verbunden ist die Abweichung Österreichs vom Zielpfad zur Erreichung der THG-Reduktionsverpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll. Um also den bundesweiten Gesamtausstoß an Treibhausgasen auf ein umweltverträgliches Maß zu senken, ist eine Verringerung der CO₂-Emissionen aus dem Verkehrssektor unabdingbar. Für die Bundeshauptstadt Wien ist festzuhalten, dass der Pro-Kopf-Ausstoß an THG deutlich unter dem Bundesschnitt liegt, es ist aber ein ähnlicher Trend feststellbar: Von 1990 bis 2006 betrug der Anstieg der Verkehrsemissionen 72%.



Quelle: Umweltbundesamt 2008: 135

Die Stadt Wien hat sich im Klimaschutzprogramm von 1999 (KliP) das Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen gegenüber dem Kyoto-Basisjahr 1990 bis 2010 um 14% zu senken (Stadt Wien 1999). Eine Evaluierung dieser Ziele im Jahr 2006 zeigt zwar, dass einige Teilerfolge bereits verzeichnet werden können, hält aber auch fest, dass „in den Sektoren Verkehr und Energieversorgung

ein steigender Trend hinsichtlich der Treibhausgasemissionen zu verzeichnen“ ist (Austrian Energy Agency 2006: 1).

Zwar muss festgehalten werden, dass die in der Bundesländer-Schadstoffinventur veröffentlichten Bilanz der Stadt Wien „doppelt so viele CO₂-Äquivalente zurechnet, als im Wiener Straßennetz tatsächlich emittiert werden“ (Austrian Energy Agency 2006: 2). Schließlich werden große Mengen an Treibstoff, die in Wien getankt werden, nicht in der Stadt verbraucht, sondern in den Bundesländern und im angrenzenden Ausland.

Trotzdem stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, welche verkehrspolitischen Maßnahmen zu einem umweltfreundlicheren Mobilitätsverhalten beitragen können. Zur Beantwortung dieser Frage ist es aber notwendig, jene Faktoren zu identifizieren, die die individuelle Verkehrsnutzung beeinflussen. Das umweltpolitisch-normativ begründete Interesse am Verkehrsverhalten der Wienerinnen und Wiener soll hier also in eine rein empirisch-analytische Fragestellung kanalisiert werden. Etwaige politische Implikationen werden deswegen im Hauptteil der Arbeit ausgeblendet und erst im Schlusskapitel diskutiert.

Die Gliederung dieses Beitrags sieht abgesehen davon zunächst eine genauere Darlegung der Fragestellung vor, danach wird das verwendete Datenmaterial (abhängige Variablen, unabhängige Variablen) vorgestellt und auf die Operationalisierung der Fragestellung eingegangen. Hier wird auch schon mittels einer Faktorenanalyse auf die Struktur der Zielvariable (Verkehrsmittelwahl) eingegangen.

Darauf folgt eine multivariate Analyse, die mithilfe eines logistischen Regressionsverfahrens die Einflussfaktoren auf die Nutzung von PKW, öffentlichem Verkehr (ÖV) und Fahrrad in Wien untersucht. Zum Schluss werden die Ergebnisse dieser Analysen und daraus abgeleitete verkehrspolitische Handlungsmöglichkeiten diskutiert.

2. Fragestellung

Eine grundlegende Annahme dieser Forschungsarbeit ist, dass die Wahl des Verkehrsmittels nicht allein von individuellen Präferenzen abhängig ist, sondern im Zusammenhang mit der Sozialstruktur (also Variablen wie Geschlecht, Alter, Bil-

dungsniveau, Einkommen) und der Infrastruktur (z. B. Lage des Wohnortes, Art der Wohnung) steht. Die zentrale Fragestellung, die hier beantwortet werden soll, lautet demnach: Welchen Effekt auf die Verkehrsnutzung haben Sozial- und Infrastruktur im Vergleich?

Einige Annahmen können aufgrund vorliegender Daten getroffen werden. So bezeichneten sich in einer Umfrage des IMAS-Instituts aus dem Jahr 2003 83% der Männer, aber nur 62% der Frauen als Autofahrer bzw. Autofahrerinnen. Mit dem Bildungsgrad und der beruflichen Stellung steigen diese Anteile (IMAS 2003).

Der Gender Gap bei der PKW-Nutzung wird auch von Daten aus dem Masterplan Verkehr der Stadt Wien (Stadt Wien 2003), von der Studie „Leben und Lebensqualität in Wien II“ (MA 18 2007a) und von Auswertungen des österreichischen Mikrozensus (Prskawetz/Leiwien/O’Neill 2002) festgestellt. Aber auch internationale Studien unterstützen diese Annahme (Hamilton/Jenkins 2002).

Auch Altersunterschiede sind aufschlussreiche Erklärungsfaktoren für die unterschiedliche Nutzung verschiedener Verkehrsmittel. Nach Pucher und Renne sind mittlere Altersgruppen jene mit der höchsten Nutzungsintensität, wobei im Gegensatz zu Europa in den USA die Nutzung von PKW im hohen Alter nicht nachlässt (Pucher/Renne 2003: 70) – ein Sachverhalt, der durch mangelnde Alternativen zum Auto erklärbar ist („In the United States, there are no feasible alternatives to the private car“, ebd.). An diesem Beispiel wird deutlich, wie das Zusammenspiel von Sozialstruktur (Alter) und Infrastruktur (vorhandene Möglichkeiten der Fortbewegung) für das Nutzerverhalten entscheidend sein kann.

Für den nicht motorisierten Individualverkehr in Wien deuten die Radverkehrserhebungen der MA 18 darauf hin, dass das Rad als Verkehrsmittel überproportional von Männern mittleren Alters gewählt wird (MA 18 2007b: 15). Zudem kann angenommen werden, dass Personen mit türkischem oder ex-jugoslawischem Migrationshintergrund seltener mit dem Fahrrad unterwegs sind (MA 18 2007a: 38).

Neben sozialstrukturellen Merkmalen kann aber auch der Einfluss von räumlichen Faktoren entscheidend sein. Der Masterplan Verkehr der Stadt Wien weist für die Randbezirke deutlich höhere PKW-Nutzung, dafür geringere Nutzung des Umweltverbundes (ÖV, Fahrrad, zu Fuß gehen) auf (Stadt Wien 2003: 14).

Aufbauend auf diesem Vorwissen bietet das vorliegende Datenmaterial die Gelegenheit, die Rolle von Infrastruktur und Sozialstruktur im Vergleich

zu bewerten. Der entscheidende analytische Fortschritt gegenüber bisherigen – meist deskriptiven – Studien besteht darin, dass der Einfluss vieler Faktoren gleichzeitig getestet werden kann: Kann etwa ein niedriger Anteil an Radverkehr in einem Bezirk durch hohen Prozentsatz an MigrantInnen erklärt werden oder gibt die dort (nicht) vorhandene Infrastruktur den Ausschlag? Sind Frauen bei der PKW-Nutzung allein aufgrund ihres Geschlechts unterrepräsentiert oder verschwindet dieser Effekt bei Berücksichtigung von Unterschieden im Einkommen und in der beruflichen Stellung?

Zur Beantwortung derartiger Fragen ist neben einer großen Stichprobe die Anwendung multivariater Verfahren notwendig, um Scheinzusammenhänge aufdecken zu können.

3. Daten

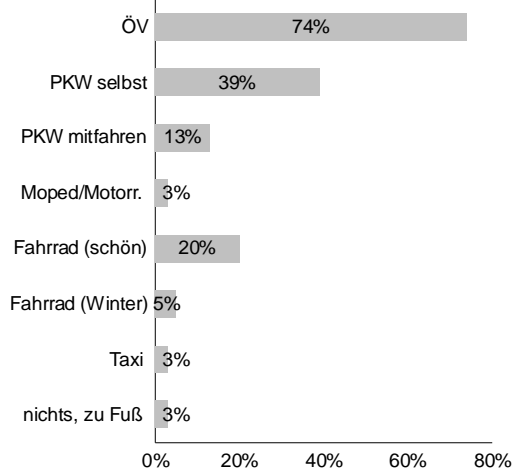
3.1. Die abhängige Variable: Verkehrsnutzung

Im vorliegenden Datensatz (Stichprobengröße $n = 8700$) ist für das Forschungsinteresse dieser Arbeit besonders die Frage 72 („Welche Verkehrsmittel benutzen Sie mehrmals pro Woche?“) von Interesse. Zur Auswahl stehen folgende Antwortmöglichkeiten (Mehrfachnennungen sind möglich):

- öffentliche Verkehrsmittel
- das Auto als FahrerIn
- das Auto als MitfahrerIn
- ein Moped/Motorrad
- das Fahrrad in der „schönen“ Jahreszeit
- das Fahrrad im Winter
- ein Taxi
- nichts davon, gehe immer zu Fuß

Abbildung 2 gibt Aufschluss über den Anteil der Nennungen jeder dieser Antwortmöglichkeiten an der Gesamtstichprobe.

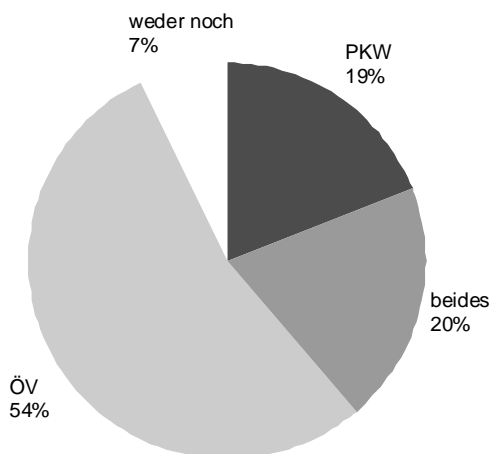
Abbildung 2: Verkehrsmittelnutzung nach Häufigkeit



Rund drei Viertel der Befragten nutzen demnach den ÖV, etwa zwei von fünf sind PKW-SelbstfahrerInnen, und etwa ein Fünftel benutzt das Fahrrad in der schönen Jahreszeit. Diese drei Merkmalsausprägungen, die die groben Trends in der Verkehrsmittelwahl erfassen, werden im Folgenden in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses rücken.

Erste interessante Aufschlüsse auf die Beziehung zwischen ÖV- und PKW-Nutzung gibt folgende Grafik.

Abbildung 3: Schnittmenge von ÖV- und PKW-Nutzung



Es zeigt sich, dass zwar 93% aller Befragten zumindest eines der beiden Verkehrsmittel mehrmals pro Woche benutzen, die Schnittmenge jener, die beide in Anspruch nehmen, ist mit 20% aller Befragten aber verhältnismäßig gering. Unterstützt wird dieser Eindruck von den Ergebnissen einer Faktorenanalyse, die versucht, die acht Antwortmöglichkeiten auf wenige Erklärungsfaktoren zusammenzufassen.

Tabelle 1: Faktorenanalyse Verkehrsmittel

	F1	F2	F3	F4
Fahrrad schön	86	5	5	-5
Fahrrad Winter	83	4	-10	12
PKW selbst	-4	88	-18	-6
ÖV	-6	-75	-51	1
Moped/MR	-1	23	-7	21
immer zu Fuß	-6	-8	94	-4
PKW mit	3	2	-8	72
Taxi	3	-4	7	72
erklärte Varianz	18%	17%	15%	14%

Hauptkomponentenanalyse, VARIMAX-Rotation
Ladungen mit 100 multipliziert

Die grau hinterlegten Felder markieren Faktorladungen größer ± 50 . Von Interesse sind besonders die ersten beiden Faktoren (F1 und F2). Während F1 ganz eindeutig nur das Radfahrverhalten erfasst, laden sowohl ÖV- als auch PKW-Nutzung stark auf F2. Während also Radfahren unabhängig von anderen Nutzungen ist, können ÖV und PKW nicht voneinander getrennt werden. Da die Faktorladungen aber nicht nur hoch sind, sondern auch entgegengesetzte Vorzeichen aufweisen, verstärkt sich der Eindruck, den schon Abbildung 3 erweckt: PKW- und ÖV-Nutzung schließen einander größtenteils aus.

Bestätigt wird das durch einen hoch signifikanten Korrelationskoeffizienten zwischen beiden Variablen von $-0,42$ (p -Wert $< 0,001$).

Der stark negative Zusammenhang zwischen ÖV- und PKW-Nutzung ist die erste entscheidende Erkenntnis aus der Analyse der Stichprobe. Es ist somit zu erwarten, dass für beide Verkehrsmittel auch ähnliche Erklärungsfaktoren vorliegen – allerdings mit jeweils entgegengesetzten Vorzeichen.

3.2. Die unabhängigen Variablen

Sozialstrukturelle Merkmale

Eine Reihe von soziostrukturellen Variablen findet Eingang in das logistische Regressionsmodell: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildungsabschluss, Migrationshintergrund, Ausmaß der Berufstätigkeit. Die Auswahl dieser Variablen erfolgte aufgrund der in Abschnitt 2 präsentierten Literatur- und Datenrecherche. Tabelle 2 gibt einen genauen Überblick über die inkludierten

Variablen und die entsprechenden Merkmalsausprägungen.

Anzumerken ist, dass vor allem die Variablen zur Erfassung von Migrationshintergrund und Ausmaß der Berufstätigkeit relativ grob gefasst sind. Grund dafür ist unter anderem, dass das Regressionsmodell nicht durch überkomplexe Operationalisierungen (die eine entsprechende Vielzahl an Variablen erfordern) überfrachtet werden soll. Inklusive der Infrastrukturfaktoren werden deutlich über 30 unabhängige Variablen in das Modell eingeschlossen, wodurch gewisse Abstriche in der Detailschärfe der einzelnen Variablen notwendig werden, um nicht die Übersichtlichkeit des Gesamtmodells zu stark in Mitleidenschaft zu ziehen.

Tabelle 2: Unabhängige soziostrukturelle Variablen

Variable	Ausprägungen
Geschlecht	Männer = 0, Frauen = 1
Alter	fortlaufend ab 15 aufwärts
Einkommen	bis 800 Euro (1/0) von 801 bis 1350 Euro (1/0) von 1351 bis 1800 Euro (1/0) von 1801 bis 2300 Euro (1/0) von 2301 bis 3000 Euro (1/0) über 3000 Euro (1/0)
Bildung	kein Abschluss (1/0) Pflichtschule (1/0) Pflichtschule plus Lehre (1/0) Fachschule (1/0) Matura (1/0) Hochschule (1/0)
Migration	1. und 2. Generation = 1 alle anderen = 0
Beruf	Vollzeit (1/0) Teilzeit (1/0)

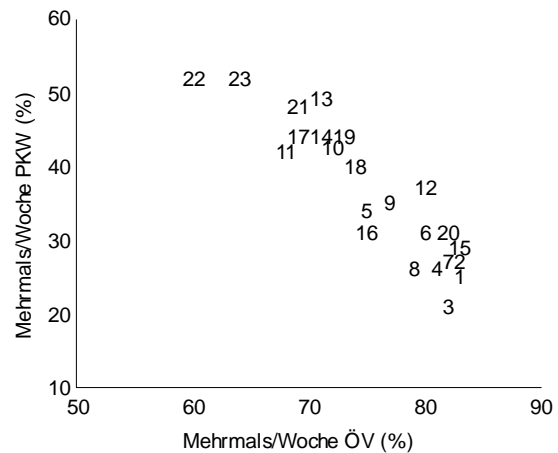
Infrastrukturvariablen

Für die Operationalisierung von Infrastrukturbedingungen wurden zum einen die Bezirke als unabhängige Variablen gewählt. Damit ist eine grobe Berücksichtigung des Wohnortes gewährleistet, obwohl natürlich nicht davon ausgegangen werden kann, dass in den Bezirken homogene Strukturen vorliegen. Abbildung 4 zeigt aber, dass die Varianz der interessierenden Variablen (hier: Nutzung von ÖV und PKW) zwischen den Be-

zirken jedenfalls ein bemerkenswertes Muster aufweist.

Der stark negative Zusammenhang zwischen PKW- und ÖV-Nutzung wird bei dieser Aufschlüsselung nach Bezirken besonders deutlich. Abbildung 4 gibt demnach einen ersten Hinweis auf die Relevanz der Variable Bezirk für die Erklärung der Verkehrsmittelwahl unabhängig von soziostrukturellen Einflussfaktoren.

Abbildung 4: ÖV- und PKW-Nutzung nach Bezirken



Anzumerken ist noch, dass mit Favoriten der bevölkerungsreichste Bezirk (sowohl in der Grundgesamtheit als auch in der vorliegenden Stichprobe) als Referenzkategorie gewählt wurde. Um aber nicht nur das „Wo“, sondern auch das „Wie“ im Bezug auf die Infrastruktur zu erfassen, finden auch die von der MA 18 entwickelten Stadtgebietstypen Eingang in die Regressionsgleichung. Die Stadtgebietstypen unterscheiden sich nach Kriterien wie Alter der Bausubstanz, bauliche Dichte, Wohnungsstandards, Wohnungsgrößen und Anzahl von Ein- und Zweifamilienhäusern. Tabelle 3 gibt einen Überblick über die zehn Stadtgebietstypen. Als Referenzkategorie wurde wiederum jene mit der höchsten Fallzahl gewählt.

Tabelle 3: Stadtgebietstypen

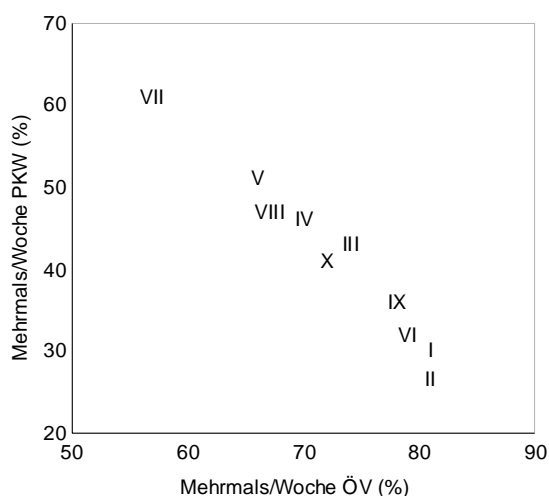
I	Zentrum
II	Gründerzeitgebiete mit guter Wohnungsqualität*
III	Gründerzeitgebiete mit sehr guter Wohnungsqualität
IV	Gründerzeitgebiete mit Basis-Wohnungsqualität
V	Cottage
VI	Einfamilienhäuser und Kleingärten

- VII Neubauggebiete bis 1960
- VIII Neubauggebiete ab 1960
- IX Gebiete mit großformatigen Wohnhausanlagen ab 1960
- X Sonstige gewerbliche Mischgebiete

* Referenzkategorie

Abbildung 5 zeigt wiederum die ÖV- und PKW-Nutzung, diesmal aufgeschlüsselt nach Stadtgebietstypen. Auch hier zeigt sich ein ähnlich klarer Zusammenhang.

Abbildung 5: PKW- und ÖV-Nutzung nach Stadtgebietstypen



Die Häufigkeitsverteilungen sowohl zwischen den Bezirken als auch zwischen den Stadtgebietstypen deuten auf die Relevanz dieser Infrastrukturvariablen für die Erklärung der Verkehrsmittelnutzung hin.

4. Statistische Modelle

Im Folgenden werden nun die Variablen Fahrradnutzung, ÖV- und PKW-Nutzung als abhängige Variablen in ein logistisches Regressionsmodell eingefüttert. Die unabhängigen Variablen werden blockweise eingeschlossen, immer zunächst Sozialstruktur- und danach Infrastrukturvariablen. Daraus können Effekte, die durch das Zusammenspiel mehrerer Einflussfaktoren entstehen, beleuchtet werden.

4.1. Fahrradnutzung

Tabelle 4 zeigt die Regressionskoeffizienten für die Fahrradnutzung zur schönen Jahreszeit. Positive Koeffizienten deuten auf einen positiven Effekt der jeweiligen Variable hin, die Anzahl der Sternchen (*) gibt Aufschluss über die Signifikanz, also die Verallgemeinerungsfähigkeit eines in der Stichprobe beobachteten Effektes.

Zunächst zeigt sich, dass die Variablen Alter und Geschlecht in allen sechs Modellschritten einen hoch signifikanten Effekt aufweisen. Es kann also daraus geschlossen werden, dass unabhängig von allen anderen Einflüssen Frauen und ältere Menschen in deutlich geringerem Ausmaß auf das Fahrrad als Verkehrsmittel zurückgreifen.

Der Einfluss von Einkommen ist im zweiten Modellschritt noch signifikant, erweist sich allerdings nach dem Einschluss von Bildungsvariablen als Scheinzusammenhang. Hingegen bleiben die Variablen Hochschulabschluss und Pflichtschule plus Lehre in allen Modellschritten (hoch) signifikant. Während Fahrradnutzung also unabhängig vom Einkommen ist, steigt sie mit dem Bildungsniveau deutlich an.

Die signifikant geringere Fahrradnutzung unter Migrantinnen und Migranten dürfte vor allem am niedrigen Nutzungsniveau von Personen mit türkischen und ex-jugoslawischen Wurzeln zurückgehen (4% bzw. 13% gegenüber 20% in der Gesamtbevölkerung).

Einen eindeutig positiven Effekt auf die Fahrradnutzung hat auch die Variable Teilzeitbeschäftigung, wobei sich hier die Kausalitäten nicht auf den ersten Blick erschließen.

Die bisher diskutierten Sozialstrukturvariablen erklären 5,8% der Varianz der abhängigen Variable. Trotz dieses eher niedrigen Wertes kann davon ausgegangen werden, dass die hier beschriebenen Faktoren von großer Bedeutung sind, zumal die Modellgüte nach Einschluss der Infrastrukturvariablen (Bezirke und Stadtgebietstypen) nur um 2,6% auf 8,4% zunimmt.

Der Einfluss der Bezirksvariablen zeichnet ein relativ eindeutiges Bild: Die Fahrradnutzung ist in den Bezirken jenseits des Donaukanals (2., 20., 21., 22.) signifikant höher, ebenso in einigen Innenbezirken (3., 4., 6., 7., 9., 12.).

Nach Einschluss der – für dieses Modell an sich nicht sehr erklärungskräftigen Stadtgebietstypen – wird auch in Simmering ein signifikant positiver Effekt sichtbar.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Fahrradnutzung etwas besser von soziostrukturellen Faktoren (Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationshintergrund) erklärt wird als von Infrastrukturegebenheiten, obwohl auch hier

eindeutige Effekte (vor allem in den Bezirken nördlich des Donaukanals und einigen Innenbezirken) auftreten.

4.2. Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln

Die Regressionskoeffizienten für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln sind in Tabelle 5 aufgelistet. Auch hier zeigt sich, dass Sozialstrukturvariablen (Modell 1 bis 4) mit insgesamt 6,4% erklärter Varianz einen stärkeren Einfluss haben als Infrastrukturvariablen, die die Güte des Gesamtmodells auf knapp 10% erhöhen.

Signifikante Effekte liegen im Endmodell für die soziostrukturellen Variablen Alter, Geschlecht, Bildung und Berufstätigkeit vor. Die Einkommenseffekte verschwinden – ähnlich wie bei der abhängigen Variable Fahrradnutzung – nach Einschluss anderer Variablen. Allerdings wird der Scheinzusammenhang zwischen Einkommen und ÖV-Nutzung in diesem Fall nicht von Bildungs-, sondern von Berufstätigkeitsvariablen aufgedeckt, was durch den Vergleich der Modelle 3 und 4 deutlich wird.

Pauschal formuliert wird der ÖV stärker von Frauen, jüngeren und höher gebildeten Personen (wiewohl Befragte ohne Schulabschluss eine überdurchschnittlich hohe Nutzung aufweisen), sowie Personen, die nicht berufstätig sind, genutzt. Diese Effekte bleiben auch nach Einschluss der Infrastrukturvariablen signifikant.

Betrachtet man letztere im Vergleich, so zeigt sich, dass die Erklärungskraft der Bezirksvariablen deutlich schwächer wird, sobald die Stadtgebietstypen in die Regressionsgleichung Eingang finden. Von elf Bezirksvariablen, die in Modell 5 noch signifikante Effekte aufweisen, bleiben in Modell 6 nur noch fünf – mit teilweise schwächerer Signifikanz – über.

Ein eindeutiges Muster ist allerdings kaum zu erkennen. Positiv signifikant sind die Variablen für die Bezirke Leopoldstadt, Meidling, Rudolfsheim-Fünfhaus und Brigittenau. Signifikant negativ ist die Bezirksvariable für Donaustadt.

Leichter fällt die Interpretation für die Stadtgebietstypen. Hier zeigt sich ein signifikant negativer Effekt für die Befragten in den Gebietstypen Cottage und Einfamilienhäuser/Kleingärten. Zwar nimmt die Erklärungskraft des Modells durch Einschluss der Stadtgebietstypen nur um ein knappes Prozent zu. Der Erkenntnisgewinn liegt aber in der Relativierung der Bezirksvariablen. So erklärt sich etwa der signifikant negative Koeffizient für den 23. Bezirk in Modell 5 hauptsächlich durch den hohen Prozentsatz an Cottage-Siedlungen, die konzentriert und ausschließlich

in der Westhälfte von Liesing anzutreffen sind. In so einem Fall kann aufgrund des Vergleichs unterschiedlicher Modellschritte auf kleinere regionale Einheiten geschlossen werden.

Für den ÖV insgesamt zeigt sich, dass die wenig nutzungsintensiven Gebiete südlich der Donau vor allem in den peripheren, wenig dicht bebauten Siedlungen liegen. Nördlich der Donau sind Einfamilienhäuser/Kleingärten-Gebiete heterogener über die Bezirke verstreut, was auch erklärt, warum die Bezirksvariable für Donaustadt auch nach Einschluss der Stadtgebietstypen noch hoch signifikant ist.

4.3. Nutzung von PKW

Die Koeffizienten für PKW-Nutzung in Tabelle 6 zeichnen ein enorm komplexes Bild. Praktisch alle Kategorien von Variablen haben hoch signifikante Effekte, was den Schluss zulässt, dass es sich hierbei um ein stark multikausales Phänomen handelt. Die vielen hoch signifikanten Variablen schlagen sich auch in einer erklärten Gesamtvarianz von 17,5% für das vollständige Modell nieder.

PKW-Nutzung steigt demnach mit dem Alter, dem Einkommen, dem Bildungsgrad und dem Ausmaß an Berufstätigkeit. Zudem sind Frauen und Personen mit Migrationshintergrund deutlich weniger mit dem Auto unterwegs.

Ein Vergleich von Tabelle 5 (ÖV-Nutzung) und Tabelle 6 (PKW-Nutzung) bestätigt auch die Erkenntnisse aus Abschnitt 3.1.: Die Mehrzahl der Koeffizienten hat entgegengesetzte Vorzeichen. Vereinfacht gesagt: Erhöht eine Variable die Wahrscheinlichkeit von ÖV-Nutzung, dann verringert sie jene von PKW-Nutzung – und umgekehrt.

Wie in den Modellen zuvor erklären die Sozialstrukturvariablen hier etwas mehr an Varianz, bemerkenswert aber ist der Erklärungsgewinn durch das Hinzufügen der Bezirksvariablen. Die Modellgüte steigt dadurch um fast 5%.

Im Zusammenspiel von Bezirksvariablen und Stadtgebietstypen wird deutlich, dass letztere einen Teil der Erklärungskraft ersterer ausmachen. Das gilt in geringerem Ausmaß für die Innenbezirke sowie die Bezirke 12., 15., 16. und 20., die eine deutlich unterdurchschnittliche PKW-Nutzung aufweisen. Für die Randbezirke Liesing und Donaustadt zeigt sich aber im Vergleich von Modell 5 und 6, dass die Bezirkskoeffizienten bei Berücksichtigung der Stadtgebietstypen ihre Signifikanz verlieren. Auch hier ist der eigentliche Erklärungsfaktor also der Stadtgebietstyp und nicht die Lage des Bezirks.

Bemerkenswert ist auch, dass für den 19. Bezirk der Koeffizient erst in Modellschritt 6 signifikant wird. Relativiert man also den hohen Cottage-Anteil in Döbling, dann hat der Bezirk eine signifikant geringere PKW-Nutzung.

5. Zusammenfassung und Handlungsimplicationen

Es wurde in dieser Arbeit versucht, die Komplexität der Einflüsse auf das Verkehrsverhalten in Wien aufzuschlüsseln und die wichtigsten Faktoren in ihrer Wechselwirkung zu beleuchten. Eine zentrale Erkenntnis ist, dass ÖV- und PKW-Nutzung stark korreliert sind und dass ähnliche sozialstrukturelle und infrastrukturelle Erklärungsmuster für beide Größen vorliegen – nur mit vertauschten Vorzeichen.

Sozialstruktur und Infrastruktur müssen praktisch gleichwertig als Erklärungsfaktoren in Betracht gezogen werden, wobei erstere zwar etwas höheres Gewicht in der hier durchgeführten Analyse aufweist, bei letzterer aber die politischen Handlungsmöglichkeiten (Stadtentwicklung, Verkehrsplanung) womöglich umfassender sind.

Zurückkommend auf die umweltpolitische Motivation der Fragestellung lassen sich mehrere Schlüsse aus den Ergebnissen dieser Arbeit ziehen. Zum ersten lässt sich aufgrund des starken negativen Zusammenhanges von ÖV- und PKW-Nutzung argumentieren, dass eine Senkung von CO₂-Emissionen aus dem Autoverkehr nur dann erfolgen kann, wenn gleichzeitig ein Ausbau des ÖV-Angebotes erfolgt. Zum zweiten ist gerade PKW-Nutzung mehr als andere Nutzungen durch eine Vielzahl an Einflussfaktoren bedingt. Verkehrspolitische Maßnahmen zur Eindämmung des PKW-Verkehrs müssen diese Komplexität berücksichtigen und daher breit angelegt sein. Drittens lässt sich feststellen, dass auf der Infrastrukturseite nicht nur die Lage, sondern auch die Art der Wohnumgebung eine zentrale Rolle als Determinante des Verkehrsverhaltens spielt, woraus wiederum stadtplanerische Schlüsse gezogen werden können.

Jedenfalls zeigt die vorliegende Analyse, dass simple Logiken zur Erfassung der Gründe für die Verkehrsmittelwahl zu kurz greifen. Diese Arbeit versteht sich demgemäß auch als Beitrag zur Erfassung eines komplexen sozialen Phänomens.

Literaturverzeichnis

- Umweltbundesamt (2008): Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 1990–2006. Regionalisierung der Emissionsdaten auf Grundlage von EU-Berichtspflichten (Datenstand 2008), Wien.
- Stadt Wien (2003): Masterplan Verkehr Wien 2003. Kurzfassung, Wien.
- MA 18 (2007a): Leben und Lebensqualität in Wien. Kommentierte Ergebnisse und Sonderauswertungen der Großstudien „Leben in Wien“ und „Leben und Lebensqualität in Wien“, Wien.
- MA 18 (2007b): Radverkehrserhebung 2006–2010. Bericht 2007. Händische Radverkehrserhebung 2007. Radfahrerbefragung 2007. Dauerzählung 2007. Wien.
- Prskawetz, Alexia; Leinen, Jiang; O'Neill, Brian* (2002): Demographic composition and projections of car use in Austria. MPIDR Working Paper WP 2002-034, Rostock.
- Hamilton, Kerry; Jenkins, Linda* (2000): A Gender Audit for Public Transport A New Policy Tool in the Tackling of Social Exclusion, in: Urban Studies, Vol. 37/10, 1793–1800.
- Pucher, John; Renne, John L.* (2003): Socioeconomics of Urban Travel: Evidence from the 2001 NHTS, in: Transportation Quarterly, Vol. 57/3, 49–77.
- Austrian Energy Agency (2006): Evaluierung der Umsetzung des Klimaschutzprogramms (KliP) der Stadt Wien, Wien.
- Stadt Wien (1999): Klimaschutzprogramm Wien, Wien.

Anhang

Tabelle 4: Logistische Regression FAHRRAD

Variable	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Alter	-0,017***	-0,018***	-0,019***	-0,018***	-0,018***	-0,018***
Geschlecht	-0,436***	-0,384***	-0,398***	-0,439***	-0,457***	-0,451***
Einkommen bis 800 Euro		-0,173*	-0,138	-0,114	-0,091	-0,084
Einkommen 801 bis 1.300 Euro		-0,054	-0,062	-0,124	-0,128	-0,126
Einkommen 1.301 bis 2.300 Euro		0,177*	0,107	0,074	0,068	0,079
Einkommen 2.301 bis 3.000 Euro		0,283*	0,186	0,143	0,137	0,161
Einkommen über 3.000 Euro		0,043	-0,096	-0,133	-0,102	-0,104
Matura			0,221*	0,161	0,152	0,157
Hochschule			0,607***	0,516***	0,519***	0,516***
Kein Schulabschluss			-0,290	-0,221	-0,274	-0,275
Pflichtschule & Lehre			0,274**	0,217*	0,218*	0,216*
Fachschule			0,178	0,103	0,087	0,085
Migrationshintergrund				-0,308***	-0,308***	-0,304***
Vollzeit berufstätig				0,124	0,126	0,115
Teilzeit berufstätig				0,490***	0,497***	0,487***
1. Bezirk					0,385	0,587
2. Bezirk					1,055***	0,975***
3. Bezirk					0,537**	0,507**
4. Bezirk					0,501*	0,483*
5. Bezirk					0,214	0,138
6. Bezirk					0,497*	0,470*
7. Bezirk					0,652**	0,587**
8. Bezirk					0,364	0,401
9. Bezirk					0,687***	0,704**
11. Bezirk					0,271	0,349*
12. Bezirk					0,318*	0,341*
13. Bezirk					0,196	0,262
14. Bezirk					0,143	0,145
15. Bezirk					0,091	0,022
16. Bezirk					0,166	0,112
17. Bezirk					0,346	0,256
18. Bezirk					0,009	-0,014
19. Bezirk					-0,074	-0,001
20. Bezirk					0,729***	0,668***
21. Bezirk					0,519***	0,443**
22. Bezirk					0,757***	0,688***
23. Bezirk					0,204	0,166
SG-Typ Zentrum						-0,300
SG-Typ Gründerzeit (sehr gut)						-0,066
SG-Typ Große WH-Anlage						-0,375*
SG-Typ Cottage						-0,264

SG-Typ Gründerzeit (Basis)						0,016
SG-Typ Einfamilienhaus						0,176
SG-Typ Gew. Mischgebiet						0,012
SG-Typ Neubau bis 1960						-0,234
SG-Typ Neubau ab 1960						-0,017
Konstante	-0,414***	-0,385***	-0,583***	-0,544***	-0,940***	-0,861***
Nagelkerke R ²	0,036	0,040	0,048	0,058	0,079	0,084
*** p-Wert < 0,001; ** p-Wert < 0,01; * p-Wert < 0,05						

Tabelle 5: Logistische Regression ÖFFENTLICHER VERKEHR

Variable	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Alter	-0,014***	-0,013***	-0,011***	-0,018***	-0,017***	-0,017***
Geschlecht	0,349***	0,275***	0,268***	0,222***	0,227***	0,230***
Einkommen bis 800 Euro		0,298***	0,316***	0,128	0,108	0,086
Einkommen 801 bis 1.300 Euro		-0,022	0,025	0,060	0,053	0,033
Einkommen 1.301 bis 2300 Euro		-0,184*	-0,221**	-0,067	-0,071	-0,076
Einkommen 2.301 bis 3.000 Euro		-0,273**	-0,370***	-0,190	-0,203	-0,202
Einkommen über 3.000 Euro		-0,271*	-0,393**	-0,216	-0,248*	-0,209
Matura			0,222**	0,300**	0,241**	0,242**
Hochschule			0,267**	0,420***	0,325**	0,346***
Kein Schulabschluss			0,620*	0,536*	0,528*	0,529*
Pflichtschule & Lehre			-0,212**	-0,097	-0,109	-0,113
Fachschule			0,004	0,099	0,047	0,052
Migrationshintergrund				0,082	0,032	0,009
Vollzeit berufstätig				-0,661***	-0,676***	-0,704***
Teilzeit berufstätig				-0,434***	-0,436***	-0,433***
1. Bezirk					0,568*	0,379
2. Bezirk					0,532***	0,415**
3. Bezirk					0,446**	0,297
4. Bezirk					0,457*	0,304
5. Bezirk					0,045	-0,089
6. Bezirk					0,441*	0,289
7. Bezirk					0,554*	0,411
8. Bezirk					0,269	0,109
9. Bezirk					0,171	0,016
11. Bezirk					-0,226	-0,237
12. Bezirk					0,429**	0,435**
13. Bezirk					-0,210	0,072
14. Bezirk					-0,082	0,037
15. Bezirk					0,562***	0,459**
16. Bezirk					0,073	0,000
17. Bezirk					-0,215	-0,195
18. Bezirk					0,010	0,071
19. Bezirk					-0,026	0,191

20. Bezirk					0,477**	0,396*
21. Bezirk					-0,168	-0,018
22. Bezirk					-0,594***	-0,393**
23. Bezirk					-0,387**	-0,200
SG-Typ Zentrum						0,041
SG-Typ Gründerzeit (sehr gut)						-0,189
SG-Typ Große WH-Anlage						-0,138
SG-Typ Cottage						-0,636***
SG-Typ Gründerzeit (Basis)						-0,002
SG-Typ Einfamilienhaus						-0,679***
SG-Typ Gew. Mischgebiet						-0,227
SG-Typ Neubau bis 1960						0,007
SG-Typ Neubau ab 1960						-0,153
Konstante	1,523***	1,511***	1,394***	1,955***	1,952***	2,124***
Nagelkerke R ²	0,025	0,031	0,041	0,064	0,090	0,099

*** p-Wert < 0,001; ** p-Wert < 0,01; * p-Wert < 0,05

Elke Schaupp

Die Wohnsituation von MigrantInnen in Wien: Das Konzept „ethnische Segregation“, subjektive Wahrnehmungen und Dynamiken

1. Einleitung

Mehrere empirische Studien (Giffinger 1998; Dangschat 2000; Giffinger/Wimmer 2002; Kohlbacher/Reeger 2002; Kohlbacher/Schwab 2002; Kohlbacher/Reeger 2006; Kohlbacher/Reeger 2008) haben sich mit ethnischen Segregationsprozessen in Wien beschäftigt und räumliche Konzentrationen von ZuwanderInnen, speziell kleinräumig auf Haus- und Blockebene, festgestellt. Diese Arbeit beschäftigt sich mit drei Aspekten: Zunächst sollen Ursachen und Auswirkungen ethnischer Segregation theoretisch erörtert werden. Der zweite Teil dieser Arbeit widmet sich der Darstellung des Wiener Wohnungsmarktes, den bisherigen Ergebnissen der Segregationsforschung zu Wien sowie der Wohnsituation von WienerInnen mit Migrationshintergrund. Einen sehr wesentlichen Pfeiler bilden schließlich die empirischen Ergebnisse der von der Stadt Wien in Auftrag gegebenen und vom IFES-Institut durchgeführten sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien (2008). Die empirischen Daten ermöglichen eine hochaktuelle Darstellung der Verteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen über die Segmente des Wiener Wohnungsmarktes und geben interessante Aufschlüsse über die subjektive Wahrnehmung der Wohnsituation durch die MigrantInnen. Rückschlüsse auf Dynamiken am Wohnungsmarkt sind außerdem durch einen Vergleich mit Daten aus dem Jahr 2003 möglich. Exemplarisch werden die Ergebnisse anhand der drei größten Zuwanderergruppen in Wien, also den türkischen, deutschen und ex-jugoslawischen MigrantInnen, analysiert.

2. Ursachen und Auswirkungen ethnischer Segregation

2.1. Segregation und Segregationsforschung

Der Begriff „Segregation“ beschreibt die ungleiche räumliche Verteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen über ein Stadtgebiet. Zum einen erfasst der Begriff den dahinter stehenden Prozess der „Entmischung“, einen Filtering-Prozess, der den Wegzug gewisser (z. B. „reicherer“) Be-

völkerungsgruppen bedeutet und das Zurückbleiben anderer (z. B. „ärmerer“) Bevölkerungsgruppen. Er beschreibt aber auch das statistisch erfassbare Ergebnis dieser Entmischung, also den Zustand der räumlichen Distanz zwischen sozial distanzierten Gruppen (Fassmann 2002, 13; Dangschat 2002, 27; Bosswick et al. 2007, 22). Der Prozess der Segregation führt in seiner logischen Folge zu Konzentrationen bestimmter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtgebieten.

VertreterInnen der europäischen Segregationsforschung der letzten Jahre grenzen sich deutlich von den in der Beobachtung ethnischer Segregation immer wieder verwendeten Begriffen des „Ghettos“ oder „Ghettoisierung“ ab. Qualitativ und quantitativ seien Segregations- und Konzentrationserscheinungen innerhalb europäischer Städte nicht mit Zuständen in amerikanischen Metropolen zu vergleichen (Bosswick et al. 2007, 29; Häußermann/Kaplan 2000, 18). Ausschlaggebend für diese Abgrenzungsversuche war und ist eine sehr normativ geführte öffentlich-politische Diskussion über „gesunde, verträgliche“ oder „ungesunde, unverträgliche“ Ausmaße an Segregation. Hier gibt Fassmann (2002, 14) aber zu bedenken:

Segregation war und ist jedoch kein normatives Konstrukt. (...) Ob es daher eine „gute“ oder „schlechte“, eine akzeptable oder nicht mehr akzeptable Segregation gibt, unterliegt der gesellschaftlichen und politischen Bewertung, kann jedoch nicht aus dem Konstrukt selbst herausgelesen werden.

Zweifelsohne haben aber wissenschaftliche Debatten über negative („integrationshemmende“) und positive („integrationsfördernde“) Auswirkungen von ethnischer Segregation die normativen öffentlich-politischen Auseinandersetzungen angeheizt. Strikt trennbar sind die Inhalte des öffentlich-politischen und des wissenschaftlichen Diskurses also nicht (wie auch von Dangschat 2002, 28 bemerkt).

2.2. Segregation und die Integration von ZuwanderInnen

Im Zentrum der eben erwähnten Diskussion steht die Frage, ob ethnische Segregation die Integration von ZuwanderInnen in die Mehr-

heitsgesellschaft behindert oder fördert. Einige Arbeiten der letzten Jahre fassen die bisher dargelegten Argumente dazu sehr gut zusammen (Bosswick et al. 2007, 41–46; Kohlbacher/Schwab 2002, 202; Kohlbacher/Reeger 2006, 17). Negativ ins Treffen geführt wird etwa die These, dass ethnische Konzentrationen den Spracherwerb der MigrantInnen und die Notwendigkeit der Anpassung an kulturelle Rahmenbedingungen des Aufnahmelandes behindern. In der Folge erschwert das den Zugang zu Arbeitsmarkt, Ausbildungsinstitutionen und anderen infrastrukturellen Einrichtungen der Aufnahmegesellschaft. Integration wird daher durch ethnische Segregation eher behindert als gefördert.

Häußermann und Kapphan (2000, 216 ff.) erkennen das Problem hingegen nicht in der räumlichen Konzentration ethnischer Gruppen an sich, sondern in der Überlappung ethnischer Konzentration mit Armutskonzentration, weil daraus eine „Kultur der Armut“ resultieren würde. Bosswick et al. (2007, 45) wiederum postulieren die These, dass nicht ethnische Segregation an sich, sondern die Dominanz *einer* ethnischen Gruppe innerhalb des segregierten Gebietes das Problem darstellt, weil dadurch die Gefahr eines „in-sich-Abschließens“ besteht.

Ein ethnisch homogenes Umfeld kann aber auch die notwendigen Voraussetzungen für Integration schaffen, so die andere These. Die vertraute Umwelt stabilisiert die Identität von MigrantInnen und regt die Herausbildung von unterstützenden Netzwerken an. All diese Faktoren werden als positive Aspekte ethnischer Segregation gedeutet, da sie zur Vermeidung sozialer Konflikte führen und damit die Basis für Integration schaffen (eine übersichtliche Zusammenfassung dieser Thesen bei: Häußermann/Kapphan 2000, 215 ff.; Kohlbacher/Schwab 2002, 201 f.; Kohlbacher/Reeger 2006, 17; Dangschat 2000, 171; Münch 2007, 49; Alpheis 1988, 121 ff.). Allerdings wird für das zum Tragen kommen positiver Aspekte auch ein zeitlicher Faktor ins Treffen geführt (Fassmann 2007, 10 f.; Häußermann und Kapphan 2000, 225; Dangschat 2000, 171).

Wenn sich diese ethnische Segregation jedoch auch nach langer Zeit nicht auflöst, dann ist eine skeptische Überprüfung angepasst [sic!] (Fassmann 2007, 10–11).

Ethnische Segregation kann nämlich auch auf eingeschränkte Opportunitäten am Wohnungsmarkt und damit „unfreiwillige“ Segregation hindeuten. In den folgenden Abschnitten werden die Thesen dazu erläutert.

Zunächst aber noch eine kritische Auseinandersetzung mit jenen Kernthesen und Methodolo-

gien der Segregationsforschung, die auch der Debatte um negative oder positive Auswirkungen auf die Integration von ZuwanderInnen zugrunde liegen. Alpheis (1988, 257) kritisiert die argumentative Unschärfe innerhalb der Segregationsforschung: „(...) Zumeist ist hier nur eine implizite Argumentation herauszulesen: Segregation ist ungleiche Verteilung von irgendwas und Ungleichheit ist per se negativ zu bewerten.“ Vor allem aber auch die der Segregationsforschung zugrunde liegende These einer Relevanz von räumlicher Nähe bezweifelt Alpheis. Für die Annahme, dass der nachbarschaftliche Kontext äußerst relevant in der Integration von ZuwanderInnen sei, gäbe es keine genügenden empirischen Belege. Dazu wird auch die, der Segregationsforschung zugrunde liegende, Zusammenfassung von Individuen zu homogenen Kollektiven nach ethnischen Kriterien kritisiert. Diese Herangehensweise blendet die Heterogenität innerhalb dieser Gruppen aus und ist daher problematisch (Münch 2007, 47; Dangschat 2000, 156).

Die eben erläuterte Kritik an Methoden der Segregationsforschung im Allgemeinen sowie die vorangestellte Debatte um positive oder negative kontextuelle Zusammenhänge ethnischer Segregation machen deutlich, dass die Auswirkungen ethnischer Segregation keineswegs eindeutig geklärt sind. Mehr Einigkeit herrscht bei den Ursachen ethnischer Segregation.

2.3. Ursachen der Segregation

Vermutete positive Aspekte *freiwilliger* Segregation wurden im vorangegangenen Abschnitt besprochen. Nun zeigen verschiedene wissenschaftliche Arbeiten aber auf, dass Konzentrationen ethnischer Gruppen in bestimmten Stadtteilen oftmals nicht *freiwillig* entstehen, sondern über die Bedingungen der Wohnungsmärkte erzwungen werden:

Die Konzentrationsphänomene sind als untriugliches Zeichen für die Exklusion der Immigranten von bestimmten Segmenten auf dem Wohnungsmarkt zu bewerten. Es ist falsch anzunehmen, Wohnsegregation sei primär eine natürliche „räumliche“ Konsequenz des Bedürfnisses von Migranten, in räumlicher Nähe zu Landsleuten zu leben (Kohlbacher/Reeger 2002, 195).

Die Wohnungsmärkte europäischer Städte, so auch der Wiener Wohnungsmarkt (auf den Kohlbacher und Reeger in der eben zitierten Aussage Bezug nehmen), sind stark segmentiert. Jedes Marktsegment wird von eigenen Mechanismen bestimmt (Bosswick et al. 2007, 31). Rechtliche Rahmenbedingungen und die ethnische Herkunft

an sich beeinflussen die Chancen von Menschen mit Migrationshintergrund am Wohnungsmarkt.¹ Gerade soziale Wohnungsmarktsegmente unterliegen strengen rechtlichen Auflagen, im privaten Mietsegment verfügen ZuwanderInnen durch eingeschränkte ökonomische Möglichkeiten meist nur über eine limitierte Auswahl. Zudem stoßen ZuwanderInnen auf diskriminierende Praktiken der VermieterInnen, wobei das genaue Ausmaß an Diskriminierung kaum zu bestimmen ist (Bremer 2000, 37; Bosswick et al. 2007, 33; Czasny u. a. 2004, 70). Häußermann und Kapphan (2000, 211) schreiben: „Der Mietpreis ist für Zuwanderer also keineswegs das wichtigste Entscheidungskriterium bei der Wohnungswahl, sondern der Zugang zu Wohnraum.“

Das stellt die These, wonach die Wahl der Wohnung *ausschließlich* nach persönlichen Präferenzen und ökonomischen Möglichkeiten getroffen wird, in Frage. Einmal entstandene Konzentrationen verstärken sich schließlich durch eine in Gang gesetzte Informationskette, die den Zuzug weiterer ZuwanderInnen bewirkt (Häußermann/Kapphan 2000, 211). Nicht zuletzt sind aber auch die eher seltener thematisierten „Segregationsbestrebungen“ von Angehörigen der „Aufnahmegesellschaft“ in die Ursachenforschung mit einzubeziehen (Münch 2007, 50).

3. Der Wiener Wohnungsmarkt

Die Strukturen und Mechanismen des Wohnungsmarktes stellen, so der Tenor bisheriger empirischer Studien (Dangschat 2000, Kohlbacher/Schwab 2002; Kohlbacher/Reeger 2002; Giffinger/Wimmer 2002; Kohlbacher/Reeger 2006), auch in Wien eine der Hauptursachen ethnischer Segregation dar. Mit gleichzeitig eingeschränkten Chancen am Arbeitsmarkt stehen ZuwanderInnen in Wien schlechten Integrationsbedingungen gegenüber, die sich „(...) auf dem Wohnungsmarkt in der Benachteiligung von Migranten gegenüber einkommensschwachen einheimischen Haushalten manifestieren.“ (Giffinger/Wimmer 2002, 221). Wien zeichnet sich durch einen sehr segmentierten Wohnungsmarkt aus. Es halten sich jedoch Wohnungen des Mietbestandes in privater Hand bzw. in der Hand von Gesellschaften und Wohnungen in kommunalem sowie genossenschaftlichem Besitz ungefähr die Waage (Kohlbacher/Schwab 2002, 198).

Die Wohnungsbestände der einzelnen Segmente verteilen sich nicht gleich über das Wiener Stadtgebiet. Vielmehr werden verschiedene Stadtgebiete von jeweils anderen Eigentumsverhältnissen und Wohnungsstrukturen geprägt. So sind vor allem die inneren Bezirke und insbesondere die Gebiete um den Gürtel von gründerzeitlichen Baustrukturen geprägt, während in den Stadtrandbezirken neuere, nach 1960 errichtete, kommunale und genossenschaftliche Wohnungen den Bestand dominieren (MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung 2007, 64–65). Die unterschiedlichen Bau- und Wohnungsstrukturen spiegeln sich auch in den jeweiligen Wohnstandards wider. Laut Zahlen der Wohnungs- und Gebäudezählung 2001 ist die Anzahl von Kategorie D-Wohnungen in den Bezirken Rudolfsheim-Fünfhaus (18,6%), Ottakring (17%) und Hernalz (14,3%) besonders hoch, während in den Neubaugebieten Liesing und Donaustadt, aber auch in Hietzing, überdurchschnittlich hohe Kategorie-A-Anteile verzeichnet werden (STATISTIK AUSTRIA 2006, 24).

Wohnungen des privaten Bestandes unterliegen keinen formalen Zugangsbeschränkungen für ZuwanderInnen, doch auch in Wien hängt der Mietpreis von Lage- und Ausstattungsqualität der Wohnung ab. Das sich damit, aufgrund ökonomischer eingeschränkter Möglichkeiten, das tatsächlich zugängliche private Wohnungsangebot begrenzt, wurde bereits thematisiert. In Bezug auf den privaten Wohnungsmarkt wird auch für Wien auf den Faktor Diskriminierung hingewiesen, der das für MigrantInnen tatsächlich zugängliche private Mietwohnungsangebot zusätzlich einschränkt (Volkshilfe Wohndrehschreibe 2008, 5).

Auch für den Eintritt in den Bestand an Genossenschaftswohnungen bestehen formal keine Beschränkungen für MigrantInnen. Mit den zu bezahlenden Genossenschaftsanteilen ist jedoch eine hohe Eigenkapitalaufbringung notwendig, die MigrantInnen oft nicht möglich ist. Das gilt, in verstärkter Form, auch für das Eigentumssegment (Kohlbacher/Schwab 2002, 198).

Mit einem Anteil von 28,7% am gesamten Wiener Wohnungsbestand (STATISTIK AUSTRIA 2006, 25) nimmt der kommunale Wohnbau eine bedeutende Rolle ein. Bis 2006 hatten nur österreichische Staatsbürger, Staatsbürger anderer EU- bzw. EWR-Staaten, Schweizer Staatsbürger und anerkannte Flüchtlinge Zugang zum Gemeindebau. In dieser rechtlich restriktiven Regelung des Zuganges zum Bestand an Gemeindewohnungen wird für Wien eine der Hauptursachen ethnischer Segregation erkannt (Czasny u. a. 2004, 70–71; Dangschat 2000, 165–167; Kohlbacher und Reeger

¹ Die speziell für den Wiener Wohnungsmarkt geltenden Mechanismen werden in Pkt. „3. Der Wiener Wohnungsmarkt“ erläutert. Dieser Abschnitt beschäftigt sich vorrangig mit den wissenschaftlich festgestellten Zusammenhängen von Bedingungen der Wohnungsmärkte und Segregation.

ger 2006, 98). 2006 wurde der Gemeindebau, im Zuge der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung von AusländerInnen, für WienerInnen aus Drittstaaten geöffnet (Lohmeyer 2005). Bei Drittstaatsangehörigen wird seither eine mindestens 5-jährige Aufenthaltsdauer in Österreich vorausgesetzt.² Die insbesondere bis ins Jahr 2006 sehr selektiven Mechanismen des Wohnungsmarktes resultieren letztendlich in qualitativ schlechteren Wohnbedingungen der Wiener Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Einen ersten Hinweis darauf gibt folgendes Ergebnis der Gebäude- und Häuserzählung 2001:

Substandard sind in Wien am ehesten jene Wohnungen, welche Privaten (13,5%) sowie juristischen Personen (10,3%) gehören, den klassischen „Hausbesitzer“: Sind die Gebietskörperschaften oder die Genossenschaften Gebäude-Eigentümer, so kommt Kategorie D praktisch nicht mehr vor (0,7% bzw. 0,3%) (STATISTIK AUSTRIA 2006, 25).

4. Ethnische Segregation und die Wohnsituation von MigrantInnen in Wien

Die Gesamtbevölkerung Wiens entspricht etwa 1,7 Millionen Menschen. Im Jahr 2008 lebten in Wien 584.600 Personen mit Migrationshintergrund, was einem Anteil von 35,4% an der Gesamtbevölkerung entspricht. Davon sind 438.400 Personen Zuwanderer der ersten Generation und 146.200 Personen Zuwanderer der zweiten Generation.³ Mit 40.349 Personen stellt die Bevölkerung mit deutschem Migrationshintergrund im Jahr 2007 die drittgrößte Gruppe in Wien, nach der Bevölkerung mit Migrationshintergrund Serbien und Montenegro (110.815 Personen, einschließlich der Nachfolgestaaten Serbien und Montenegro) sowie der Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund (70.529 Personen).⁴

² Für Informationen zu den Zugangsbedingungen vgl.:

<http://www.wien.gv.at/amtshelfer/bauen-wohnen/wienerwohnen/gemeindewohnung.html>, letzter Zugriff 18.5.09.

³ Vgl. Statistik „Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern“, STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2008 (Durchschnitt aller Wochen eines Jahres). Erstellt am: 26.3.2009. Bevölkerung in Privathaushalten, online unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html, letzter Zugriff: 16.5.2009.

⁴ Vgl. Statistik „Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern“, zum Download unter: <http://www.wien.gv.at/statistik/daten/pdf/einwohner-migrationshintergrund.pdf>, letzter Zugriff: 16.5.2009.

2001 wohnten 11,41% der WienerInnen mit österreichischer Staatsbürgerschaft in den Bezirken 15–17. In denselben Bezirken wohnten aber je ca. 24% der WienerInnen mit türkischer oder serbisch-montenegrinischer Staatsbürgerschaft. Dagegen wohnten lediglich je ca. 7% der Angehörigen dieser Gruppen in den Bezirken 21–23. Gleichzeitig wohnten knappe 25% der WienerInnen mit österreichischer Staatsbürgerschaft in diesen Bezirken.⁵ Diese exemplarisch anhand der türkischen, serbisch-montenegrinischen und österreichischen Staatsangehörigen dargestellten Zahlen geben einen ersten Eindruck von der ungleichen Verteilung verschiedener Bevölkerungsgruppen über das Wiener Stadtgebiet.

Im Zusammenhang mit diesen Daten ist ein Blick auf die Gebietstypologie der Stadt Wien aufschlussreich, da diese unter anderen Faktoren auch Bezug auf die Dominanz bestimmter Wohnungsmarktsegmente in einzelnen Gebieten der Stadt Wien nimmt. Während in den Bezirken 15–17 gründerzeitliche Altbauwohnungen den Bestand dominieren, nehmen in den Bezirken 21–23 Wohnungen neuerer Wohnhausanlagen den Großteil des Bestandes ein, drei Viertel des Wohnungsbestandes sind Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen (MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung 2007, 64–65). Zu Gemeindewohnungen hatten bis 2006 Drittstaatsangehörige keinen Zugang, wie bereits erläutert wurde. Zieht man also auch die in den Bezirken jeweilig dominanten Wohnungsmarktsegmente in Betracht, so bestätigen die Zahlen Zusammenhänge zwischen den Mechanismen des Wohnungsmarktes und Segregationsprozessen in Wien.

Ethnische Segregation in Wien drückt sich vor allem auf kleinräumiger Ebene aus. Konzentrationen ethnischer Gruppen sind auf Baublock- und Wohnhausebene sichtbarer als auf Bezirksebene (Kohlbacher/Schwab 2002, 202; Kohlbacher/Reeger 2002, 195; Kohlbacher/Reeger 2008, 32–33).

Die vom Magistrat Wien im Jahr 2003 in Auftrag gegebene sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien brachte zum Ergebnis, dass die im Vergleich höchsten Zuwandereranteile in Wohnhäusern jener Bezirke zu verzeichnen sind, in denen der gründerzeitliche private Mietbestand

⁵ Vgl. Statistik: „Wohnbevölkerung nach ausgewählter Staatsangehörigkeit und Bezirken 2001“ – Daten der Volkszählung 2001: <https://www.wien.gv.at/statistik/daten/pdf/vz2001staatsang.pdf>, eigene Berechnungen, letzter Zugriff 16.5.2009.

dominiert (MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung 2007, 11).⁶

Kohlbacher und Reeger (2008, 30–43) zeichnen anhand von Daten aus der Volkszählung 2001 und Sonderauswertungen der MA 66 bzw. MA 5 nach, ob und wo es Konzentrationen ethnischer Gruppen auf Ebene der Zählsprengel in Wien gibt und ziehen zudem Vergleiche zwischen bereits eingebürgerten ZuwanderInnen und ZuwanderInnen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft. Die stärksten Konzentrationstendenzen weisen sowohl bereits eingebürgerte ZuwanderInnen aus der Türkei sowie Bosnien-Herzegowina auf, das gilt auch für nichteingebürgerte ZuwanderInnen aus diesen Ländern. Anhand der Berechnung von Dissimilaritätsindizes zeigen Kohlbacher und Reeger (2008, 31–32) außerdem auf, in welcher Distanz die einzelnen Bevölkerungsgruppen zueinander leben. Generell ist mit der Einbürgerung durchwegs eine räumliche Annäherung der einzelnen Bevölkerungsgruppen feststellbar. Am distanziertesten voneinander wohnen ÖsterreicherInnen ohne Migrationshintergrund und WienerInnen mit türkischem Migrationshintergrund, am wenigsten distanziert wohnen deutsche ZuwanderInnen und ÖsterreicherInnen ohne Migrationshintergrund. Sogenannte „ElitemigrantInnen“ aus Deutschland verteilen sich generell gleichmäßiger über das Stadtgebiet.

Besonders ZuwanderInnen aus Drittstaaten ohne österreichische Staatsbürgerschaft standen *insbesondere* bis 2006, das wurde bereits beschrieben, einem sehr verengten Wohnungsmarkt gegenüber. Dies führt zur Konzentration von ZuwanderInnen im privaten, gründerzeitlichen Mietsegment und damit insbesondere in gürtelnahen Gebieten – wobei Kohlbacher und Reeger (2008, 33–39) bei eingebürgerten serbisch-montenegrinischen ZuwanderInnen und türkischen ZuwanderInnen eine Abwanderungstendenz in Richtung Kommunalbauten feststellen. Aufgrund ökonomisch eingeschränkter Möglichkeiten verengt sich für viele ZuwanderInnen der private Wohnungsmarkt noch einmal deutlich, sodass die selektiven Mechanismen des Wohnungsmarktes auch in qualitativ schlechteren Wohnbedingungen der ausländischen Wohnbevölkerung resultieren.

Während die Angehörigen hoch entwickelter westlicher Wohlstandsgesellschaften sozial sicher keine schlechtere Stellung als die Österreicher einnehmen, ist

dies mit Zuwanderern aus materiell weniger entwickelten Gesellschaften anders. In diesem Zusammenhang wird Staatsangehörigkeit geradezu zu einem Schicht-Kriterium (STATISTIK AUSTRIA 2006, 33).

Empirische Daten aus dem Jahr 2001 zeigen auf, dass MigrantInnen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien deutlich schlechtere Wohnstandards aufweisen als österreichische Haushalte. Demnach leben 88% der österreichischen StaatsbürgerInnen in Wien in Wohnungen der Kategorie A (Zentralheizung oder ähnliches, Bad/Dusche, WC). Staatsbürger einzelner EU-Länder weisen in Wien noch höhere Anteile auf. 5,3% der österreichischen StaatsbürgerInnen leben in Wohnungen der Kategorie D (kein WC oder keine Wasserinstallation in der Wohnung). Dagegen wohnen 40,8% der türkischen Staatsangehörigen in Wohnungen der Kategorie D sowie 39,3% der Staatsangehörigen Serbien-Montenegros (STATISTIK AUSTRIA 2006, 33–35; MA 17 Integrations- und Diversitätsangelegenheiten 2007, 20–23).

Auch über den Faktor „Nutzfläche pro Person“ lassen sich Rückschlüsse auf die qualitative Wohnsituation der Wiener Bevölkerung ziehen. Weniger als 20 m² pro Personen haben 8,6% der österreichischen Haushalte⁷, aber 63,7% der türkischen und 52,5% der serbisch-montenegrinischen Haushalte zur Verfügung (STATISTIK AUSTRIA 2006, 35; MA 17–Integrations- und Diversitätsangelegenheiten 2007, 23). Auf Basis dieser Zahlen stellt sich die Frage, ob eine Einbürgerung auch die Verbesserung der Wohnsituation mit sich bringt. Kohlbacher und Reeger (2008, 64–65) stellen nach erfolgter Einbürgerung bei allen Zuwanderergruppen eine tendenzielle Verbesserung der Wohnsituation fest. Das Ausmaß gruppenspezifischer Unterschiede ist aber sehr hoch; die Wohnsituation von sogenannten „ArbeitsmigrantInnen“ ist auch nach erfolgter Einbürgerung qualitativ schlechter als jene von sogenannten „ElitemigrantInnen“ und Österreichern ohne Migrationshintergrund.⁸

Die nun folgenden Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien 2008 zeigen auf, dass sich die objektiv schlechteren Wohnbedingungen vieler MigrantInnen auch in einer negativeren subjektiven Einschätzung niederschlagen. Das untermauert die These, wonach Segregation nicht das Ergebnis „freiwilliger“

⁶ Hier ist aber zu berücksichtigen, dass sich die Daten aus einer Befragung und nicht aus Meldestatistiken ergaben: Eine leichte Schiefe der Prozentwerte aufgrund einer „subjektiv erhöhten Einschätzung“ kann daher nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Zumindest deckt sich das Ergebnis aber mit den Ergebnissen anderer empirischer Studien.

⁷ Zugeordnet wurden die Haushalte nach der Staatsangehörigkeit des Haushaltsrepräsentanten.

⁸ So hatten im Jahr 2001 österreichische Staatsbürger mit türkischem Migrationshintergrund einen Anteil von 20% an Wohnungen der Kategorie D, einen Anteil von 15% verzeichneten eingebürgerte ZuwanderInnen aus Serbien-Montenegro (MA 17–Integrations- und Diversitätsangelegenheiten 2007, 22).

Wohnentscheidungen ist, sondern sich über die Mechanismen des Wohnungsmarktes durchsetzt.

5. Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008

Die im Folgenden präsentierte Studie liefert hochaktuelle Einblicke in die Verteilung bestimmter Bevölkerungsgruppen über Wien, aber auch interessante Aufschlüsse über die subjektive Einschätzung der Wohnsituation durch die MigrantInnen selbst. Die bisher präsentierten Fakten zur Wohnsituation von WienerInnen mit Migrationshintergrund haben aber aufgezeigt, dass die Wohnsituation innerhalb der Gruppe der ZuwanderInnen in starkem Ausmaß divergiert. Durchschnittswerte aus der Gruppe „WienerInnen mit Migrationshintergrund“ würden daher die Daten massiv verzerren. Daher werden die Ergebnisse der Umfrage im Folgenden exemplarisch an den drei größten Personengruppen mit Migrationshintergrund dargestellt, also an der Gruppe der türkischen, ex-jugoslawischen⁹ und deutschen MigrantInnen. Die Bezugssetzung erfolgt jeweils über die Gruppe der Österreicher.¹⁰

⁹ Die befragten Personen mit slowenischem Migrationshintergrund sind in der Gruppe „chem. Jugoslawien“ ausgeklammert. Die Kategorie „ehemaliges Jugoslawien“ stellt, hinsichtlich der Aussagekräftigkeit der Ergebnisse, dennoch eine gewisse Problematik dar, weil sie homogenisierend wirkt. So sind etwa für die kroatischen MigrantInnen empirisch bessere „Wohnkarrieren“ nachweisbar als z. B. für die serbischen MigrantInnen (siehe dazu etwa Kohlbacher/Reeger 2008, 65).

¹⁰ Die Gruppe der „Österreicher“ betrifft die Gruppe jener befragten Personen, die in Österreich geboren worden sind, also auch ZuwanderInnen der zweiten Generation. Die im Folgenden so benannten Gruppen „Deutschland“, „chem. Jugoslawien“ und „Türkei“ enthalten hingegen die Daten von Personen mit Migrationshintergrund, umfassen also wiederum auch ZuwanderInnen der zweiten Generation. Ein Vergleich zwischen „WienerInnen mit Migrationshintergrund“ und „WienerInnen österreichischer Staatsbürgerschaft ohne Migrationshintergrund“ war leider auf Basis der bereitgestellten Auswertungstabellen nicht möglich. Aufgrund geringerer Fallzahlen und damit verbundener höherer Schwankungsbreiten hat sich die Autorin dieser Arbeit gegen die Heranziehung des Faktors „Geburtsland“ entschieden. Außerdem würde eine solche Vorgangsweise die Ergebnisse der zweiten Generation ohne österreichische Staatsbürgerschaft völlig ausklammern.

5.1. Verteilung über Segmente des Wohnungsmarktes

Aufschluss über die Verteilung der einzelnen Bevölkerungsgruppen über die Segmente des Wiener Wohnungsmarktes gibt Abb. 2. Schon auf den ersten Blick wird eine Ungleichverteilung deutlich. So wohnt etwa je ein Drittel der in Österreich Geborenen im Eigentumssegment (Wohnung oder Haus) bzw. in privater Hauptmiete.

18% der in Österreich Geborenen sind Hauptmieter einer Genossenschaftswohnung,

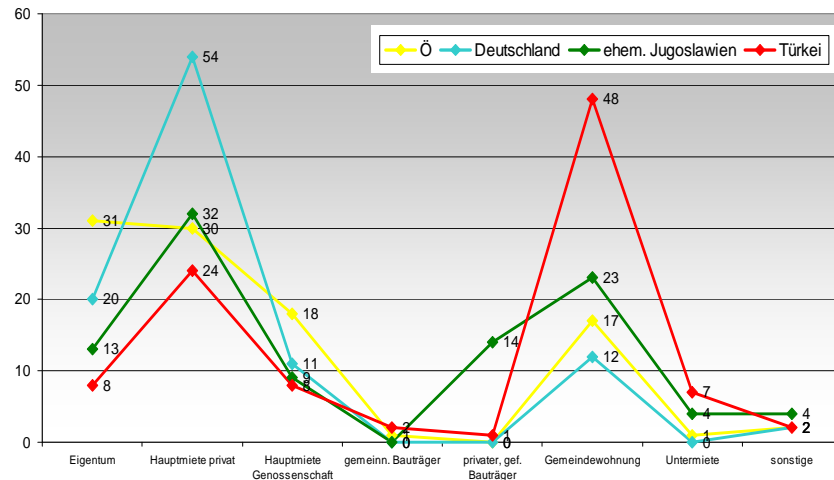


Abb. 1. Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien, 2008.

Frage: Haben Sie bzw. Ihre Familie Ihr Haus, Ihre Wohnung als ... ? n = Ö: 4450 D: 237; ehem. J: 337, T: 230

17% bewohnen eine Gemeindewohnung der Stadt Wien.

Die Verteilung über die Segmente des Wiener Wohnungsmarktes sieht für die befragten WienerInnen mit Migrationshintergrund deutlich anders aus, wobei auch zwischen den einzelnen Zuwandergruppen Unterschiede sichtbar werden. Generell sind alle hier analysierten Migrantengruppen im Eigentumssektor signifikant unterrepräsentiert, am wenigsten stark gilt dies für die Gruppe der deutschen MigrantInnen. Weniger signifikant, aber vorhanden, ist eine Unterrepräsentation aller Migrantengruppen im Genossenschaftssektor. Eine besondere Überrepräsentation im Segment der Gemeindewohnungen ist für die Gruppe der Personen mit türkischem Migrationshintergrund feststellbar; in geringerem Ausmaß auch für die ex-jugoslawischen MigrantInnen. Die Gruppe der deutschen MigrantInnen ist dagegen im privaten Mietsektor deutlich überrepräsentiert, die anderen Sektoren haben dementsprechend etwas weniger Bedeutung für die Gruppe der WienerInnen mit deutschem Migrationshintergrund. An dieser

Stelle müssen die bereits erwähnten Zahlen zu den Wohnstandards der Wiener Bevölkerung in Erinnerung gerufen werden: Demnach erreicht die Bevölkerung mit Migrationshintergrund Deutschland in Kategorie-A-Wohnungen sogar einen knapp höheren Wert als österreichische StaatsbürgerInnen (STATISTIK AUSTRIA 2006, 34).

Besonders deutlich unterrepräsentiert im Eigentumssegment sind die türkischen MigrantInnen. Dagegen ist mit einer Häufigkeit von 48% der befragten Personen das Segment der „Gemeindewohnungen“ das wichtigste Segment des Wohnungsmarktes dieser Gruppe. Basierend auf Daten der Volkszählung 2001 haben Kohlbacher und Reeger (2008: 36–37) einen Trend zum Wegzug aus dem privaten Mietsektor türkischer MigrantInnen festgestellt. Ein Vergleich mit den Daten aus der Grundlagenforschung für Wien 2003 beweist, dass sich dieser Trend bis ins Jahr 2008 weiter fortgesetzt hat. Der Bestand an Gemeindewohnungen hat den privaten Mietsektor als bedeutendstes Wohnsegment der türkischen MigrantInnen inzwischen abgelöst. Von allen Befragten, die in der Türkei geboren worden sind¹¹, gaben im Jahr 2003 53% an, in privater Hauptmiete zu wohnen; 35% gaben an, im Gemeindebau zu leben. 2008 gaben nur 23% aller Befragten, die in der Türkei geboren worden sind, an, in privater Hauptmiete zu leben – 50% jedoch gaben an, im Gemeindebau zu leben. Bei der Gruppe der MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien zeichnet sich dagegen kein weiterer Trend in Richtung Gemeindebau ab.¹² 2003 gaben 22% der im ehemaligen Jugoslawien Geborenen an, im Gemeindebau zu leben. 2008 sind es 24%.¹³ Ob zwischen der rechtlichen Öffnung der Gemeindebauten 2006 und den ansteigenden Zahlen von türkischen MigrantInnen im Gemeindebau ein kausaler Zusammenhang besteht, kann aus den Daten nicht beantwortet werden. Eine mögliche Annäherung an diese Frage erlauben folgende Zahlen. So gaben im Jahr 2003 13% der befragten ausländischen Staatsbürger (n = 658)

an, im Gemeindebau zu leben. 2008 sind es 20% (n = 487).

Resümierend kann in Anbetracht der aktuellen Zahlen festgestellt werden, dass sich die Wiener Wohnbevölkerung sehr unterschiedlich über die Segmente des Wohnungsmarktes verteilt. Auch innerhalb der Gruppe der befragten Personen mit Migrationshintergrund werden deutliche Unterschiede sichtbar. Dass die Verteilung über einzelne Segmente aber keineswegs statisch und festgeschrieben ist, beweist die hohe Mobilität türkischer MigrantInnen in das Segment der Kommunalwohnungen. Es ist anzunehmen, dass sich die Abwanderung aus dem privaten Mietsektor auch auf Ergebnisse zukünftiger Segregationsstudien niederschlagen wird. Ob sich die bisher empirisch belegten Konzentrationen aufgelöst oder verschoben haben, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht festgestellt werden.

5.2. Subjektive Einschätzung der Wohnsituation

In dieser Arbeit wurde bereits aufgezeigt, dass speziell im Wohnmarktssegment „Hauptmiete von privatem Eigentümer“ unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Wohnungsqualitäten konfrontiert sind. Im Rahmen der Grundlagenforschung für Wien 2008 wurde die Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der eigenen Wohnsituation abgefragt. Die im Folgenden präsentierten Ergebnisse zeigen auf, dass sich die objektiv schlechteren Wohnbedingungen von türkischen und ex-jugoslawischen MigrantInnen auch in einer negativeren subjektiven Einschätzung der Wohnsituation durch die befragten Personen ausdrücken. Vor allem die Faktoren „Zustand der Wohnung“, „Preiswürdigkeit“ sowie „Größe“ wurden von befragten Personen mit türkischem und ex-jugoslawischem Migrationshintergrund negativer beurteilt als von der Vergleichsgruppe der ÖsterreicherInnen. Zieht man diese erhöhten Unzufriedenheitswerte von Personen mit türkischem und ex-jugoslawischem Migrationshintergrund in Betracht, so kann nicht von einer Freiwilligkeit dieser Wohnsituation ausgegangen werden. Folgende, von Häußermann und Siebel (1996, 200) zusammengefasste, gängige öffentliche Interpretation der qualitativ schlechteren Wohnbedingungen von MigrantInnen kann daher widerlegt werden:

(...) andererseits wird gesagt, die meisten Ausländer hätten gar keine höheren Ansprüche, weil sie zu Hause unter noch schlechteren Bedingungen gewohnt

¹¹ Die Auswertungstabellen der Grundlagenforschung für Wien aus dem Jahr 2003 schlüsseln den Faktor „Migrationshintergrund“ nicht auf. Um die Vergleichbarkeit für diese Fragestellung zu wahren, wurden die Zahlen aus 2003 und 2008 daher ausnahmsweise aus der Gruppe „Geburtsland Türkei“ gezogen.

¹² Basierend auf Daten der Volkszählung 2001 haben Kohlbacher und Reeger (2008, 65) einen solchen Trend jedoch besonders für die Gruppe der eingebürgerten Bosnier und Serben nachgewiesen. Es ist nicht auszuschließen, dass die Zusammenfassung verschiedener Nationalitäten unter der Gruppe „ehemaliges Jugoslawien“ zu einer Relativierung der Zahlen beiträgt.

bätten (...) bzw. weil sie gar keine besseren Wohnungen haben wollen, um Mietkosten zu sparen für die Überweisungen nach Hause (Häußermann/Siebel 1996, 200).

In den signifikant höheren Unzufriedenheitswerten von türkischen und ex-jugoslawischen MigrantInnen mit einzelnen Wohnfaktoren findet eine solche Interpretation keine Bestätigung. Die folgenden Statistiken geben Aufschluss über die hinsichtlich der einzelnen Wohnaspekte erzielten Zufriedenheits- bzw. Unzufriedenheitswerte. Bewertet werden mussten die einzelnen Faktoren anhand des Schulnotensystems.

Zustand der Wohnung

Wie schon bei den bisherigen Statistiken manifestieren sich auch in der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Zustand der Wohnung Unterschiede innerhalb der Gruppe der befragten Personen mit Migrationshintergrund. Die dargestellten Zahlen zeigen, dass der Zustand der eigenen Wohnung von den befragten türkischen MigrantInnen signifikant schlechter eingeschätzt wird als von der Gruppe der ÖsterreicherInnen. Auch bei den MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien lassen sich signifikant höhere Unzufriedenheitswerte feststellen, die Werte der deutschen MigrantInnen liegen hingegen innerhalb der statistischen Schwankungsbreite und weisen daher keinen signifikanten Ausschlag in die negative Richtung auf.

Wohnung auch von den MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien eingeschätzt. Bei der Gruppe der deutschen MigrantInnen besteht dagegen, wie auch schon beim Faktor „Zustand der Wohnung“, kein Unterschied zur Vergleichsgruppe der ÖsterreicherInnen.

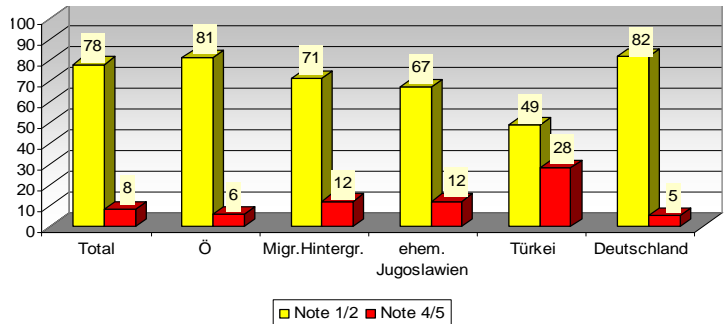


Abb. 3. Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien, 2008. Frage: Wie beurteilen Sie Ihre Wohnung/Ihr Haus hinsichtlich der Größe der Wohnung? n = Ö: 4450, D: 237; ehem. J: 337, T: 230

Preiswürdigkeit der Wohnung

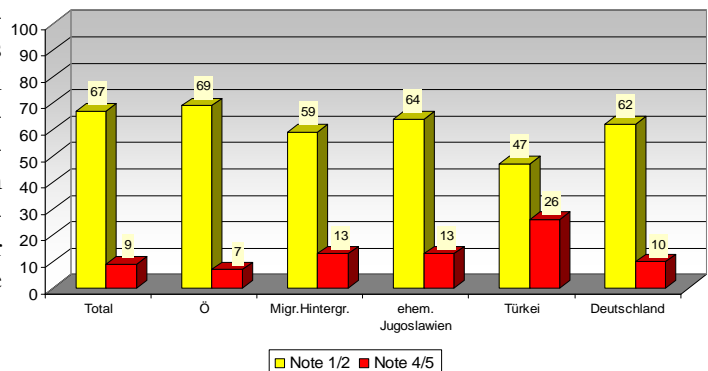


Abb. 4. Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien, 2008. Frage: Wie beurteilen Sie Ihre Wohnung/Ihr Haus hinsichtlich der Preiswürdigkeit der Wohnung? n = Ö: 4450, D: 237; ehem. J: 337, T: 230

Besonders hohe Unzufriedenheitswerte der türkischen MigrantInnen schlagen sich beim Faktor „Preiswürdigkeit“ nieder. Nur 47% der türkischen MigrantInnen beurteilten die Preiswürdigkeit ihrer Wohnung mit den Noten „sehr gut“ bzw. „gut“, 26% der türkischen MigrantInnen dagegen vergaben die Noten 4 bzw. 5. Zufriedener äußerten sich hier die MigrantInnen aus Ex-Jugoslawien, wie auch bei den deutschen MigrantInnen kann kein Unterschied zur Vergleichsgruppe der Österreicher festgestellt werden.

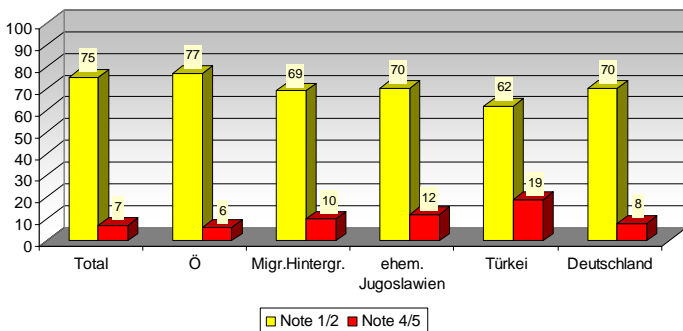


Abb. 2. Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien, 2008. Frage: Wie beurteilen Sie Ihre Wohnung/Ihr Haus hinsichtlich des Zustands der Wohnung? n = Ö: 4450, D: 237; ehem. J: 337, T: 230

Größe der Wohnung

Auch der Aspekt des zur Verfügung stehenden Wohnraumes wurde wiederum von den türkischen MigrantInnen am schlechtesten bewertet. Signifikant schlechter wird die Größe der eigenen

5.3. Wohnungswechsel

Die bisherigen Statistiken haben aufgezeigt, dass sich objektiv schlechtere Wohnbedingungen in der subjektiven Bewertung einzelner Wohnaspekte niederschlagen. Zusätzliche Hinweise auf die Validität dieser Feststellung geben weitere Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien 2008. Im Rahmen der Studie wurden nämlich auch die Beabsichtigung eines Wohnungswechsels und die Gründe für einen solchen erhoben. Außerdem wurde erhoben, welches Wohnungsmarktsegment bei einem Umzug bevorzugt wird.

Besonders für die Zahlen zu den Gründen eines Wohnungswechsels und den Zahlen zum beabsichtigten Wohnungsmarktsegment ist auf sehr geringe Fallzahlen und damit verbundene hohe Schwankungsbreiten hinzuweisen. Aus wissenschaftlicher Sicht muss davor gewarnt werden, die dargelegten Zahlen als absolut zu betrachten. Aber vor dem Hintergrund der bisher präsentierten theoretischen Annahmen und empirischen Ergebnisse zu Wien sowie den bereits dargestellten Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung 2008 ist es durchaus zulässig, eine gewisse Validität der angezeigten Trends anzunehmen.

Geplanter Wohnungswechsel?

Die Frage „Planen Sie oder jemand in Ihrem Haushalt innerhalb der nächsten fünf Jahre einen Wohnungswechsel“ brachte zum Ergebnis, dass signifikant mehr MigrantInnen (21%) einen Wohnungswechsel aller Haushaltsmitglieder planen als die befragten Personen, die in Österreich geboren worden sind (14%). Nun könnte diese Tatsache auf den Faktor „Migration“ an und für sich zurückgeführt werden – die erhöhten Umzugswünsche könnten demnach eine geplante Rückkehr ins Herkunftsland widerspiegeln. Aufschluss über die Validität dieser These gibt die Folgestatistik. Jenen Befragten, die einen Umzugswunsch nannten, wurde nämlich auch die Frage „Ist die Qualität Ihrer derzeitigen Wohnung dafür ausschlaggebend – falls ja, in welcher Hinsicht?“ gestellt.

Qualität der Wohnung ausschlaggebend?

Auf die geringen Fallzahlen, die der folgenden Statistik unterliegen, wurde bereits hingewiesen. Allerdings lassen die sich abzeichnenden Trends durchaus Schlüsse zu. Die Zahlen zeigen, dass Wohnaspekte vor allem bei den Umzugswünschen der WienerInnen mit ex-jugoslawischem oder türkischem Migrationshintergrund zum Tragen kommen, während andere Aspekte besonders für die Gruppe der in Österreich geborenen Personen und der deutschen MigrantInnen ausschlaggebend sind.

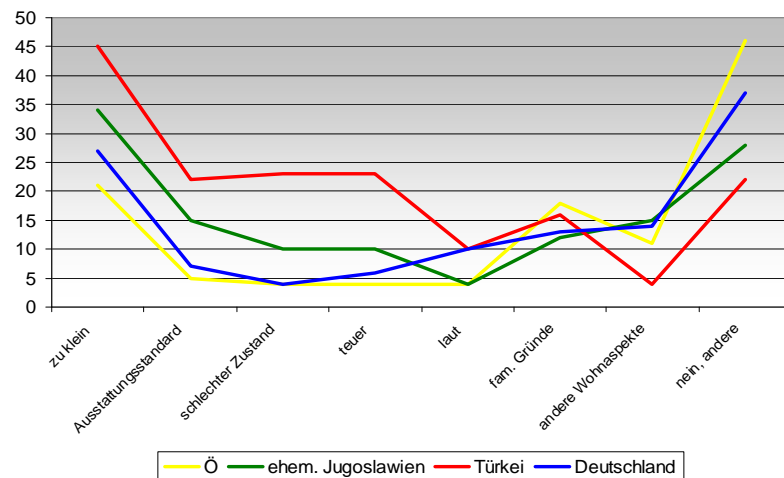


Abb. 5. Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien, 2008. Frage: Ist die Qualität Ihrer derzeitigen Wohnung dafür ausschlaggebend – und falls ja, in welcher Hinsicht? n = Ö: 2148, Total: 2729, MH: 943, D: 185, ehem. J: 195, T: 112

So nannten 45% der türkischen MigrantInnen mit Umzugswunsch die Größe der Wohnung als ausschlaggebenden Grund. Dieser Faktor spiegelt die schon vorher dargestellten hohen Unzufriedenheitswerte in Bezug auf die Wohnungsgröße wider. Die Wohnungsgröße wurde auch von MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien am häufigsten (34%) genannt. In geringerem Maße spielt dieser Faktor aber auch für in Österreich geborene Personen (21%) und deutsche MigrantInnen (27%) eine Rolle.

Die in den objektiven Strukturdaten deutliche prekäre Wohnsituation türkischer und ex-jugoslawischer MigrantInnen schlägt sich in dieser Statistik besonders in den Faktoren „zu geringer Standard (Ausstattungsstandard)“ und „schlechter Zustand“¹⁴ nieder. 22% der befragten türkischen MigrantInnen mit Umzugswunsch nannten den Ausstattungsstandard unter den

¹⁴ Zu geringer Standard = Ausstattungsstandard / Zustand der Wohnung = z. B. Feuchtigkeit, alte Leitungen etc..

Gründen für den Umzugswunsch, dies taten auch 15% der befragten ex-jugoslawischen MigrantInnen mit Umzugswunsch. Der Faktor „schlechter Zustand“ wurde von 23% der türkischen MigrantInnen genannt und von 10% der ex-jugoslawischen ZuwanderInnen. Gleichzeitig wurde der Faktor „Ausstattungsstandard von nur 7% und der Faktor „schlechter Zustand“ von nur 4% der deutschen MigrantInnen genannt. Die These, wonach sich in den geäußerten Umzugswünschen Pläne einer Rückkehr ins Herkunftsland niederschlagen, findet besonders für die Gruppe der türkischen MigrantInnen (und in geringerem Ausmaße auch für die Gruppe der MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien) in diesen Zahlen keine Bestätigung. Die These kann aber auch für die deutschen MigrantInnen nicht bestätigt werden, schließlich wurde der Aspekt „nein, andere Gründe“ im Zuge der Umfrage nicht näher nachgefragt. Zumindest zeichnen sich in den Trends aber Wohnaspekte wesentlich weniger deutlich ab.

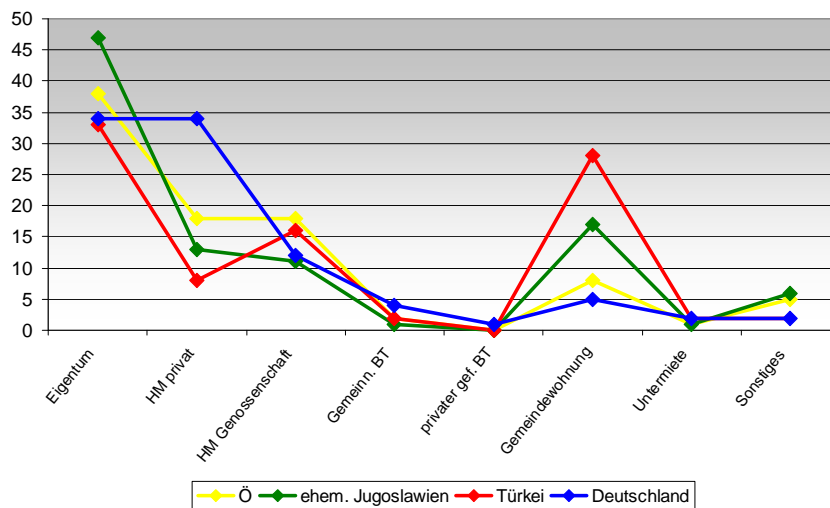


Abb. 6. Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien, 2008. Frage: An was für eine Art von Wohnung (Rechtsform) denken Sie am besten bei einem Wohnungswechsel? n = Ö: 2148, Total: 2729, MH: 943, D: 185, ehem. J: 195, T: 112

Wohnsegment bei Umzug?

Aus der folgenden Statistik lässt sich ableiten, welche Wohnungsmarktsegmente für bestimmte Bevölkerungsgruppen attraktiv sind bzw. es nicht sind.

Die Zahlen¹⁵ deuten an, dass es keineswegs dieselben Segmente des Wiener Wohnungsmarktes sind, die attraktiv auf die verschiedenen Bevölke-

rungsgruppen wirken. Bei jenen befragten MigrantInnen aus der Türkei bzw. Ex-Jugoslawien, die umziehen wollen, stellt das Segment „Hauptmiete privat“ mit 8% bzw. 13% im Vergleich zum Gemeindebau ein wesentlich unattraktiveres Segment dar. 28% der türkischen MigrantInnen mit Umzugswunsch möchten in den Gemeindebau ziehen und 17% der MigrantInnen mit Umzugswunsch aus dem ehemaligen Jugoslawien. Mit dem Umzugswunsch in den Gemeindebau geht, so darf vermutet werden, die Erwartung an eine verbesserte Wohnsituation bei gering bleibender Mietbelastung einher. Nochmals ist zu betonen, dass es sich aufgrund geringer Fallzahlen bei dieser Statistik lediglich um Trends handelt und die Zahlen keine absolute Prognosefähigkeit besitzen. Es ist aber vor dem Hintergrund der bereits dargelegten dynamischen Veränderungen seit den Ergebnissen der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien 2003 anzunehmen, dass sich der schon vor 2001 einsetzende Trend von MigrantInnen türkischer Herkunft in Richtung Gemeindebau

fortsetzen wird. Über das tatsächliche Ausmaß des Phänomens kann aber, wie gesagt, keine seriöse Aussage getroffen werden. Für die deutschen MigrantInnen (5%) und für die in Österreich geborenen Personen (8%)¹⁶ ist das Gemeindebausegment wesentlich unattraktiver. Das attraktivste Segment stellt, gleichsam für alle Gruppen, der Eigentumssektor dar. Hier erzielen besonders die ex-jugoslawischen MigrantInnen mit 47% hohe Werte.

¹⁵ HM = Hauptmiete, BT = Bauträger.

¹⁶ Relativiert wird diese Zahl außerdem durch den Fakt, dass sich die Werte von MigrantInnen der zweiten Generation auch in dieser Gruppe niederschlagen – für die Gruppe der „in Österreich geborenen Österreicher“ ist also von einer noch geringeren Zahl auszugehen.

6. Schlussbetrachtung

Der erste Teil dieser Arbeit widmete sich der Theorie der Segregation und kam zum Schluss, dass aus den bisherigen wissenschaftlichen Arbeiten kein eindeutiger Schluss über positive oder negative Zusammenhänge mit Integrationsprozessen gezogen werden kann.

Besonders die theoretischen Annahmen zu den Ursachen ethnischer Segregation und den mangelnden Optionen von MigrantInnen auf Wohnungsmärkten spielten im zweiten Aspekt, der in dieser Arbeit beleuchtet wurde, eine große Rolle. Die theoretischen Annahmen wurden auf den Wiener Wohnungsmarkt zurückgeführt und die dort wirksamen Mechanismen näher dargestellt. Es wurde aufgezeigt, dass neben den individuell oft mangelnden ökonomischen Ressourcen besonders die bis 2006 aufrechte restriktive Zugangsregelung zum Gemeindebau Einfluss auf Segregationsprozesse und die Wohnsituation der MigrantInnen in Wien hatten. Im Abschnitt „Segregation und die Wohnsituation von MigrantInnen in Wien“ wurden wesentliche Fakten und Ergebnisse bisheriger Studien zum Thema präsentiert. Deutlich wurde dabei vor allem die Heterogenität der Wohnsituation innerhalb der Gruppe der MigrantInnen, eine Tatsache, welche sich vor allem auf die individuell unterschiedliche ökonomische Positionierung zurückführen lässt und in der Literatur oft mit den Begriffen der „Elite“- vs. „Arbeitsmigration“ erfasst wird.

Wesentliche Erkenntnisse dieser Arbeit wurden schließlich aus der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien 2008 gezogen. So konnten, besonders mit dem Trend der türkischen MigrantInnen in Richtung des Gemeindebausegmentes, dynamische Veränderungsprozesse mit potentiellen Auswirkungen auf Ergebnisse der Segregationsforschung nachgewiesen werden. Des Weiteren konnte widerlegt werden, dass qualitativ schlechtere Wohnbedingungen den Präferenzen der MigrantInnen entsprechen. Objektiv schlechtere Wohnbedingungen schlagen sich auch in subjektiv negativerer Einschätzung derselben nieder. Auf der Basis sich abzeichnender Trends konnte außerdem die Einschätzung getroffen werden, dass sich die höheren Wohnzufriedenheitswerte auch im öfter geäußerten Wunsch, umzuziehen, niederschlagen.

Mit der Öffnung der Gemeindebauten haben sich die Optionen einkommensschwacher MigrantInnen am Wohnungsmarkt deutlich verbreitert. Am privaten Mietwohnungsmarkt stehen MigrantInnen mit ökonomisch verknüpften Ressourcen aber nach wie vor schlechten Integrationsbedingungen gegenüber. Es ist diesbezüglich darauf

hinzuweisen, dass eine nachhaltige Stärkung der Position von MigrantInnen am Wiener Wohnungsmarkt nur über integrative Politikansätze, die etwa auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beinhalten, erreichbar ist:

Die gleichberechtigte Integration von Zuwanderern in das Erwerbssystem stellt jedenfalls die beste Voraussetzung für soziale Integration dar und kann durch die Zugangsmöglichkeit zu allen Wohnungsmarktelementen durch rechtliche Gleichstellung Gleichbehandlung unterstützt werden (Kohlbacher/Schwab 2002, 208).

So ist etwa die Fortführung der Strategie einer *sanften* Stadterneuerung (siehe dazu Förster 2000, 114) zur Verbesserung der Wohnqualität am privaten Mietsektor angesichts der Abwanderungstendenz aus diesem Sektor wissenschaftlich begründbar, kann aber nur einen Teilaspekt politischer Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit von MigrantInnen am Wiener Wohnungsmarkt darstellen.

Literaturverzeichnis

- Alpeis*, Hannes (1998): Kontextanalyse. Die Wirkung des sozialen Umfeldes, untersucht am Beispiel der Eingliederung von Ausländern, Wiesbaden.
- Bosswick*, Wolfgang; *Fassmann*, Heinz; *Kohlbacher*, Josef; *Lücken-Klassen*, Doris (Hrsg.) (2007): Housing and residential segregation of migrants. A state-of-the-art report, Wien.
- Bremer*, Peter (2000): Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte. Zur Lebenssituation von Migranten, Opladen.
- Czasy*, Karl (2004): The Importance of Housing Systems in Safeguarding Social Cohesion in Europe, Wien.
- Dangschat*, Jens S. (2000): Segregation und dezentrale Konzentration von Migrantinnen und Migranten in Wien, in: Klaus M. *Schmals* (Hrsg.): Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale. Opladen, 155–182.
- Dangschat*, Jens S. (2002): Residentielle Segregation – die andauernde Herausforderung an die Stadtforschung, in: Heinz *Fassmann*, Josef *Kohlbacher*, Ursula *Reeger* (Hrsg.): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt, 25–36.
- Fassmann*, Heinz (2002): Zuwanderung und Segregation, in: Heinz *Fassmann*, Josef *Kohlbacher*, Ursula *Reeger* (Hrsg.): Zuwanderung

- und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt, 13–14.
- Fassmann, Heinz* (2007): Integration und Segregation: eine Erläuterung, in: Frank Meyer (Hrsg.): Wohnen – Arbeit – Zuwanderung. Stand und Perspektiven der Segregationsforschung, Berlin, 1–16.
- Förster, Wolfgang* (2000): „Wohnhaussanierung im Wiener Modell der Stadterneuerung“, in: MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.): Wien, Stadterhaltung, Stadterneuerung; Wien, 114–115.
- Giffinger, Rudolf* (1998): Segregation in Vienna. Impacts of Market Barriers and Rent Regulations, in: Urban Studies, Vol 35, No 10, 1791–1812.
- Giffinger, Rudolf; Wimmer, Hannes* (2002): Segregation von ausländischer Wohnbevölkerung als Barriere der sozialen Integration?, in: Heinz Fassmann, Josef Koblbacher, Ursula Reeger (Hrsg.): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt, 209–232.
- Häußermann, Hartmut; Kapßhan, Andreas* (2000): Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt. Sozialräumlicher Wandel seit 1990, Opladen.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter* (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens, Weinheim.
- Koblbacher, Josef; Reeger, Ursula* (2002): Zuwanderung und Segregation in Wien, in: Heinz Fassmann, Josef Koblbacher, Ursula Reeger (Hg.): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt, 181–196.
- Koblbacher, Josef; Schwab, Dieter* (2002): Ausländer auf dem Wiener Wohnungsmarkt – Strukturen, Probleme und aktuelle Entwicklungen, in: Heinz Fassmann, Josef Koblbacher, Ursula Reeger (Hg.): Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt, 197–208.
- Lohmeyer, Michael* (2005): Wien. Gemeindebau offen für Ausländer, in: Die Presse, 10.11.2005, online unter: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/136209/index.do?from=suche.intern.portal> letzter Zugriff: 18.5.2009.
- MA 17 – Integrations- und Diversitätsangelegenheiten (2007): MigrantInnen in Wien 2007. Daten, Fakten, Recht., Wien.
- MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (2007): Leben und Lebensqualität in Wien. Kommentierte Ergebnisse und Sonderauswertungen der Großstudien „Leben in Wien“ und „Leben und Lebensqualität in Wien“, Werkstattbericht Nr. 81, Wien.
- Münch, Sybille* (2007): Integration kann trotz residentieller Segregation gelingen – das Projekt *Zuwanderer in der Stadt* und seine Empfehlungen zur Stadträumlichen Integrationspolitik, in: Frank Meyer (Hg.): Wohnen – Arbeit – Zuwanderung. Stand und Perspektiven der Segregationsforschung, Berlin, 45–58.
- STATISTIK AUSTRIA (2006): Wohnsituation der Bevölkerung. Ergebnisse der Volks-, Gebäude und Wohnungszählung 2001, Wien, zum Download unter: http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/wohnen_und_gebaeude/bestand_an_gebaeuden_und_wohnungen/hauptwohnsitzwohnungen/publdetailpid=187&listid=187&detail=274 letzter Zugriff: 16.5.2009.
- Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien, 2008 und 2003.
- Volkshilfe Wohndrehscheibe (2008): Gesamtbericht, Wien. Zum Download unter: <http://www.volkshilfe.at/1079,,2.html>, letzter Zugriff: 16.5.2009.

Statistiken/Websites

- STATISTIK AUSTRIA: „Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern“, zum Download unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html, letzter Zugriff: 16.5.2009.
- Website Magistrat der Stadt Wien: Statistik „Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Herkunftsländern“, zum Download unter: <http://www.wien.gv.at/statistik/daten/pdf/einwohner-migrationshintergrund.pdf>, letzter Zugriff: 16.5.2009.
- Website Magistrat der Stadt Wien: Statistik „Wohnbevölkerung nach ausgewählter Staatsangehörigkeit und Bezirken 2001“ – Daten der Volkszählung 2001: <https://www.wien.gv.at/statistik/daten/pdf/vz2001staatsang.pdf>, letzter Zugriff 16.5.2009.
- Website Magistrat der Stadt Wien, Informationen zu den Gemeindebau-Zugangsbedingungen: <http://www.wien.gv.at/amtsheifer/bauen-wohnen/wienerwohnen/gemeindewohnung.html>, letzter Zugriff 18.5.2009.

Gerhard Kastner

Politische Partizipation von MigrantInnen Migrationsforschung im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie 2008 „Leben und Lebensqualität in Wien“

1. Einleitung

Untersuchungsgegenstand war die politische Partizipation der ZuwandereInnen in Wien. Dabei wurde der Beteiligung der Migrationsbevölkerung in unkonventionellen Formen der politischen Partizipation besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Mit den Daten der sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie 2008, Leben und Lebensqualität in Wien, wurde mittels des Frageteils zu politischer Partizipation eine Analyse begonnen. Hierbei zeigte sich jedoch, dass der Datensatz für die Migrationsforschung nur bedingt nutzbar ist. Im 8.700 Befragte umfassenden Sample sind Herkunftsländer und weitere essenzielle Merkmale wie Staatsbürgerschaft, Bildungsniveaus und Altersstruktur der Migrationsbevölkerung zu stark verzerrt. So kam der Schwerpunkt der Studie auf einer Darstellung der methodischen Herausforderungen in der Thematik Migration und Partizipation zu liegen.

Dieser Artikel gibt aber auch deskriptive Ergebnisse aus dem Datensatz vor der als nötig erachteten Neugewichtung wieder. Ausgehend vom Endbericht zur sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie für Wien 2008 werden in der gewählten Partizipationstypologie weitere zusätzliche dominante Einflussfaktoren geprüft, diskutiert und beobachtete Zusammenhänge statistisch auf Signifikanz getestet. Eine genauere Untersuchung der Angebote der Stadt Wien zur Beteiligung, als Formen unkonventioneller politischer Partizipation, geht u. a. auf die in der Befragung erhobene Beteiligung der zweiten Generation ein.

2. Untersuchung des Datensatzes

2.1. Datenstruktur und Verzerrungen

Der Datensatz aus dem Survey zu Leben- und Lebensqualität in Wien 2008 ist besonders wertvoll für die Stadtverwaltung, Planung und Forschung. Es sind aber auch Schwächen in den Daten festzustellen. Die Verzerrungen und Abweichungen in der Umfrage von der Struktur der Migrationsbevölkerung in Wien sind wie in den Vorstudien beträchtlich. Eine geeignete Neuge-

wichtung speziell zur Auswertung der Lebenssituation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, ähnlich der Studie „MigrantInnen in Wien, Sonderauswertung LLIW II, 2005“ ist aus diesem Grund in Vorbereitung.

Staatsbürgerschaft, Geburtsland

Aus Tabelle 1 – Vergleich Grundlagenstudie für Wien 2008 – amtliche Statistik; Anteile für Herkunftsländer, Migrationshintergrund und Staatsbürgerschaft; rechnerische Gewichtungsfaktoren – sind die hier interessierenden Anteile ersichtlich. Die markierten Zahlen sind bereits als rechnerische Gewichtungsfaktoren anzusehen, an ihnen werden die stärksten Verzerrungen deutlich.

Personen mit Migrationshintergrund Deutschland sind im Sample stark überrepräsentiert, um den Faktor 2,25 bezogen auf Wien. Da diese Gruppe in Wien mit einem Anteil von 2,4% relativ klein ist, sind die Auswirkungen dieser Verzerrung auch als relativ gering anzusehen.

Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft sind im Sample stark unterrepräsentiert. Statt dem Wienwert 19,8% sind nur 9,2% im Sample enthalten. Der Effekt eines Faktors 2,14 in diesem Fall ist als hoch einzuschätzen. Für die sozialwissenschaftliche Grundlagenstudie ist mit Folgen auf im Grunde sämtliche Fragestellungen zu rechnen. Eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft betrifft direkt die Voraussetzung eines Aufenthaltstitels und den eingeschränkten Zutritt zum österreichischen Arbeitsmarkt. Bezüglich der Stellung am Wohnungsmarkt sind zumindest indirekte Einschränkungen für Fremde anzunehmen. Besonders in Hinblick auf Forschungen zur politischen Partizipation muss die zu geringe Erfassung der Wohnbevölkerung mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft deutliche Auswirkungen zeigen.

Bildung

Eine Analyse der Bildungsniveaus in Zusammenschau mit Migrationshintergrund für zwei relevante Herkunftsländer innerhalb des Survey zeigt einen Anteil von 21% mit Matura oder höhere Bildung bei Befragten mit türkischem Migrationshintergrund und 18% bei Befragten mit Migrationshintergrund Ex-Jugoslawien. Die verfügbaren Strukturdaten zu Bildung der Statistik Austria zeigen Werte von 4,9 bzw. 7,8% für die beiden untersuchten Gruppen in der österreichischen Bevölkerung (Tabelle: Bevölkerung sowie Erwerbspersonen nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Volkszählung 2001, Statistik Austria).

Erfahrungen mit verzerrten Datensätzen

In der vorliegenden Studie wurden die auftretenden Verzerrungen nicht umfassend untersucht. Die Altersstruktur usw. sollen hier nicht auf Kongruenz überprüft werden. An sich sind die Befunde zu Verzerrungen des Datensatzes hinsichtlich Migrationsbevölkerung nicht neu. Die Ursachen sind in den realen Bedingungen von großen Umfrageforschungen zu sehen und ähnlich gelagerte Probleme treten regelmäßig auf. Auch die Daten der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien 2005 waren für die Beurteilung der Lebenssituation der Migrationsbevölkerung nur nach einer Neugewichtung verwertbar (MigrantInnen in Wien, Sonderauswertung LLIW II 2005). Dabei wurde eine iterative Gewichtung mit sieben Schritten folgendermaßen durchgeführt: Anpassung nach Staatsbürgerschaft, Anpassung nach Geburtsland, Anpassung nach Kombination Alter mal Staatsbürgerschaft, der Kategorie 60+, Anpassung nach höchster abgeschlossener Schulbildung, Anpassung nach Kombination von Geburtsland mal höchste abgeschlossene Schulbildung mal Geschlecht, Anpassung nach Kombination Alter mal Staatsbürgerschaft für Kategorie bis 19 Jahre und abschließend ein konstanter Faktor über alle, um die Stichprobengröße 8.300 zu erhalten. Das Ergebnis dieser Neugewichtung war mit weniger Problemen behaftet und laut Studienautoren bedingt brauchbar (MigrantInnen in Wien, Sonderauswertung LLIW II 2005).

2.2. Herkunftsland zur Beschreibung der Migrationsbevölkerung

Im Text und dem Tabellenteil des Endberichts zur sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie für Wien 2008 wurde das Geburtsland als Indikator zur Gruppierung und Darstellung der Migrationsbevölkerung herangezogen. Als Bezeichnung wurde Herkunftsland gewählt. Die methodischen Hinweise des Endberichts betonen insbesondere zwei Ursachen für diese Entscheidung und begründen wie folgt:

1. In Bezug auf die in der Stichprobe vertretenen Personen mit Migrationshintergrund wurde keine über die Basisgewichtung hinausgehende spezifische Gewichtung vorgenommen. Dies aus den folgenden zwei Gründen: Es gibt keine offiziellen Datengrundlagen für eine exakte Gewichtung hinsichtlich der zweiten Zuwanderergeneration, sondern nur in Bezug auf die Staatsbürgerschaft. Diese wurde im Rahmen der Studie nicht differenziert nach den einzelnen Ländern erhoben. (...)

2. Da die Befragung in deutscher Sprache durchgeführt worden ist (Ausnahme: jeweils 150 MigrantInnen aus der Türkei und aus den jugoslawischen Ländern), sind die Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft innerhalb der Stichprobe unterrepräsentiert. (...) Selbst wenn man mit einem enormen finanziellen und logistischen Aufwand die fünf größten nicht-deutschsprachigen Zuwanderergruppen in ihrer Muttersprache befragen würde, blieben immer noch viele in Wien lebende Sprachgruppen übrig, die in den Erhebungsdaten nicht abgebildet wären. (...) Daraus folgt im Hinblick auf die Zuwandererpopulation: Eine Gewichtung der Daten hin auf die Vielzahl von größeren und kleineren in Wien lebenden Nationalitäten mit unzureichenden Deutschkenntnissen ist unseres Erachtens nicht zulässig, da dem die nicht zulässige Prämisse zugrunde läge, dass sich alle diese nicht-deutschsprachigen MitbürgerInnen in ihren Lebensverhältnissen gar nicht von den (inzwischen) deutschsprachigen Zugezogenen bzw. Personen mit Migrationshintergrund unterscheiden, diese also auch jene in ihrer Lebenssituation und damit in ihrem Antwortverhalten repräsentieren. Aus diesem Grund wurden auch die tabellarischen Sonderauswertungen zu den Personen mit Migrationshintergrund primär nach Herkunftsländern und dabei wiederum differenziert nach Geschlecht, Alter, Bildung usw. vorgenommen, womit auch ohne Staatsbürgerschaftsgewichtung aussagekräftige Ergebnisse vorliegen.

Fehlende Strukturdaten zu Migrationshintergrund

Das Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 2008 weist Migrationshintergrund nach der allgemein üblichen Definition aus: 1. Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, 2. Eingebürgerte und 3. die Nachfahren von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft und Eingebürgerten. Unterschieden wird zwischen primärem Migrationshintergrund für Personen, die selbst zugewandert sind, sekundärem Migrationshintergrund für Nachfahren von Zuwanderern. Der Begriff tertiärer Migrationshintergrund beschreibt die eingebürgerten MigrantInnen. In der Grundlagenstudie für Wien 2008 wurden die differenzierten Staatsbürgerschaften der Befragten leider nicht erfasst. Als Annäherung und taugliche Schätzung stünde die amtliche Statistik im Grunde zur Verfügung. Nach Einschätzung des Autors wäre mit dieser Annäherung das Auslangen gefunden, um nach der nötigen Neugewichtung differenziert nach erster und zweiter Generation Analysen durchzuführen. Würde dies als zu ungenau angesehen, bestünde immer noch die Möglichkeit, die Daten nach Herkunftsländern einzuholen, da das Melderegister die Geburtsorte der Meldepflichtigen erfasst.

Sprachbarrieren in der telefonischen Befragung

Die Befragung wurde in der Hauptsache in der deutschen Sprache durchgeführt mit den im obigen Zitat beschriebenen Effekten. Der Ansatz, eine Gruppe von 300 Personen in ihrer Muttersprache zu interviewen, ist günstig und verbessert die Qualität des Datensatzes hinsichtlich der Unterrepräsentanz Herkunftsländer und nicht österreichischer Staatsbürgerschaft. Diskutiert werden sollte, ob nach diesem Anfang der Weg bei zukünftigen Befragungen noch weitergehend verfolgt werden könnte. Würden bei den die Befragung durchführenden TelefoninterviewerInnen tatsächlich die fünf wichtigsten Sprachen Wiens vorliegen, könnten exakt im Design einer (mehrfach geschichteten) Zufallsstichprobe ausschließlich mit CATI-Interviews operiert werden. Das hätte auch den Vorteil, dass sich die kostenintensiven Face-to-Face Interviews erübrigen. Eine Einschätzung, welche Sprachen notwendig wären, kann anhand der Anteile zur ersten Generation erfolgen. Aus dieser Sicht ergibt sich die Reihung nach Ländern: Serbien, Türkei, Polen, Frankreich, Bosnien/Herzegowina, Kroatien, Rumänien, Mazedonien usw. In einen zweiten Schritt wären die in den betreffenden Län-

dern vorliegenden Sprachen zu bedenken und aus einer Zusammenschau würden die fünf bedeutendsten Sprachen für die Wiener Migrationsbevölkerung ermittelbar. Einer Sprachbarriere und den verzerrenden Effekten auf das Sample wäre damit im Rahmen des Möglichen entgegengetreten.

Gewichtung der Merkmale zu Migrationshintergrund

Über Gruppen, die nicht in der Befragung vertreten waren, sind keine Aussagen möglich. Der Entschluss der AutorInnen des Endberichts, generell auf eine Neugewichtung zu verzichten, geht m. E. jedoch zu weit. Berechtigung käme dem zu, wenn nach Leben und Lebensqualität spezieller, relativ kleiner Minderheiten ausgewertet werden soll, beispielsweise für EinwanderInnen mit philippinischem Migrationshintergrund. Für die Hauptgruppen kann dies jedoch nicht gelten. Personen mit Migrationshintergrund wie ehemalige jugoslawische Staaten, Deutschland, Türkei und Polen sind zwar unter- bzw. übererfasst im Sample, aber es bestehen keine unüberbrückbaren Hindernisse, diese Verzerrungen zu korrigieren, um zulässige Analysen entlang des Kriteriums des ersten bzw. zweiten Migrationshintergrunds zu vollziehen.

Die Sonderauswertung schlug einen anderen Weg ein. Die Querschnittsmaterie Migration und Integration wird in allen Kapitel des Textteiles vom Endbericht entlang des Kriteriums Herkunftsland behandelt. In den oben zitierten methodischen Hinweisen ist dies begründet und vermerkt. Ausschließlich die erste Generation liegt den Tabellen, Auswertungen und publizierten Zahlen zugrunde. Ein deutlicher Hinweis an weiteren Stellen wäre überlegenswert, da m. E. bereits die Namen der Länder für sich wie Codes wirken können. Die Codes verleiten eventuell zu stereotypen Konnotationen, trotz der expliziten Bezeichnung Herkunftsland.

3. Untersuchung der politischen Partizipation

3.1. Partizipationstypologie

Politische Partizipation ist ein neuer Schwerpunkt in der sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie für Wien 2008. Die tatsächliche und potentielle politische Partizipation für bestimmte Beteiligungsformen wurde in der Befragung mit den in der Tabelle 2 – Fragen 103 und 104; faktische und potentielle politische Partizipation – wiedergegebenen Items erhoben. Die mit Abstand meistpraktizierte politische Beteiligungsform der Wienerinnen und Wiener ist die Teilnahme an einer Demonstration und die Mitarbeit in einem gemeinnützigen Verein oder einer NGO. Diese beiden Formen der Partizipation sind auch in den zukünftig potentiellen Geschehen am häufigsten genannt, und mehr als der Hälfte der Wiener und Wienerinnen können sich vorstellen, hierbei mitzumachen. Auffällig stark hinsichtlich Steigerungspotential sind zwei, ebenfalls unkonventionelle Beteiligungsformen, erstens die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative und zweitens Annahme eines der Beteiligungsangebote der Stadt Wien oder Mieterbeirat, Jugendparlament, Kulturinitiativen, Lokale Agenda 21, jeweils eine Steigerung um mehr als das Vierfache, von 11 auf 46% bzw. von 8 auf 35%. Diese Ergebnisse sprechen für die verbreitete These einer zunehmenden Bedeutung unkonventioneller politischer Partizipation. Anhand der vorliegenden Ergebnisse erscheint es auch plausibel, dass von Seite der Beteiligungsbereitschaft in der Bevölkerung die Voraussetzungen hierfür günstig wären.

In den befragten konventionellen Beteiligungsformen Mitarbeit in einer politischen Partei und Kandidatur zu einem politischen Amt kam die potentielle Beteiligung ebenfalls deutlich über der faktischen gelegen. Für ein Viertel der Wienerinnen und Wiener wäre Parteiaktivität persönlich vorstellbar, beinahe doppelt so viele als tatsächlich in dieser Form partizipierten. Gar ein Achtel der Befragten gaben an, denkbar wäre für sie, um ein politisches Amt zu kandidieren, während jedoch nur 3% dies in der Vergangenheit auch taten.

Im Zuge der Sonderauswertung Partizipation des IFES/Universität Wien wurde eine fünfteilige Typologie entwickelt, die den Aktivierungsgrad sehr übersichtlich darzustellen vermag. Die Befragten wurden zu fünf Gruppen unterteilt, welche für verschieden hohe Ausprägung der politischen Partizipation stehen. Zugrunde liegen die Antwortenverteilungen zu den Fragen 103 und

104, also ob man bereits einmal aktiv an der einen oder anderen Problemlösung in Wien bzw. in der eigenen Wohnumgebung teilgenommen hat und ob es persönlich denkbar wäre, dies einmal zu tun. Die Analyse kommt zu dem Schluss:

Überdurchschnittlich aktiv sind Männer, die mittleren und höheren Altersgruppen (unter 70 Jahre), die oberen Bildungsschichten und die in Österreich geborenen sowie die aus den westlichen EU-Ländern zugewanderten Personen. Das politische Partizipationspotenzial ist bei den unter 20-Jährigen mit Abstand am höchsten.

Die an anderer Stelle diskutierte problematische methodische Entscheidung für Herkunftsland zur Gruppierung ist Anlass, weitere Einflussfaktoren auf politische Partizipation zu untersuchen (siehe Tabelle 3.).

Staatsbürgerschaft

Die Untersuchung von Staatsbürgerschaft und politischer Partizipation zeigt ein sehr klares Muster auf. Relativ wenig partizipieren Personen mit anderen als der österreichischen Staatsbürgerschaft.¹⁷ Das ändert sich deutlich bei eingebürgerten Personen in die Richtung des Verhaltens der Gesamtbevölkerung. Und letztendlich keine nennenswerten Abweichungen sind bei jenen Migrantinnen und Migranten bemerkbar, die österreichische Staatsbürgerschaft seit Geburt besitzen und jenen in Haushalten mit allen Haushaltsmitgliedern österreichischer Staatsbürgerschaft. Politische Partizipation ist als ein Ausdruck weiter gediehener Integration zu deuten und umgekehrt gilt auch, dass Integration durch Beteiligung und Teilhabe am politischen System begünstigt wird. Außer Argumenten und anderen Ausschnitten aus dem Zahlenkonvolut wird im Kapitel 3.3. zusätzlich mit einem Modell linearer multipler Regression Fragen der Korrelation von Herkunftsländern und politischer Partizipation nachgegangen werden.

¹⁷ Zu erwähnen ist, dass hier auch ein Effekt der Typologie vorliegt. Zwei der sechs Beteiligungsformen der Fragen 103 und 104 sind an eine österreichische Staatsbürgerschaft gebunden.

Berufsstatus

Die stärksten Aktivitätsabweichungen gemäß der gewählten Typologie konnten entlang des verschiedenen Berufsstatus beobachtet werden. Der Zusammenhang ist, je niedriger der Status, desto geringer die Beteiligung. Stark unterdurchschnittlich ist die Beteiligung von Personen mit Berufsstatus HilfsarbeiterIn, die zu vier Fünftel inaktiv oder nur wenig aktiv sind. Nur ein Zehntel der Befragten gab an, dass sie zumindest in zwei der durch die Fragen vorgegebenen politischen Beteiligungsformen aktiv sind (sehr und mäßig aktiv 10%). Anders formuliert, HilfsarbeiterInnen sind in der Stadtpolitik nur sehr schwach repräsentiert. Besonders stark im politischen Leben präsent, mit mehr als der Hälfte an sehr und mäßig Aktiven unter sich, sind höhere öffentliche Bedienstete (53%). Bereits um einiges zurückfallend sind zum Berufsstatus Freischaffende Zählende mit 43%. Es folgt der Berufsstand kleine und mittlere öffentliche Bedienstete mit 40%. Im Label Berufsstatus verbindet sich Bildungsniveau mit sozialer Position. Berufsstatus ist ein Grundpfeiler der Theorien und Messungen von sozialer Schichtung. Die hier vorgestellten empirischen Befunde aus dem Survey zu Berufsstand und politischer Partizipation decken sich mit dem allgemeinen Befund, dass Politik nicht von Angehörigen unterer Schichten dominiert wird.

3.2. Angebote der Stadt Wien zur Beteiligung

Dem Beteiligungsverhalten der Migrationsbevölkerung zu „Angeboten der Stadt Wien zur Beteiligung oder Mieterbeirat, Jugendparlament, Kulturinitiativen, Lokale Agenda 21“ wurde von mir im Forschungspraktikum besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Für WienerInnen allgemein gilt, dass nur eine Minderheit bereits in diese Formen der Partizipation involviert (7%) ist, aber für bis zu ein Drittel Partizipation persönlich denkbar wäre. Die Muster entlang der Kriterien Geschlecht, Alter, Bildung, Staatsbürgerschaft und Berufsstatus sind den Befunden aus der Aktivitätstypologie sehr ähnlich und hier nicht im Detail wiedergegeben. Unbedeutend ist dieser Gleichklang allerdings nicht, denn es bedeutet, dass auch bei den Angeboten der Stadt Wien zur Beteiligung Personen mit den Merkmalen männlich, mittleren und höheren Alters, mit höherer Bildung am aktivsten sind. Damit lässt sich die kritische Aussage stützen, dass eine „Integration der Integrierten“ stattfindet. Diese Angebote werden besonders von jenen genutzt, die sich

bereits in anderen Formen der politischen Partizipation verstärkt einbringen.

Hinsichtlich Migrationsbevölkerung konnte die Analyse Bildungsniveau und die Unterscheidung in erste bzw. zweite Generation als bedeutend erkennen. Für die Gruppen mit türkischem und ex-jugoslawischem Migrationshintergrund sind die Ausprägungen in der Tabelle 4 wiedergegeben. Mit der gewählten Darstellung soll veranschaulicht werden, dass Migrationshintergrund in keinem hohen Maße Einfluss auf die Beteiligung zu Partizipationsangeboten der Stadt Wien hat. Die Werte weichen nicht stark ab und für bestimmte Herkunftsgruppen liegen sie sogar über den Wienschnitt.¹⁸ Ein anders gelagertes Bild entsteht auf den ersten Blick für die Personen mit türkischem und ex-jugoslawischem Migrationshintergrund. Sie bringen sich in etwas weniger ein (5 statt 7%) und die Personen mit türkischem Migrationshintergrund wirken nicht so motivierbar (18 statt 30%). Eine Feinanalyse zeigt jedoch, dass diese unterdurchschnittlichen Ausprägungen durch die besondere Zurückhaltung der ersten Generation bei der politischen Partizipation entstehen, die Befragten der zweiten Generation liegen durchaus im Wienschnitt hinsichtlich Partizipation in Beteiligungsangeboten der Stadt Wien. Einen gleichlaufenden Effekt bedingt die Bildung, denn ab Maturaniveau ist eine geringere politische Partizipation nicht mehr festzustellen.

3.3. Regressionsanalyse

Ein multiples lineares Regressionsmodell mit dem Aufbau ersichtlich aus Tabelle 5 bearbeitete drei zentrale Fragen zur Korrelation Partizipationstypologie als abhängige Variable.

1. Sind die ermittelten Effekte für Aussagen zur Grundgesamtheit signifikant?
2. Kritische Prüfung der Variablen Geburtsländer
3. Wie ausgeprägt ist der Effekt von Geschlecht, Alter, Bildung, Geburtsland, Staatsbürgerschaft, Berufsstatus auf das Partizipationsverhalten?

Die Erklärungskraft des Modells zeigt mit einer korrigierten R^2 von 0,026 allerdings keine eindeutige Richtung. Diese Korrelation entspricht nur 2,6% und fällt deswegen so gering aus, da die aufgenommenen unabhängigen Variablen nicht nur in eine Richtung messen, beispielsweise glei-

¹⁸ HINWEIS: Die teilweise kleinen Fallzahlen würden unter Berücksichtigung der Schwankungsbreiten diese Aussage nicht zulassen. Mit Signifikanzniveau 95% würde bei Fallzahl 50 in der Zelle und den erzielten Häufigkeiten um die 10% der reale Wert innerhalb eines Schwankungsintervalls mit Wert 8,3 zu liegen kommen, d. h. der reale Wert kann auch 4 Prozentpunkte über oder unter dem beobachteten Wert liegen. Bei Fallzahl 200 beträgt die Schwankungsbreite in diesem Beispiel immer noch ca. plus/minus 2%.

chen sich Effekte von „max. Pflichtschule“ und „Hochschule“ innerhalb des Modells gegenseitig aus. Die Idee zu dem Modell entsprang in erster Linie der Überlegung, dass mit dieser Methode die aufgenommenen unabhängigen Variablen jeweils einzeln für sich einem statistischen Signifikanztest unterzogen werden konnten. Der T-Test erbringt Signifikanz für die unabhängigen Variablen:

1. Geburtsländern > ehem. Jugoslawien, Ungarn-Tschechien-Slowakei-Polen, anderes östliches EU-Land
2. Geschlecht
3. Alter
4. Bildung > Matura
5. Staatsbürgerschaft
6. Berufsstatus

Das bedeutet, dass die Koeffizienten der anderen aufgenommenen unabhängigen Variablen nicht mit der gebotenen Sicherheit auf die Grundgesamtheit schließen lassen. Die hier mit besonderem Interesse analysierten Variablen Geburtsländer zeigen zwar in den Koeffizienten einen positiven oder negativen Zusammenhang mit politischer Partizipation, sie sind jedoch vielfach nicht signifikant.

Die Korrelationskoeffizienten sind nicht eindeutig zu interpretieren, da die Modellkonzeption starke Interkorrelationen in Kauf nahm, wie beispielsweise zwischen Bildung und Berufsstatus verständlich ist. Für Vergleiche in diesem Modell sind näherungsweise die standardisierten Koeffizienten Beta geeignet. Die divergierenden Distanzen zum Mittelpunkt Null, das wäre kein Beitrag zur Erklärung der Korrelation, sind aussagekräftig. An der folgenden Zusammenfassung ist bemerkenswert, dass ein so deutliches und einheitliches Gesamtbild durch das Regressionsmodell entstand.

Insbesondere weisen Geschlecht (- 0,076), Alter (- 0,065) und höhere Berufsstatus (0,046 bis 0,080) im Modell die relativ höchsten Einzelbeiträge zur Erklärung der Korrelation auf. Für die Staatsbürgerschaft kann das Modell einen hohen negativen Zusammenhang darstellen (- 0,42), die Bildungsniveaus erklären die Gesamtkorrelation nur noch deutlich weniger stark (- 0,019 bis 0,039). Ein negativer Zusammenhang ausgehend von der Variable Geburtsland ist feststellbar, bleibt jedoch, in Relation und Zusammenwirken mit den anderen Variablen gesehen, nur gering innerhalb des Modells (- 0,014 bis - 0,028).¹⁹

¹⁹ Ausnahme: Deutschland korreliert positiv.

4. Schlussbetrachtungen

Die politische Partizipation von ZuwanderInnen in Wien fällt geringer aus, als es ihren Anteilen entspräche. Diese Unterrepräsentanz fällt hinsichtlich der wichtigsten Herkunftsländer unterschiedlich stark aus. Die Frage nach den Ursachen für eine geringere politische Partizipation sollte nicht bei der Erklärung mittels Herkunftsländer enden. Die untersuchten Merkmale wie Berufsstatus und Staatsbürgerschaft zeigen nämlich höhere Korrelationen bei zudem signifikanten Ergebnissen. Interessieren sollte letztendlich, welche kausalen Erklärungen überzeugen können. Bei einer Konzentration von Merkmalsausprägungen, welche die Partizipation negativ beeinflussen, innerhalb bestimmter Gruppen von Migranten, sollte die Erklärungskraft doch dem dominanten Merkmal zugesprochen werden und nicht dem Umstand der Migration. HilfsarbeiterInnen sind politisch wenig aktiv, unabhängig von der Herkunft.

Bei der Untersuchung des Einflusses der Staatsbürgerschaft auf die politische Partizipation traten die zu erwartenden Ergebnisse sehr deutlich auf. Wie aus der Theorie ableitbar ist, fördert Einbürgerung die politische Integration.

Die Beteiligungsangebote ausgehend von der Stadt Wien sind als geeignete Einladung auch an MigrantInnen aufzufassen. Insgesamt ist die Resonanz auf Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung in Wien nicht so ausgeprägt, dass ihnen große Bedeutung zukäme. Die in der Partizipationsbereitschaft beobachteten Potentiale sind jedoch eindrucksvoll. Eine konsequente und verstärkte Hinwendung zu Beteiligungsangeboten zusammen mit flankierenden Maßnahmen zum Ausgleich der Unterrepräsentanz Benachteiligter in den Projekten könnte u. a. auch für MigrantInnen Partizipationschancen eröffnen.

Eine Bevölkerungsumfrage muss von Anfang ihrer Konzeption an auf Fragen zu Migration und Integration Bedacht nehmen, um am Ende diese auch beantworten zu können. Von einer sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie kann erwartet werden, dass ihr dies auch ein Anliegen ist. Die Verantwortung ist sehr hoch, da einem zentralen politischen und gesellschaftlichen Thema wie Migration und Integration nicht zu viel an Beachtung geschenkt werden kann. Für konstruktive Positionierungen und Statements zu Migration, egal ob von Personen der Forschung, der Verwaltung, der Politik oder der Bevölkerung braucht es u. a. Zahlen, von denen ja bekanntlich die höchste Überzeugungskraft ausgeht.

Unkonventionelle politische Partizipation vor Ort ist ein lohnenswertes Unterfangen. Eine Aufar-

beitung mit qualitativen Methoden bestehender Partizipationsprojekte, beispielsweise mit ethnografischen Ansätzen, wäre als Beitrag für zukünftige Planung und Strategieausrichtung zu überlegen. Als ein mögliches Beispiel wäre die partizipative Planung zur Gestaltung des Volkertplatzes in Wien-Leopoldstadt unter der Ägide des Grätzelmanagements mit aktiver Einbeziehung migrantischer AnrainerInnen zu nennen. Darüber hinaus liegt in den Regionalstellen und Schwerpunktzentren der MA 17 eine absolute Nähe zu der Lebensrealität von MigrantInnen per Definition vor. Denkbar wäre, dass in diesem Feld qualitative Studien zu Leben und Lebensqualität der Migrationsbevölkerung ihren Ausgangs- und Anknüpfungspunkt finden können.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2007.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2008.

Waldrauch, Harald; Sobler, Karin (2004). Migrantenorganisationen in der Großstadt. Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien, Frankfurt – New York.

Literaturverzeichnis

Bauböck, Rainer (2006): Migration und politische Beteiligung: Wahlrechte jenseits von Staatsgebiet und Staatsangehörigkeit, in Manfred Oberlechner (Hrsg.): Die missglückte Integration? Wege und Irrwege in Europa, Wien

Bukow, Wolf-Dietrich (2001): Die multikulturelle Stadt: von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag, Opladen.

Cyrus, Norbert; Vogel, Dita (2007): Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten in Sachsen. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten, Oldenburg.

Filsinger, Dieter (2008): Bedingungen erfolgreicher Integration: Integrationsmonitoring und Evaluation, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Gächter, August (2004): Die soziale und berufliche Mobilität von Einwanderern in Wien, IHS Wien.

Herzog Punzenberger, Barbara (2003): Soziale Mobilität und Segmentation in Österreich, ÖAW Wien.

Leben und Lebensqualität in Wien – Werkstattberichte Stadtentwicklung MA 18 (2007).

MigrantInnen in Wien, Sonderauswertung LLIW II; Koordination EIF, ÖAW, SORA, Institut für Soziologie der Universität Wien – Im Auftrag der MA 17 der Stadt Wien (2005), Wien.

Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien, 2008.

	BEZUG MIGRATIONSBEVÖLKERUNG			BEZUG GESAMTBEVÖLKERUNG		
	LIW	STAT	LIW/STAT	LIW	STAT	LIW/STAT
EHEM. JUGOSLAWIEN (OHNE SLOWENIEN)	19,7%	31,9%	0,62	5,9%	10,2%	0,58
TÜRKEI	11,3%	13,1%	0,86	3,4%	4,2%	0,80
DEUTSCHLAND	18,1%	7,5%	2,42	5,4%	2,4%	2,25
ANDERES WESTL. EU-LAND	8,3%	4,7%	1,76	2,5%	1,5%	1,64
UNGARN, TSCHECHIEN, SLOWAKEI, POLEN	20,4%	15,3%	1,33	6,1%	4,9%	1,24
ANDERES ÖSTLICHES EU- LAND (INKL. SLOWENIEN)	6,6%	5,0%	1,31	2,0%	1,6%	1,22
ANDERES LAND	15,6%	22,1%	0,70	4,7%	7,1%	0,66

MIG.HINT.
KEIN MIG.HINT
ÖSTERREICH
ANDERE STAATSBÜRGERSCHAFT

29,4%	32,1%	1,09
70,6%	67,9%	0,96
91,8%	80,2%	0,87
9,2%	19,8%	2,14

Tabelle 1: Vergleich Grundlagenstudie für Wien 2008 – amtliche Statistik; Anteile für Herkunftsländer, Migrationshintergrund und Staatsbürgerschaft; rechnerische Gewichtungsfaktoren

Frage 103

Ich lese nun einige Möglichkeiten vor, aktiv an der Lösung von Problemen in Wien bzw. in der Wohnumgebung mitzuwirken. Was davon haben Sie schon gemacht? (alle durchfragen) (MF)

	JA in %
1 in einer politischen Partei mitarbeiten.....	14
2 für ein politisches Amt zu kandidieren.....	3
3 an einer Demonstration teilnehmen.....	42
4 eine Mitarbeit in gemeinnützigen Vereinen bzw. NGOs	30
5 Mitarbeit bei einem Angebot der Stadt Wien zur Beteiligung, oder Mieterbeirat, Jugendparlament, Kulturinitiativen, Lokale Agenda 21	8
6 in einer Bürgerinitiative mitarbeiten.....	11

Frage 104

Und wäre es für Sie persönlich denkbar, etwas davon (wieder) zu tun?

	JA in %
1 in einer politischen Partei mitarbeiten.....	24
2 für ein politisches Amt zu kandidieren.....	12
3 an einer Demonstration teilnehmen.....	52
4 eine Mitarbeit in gemeinnützigen Vereinen bzw. NGOs	54
5 Mitarbeit bei einem Angebot der Stadt Wien zur Beteiligung, oder Mieterbeirat, Jugendparlament, Kulturinitiativen, Lokale Agenda 21	35
6 in einer Bürgerinitiative mitarbeiten.....	46

Tabelle 2: Fragen 103 und 104; faktische und potentielle politische Partizipation

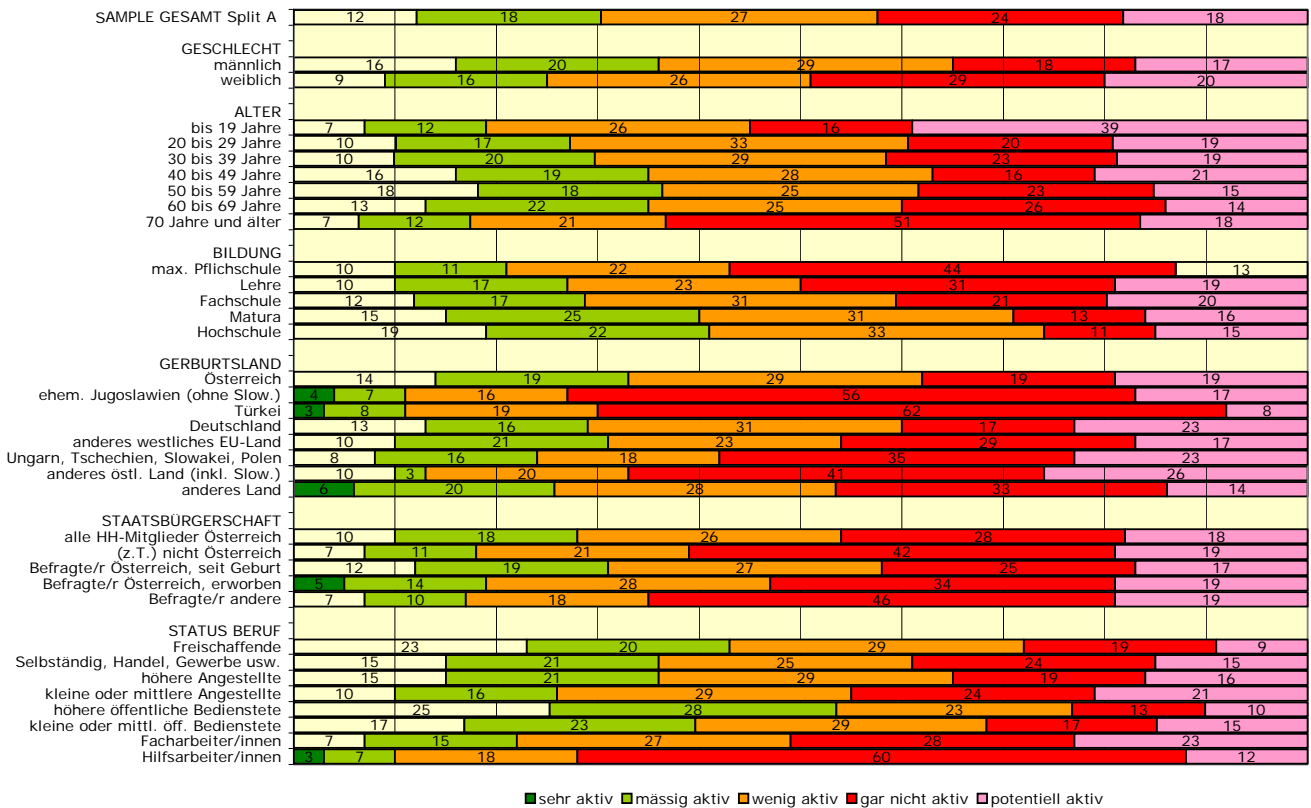


Tabelle 3: Politische Partizipation nach Geschlecht, Alter, Bildung, Geburtsland, Staatsbürgerschaft und Berufsstatus

Mitarbeit bei einem Angebot der Stadt Wien zur Beteiligung, oder Mieterbeirat, Jugendparlament, Kulturinitiativen,
Lokale Agenda 21

		schon gemacht			vorstellbar		
		JA	NEIN	k.A.	JA	NEIN	k.A.
TOTAL	1420	7	92	1	30	67	2
GESCHLECHT							
männlich	646	8	92	1	31	67	2
weiblich	774	6	93	1	30	68	2
MIGRATIONS HinterGRUND							
EHEMALIGES JUGOSLAWIEN (OHNE SLOWENIEN)							
ohne Matura	286	6	93	2	26	72	2
mit Matura	48	3	90	7	35	48	7
1. Generation	216	5	93	2	26	72	2
2. Generation	106	8	91	2	33	66	1
TÜRKEI							
ohne Matura	183	3	96	1	16	82	2
mit Matura	46	12	88	0	26	72	2
1. Generation	134	4	95	1	15	84	4
2. Generation	78	7	93	0	28	69	4
DEUTSCHLAND							
ANDERES WESTLICHES EU-LAND							
UNGARN, TSCHECHIEN, SLOWAKEI, POLEN							
ANDERES ÖSTLICHES EU-LAND (INKLUSIVE SLOWENIEN)							
ANDERES LAND							

Tabelle 4: Beteiligung an Angeboten der Stadt Wien, Migrationshintergrund jugoslawisch und türkisch, 1. und 2. Generation, Bildung

ABHÄNGIGE VARIABLE

Politische Partizipation (gebildet aus **F103, F104**) – Ausprägungen „1 – 5“

1. **Sehr aktiv** - F103 mehr als 2 Aktivitäten,
2. **Mäßig aktiv** - F103 2 Aktivitäten,
3. **Wenig aktiv** - F103 1 Aktivitäten,
4. **Gar nicht aktiv** - F103 0 Aktivitäten, und F104 0 Aktivitäten,
5. **Potentiell aktiv** - F103 0 Aktivitäten, und F104 mind. 1 Aktivität

bzw.

1. F 103 > 2
2. F 103 = 2
3. F 103 = 1
4. F 103 = 0 + F 104 = 0
5. F 103 = 0 + F 104 ≥ 1

UNABHÄNGIGEN VARIABLEN

I. Geschlecht F 109

II. Alter F 110

III. Bildung F111

max. Pflichtschule	1+2
Lehre	3
Fachschule	4
Matura	5
Hochschule	6

IV. Geburtsland F3

Osterreich	1
ehem. Jugoslawien	2
Türkei	3
Deutschland	4
anderes westl. EU-Land	5
Ung., Tsch., Slow., Pol.	6+7+8
anderes östl. EU-Land	9
anders Land	10+11+12+13+14

V. Staatsbürgerschaft F 7

VI. Berufsstatus F 115

Freischaffende	1
Selbständig, Handel, Gewerbe usw	2
höhere Angestellte	3
kleine oder mittlere Angestellte	4
höhere öffentliche Bedienstete	5
kleine oder mittl. öff. Bedienstete	6
Facharbeiter/innen	7+8
Hilfsarbeiter/innen	9

Tabelle 5: Regressionsmodell zu politischer Partizipation

Isabella Kubicek

Das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen

1. Einleitung

Obwohl es statistisch bewiesen ist, dass Angsträume keine Tatorte sind, vermitteln schlechte Einsehbarkeit in Straßenecken, schlechte Beleuchtung von öffentlichen Plätzen usw. vor allem Mädchen, junge Frauen und Seniorinnen ein unbehagliches Gefühl.

Frauen fühlen sich an bestimmten Orten oder in der Nacht oft unsicher und unwohl. Diese Einschränkung der Bewegungsfreiheit wird oft nicht als Unfreiheit erkannt, sondern von den Betroffenen oft als individuelles Problem abgetan und als selbstverständlich hingenommen (vgl. <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/pdf/sicherheit-la.pdf>).

Warum fühlen sich Frauen am Abend auf öffentlichen Plätzen oft unsicher? Das Österreichische Ökologie-Institut meint zu wissen, dass diese Ängste gesellschaftlicher Natur sind, die durch „gestalterische Gegebenheit verstärkt oder vermindert werden können“ (Österreichisches Ökologie-Institut 1992, 2). Vor allem in der Nacht sind Frauen ohne Begleitung von sexueller Gewalt bedroht. Dieses Gefühl ist nicht die einzige Quelle von Angstgefühlen, allerdings bei Frauen eine sehr ausschlaggebende. Diese Angstgefühle werden durch die tägliche Berichterstattung bekräftigt, obwohl 90% aller Gewalttaten gegen Frauen nach Schätzungen der Polizei in der Familie und im sozialen Nahraum ausgeübt werden (vgl. Frauenabteilung der Stadt Wien 2008, 25).

Die Autoren Gerhard Hanak und Alexander Neumann sprechen in ihrer Studie zu „Unsicheren Orten“²⁰ von dem „Kriminalitätsfurcht-Paradoxon“ (vgl. Stadtentwicklung Wien/Hanak/Neumann 2006, 4), welches lange im Mittelpunkt der Forschung zur Kriminalitätsfurcht stand und besagt, „dass Gruppen der Bevölkerung, die unterdurchschnittliche Kriminalitäts- im Sinne von Viktimisierungsrisiken aufweisen (Frauen, ältere Menschen) (...), besonders ausgeprägte Kriminalitätsängste artikulieren“ (ebd., 4). Insofern wurde Kriminalitätsfurcht als „weitgehend irrationales und/oder vor allem durch Medienberichterstattung erzeugtes oder verstärktes Phänomen interpretiert, das von objektiven Risiken und Sicherheitslagen weitgehend abgekoppelt ist“ (ebd., 4).

Weiters kommen die Autoren Hanak und Neumann auf einen Zugang aus Großbritannien zu sprechen, der vor allem in den 1980er-Jahren vorherrschend war: dieser Zugang besagt, dass die ausgeprägte Kriminalitätsfurcht bei Frauen und älteren Menschen als „realistischer Reflex von benachteiligten bis marginalisierten Lebenslagen und Existenzbedingungen“ (ebd., 4) verstanden werden kann. So sind etwa Frauen im öffentlichen Raum von sexualisierter symbolischer und physischer Gewalt betroffen (vgl. ebd., 4).

Ein anderer Ansatz wäre, dass das Unsicherheitsgefühl der Frauen teilweise aus „einer sozialisationsbedingten Erziehung“ kommt, wonach Frauen zu Hilflosigkeit erzogen werden und davon abgehalten werden, selber für ihren Schutz zu sorgen (vgl. Dirnbacher 1991, 90). Wie bereits oben erwähnt, wird Angst als ein individuelles Problem abgetan und als selbstverständlich hingenommen. Überdies werden Angstgefühle verdrängt und dürfen nicht in Frage gestellt werden, daraus resultiert, dass Frauen das Recht auf ihre Angst verweigert wird (vgl. ebd., 90 f.).

1.1. Eingrenzung

In dem folgenden Artikel wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen in den letzten Jahren verändert hat und welche Maßnahmen die Stadt Wien gesetzt hat, Angsträume zu beseitigen und öffentliche Plätze für Frauen sicher benutzbar sind.

Unter öffentlichen Räumen versteht man „alle jene nicht bebauten Außenräume, die der Öffentlichkeit frei zugänglich sind, also Straßen, Wege, Parks usw.“ (Österreichisches Ökologie-Institut 1992, 3).

Das Hauptaugenmerk der vorliegenden Arbeit liegt auf Frauen unter 29 Jahren und über 60 Jahren, weil sich beide Altersgruppen durch einen unterschiedlichen Tagesrhythmus unterscheiden und die Stadt Wien anders erleben.

Außerdem rücken Frauen, die in der Türkei, Polen und im ehemaligen Jugoslawien geboren sind, in den Mittelpunkt folgender Arbeit.

Im Weiteren konzentriert sich dieser Text auf vier ausgewählte Bezirke (Leopoldstadt, Josefstadt, Hietzing und Rudolfsheim-Fünfhaus).

²⁰ Unsicherheitserfahrungen von StadtbewohnerInnen und Wahrnehmung von „Unsicheren Orten“ im Stadtraum: Ergänzende Auswertungen zur (Un)Sicherheitsstopografie der Stadt. Projekt im Auftrag der MA 18. Gerhard Hanak, Alexander Neumann, 2006.

Grundlage dieser Arbeit sind die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung der Stadt Wien, welche im Zeitraum Mai bis Dezember 2008 erhoben worden sind.

2. Das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen 2008

2.1. Sicherheitsgefühl und Altersgruppen

Zwei Drittel der Frauen bis 29 Jahren sind mit der Sicherheit in ihrer Wohnumgebung „sehr zufrieden“ bzw. „zufrieden“, während zwei Drittel der älteren Frauen ihre Sicherheit in ihrer Wohnumgebung als „zufrieden“ oder „befriedigend“ beurteilen. Daraus lässt sich schließen, dass das Unsicherheitsgefühl mit zunehmendem Alter steigt.

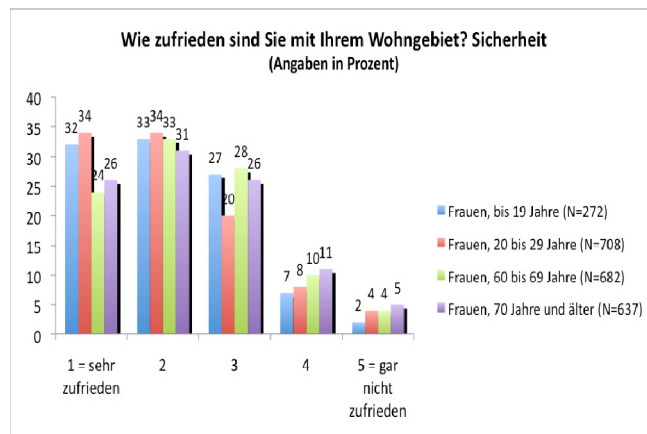


Abb. 1

27% der Frauen bis 19 Jahre und 28% der Frauen über 70 fühlen sich vor Kriminaldelikten „sehr sicher“.

Differenziert nach Kriminaldelikten ist zu erkennen, dass sich Frauen bis 29 Jahre deutlich sicherer vor einem Überfall auf der Straße fühlen als Frauen über 60 Jahre.

Ein ausgeprägt sicheres Gefühl weisen ältere Frauen vor einem sexuellen Übergriff auf: hier fühlen sich 60% der Frauen über 60 Jahre „sehr sicher“, während sich bei jüngeren Frauen diese Quote halbiert (ca. 30%).



Abb. 2

Kein empfindlicher Unterschied hat sich herauskristallisiert, wenn es darum geht, inwiefern das Rotlicht-Milieu und die Drogenszene das Sicherheitsgefühl beeinträchtigen.

Interessant ist noch das Verhältnis, inwiefern das subjektive Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohnumgebung mit der Beurteilung der öffentlichen Sicherheit steht.

Während noch zwei Drittel der jungen Wienerinnen mit der Sicherheit in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung „sehr zufrieden“ bzw. „zufrieden“ sind, wird die öffentliche Sicherheit deutlich mit den Schulnoten „gut“ und „befriedigend“ bewertet. Gleichzeitig sind sie auch der Meinung, dass sich die Situation in den letzten Jahren nicht verändert hat.

19% der Frauen zwischen 60 und 69 Jahren und älter bewerten die öffentliche Sicherheit in Wien als „schlecht“ bzw. „sehr schlecht“.

56% der Frauen über 70 Jahre sind der Meinung, dass sich die öffentliche Sicherheit in den letzten Jahren verschlechtert hat.

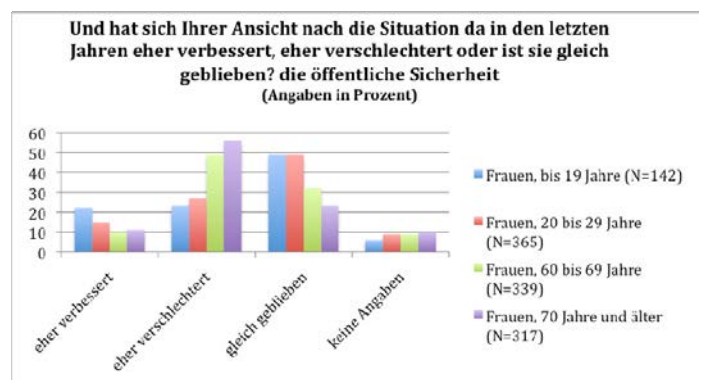


Abb. 3

12% der Frauen wurden im vergangenen Jahr Opfer von einer oder mehreren Kriminaldelikten, wobei sich dieser Wert im Vergleich zu der Studie 2003 nicht verändert hat.

2.2. Sicherheitsgefühl und Bezirk

Die Ergebnisse der Studie haben gezeigt, dass 50% der BewohnerInnen der Josefstadt und 46% der BewohnerInnen von Hietzing mit ihrem Wohngebiet „sehr zufrieden“ sind. Überdurchschnittlich unzufrieden sind die BewohnerInnen der Leopoldstadt und Rudolfsheim-Fünfhaus.

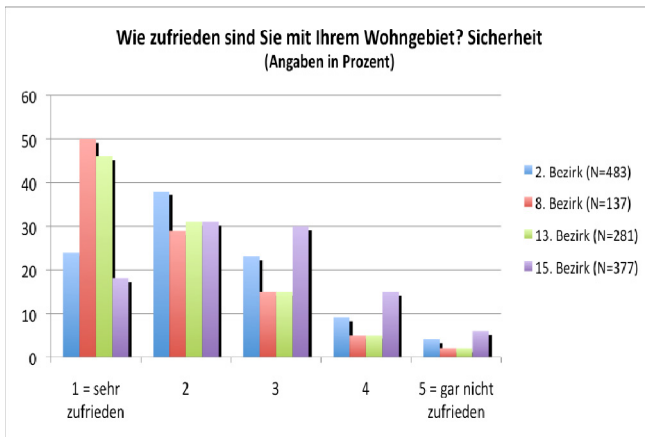


Abb. 4

Im 15. Bezirk bewerten knapp 60% die Sicherheit in ihrem Wohngebiet als „zufrieden“ bzw. „eher zufrieden“.

Der Unmut über die Sicherheit im eigenen Wohngebiet der BewohnerInnen des 15. Bezirks erklärt sich auch dadurch, dass sich diese im Vergleich zu den BewohnerInnen der anderen drei Bezirke am meisten vor Kriminaldelikten insgesamt unsicher fühlen. Besonders das Unsicherheitsgefühl vor einem Autodiebstahl bzw. Autoeinbruch ist im 15. Bezirk besonders hoch, wobei dieses Unsicherheitsgefühl in allen vier Bezirken im Vergleich zu anderen Kriminaldelikten am Größten ist.

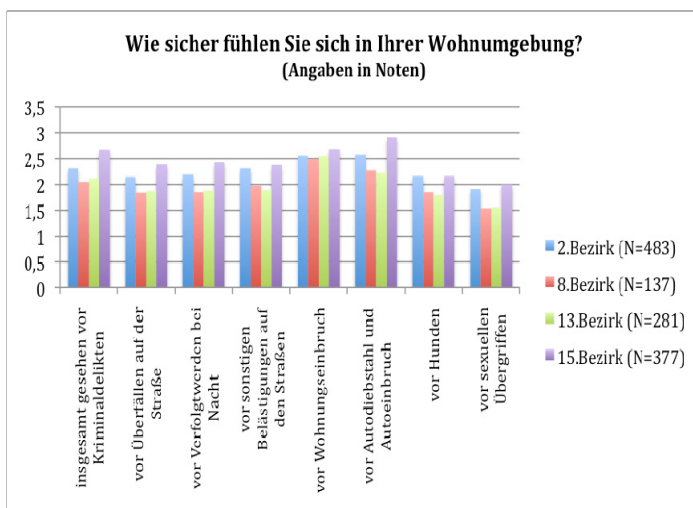


Abb. 5

Die Regressionsanalyse hat gezeigt, dass vor allem BewohnerInnen des 15. Bezirks einen signifikant höheren Indexwert haben, d. h. ein signifikant niedrigeres Sicherheitsgefühl. Unterschiedliche Auswirkungen hat der 15. Bezirk allerdings auf die verschiedenen Altersgruppen: während bei den unter 30-Jährigen der 15.-Bezirk-Effekt noch eine Rolle spielt, ist er bei den Frauen über 60 Jahre plötzlich nicht mehr relevant.

Allerdings muss diese Aussage mit Vorsicht interpretiert werden, da die Fallzahl der Frauen in den jeweiligen Altersgruppen geringer ist als die Fallzahl der Frauen allgemein.

Rund 40% der BewohnerInnen der Leopoldstadt, Josefstadt und Hietzing bewerten die öffentliche Sicherheit mit „gut“. Die Durchschnittsbewertung ist im 8. Bezirk knapp besser (Note 2,34) als die in den beiden anderen Bezirken (2,38). Mit der Note 2,54 bewerten die BewohnerInnen des 15. Bezirks die öffentliche Sicherheit, wobei die BewohnerInnen des 22. Bezirks mit 2,50 den schlechtesten Mittelwert haben.

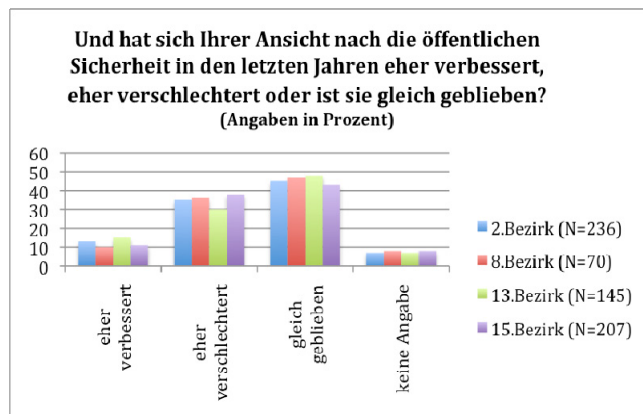


Abb. 6

Knapp 45% der BewohnerInnen in allen vier Bezirken sind der Meinung, dass die Situation mit der öffentlichen Sicherheit gleich geblieben ist. Allerdings muss diese Aussage mit Vorsicht verstanden werden, weil vor allem die Fallzahl im 8. Bezirk sehr gering ist und hier eine große Schwankungsbreite möglich ist.

2.3. Sicherheitsgefühl und Migrantinnen

Die Abbildung 7 zeigt deutlich, dass WienerInnen mit türkischem Migrationshintergrund deutlich unzufriedener mit der Sicherheit in ihrem Wohngebiet sind als Zugewanderte aus dem ehemaligen Jugoslawien.

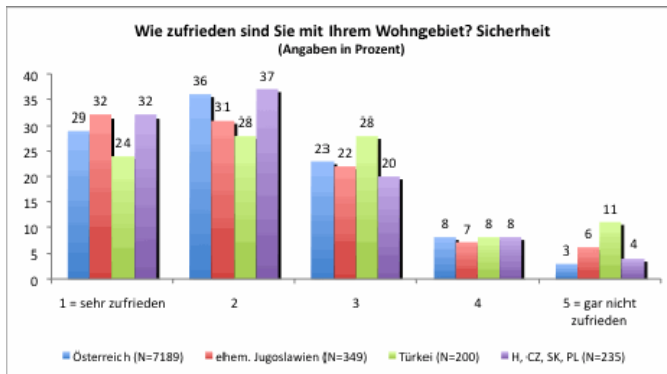


Abb. 7

Ein Grund könnte dafür sein, dass TürkInnen ihre Stadtteile im Vergleich zu anderen MigrantInnen sehr unterschiedlich wahrnehmen, hingegen MigrantInnen aus Ex-Jugoslawien sich von ÖsterreicherInnen kaum unterscheiden (vgl. Laimer/Zinganel 2003, 10).

Um genauere Gründe zu erfahren, müsste man sich allerdings auch die Fragen stellen: in welchem Wohngebiet leben TürkInnen, in welchen Wohntypen und welchen Beschäftigungsformen gehen sie nach.

Zugewanderte aus der Türkei bewerten im Vergleich zu den anderen Nationalitäten das Sicherheitsgefühl gegenüber Kriminalitätsdelikten insgesamt schlechter ein – hier vor allem Frauen.

Zugewanderte mit türkischem Migrationshintergrund fühlen sich im Vergleich zu anderen MigrantInnen vor allem vor Überfällen auf der Straße, Verfolgtwerden bei Nacht und sonstigen Belästigungen auf der Straße unsicherer.

Mit Hilfe der Regressionsanalyse war zu erkennen, dass Frauen, die in Ex-Jugoslawien und in der Türkei geboren sind, einen signifikant höheren Indexwert haben, d. h. ein signifikant niedrigeres Sicherheitsgefühl aufweisen.

Hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit sind vor allem Zugewanderte aus Ex-Jugoslawien „sehr zufrieden“ bzw. „zufrieden“, welches sich auch in der Bewertung der vergangenen Jahren widerspiegelt:

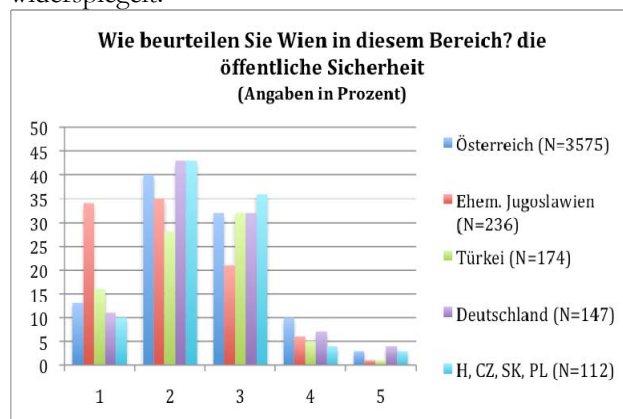


Abb. 8

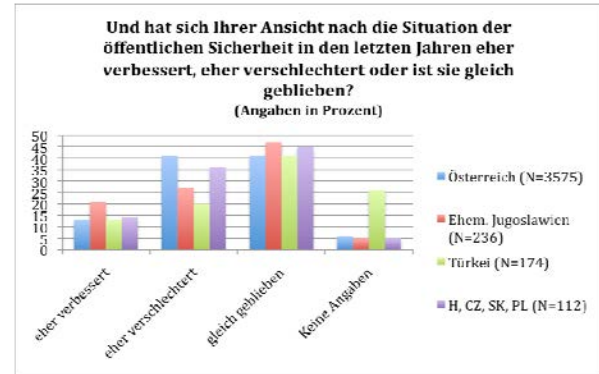


Abb. 9

Während 41% der ÖsterreicherInnen angeben, die Situation hat sich verschlechtert, beläuft sich diese Zahl bei den TürkInnen um die Hälfte (20%) und Zugewanderte aus 21% Ex-Jugoslawien finden, dass sich die öffentliche Sicherheit verbessert hat.

2.4. Sicherheit und Beleuchtung

Die Stadt Wien setzt viele Maßnahmen, um öffentliche Beleuchtung bestmöglich für die BewohnerInnen einzusetzen, um nicht zuletzt das Sicherheitsgefühl zu stärken. Im Mittelpunkt der gendergerechten Umsetzung von Licht stehen nichtmotorisierte VerkehrsteilnehmerInnen, welche großteils Frauen, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen sind. Eine Maßnahme wäre zum Beispiel die bessere Ausleuchtung von Gehsteigen. (vgl. <http://www.wien.gv.at/licht/schwarzenbergplatz.htm>).

Umgesetzt werden diese Maßnahmen von der MA 33 (Wien leuchtet) und dem Masterplan „Licht“.

Der Masterplan „Licht“ versteht sich als „ein Manuskript, das die Stadtbeleuchtung langfristig nach politischen, künstlerischen, historischen und technischen Gesichtspunkten ordnet.“ (<http://www.wien.gv.at/licht/masterplan/ziele.htm>) Dieses Lichtkonzept soll der langfristigen Sicherstellung und dem Erhalt der Qualität der öffentlichen Beleuchtungsanlagen unter Erfüllung bestimmter Herausforderungen dienen. Eine der Herausforderungen ist die „Sicherheit in der Dunkelheit“, welche dem Bedürfnis der BürgerInnen gerecht werden muss. (vgl. <http://www.wien.gv.at/licht/masterplan/ziele.htm>).

Die MA 33 verbessert bei laufenden Instandhaltungen die bestehende Beleuchtung im Sinne des Gender-Mainstreaming (vgl. <http://www.wien.gv.at/licht/schwarzenbergplatz.htm>).

Damit diese Verbesserungen auch wirklich im Sinne des Gender-Mainstreaming passieren, werden die Mitarbeiterinnen und (größtenteils) Mitarbeiter von der Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen speziell geschult. Die Leitstelle führt gemeinsam mit der MA 33 Workshops und Begehungen durch. Im Zuge dessen wurde eine Checkliste erarbeitet, um die Beurteilung eines potentiellen „Angstraumes“ zu vereinfachen (vgl. schriftliches Interview vom 13.5.2009 mit Frau Dipl.-Ing.ⁱⁿ Claudia Prinz-Brandenburg, Leitstelle für Alltags- und Frauengerechtes Planen und Wohnen der Stadt Wien).

Das hohe Engagement der Stadt Wien spiegelt sich auch in den Ergebnissen wider:

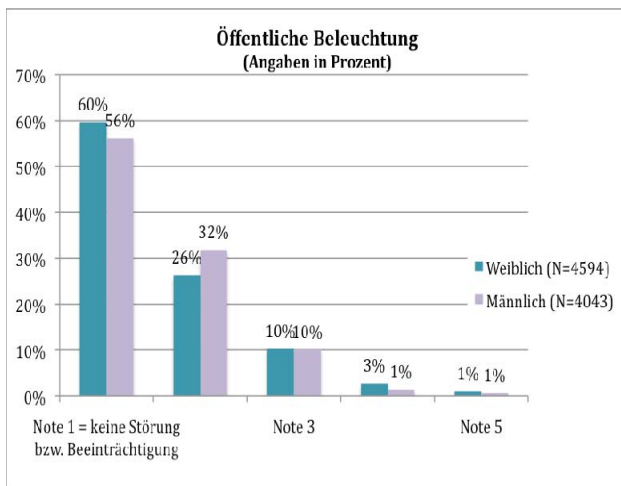


Abb. 10

Demzufolge sind 60% der Wienerinnen und 56% der Wiener mit der öffentlichen Beleuchtung sehr zufrieden.

3. Das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen im Vergleich 2003/2008

Laut der Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien aus den Jahren 2003 und 2008 hat das Sicherheitsgefühl bei der Wienerinnen eindeutig abgenommen.

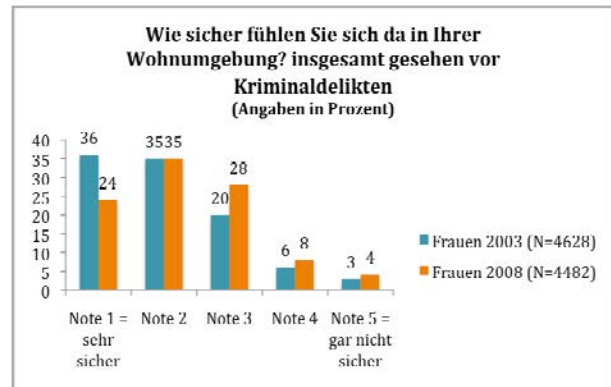


Abb. 11

36% der Frauen haben sich laut Umfrage 2003 sehr sicher vor Kriminaldelikten in ihrer Wohnumgebung gefühlt, während das 2008 nur noch 24% behaupten können.

Insgesamt gesehen ist das Sicherheitsgefühl bei allen Kriminaldelikten gesunken:

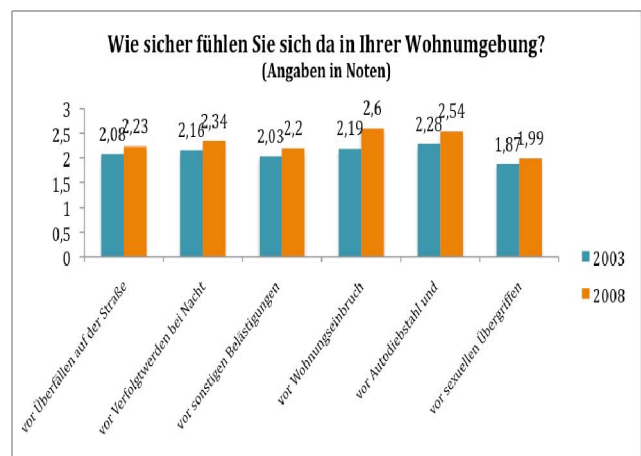


Abb. 12

2003 haben sich 36% der Frauen vor Überfällen auf der Straße sehr sicher gefühlt, 2008 hat sich dieser Wert um 7% auf 29% verschlechtert.

Ähnlich verhält es sich mit Sicherheitsgefühl vor einem Wohnungseinbruch: 49% der Frauen fühlen sich laut der Studie 2008 „sehr sicher“ bzw. „sicher“, 2003 waren es noch 66%.

Die Kriminalitätsstatistik des Bundesministeriums für Inneres hat für das erste Halbjahr 2008 gezeigt, dass die Kriminalität österreichweit zurückgegangen ist. In Zahlen bedeutet das für Wien, dass es im ersten Halbjahr 104.419 angezeigte Fälle gegeben hat, während es im gleichen Zeitraum im Jahr 2007 107.803 Fälle waren (vgl. Kriminalstatistiken 2008).

Jedoch ist sie im Jahr 2003 in Wien im Vergleich zum Vorjahr 2002 um 21,5% gestiegen (2002: 211.547 angezeigte Fälle, 2003: 257.090 angezeigte Fälle), (vgl. Kriminalstatistiken 2003).

Das heißt, obwohl die Kriminalität zwischen den Jahren 2002 und 2003 gestiegen ist, war das Sicherheitsgefühl der WienerInnen höher.

Inwiefern dieser Zusammenhang kein Widerspruch sein muss, kann durch mehrere Faktoren begründet werden:

Indem traditionelle Milieus aufgelöst werden und ein Übergang von konsistenten Identitäten und planbaren Karrieren zu „Bastelbiografien“ und Fragmentierungen des Lebens stattfindet, werden die Anforderungen an den einzelnen Menschen immer höher. Daraus lässt sich schließen, dass die informelle Kontrolle auf lokaler Ebene an Bedeutung und Effektivität verliert. Weitere Gründe für die steigende Unsicherheit der Bevölkerung kann auch in der Globalisierung und mit der damit verbundenen Ostgrenzenöffnung und der steigenden Zahl an Asylsuchenden gefunden werden. Letztere werden vor allem durch das geltende Asylgesetz in die Schattenwirtschaft und illegale Märkte gezwungen, welche Irritationen bei der Bevölkerung hervorrufen, die unmittelbar damit konfrontiert werden (vgl. Hanak 2004, 21 f.).

Ein weiterer Faktor, der für die aktuelle Entwicklung ausschlaggebend sein kann, ist die steigende Arbeitslosigkeit sowie der Anstieg atypischer bis prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Vor allem Frauen sind in atypischen Beschäftigungsformen angestellt und machen 85% der Teilzeitbeschäftigten in Österreich aus (vgl. Tálos 2005, 47). Letztendlich spielen sicher auch die politischen Veränderungen eine Rolle (vgl. Hanak 2004, 21 f.).

4. Schlussbetrachtungen

Dass sich das subjektive Sicherheitsgefühl der Wienerinnen verschlechtert hat, zeigen die oben angeführten Ausführungen und Abbildungen deutlich.

Gründe könnten – wie soeben formuliert – die Globalisierung sein, die Arbeitsmarktsituation (steigende Arbeitslosenrate und Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen), aber auch die Ostgrenzenöffnung.

Trotz dieser Verschlechterung wurde Wien zu der Stadt mit der höchsten Lebenszufriedenheit gewählt (Vgl. <http://www.mercer.com/quality-of-living>).

Wie verträgt sich diese Auszeichnung mit den oben geschilderten Ergebnissen?

Der Leiter des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie Wolfgang Stangl und sein Mitarbeiter Gerhard Hanak sprechen von einem „City-Marketing“, indem die Stadt Wien das Label

„Wien – sichere Stadt“ erfolgreich verkaufen konnte (vgl. Laimer/Zinganel 2003, 11).

Ob jedoch ein geschicktes „City-Marketing“ allein für den 1. Platz ausreicht, sei dahingestellt.

Für diesen Beitrag von Bedeutung ist jedenfalls, dass die Stadt Wien viele Aktionen und Aktivitäten setzt, um das Sicherheitsgefühl der Wienerinnen zu stärken. Neben dem Masterplan Licht und dem Konzept der MA 33 („Wien leuchtet“) nimmt hier vor allem die Leitstelle „Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen“ eine zentrale Rolle ein, die in ihren Broschüren „Richtlinien für eine sichere Stadt“ (vgl. Tillner/Licka 1995) und „Sicherheit in Wohnhausanlagen“ (vgl. <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltag-undfrauen/pdf/sicherheit-la.pdf>) Sicherheitskriterien für öffentliche und halböffentliche Räume entwickelt hat. Diese Kriterien finden bei ausgewählten Projekten und Neugestaltungen bereits Anklang und Umsetzung, wobei die MitarbeiterInnen der Leitstelle noch nicht von einer systematischen Berücksichtigung sprechen können.

Allerdings gelingt es den MitarbeiterInnen als Beisitzende in Jurys und in beratenden Tätigkeiten, die Stadtplanung zugunsten frauenfreundlicher Stadtgestaltung zu beeinflussen (vgl. schriftliches Interview vom 13.5.2009 mit Frau Dipl.-Ing.ⁱⁿ Claudia Prinz-Brandenburg, Leitstelle für Alltags- und Frauengerechtes Planen und Wohnen der Stadt Wien).

Der Erfolg der Leitstelle liegt sicher auch in der Bewusstseinsbildung anderer für frauenfreundlichere Stadtplanung, welche ihren Erfolg vielleicht schon in der nächsten sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien trägt.

Literaturverzeichnis

Dirnbacher, Hanja (1991): Die alltägliche Geisterbahn, in *Kail*, Eva (Hrsg.): Wem gehört der öffentliche Raum?, Wien u. a.

Frauenabteilung der Stadt Wien (MA 57) (2008): Sicherheitstipps für Frauen und Mädchen, Wien.

Hanak, Gerhard (2004). (Un)Sicherheit findet Stadt – „Insecurities in European Cities“, in: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung, 16, 19–22.

Laimer, Christoph; *Zinganel*, Michael (2003): Interview mit Gerhard Hanak und Wolfgang Stangl. „Wien – sichere Stadt“ Sicherheit als Markenzeichen, in: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung, 12, 8–11.

Stadtentwicklung Wien (MA 18)/ *Hanak*, Gerhard; *Neumann*, Alexander (2006): Unsicherheitserfahrungen von StadtbewohnerInnen und Wahrnehmung von „Unsicheren Orten“ im Stadtraum: Ergänzende Auswertungen zur (Un)Sicherheitstopographie der Stadt, Wien.

Tálos, Emmerich (2005): Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945–2005, Innsbruck.

Tillner, Silja; *Licka*, Kose (1995): Richtlinien für eine sichere Stadt! Beispiele für die Planung und Gestaltung sicherer öffentlicher Räume, Wien.

Österreichisches Ökologie-Institut (1992): Draußen Einfach Sicher. Mehr Bewegungsraum für Frauen in der Stadt, Wien.

<http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/alltagundfrauen/pdf/sicherheit-la.pdf>, letzter Zugriff am 15.12.2008.

<http://www.wien.gv.at/licht/schwarzenbergplatz.htm>, letzter Zugriff am 15.12.2008.

<http://www.wien.gv.at/licht/masterplan/ziele.htm>, letzter Zugriff am 15.12.2008.

http://www.bmi.gv.at/cms/BK/publikationen/krim_statistik/Statistiken_2008.aspx, letzter Zugriff am 22.5.2009.

http://www.bmi.gv.at/cms/BK/publikationen/krim_statistik/Statistiken_2007.aspx, letzter Zugriff am 22.5.2009.

<http://www.mercer.com/qualityofliving>, letzter Zugriff am 24.5.2009.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 bis Abb. 10: Quelle: Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008.

Abb. 11 und Abb. 12: Quelle: Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2003 und 2008.

Schriftliches Interview

Schriftliches Interview vom 13.5.2009 mit Frau Dipl.-Ing.ⁱⁿ Claudia Prinz-Brandenburg, Leitstelle für Alltags- und Frauengerechtes Planen und Wohnen der Stadt Wien.

Maria Hampel-Fuchs

Gender-Mainstreaming – ein Weg zu mehr Partizipation von Frauen in Wien

1. Einleitung

Um die Verwirklichung der Chancengleichheit von und der Geschlechtergerechtigkeit für Frauen in Europa voranzutreiben, hat die Europäische Union im Amsterdamer Vertrag die Strategie des Gender-Mainstreamings für alle Mitgliedsländer und Politiken verpflichtend festgelegt. Nicht zuletzt diesem Prinzip, aber auch der Bedeutung von Partizipation generell für die Demokratie folgend, wurde erstmals ein erweiterter Fragenkatalog zur politischen Partizipation (Fragen 99–108a) in die „Sozialwissenschaftliche Grundlagensstudie für Wien 2008“ aufgenommen.

Neben Fragen zur Einstellung zu den Wahlen in den Wiener Gemeinderat, der Eigeneinschätzung, sich eher „Links“ oder eher „Rechts“ zu verstehen, wurden vor allem Fragen zur Einschätzung der Demokratie, der Einstellung zu den politischen Parteien, zur Kandidatur für ein politisches Amt, auch zur Mitarbeit in einer Bürgerinitiative gestellt und das politische Partizipationspotenzial erhoben. Da davon ausgegangen werden kann, dass es einen Gender-Gap gibt, ist der Fokus dieses Beitrages im Besonderen auf die Analyse der Partizipation von Frauen und Männern gerichtet.

2. Gender-Mainstreaming

2.1. Historischer Rückblick

Ist Gender-Mainstreaming nur ein anderer Begriff für die etablierten Begriffe Frauen- und/oder Gleichstellungspolitik? Unter Frauenpolitik, von der man seit dem 19. Jahrhundert spricht, wird die „Gesamtheit der Maßnahmen, für Frauen den Männern gleiche Chancen und Möglichkeiten in einer Gesellschaft zu schaffen“ verstanden. Frauenpolitik ist traditionell Kampf um gleiche Rechte für Frauen im Zivilrecht, wie Ehe, des Weiteren für bessere und gleiche Ausbildung, verbesserte Chancen in der Wirtschaft und in der Politik (vgl. Wasmuth 2002, 242).

Gleichstellungspolitik ist darauf gerichtet, „soziale Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen zu verringern oder ganz zu beseitigen.“ Ziel ist

die Schaffung „institutioneller Rahmenbedingungen für Frauen, die es den Frauen ermöglichen, die gleichen Lebenschancen wie Männer zu haben“ (Wasmuth 2002, 291). Gleichstellungspolitik ermöglicht durch eine Vielzahl von Übereinkommen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene wichtige Gleichstellungsmaßnahmen, die in den meisten Fällen auch gerichtlich durchgesetzt werden können.

Und nun zum Begriff Gender-Mainstreaming: „Gender“ bedeutet das „soziale Geschlecht“ oder das „anerzogene Geschlecht“ im Unterschied zum biologischen Geschlecht. Es bezeichnet die Geschlechtsidentität des Menschen als soziale Kategorie. Das bedeutet, nicht stereotyp „die Frauen“ oder auch „die Männer“ in den Blick zu nehmen, sondern Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit und Vielfalt zu berücksichtigen. „Mainstreaming“ heißt „in den Hauptstrom bringen“. Es bedeutet, dass bei allen Entscheidungen – also in Hinblick auf Leistungen, Produkte, Außenbeziehungen, Personal und Organisation – immer berücksichtigt wird, dass sich Frauen und Männer in jeweils unterschiedlichen Lebenslagen befinden“ (<http://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/definition.html>).

Die Definition des Europarates stellt einen sehr hohen Anspruch: Ziel sei es, „Gender-Mainstreaming in die (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung grundsatzpolitischer Prozesse, mit dem Ziel eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen und in allen Phasen durch alle normalerweise an politischen Entscheidungsprozessen beteiligten Akteure und Akteurinnen einzubringen“ (<http://www.bmsg.gv.at/bmsg/relaunch/frauen/downloads/gender.pdf> Mai 2004).

Die Europäische Union hat für alle Mitgliedsstaaten das durchgängige Prinzip des Gender-Mainstreamings verpflichtend festgelegt.

Bei Gender-Mainstreaming „... geht es darum, die Bemühungen um das Vorantreiben der Chancengleichheit nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken, sondern zur Verwirklichung der Gleichberechtigung ausdrücklich sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen einzuspannen,

indem nämlich die etwaigen Auswirkungen auf die Situation der Frauen bzw. der bereits in der Konzeptionsphase aktiv und erkennbar integriert werden („gender perspective“). Dies setzt voraus, dass diese politischen Konzepte und Maßnahmen systematisch hinterfragt und die etwaigen Auswirkungen bei der Festlegung und Umsetzung berücksichtigt werden.“

Und weiter wird ausgeführt, dass „die Unterschiede zwischen den Lebensverhältnissen, den Situationen und Bedürfnissen von Frauen und Männern systematisch auf allen Politik- und Aktionsfeldern der Gemeinschaft zu berücksichtigen [sind], das ist die Ausrichtung des ‚Mainstreaming‘-Grundsatzes, den die Kommission verfolgt. Es geht dabei nicht nur darum, den Frauen den Zugang zu den Programmen und Finanzmitteln der Gemeinschaft zu eröffnen, sondern auch und vor allem darum, das rechtliche Instrumentarium, die Finanzmittel und die Analyse- und Moderationskapazitäten der Gemeinschaft zu mobilisieren, um auf allen Gebieten dem Bedürfnis nach Entwicklung ausgewogener Beziehungen zwischen Frauen und Männern Eingang zu verschaffen“ (Auszug aus der Kommissionsmitteilung zur „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft (COM(96)67 endg.): http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gms_de.htm 29.10.2008).

Die deutsche Bundesregierung formuliert kurz: „Gender-Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt“ (<http://www.vings.de/kurse/wissennetz/gendermainstreaming/definition.html>).

Für Österreich wurde festgelegt: „Gender-Mainstreaming heißt, grundsatzpolitische Prozesse so (um)zu gestalten, zu verbessern, zu entwickeln und zu evaluieren, dass die Gleichstellungsperspektive von den politischen Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen in sämtliche politische Bereiche auf allen Ebenen und in allen Stadien eingebracht wird“ (<http://www.bmsg.gv.at/bmsg/relaunch/frauen/downloads/gender.pdf> Mai 2004).

Dadurch soll Ausgewogenheit und Gerechtigkeit für Männer und Frauen erreicht werden. Die Umsetzung der Chancengleichheit bedeute einen „Fortschrittsfaktor“ und sei Zeichen der Demo-

kratie (Vgl. <http://www.gendermainstreaming.at/GM/ziel.htm> 29.11.2008).

Wien umschreibt das Programm folgendermaßen und konkretisiert:

„Es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit. Lebensbedingungen und Chancen sind in unserer Gesellschaft für Frauen und Männer verschieden. Daraus entwickeln sich unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Gender-Mainstreaming ist eine international anerkannte Vorgangsweise und Strategie der Gleichstellungspolitik. Soziale Unterschiede und strukturelle Ungleichheiten für Frauen und Männer sollen hinterfragt, sichtbar gemacht sowie die Ursachen beseitigt werden. Das bedeutet, dass bei allen Entscheidungen, Projekten und Vorhaben der Politik und Verwaltung die unterschiedliche Lebensrealität von Frauen und Männern im Vorhinein zu berücksichtigen ist“ (<http://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/definition.html>).

Die Definition der United Nations Economic and Social Council (ECOSOC) bringt die schon einmal zitierte „gender perspective“ als durchgängiges Prinzip für alle Politikbereiche in die Debatte ein. „The ultimate goal of mainstreaming is to achieve gender equality“ (zitiert nach <http://www.ilo.org/public/english/bureau/gender/newsite2002/about/defin.htm>).

2.2. Rechtliche Grundlagen

Da der Fokus dieses Beitrages auf Gender-Mainstreaming gerichtet ist, werden die rechtlichen Grundlagen von Frauen- und Gleichstellungspolitik nur cursorisch dargestellt.

Die Versammlungsfreiheit und das Vereinsrecht des 19. Jahrhunderts haben durch Zusammenschluss von Frauen in verschiedenen Parteien, Clubs und Zirkeln erst Frauenpolitik und politische Aktivitäten ermöglicht. Sichtbare Erfolge waren vor allem die Erreichung des Zugangs von Frauen zu höherer Bildung, wie Gymnasien und Universitäten, und die Durchsetzung politischer Rechte, wie das Frauenwahlrecht im 20. Jahrhundert.

Bei der sich im 20. Jahrhundert entwickelnden Gleichstellungspolitik geht es um ein Bündel internationaler, europäischer und nationaler Regelungen zur Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft, im Arbeitsleben, Sozialversicherungsrecht, in zivilen Rechtsbereichen, wie Ehe- recht oder der partnerschaftlichen Aufteilung von

Kinderbetreuung und Familienpflichten und anderes.

Demgegenüber stellt das durch die EU als „Top-down-Strategie“ festgelegte aktuelle Programm des „Gender-Mainstreamings“ beide Geschlechter ins Blickfeld. Ziel ist es „die Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen, um **Ausgewogenheit und Gerechtigkeit für Frauen und Männer** (Hervorhebung im Original) zu erreichen.“ Neu ist der Fokus auf Frauen **und** (Hervorhebung durch Autorin) Männer. Gleichstellung soll nicht mehr durch „Sondermaßnahmen“ nur Verbesserungen für Frauen bringen, sondern durch Überprüfung „**sämtlicher allgemeiner politischer Konzepte und Maßnahmen**“ (Hervorhebung im Original) im Hinblick „auf die Veränderung und das Verhältnis der Geschlechter zueinander“ Verbesserungen für Männer und Frauen erzielt werden (<http://www.gendermainstreaming.at/GM/ziel.htm> 29.11.2008).

Als Rechtsgrundlage für Gender-Mainstreaming gelten zwei Artikel des Amsterdamer Vertrages (Artikel 2 und 3),

Artikel 2 des EG-Vertrages lautet:
Die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen ist eine Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft.

Artikel 3 des EG-Vertrages:
Bei allen ihren Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.

die Antidiskriminierungsrichtlinie des Rates der Europäischen Union vom 13. Dezember 2004/113/EG, das österreichische Bundesverfassungsgesetz (Artikel 7) sowie diverse Ministerratsbeschlüsse. Für Wien ist auch die „Europäische Charta für die Gleichbehandlung von Frauen und Männern auf der lokalen Ebene“, beschlossen vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) bindend, die am 26. September 2006 von Bürgermeister Dr. Michael Häupl unterzeichnet wurde (<http://www.wien.gv.at/gendermainstreaming/verankerung.html>, 11.12.2008).

Der Europäischen Kommission stehen als Instrumente zur Durchsetzung der Strategie des Gender-Mainstreamings die Rahmenstrategie der Gemeinschaft zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Leitfadens zur Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen und die Einbeziehung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in die Strukturfonds-

maßnahmen und Arbeitsdokumente für die Strukturfonds zur Verfügung.

Im Rahmen der EU stehen für die praktische Umsetzung Anlaufstellen, Beratungsstellen, Trainingsinstitute und Einzelpersonen zur Verfügung. Die Förderung der Realisierung erfolgt durch (pekuniäre) Maßnahmen durch die Strukturfonds, die Überprüfung vor allem durch Berichte.

2.3. Politische Partizipation

Gender-Mainstreaming soll u. a. auch mit dem Ziel eingesetzt werden, die politische Partizipation vor allem der Frauen zu erhöhen. Unter politischer Partizipation wird „Teilnahme wie Teilhabe“ verstanden, wobei „(unterschiedlichen Demokratieformen bzw. Politikbegriffen folgend) ein instrumentelles und ein normatives Verständnis polit. P. unterschieden werden kann.“ (Schultze 2002, 635). Wenn Bürger „freiwillig, individuell und/oder kollektiv“ im Verbund mit anderen „politische Entscheidungen direkt oder indirekt zu ihren Gunsten beeinflussen“, spricht man von instrumentellen oder zweckrationalen Formen der Partizipation mit dem Ziel der Teilnahme und Interessendurchsetzung bei politischen Entscheidungsträgern, wie Parteien, Parlament, Regierung, Gemeinderat oder Bürokratie. Im normativen Verständnis ist Partizipation „nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch Ziel und Wert an sich“. Es ginge nicht nur um Einflussnahme und Interessendurchsetzung, sondern um „Selbstverwirklichung im Prozeß des direkt-demokratischen Zusammenhandelns und um polit.-soziale Teilhabe in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft“ (Schultze, 2002, 636). Diese Teilhabe ist grundsätzlich erwünscht und wird angestrebt.

„Wieso sind BürgerInnenbeteiligung und politische Partizipation Themen, die uns gerade jetzt besonders bewegen, und was macht diese Bereiche plötzlich so spannend? ... Wird ein Gemeinwesen, in dem es ein ‚Zuviel‘ an Partizipation gibt, unregierbar?“ (Häupl 2002, 7). Häupl hat diese Fragen nicht in Hinblick auf die Implementierung von Gender-Mainstreaming gestellt, sie könnten aber bei der Umsetzung von Zielen des Gender-Mainstreamings, wobei es um Ausweitung und Gleichstellung von Frauen und Männern in der politischen Repräsentation und Partizipation geht, auch gestellt werden. Nicht BürgerInnenbeteiligung ist das Thema, sondern ganz konkret die Beteiligung von Frauen und Männern am politischen Diskurs. Um alle Potenziale zu nutzen, sollte Partizipation aller ermöglicht werden. Partizipation ist nicht nur ein Wert an sich,

sondern bringt erwartete positive Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Politik und bringt auch ökonomische Vorteile.

Durch frühzeitige Implementierung der „Chancengleichheitsperspektive“ in neugestaltete Entscheidungsprozesse seien Qualitätsverbesserung und Effizienzsteigerung in der Politik zu erwarten. (vgl. Kahlert, 2005, 52).

3. Umsetzung von Gender-Mainstreaming in Wien

3.1. Gender-Mainstreaming im Magistrat der Stadt Wien

Für Wien ist seit Jahren das „klare Bekenntnis zu einer querschnittsorientierten Frauen- und Gleichstellungspolitik“ in allen Bereichen des Magistrats gegeben. Die Geschäftseinteilung des Magistrats schafft die Voraussetzungen, dass die neue Strategie „Gender-Mainstreaming“ auch in Wien umgesetzt wird. Mit der Koordination der Maßnahmen wurde zwischen 2001 und 2005 die Frauenabteilung (MA 57) und seit 28. September 2005 die Projektstelle Gender-Mainstreaming in der Magistratsdirektion, MD-Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit, beauftragt.

Wien vertritt die Auffassung, dass die Strategie Gender-Mainstreaming nur mit Fortsetzung der Frauenförderung erfolgreich sein kann. Die Maßnahmen des Gender-Mainstreamings werden als „Präventionsarbeit“ gesehen, während man die Frauenförderung in die Kategorie „Reparaturarbeit“ einreicht. „Frauenförderung wird keineswegs überflüssig, denn Gender-Mainstreaming und Frauenförderung sind einander ergänzende Strategien“ (vgl. <http://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/strategie.html> 11.12.2008).

3.2. Gender-Mainstreaming in der Stadtplanung

In der Stadtplanung sieht man den Forderungen des Europarates entsprechend „Gender-Mainstreaming als strategisches Handlungsmuster zum Ziel, für Frauen und Männer gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen.“ (Asadi 2002, 20). In Umsetzung der politischen Festlegung, Gender-Mainstreaming als durchgehendes Prinzip anzuwenden, wurden in vielen Geschäftsbereichen der Stadt Vorhaben und Realisierungsschritte festgelegt. In dieser Analyse wird der

Fokus auf die diesbezüglichen Aktivitäten der Stadtplanung gerichtet.

2001 hat die Stadtregierung erstmals Gender Mainstreaming als durchgängiges Prinzip für die Regierungstätigkeit proklamiert. Bereits 2000 wurde im Bereich der Stadtplanung ein Strategieplan für Wien „Gender-Mainstreaming in der Stadtplanung“ entwickelt, in dem festgelegt wurde, dass „wesentliche Voraussetzung zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen für alle BürgerInnen geschlechtsspezifische Daten zum Leben in Wien, bezogen auf alle kommunalen Aufgaben und Handlungsfelder, erfasst und ausgewertet werden müssen“ (Bauer 2002, 24). Im jüngsten Stadtentwicklungsplan (STEP 2004/2005) wird erstmals die „Strategie des Gender-Mainstreamings [...] Bestandteil aller stadtentwicklungspolitischen Entscheidungsprozesse werden“ (Vgl. Asadi 2002, 20).

Eva Kail (2002, 34) hat aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung im Planungsressort in ihrer Zwischenbilanz auf Risiken und Chancen hingewiesen, die bei der Umsetzung von Gender-Mainstreaming auftreten können: sie erwähnt psychologische Hürden bei Männern, die sich auch mit Gender-Mainstreaming befassen sollen oder auch, dass es keine Qualitätskontrolle gibt, die erwünschte Qualität nicht gebracht wird und dann „Fraueninteressen unsichtbar“ bleiben. Oder auch die „Ressourcenfalle“ entweder nach dem Delegationsprinzip Aufgaben an ein Frauenbüro oder eine Leitstelle zu delegieren, ohne diese mit den entsprechenden Mitteln auszustatten. Sie sieht andererseits die Gefahr, dass Gender-Mainstreaming zwar von der „Main-Planung als Aufgabe begriffen“ aber die „Erarbeitung eines analytischen Instrumentariums zur Ausweisung und Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen von Frauen und Männern erforderlich ist: Die systematische Verzahnung der bisher fragmentiert ausgewiesenen Bedürfnisse mit dem Planungsprozess stellt methodisches Neuland dar, ohne dass dafür neue Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.“ (Kail 2002, 34–35).

Diese theoretischen Grundlagen bilden die Ausgangsbasis zur konkreten Analyse der Ergebnisse und der Auswertung der jüngsten „Sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie für Wien 2008“. Im Fokus dieses Beitrages ist die reale Umsetzung des Gender-Mainstreamings im Bereich der Stadt Wien.

4. Analyse der Ergebnisse

Ausgangspunkt der Analyse der Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie für Wien 2008 ist die Umschreibung und Konkretisierung des Programms des Gender-Mainstreamings durch die Stadt Wien:

„Es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit. Lebensbedingungen und Chancen sind in unserer Gesellschaft für Frauen und Männer verschieden. Daraus entwickeln sich unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Gender-Mainstreaming ist eine international anerkannte Vorgangsweise und Strategie der Gleichstellungspolitik. Soziale Unterschiede und strukturelle Ungleichheiten für Frauen und Männer sollen hinterfragt, sichtbar gemacht sowie die Ursachen beseitigt werden. Das bedeutet, dass bei allen Entscheidungen, Projekten und Vorhaben der Politik und Verwaltung die unterschiedliche Lebensrealität von Frauen und Männern im Vorhinein zu berücksichtigen ist“ (<http://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/definition.html>).

Eine Auswahl von Fragen zur Partizipation bildet den Fokus der Analyse der Ergebnisse der „Sozialwissenschaftlichen Grundlagenstudie Wien 2008“. Von insgesamt 137 Fragen der Studie befassen sich die Fragen 99 bis 108a mit der politischen Partizipation. Die Großstudien 1995 „Leben in Wien“ und 2003 „Leben und Lebensqualität in Wien“ hatten lediglich zwei Aspekte der Partizipation im Fragenkatalog: „bisherige Teilnahme an Bürgerversammlungen“ und „Interesse an Partizipationsprozessen bei Planungen“ (Leben und Lebensqualität in Wien, 56–57) behandelt, weswegen es keine Vergleichsergebnisse zur Grundlagenstudie 2008 gibt.

Dieser Abschnitt befasst sich im Hinblick auf die Forschungsfrage dieses Projektes nur mit ausgewählten Fragen, die sich auf die politische und gesellschaftliche Partizipation von Männern und Frauen beziehen. Basis der Analyse bilden Geschlecht und Bildung, und als Vergleich wurden Bezirksergebnisse der Bezirke 7, 15 und 19 ausgewählt und die Frage untersucht, ob es Unterschiede zwischen Männern und Frauen und den Gesamtergebnissen aufgrund divergierender Sozialstrukturen in den Bezirken gibt.

4.1. Zufriedenheit mit der Demokratie

Bei Anwendung der Prinzipien des Gender-Mainstreamings zeigt sich, dass die getrennte Analyse der Befragungsergebnisse nach Männern

und Frauen doch vom Durchschnitt (13% „sehr zufrieden“) abweicht. Männer sind mit der Demokratie unter dem Aspekt „sehr zufrieden“ mit 15% zufriedener als Frauen, die nur zu 11% „sehr zufrieden“ sind. Frauen sind zu 52% „eher schon zufrieden“, Männer zu 49%. Bei den Fragen „eher nicht zufrieden“ und „gar nicht zufrieden“ sind Männer (35%) unzufriedener als Frauen (33%).

Gesamtösterreichische Daten zeigen, dass diese Tendenz seit 1984 steigend ist. Waren es im Jahre 1984 im Österreichschnitt erst 13%, die mit der Demokratie unzufrieden waren, so stieg der Anteil der mit der Demokratie Unzufriedenen im Jahr 2001 bereits auf 28%, hat sich also mehr als verdoppelt (Plasser/Ullrich 2002, 113). Diese Entwicklung hat sich offensichtlich fortgesetzt, und Wien bildet keine Ausnahme.

Unter Berücksichtigung von Geschlecht und Bildung zeigt sich, dass Frauen mit Matura zu 71% und Frauen mit Hochschulabschluss zu 77% mit der Demokratie zufriedener sind als Männer mit Matura (67%) und Hochschulabsolventen (72%). Die Gruppe derer, die Vorbehalte gegen die Art der Demokratie, wie sie sie wahrnehmen, haben und mit der Demokratie „gar nicht zufrieden“ sind, ist groß. Frauen ohne Matura zu 38% und Männer ohne Matura zu 37%. Diese Ergebnisse müssten beunruhigen und Anlass für weitere detaillierte Analysen über die Motive sein.

4.2. Zufriedenheit mit dem politischen Parteiensystem

Das Parteiensystem schneidet noch wesentlich schlechter ab. Manche Autoren sind allerdings der Meinung, dass das derzeit verwendete Instrument, nach der Zufriedenheit mit „den“ Parteien zu fragen, methodisch unsinnig sei. Als Argument wird angeführt, dass der/die AnhängerIn einer bestimmten Partei mit „seiner/ihrer“ wahrscheinlich zufriedener als mit den Konkurrenzparteien sei. Deshalb müsse man nach der Zufriedenheit mit den einzelnen Parteien fragen (vgl. Niedermayer 2008, 31–32).

Die sozialwissenschaftliche Grundlagenstudie für Wien 2008 zeigt, dass die Unzufriedenheit mit dem Parteiensystem generell größer ist als die Zufriedenheit. Total ergibt sich ein Anteil von Unzufriedenheit (eher nicht zufrieden, gar nicht zufrieden) von 54%, während der Anteil der Zufriedenheit (sehr zufrieden, eher schon zufrieden) mit dem Parteiensystem bei 41% liegt. Damit liegt Wien (noch) besser als z. B. Deutschland,

wonach im Oktober 2007 eine Umfrage ergeben hat, dass mehr als 60% der Befragten mit der Arbeit der Parteien weniger oder überhaupt nicht zufrieden seien.²¹

Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind sehr groß, und es zeigt sich, dass Frauen ein Problem mit den Parteien haben, dass aber auch die Parteien ein Problem mit den Frauen haben. Frauen sind zu 54% eher nicht zufrieden bzw. gar nicht zufrieden, während dieser Anteil bei Männern 42% beträgt. Die Zufriedenheit wird mit 44% bei Männern und 39% bei Frauen angegeben. Lediglich Frauen mit Hochschule sind zu 50% mit dem Parteiensystem zufrieden und zu 47% unzufrieden, während Frauen ohne Matura zu 58% und Frauen mit Matura zu 56% unzufrieden sind. Bei den Männern haben Männer mit Hochschulbildung mit jeweils 49% die höchste Zufriedenheits- und Unzufriedenheitsrate, während bei Männern ohne Matura diese Relationen bei 41 : 52% und bei Männern mit Matura bei 44 : 55% liegen.

4.3. Bedeutung der Parteien für die demokratische Ordnung

Das österreichische Parteiengesetz 1975 legt fest, dass Existenz und Vielfalt politischer Parteien wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich sind (§ 1 Abs. 1) und als wichtigste Aufgabe ist die Mitwirkung an der politischen Willensbildung festgelegt (§ 1 Abs. 2). Können die Parteien mit dem zunehmend geringer werdenden Vertrauen der Bevölkerung diese Aufgabe wahrnehmen? Ist die Demokratiequalität (noch) gewährleistet?

4.4. Unbehagen mit den Parteien

Ein latentes Unbehagen mit den Parteien und dem Parteienstaat wird seit Jahrzehnten als Ausdruck von „Politikverdrossenheit“ (Plasser/Ulram 1982) konstatiert. Plasser und Ulram listen in ihrer detaillierten Analyse Gründe auf, die zu wachsender Unzufriedenheit mit den Parteien geführt haben (und/oder auch heute ihre Auswirkungen haben). Sie führen an, dass nicht auszuschließen sei, dass „historische institutionelle Versteinerung des politischen Systems, das relative Schattendasein des Parlaments, die arkanen Entscheidungs- und Bargainingprozesse bürokratischer Gremien, die hohe Abstraktion und metternich'sche Subtilität der österreichi-

schen Politik einen bestimmten ‚kritischen‘ Wert überschritten haben.“ (Plasser/Ulram 1982, 113–114). Was die Repräsentation und Partizipation von Bürgeranliegen betrifft, hat sich vor allem auf Wiener Ebene einiges verbessert: Volksbefragungen (Wiener Stadtverfassung (WStv) §§ 112a ff.) sind eingeführt, Landtags- und Gemeinderatssitzungen durch sog. „Aktuelle Stunden“ (WStv. §§ 17 und 119) bürgernäher gemacht worden, und (nur) im Land Wien können die Anwälte für wichtige Policy-Bereiche wie Gesundheit/Patientenanwalt, Umwelt-, Kinder- und Jugendanwälte ihre Beobachtungen, Kritik und politischen Maßnahmen im Landtag selbst zur Sprache bringen (Vgl. Hampel-Fuchs 2008, 71–75).

Konnten Plasser/Ulram 1982 in ihrer Analyse davon ausgehen, dass die Konvergenz der damals noch großen Parteien die „Aushöhlung der Pluralität“ (Plasser/Ulram 1982, 114) zur Folge hatte, so hat dies in den letzten Jahrzehnten zu einer vielfältigeren Parteienlandschaft geführt: Grüne, Liberale etc. sind entstanden.

Die vor mehr als 25 Jahren von Plasser/Ulram vorgenommene kritische Analyse der Parteienverdrossenheit ist in wesentlichen Erkenntnissen noch immer aktuell und es verwundert nicht, dass in der Bevölkerung die Unzufriedenheit mit dem Parteiensystem groß ist. Zur „latente[n] Entfremdung zwischen Parteien und Bürgern“ hätte „auch die zunehmende ‚Arroganz der Macht‘ der Parteikader beigetragen, die zu einer ‚neuen‘ elitär-professionellen Klasse von Parteikämpfern geführt hat.“ (Plasser/Ulram 1982, 114). Die „Parteikämpfer“ hätten sich „verselbständigt“, sie seien zu einer „gesonderten politischen Mittelklasse“ geworden, „die im wesentlichen im eigenen Saft schmort“.²² Die zunehmende Professionalisierung (heute selbstverständlich und als unbedingt notwendig erachtet) hätte auch den Parteialltag „bürokratisiert und formalisiert“ (Vgl. Plasser/Ulram 1982, 115). Es verurteilt „auch die ‚Dominanz eines kurzfristigen Krisen- und Wahlmanagements‘“ eine Verstärkung des „latenten Unbehagens an der Politik und an den politischen Parteien“ (Plasser/Ulram 1982, 115)²³. Auch Grundsatzdiskussionen der Parteien würden durch ihr meistens „rasches und unrühmliches publizistisches Ende“ weniger die „weitgehende Preisgabe ideologischer Grundsatzpositionen“ wettmachen und auch nicht dazu beitragen, „intellektuelles und visionäres Profil zu gewin-

²¹ http://www.welt.de/politik/article1272636/Deutsche_unzufrieden_m... 22.5.2009.

²² Plasser/Ulram zitieren Dahrendorf, 1981, S. 5.

²³ Lompe, 1981, S. 17 zitierend.

nen“, sondern reine „Abgrenzungsdeklarationen“²⁴ sein (vgl. Plasser/Ulram 1982, 114).

4.5. Mitarbeit in Parteien

Auch was die Mitarbeit in einer politischen Partei betrifft, gibt es große Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Die Ergebnisse zeigen, dass jede(r) sechste WienerIn in einer politischen Partei mitarbeitet, es bei den Männern 20% sind, also jeder 5. Mann arbeitet in einer politischen Partei mit, bei den Frauen nur 9%, also bestenfalls jede 11. Frau parteipolitisch aktiv ist.

Frauen mit Hochschulbildung sind zwar bis zu 2 Prozentpunkten stärker in den Parteien (10%) engagiert als Frauen ohne Matura (8%) und mit Matura (9%), aber um die Hälfte weniger stark vertreten als Männer mit derselben Bildung: Männer ohne Matura mit 21%, mit Matura 18%, mit Hochschulbildung 20%.

Auch bei der Kandidatur für ein politisches Amt werden gravierende Unterschiede offenkundig. Generell (Männer und Frauen total) kandidieren 3% für ein politisches Amt, nach Geschlecht gegliedert sind es aber 5% bei den Männern und nur 2% bei den Frauen. Auch was die potentielle Partizipation als KandidatIn für ein politisches Amt betrifft, zeigen sich große Unterschiede. Während Männer zu 32% dies überlegenswert halten, sind es bei den Frauen nur 17%. Bei jungen Frauen bis 19 Jahre ist ein Engagement als Kandidatin noch zu 34% vorstellbar, bei jungen Männern allerdings zu 48%.

4.6. Zur Zukunft des Parteienstaates

Plasser/Ulram haben zur Zukunft der Parteien Vorschläge gemacht, die (leider) noch ihrer Umsetzung harren:

„Der österreichische Parteienstaat gleicht so in mancher Hinsicht jenen urzeitlichen Echsen, die unter den klimatischen Verhältnissen einer bestimmten Epoche zur dominanten Spezies aufgestiegen sind und es auch zu einem beeindruckenden Riesennuchs gebracht haben, denen aber dafür die Anpassung an geänderte Umweltbedingungen umso schwerer fällt. Noch beherrschen sie kraft ihrer Masse die Szene, zu ihren Füßen huschen jedoch die kleinen und wendigen Vorläufer der Säugetiere umher. Dementsprechend wird die Zukunft des Parteienstaates mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht durch defensive Letzthargie, sondern nur durch Innovations- und Risikobereitschaft gesichert werden können. Nicht in zahlenmäßigem

Wachstum und besserer Panzerung (etwa durch Disziplinierungsversuche und die Bildung von Machterhaltungskartellen), sondern in „Abspecken“ und Flexibilität liegt seine Überlebenshoffnung.

Dies bedeutet zunächst die Hinwendung zu einem „restriktiven“ Politikverständnis, bei dem sich die politischen Akteure der Grenzen ihrer Möglichkeiten bewusst werden und diese auch zu akzeptieren lernen. Eine derartige Strategie der Selbstbeschränkung bietet nicht nur die Chance, die lähmende Selbstüberforderung des politischen Systems zu beseitigen, sondern auch die tieferen Ursachen des politischen Unbehagens rechtzeitig und grundsätzlich zu bekämpfen: „Der Versuch könnte sich lohnen, die Äußerungsformen der Politik von Verbesserungseifer mit resignativen Untertönen auf Realitätsdiagnose mit Distanz zum eigenen Geschäft umzustellen.“ (Luhmann 1981, 153).“²⁵ (Plasser/Ulram 1982, 128–129).

Es ist höchst an der Zeit, dem Phänomen schwindender Zufriedenheit mit den Parteien größere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Änderung der Parteistrukturen, die Komplexität der Gesellschaft und die neuen Medien, vor allem das Internet, haben die politische Kommunikation revolutioniert. Im Rahmen der Grundlagenstudie Wien 2008 gibt es keine Analysen der Motive der WienerInnen, weswegen sie mit den Parteien unzufrieden sind. Für strategisches Handeln wäre die Kenntnis der Motive Voraussetzung. Es handelt sich um eine Krise aller Parteien. Es besteht der Eindruck, dass die Parteien dieses „Unzufriedenheitsimage“, das sich schon seit längerem aufbaut, zur Kenntnis nehmen und sich „damit abfinden“ und keine innovative Gegenstrategie entwickeln.

Die zunehmende Unzufriedenheit mit den politischen Parteien birgt die große Gefahr, dass politische Rattenfänger, Schaumschläger und Scharlatane, aber auch Feinde der Demokratie aufgrund ihrer emotionalisierten Themenpräsentation Akzeptanz finden.

Die Bedeutung der Parteien für die Demokratie ist evident. Nach Kelsen sei Demokratie ohne politische Parteien nicht möglich, aber die Demokratie sei die einzige Staatsform, die auch ihre Feinde nähre.

²⁴ Plasser/Ulram zit. Lübke, 1977.

²⁵ Niklas Luhmann: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München 1981.

5. Beteiligung bei Bürgerinitiativen

Von einem generellen politischen Desinteresse kann nicht gesprochen werden. Das Potenzial, sich bei Bürgerinitiativen zu beteiligen, hat in den letzten Jahren zugenommen. Während die Studien 1995 (Leben und Lebensqualität in Wien, 56) und die Studie 2003 ausweisen, dass jeweils 30% grundsätzlich bereit seien, bei einer Bürgerinitiative mitzumachen, steigt dieser Anteil lt. Studie 2008 auf 50% bei Männern und 42% bei Frauen. Dies zeigt doch, dass ein großes Interessenpotenzial sowohl bei Männern als auch bei Frauen vorhanden ist. Dieses Potenzial ist wesentlich höher, als das Ergebnis der Befragung zur tatsächlichen Beteiligung an Bürgerinitiativen ergibt: Männer 13%, Frauen 10%. Es besteht eine große Differenz zwischen tatsächlichem Engagement und Interesse, sich zukünftig zu engagieren oder zu beteiligen.

Politische und gesellschaftliche Partizipation wird von Frauen und Männern unterschiedlich wahrgenommen. Die Studie zeigt, dass nicht nur bei Männern, sondern auch bei Frauen ein großes politisches Potenzial vorhanden ist. In der Praxis ist die Politik nach wie vor männlich dominiert. Werden Frauen behindert? Wer oder was hindert sie?

6. Gender Mainstreaming – ein erfolgversprechende Strategie

Ist die Strategie des Gender-Mainstreamings nur eine „neue Facette“, um den Frauen zu signalisieren, „wir tun etwas, wir arbeiten an der Beseitigung von Diskriminierung und Ungleichheit“, oder geht es gar darum, einen neuen politischen „Beruf“, den der sog. „Gender-ArbeiterInnen“ (meistens Frauen) zu schaffen? Kann Gender-Mainstreaming eine „umfassende Methode zur Durchsetzung des Ziels der Chancengleichheit“ (Liebhart 2002, 128) sein?

Ein Blick in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des politischen, auch durch die Ergebnisse von der Grundlagenstudie Wien 2008 belegten (Des-)Engagements von Frauen zeigt, dass „Die asymmetrische Verteilung von sozialer, ökonomischer, politischer, kultureller und symbolischer Macht [...] einen Rahmen für Politik als männerbündisches System [setzt]“ und Frauen „tendenziell“ nach wie vor ausschließt. „Geschlecht wirkt – oftmals ‚informell‘ und bereits im Vorfeld – als

ein Ausschlusskriterium und beschränkt politische Teilhabechancen von Frauen“ (Liebhart 2002, 113). Die historische Entwicklung kann eine Erklärung dafür sein. „Die Struktur des politischen Systems ist historisch an männlichen Bedingungen und Interessen ausgerichtet, Frauen waren in diesem System ursprünglich nicht vorgesehen“ (Pelinka/Rosenberger 2000, 186).²⁶

Es sind gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen, die Frauen behindern. Nach Liebhart sind dies u. a.: die ungleiche Verteilung von Familien- und Versorgungsarbeit zwischen Männern und Frauen, der ungleiche Zugang zu Ressourcen und Informationen, die bereits erwähnte männerbündische Struktur des Politischen und der Parteigremien mit Auswirkungen auf die Besetzung von Spitzenfunktionen und Kandidaten-Innenlisten und allgemein „mangelndes gesellschaftliches und politisches Bewusstsein für beziehungsweise Desinteresse an Problematiken der Geschlechterhierarchie“ (Liebhart 2000, 130).

Gender-Mainstreaming ist von der EU als Strategie festgelegt worden, um das Interessenpotenzial von Frauen für ein verstärktes gesellschaftliches und politisches Engagement zu wecken und auszuschöpfen. Dies soll durch „(Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung grundsatzpolitischer Prozesse, mit dem Ziel, eine geschlechterbezogene Sichtweise in alle politischen Konzepte auf allen Ebenen und in allen Phasen durch alle an politischen Entscheidungsprozessen beteiligten Akteure einzubringen“ (Steininger 1998, 288)²⁷, erreicht werden.

Durch umfassende Regelungen wurde für die gesamte Verwaltung der Stadt Wien die Methode des Gender-Mainstreamings als Auftrag zur Umsetzung festgelegt. Was in der Verwaltung bereits selbstverständlich ist, sollte auch für „die Politik“, für die Kommunal- und Landespolitik, für die Parteipolitik in Wien Geltung haben. Die Methode des Gender-Mainstreamings kann dazu beitragen, die „genderpolitischen Aspekte der Demokratiequalität“ (Campbell/Schaller 2002, 168) in allen Politiken, auch der der Partizipation von Frauen in Gesellschaft und Politik, zu analysieren und Realisierungskonzepte zu entwickeln, um die gleiche Teilhabe von Männern **und** Frauen zu erreichen und alle Potenziale und Ressourcen für eine stabile Demokratie zu nutzen.

²⁶ Zitiert nach Liebhart 2000, 114.

²⁷ Zitiert nach Liebhart 2002, 128.

7. Schlussbetrachtungen

Die sozialwissenschaftliche Grundlagenstudie für Wien 2008 bestätigt die der Analyse zugrunde gelegte Hypothese, wonach von Frauen und Männern die politische und gesellschaftliche Partizipation unterschiedlich wahrgenommen wird. Dieses Erkenntnis ist nicht wirklich neu, sondern bedrückend, und sollte dazu motivieren, mit größerem Elan die frühzeitige Implementierung der Chancengleichheitsperspektive vorzunehmen und vor allem in der Politik und in den Parteien die Entscheidungsprozesse weniger „männerbündisch“ und „frauenfreundlicher“ neu zu gestalten. Männer müssten zunehmend bereit sein, Familien- und sog. Reproduktionsaufgaben tatsächlich zu übernehmen, damit das bei den Frauen vorhandene politische Potenzial ausgeschöpft werden kann. Gender-Mainstreaming ist ein Instrument, um Geschlechtergerechtigkeit und gleiche Teilhabe und Teilnahme von Frauen und Männern zu erreichen.

Es mag für so manchen Parteifunktionär ein Trost sein, dass die in Wien festgestellte Unzufriedenheit mit den politischen Parteien auch auf nationaler und europäischer Ebene festzustellen ist. Sie ist aber eine große Gefahr für die Demokratie, und die Parteien sollten rasch zu einer wirksamen Gegenstrategie finden, bevor Feinde der Demokratie in der Lage sind, die Gunst der Stunde zu nutzen.

Die Hypothese, dass durch die unterschiedlichen Sozial- und Bildungsstrukturen in ausgewählten Bezirken, wie z. B. in den Bezirken 7 (eher studentisch, jung, „grün“), 15 (hoher Migrantanteil, Stadterneuerungsgebiete, „sozialdemokratisch“) und 19 (Bildungsbürgertum, „ÖVP-Bezirk“) Erklärungen für die unterschiedliche Partizipation von Frauen und Männern zu finden wären, konnte nicht verifiziert werden. Die geringere politische Partizipation von Frauen gegenüber den Männern wird im gesamten Stadtgebiet Wiens ausgewiesen, es gibt keine nennenswerten bezirksrelevanten Differenzen.

Literaturverzeichnis

Bücher

- Asadi*, Shams (2002): Stadtentwicklung und Gender Mainstreaming. In: Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.): Gender Mainstreaming in der Stadtplanung. Stadtentwicklung Stadt Wien, Wien, 19–22.
- Bauer*, Ursula (2002): Gender Mainstreaming: Zwei Schritte nach vorne – und keiner zurück. In: Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.): Gender Mainstreaming in der Stadtplanung. Stadtentwicklung Stadt Wien, Wien, 23–27.
- Bebning*, Ute; *Sauer*, Birgit (Hrsg.) (2005): Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy-Analysen, Frankfurt am Main.
- Frauenabteilung der Stadt Wien (Hrsg.) (2004): Gender Budgeting, Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Gelder und Leistungen, Frauen MA 57, Stadt Wien, Wien.
- Gabitzler*, Luise; *Schunter-Kleemann*, Susanne (Hrsg.) (2006): Gender Mainstreaming – Durchbruch der Frauenpolitik oder deren Ende? Band 17, Frankfurt am Main /Berlin /Bern /Bruxelles /New York / Oxford/ Wien.
- Hampel-Fuchs*, Maria (2008): Wien ist anders. Das dritte Modell des Föderalismus in Österreich. Diplomarbeit. In: Lois-Weinberger-Institut, Institut für christlich-soziale Politik in Wien (Hg.), Wien.
- Häupl*, Michael; *Franer*, Kilian (Hrsg.) (2002): BürgerInnenbeteiligung und politische Partizipation, Konzepte zur Entwicklung der Demokratie in der Stadt Wien, Wien.
- Kablert*, Heike (2005): Beratung zur Emanzipation? In: *Bebning*, Ute; *Sauer*, Birgit (Hrsg.) (2005): Was bewirkt Gender Mainstreaming? Evaluierung durch Policy-Analysen, Frankfurt am Main, 45–62.
- Kail*, Eva (2002): Vom Malestream zum Gender Mainstream – eine planungspolitische Herausforderung. In: Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.): Gender Mainstreaming in der Stadtplanung. Stadtentwicklung Stadt Wien, Wien, 29–36.
- Leben und Lebensqualität in Wien, Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.): Kommentierte Ergebnisse und Sonderauswertungen der Großstudien „Leben

- in Wien“ und „Leben und Lebensqualität in Wien“, 2007.
- Liebhart, Karin* (2002): Gleichberechtigte Partizipation oder strukturelle Ausgrenzung? Genderpolitische Aspekte der Demokratiequalität Österreichs. In: *Campbell, David F.J.; Schaller, Christian* (Hrsg.): Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven, Opladen, 113–132.
- Meuser, Michael; Neussiß, Claudia* (2004): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Schriftenreihe Band 418. bpb: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Niedermayer, Oskar* (2008): Die Wähler bröckeln. Zur Veränderung der Wählerschaft und der Parteimitgliedschaft. In: *Adolf-Arndt-Kreis* (Hrsg.): Parteien ohne Volk. Zur Zukunftsfähigkeit der Parteiendemokratie, Schriftenreihe des Adolf-Arndt-Kreises Band 6, Berlin.
- Pelinka, Anton; Rosenberger, Sieglinde* (2000): Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, Wien.
- Plasser, Fritz; Ulram, Peter* (1982): Unbehagen im Parteienstaat: Jugend und Politik in Österreich. In: *Brünner, Christian; Mantl, Wolfgang; Welan, Manfred* (Hrsg.): Studien zu Politik und Verwaltung. Band 2.
- Plasser, Fritz; Ulram, A. Peter* (2002): Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur? Ludwig-Boltzmann-Institut, Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung Band 25, Wien.
- Rosenberger, Sieglinde; Sauer, Birgit* (Hrsg.) (2004): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien.
- Schultze, Rainer-Olaf* (2002): Partizipation, in: *Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf* (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2 N-Z, München, 635–636.
- Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (Hrsg.) (2002): Gender Mainstreaming in der Stadtplanung. Stadtentwicklung Stadt Wien, Wien.
- Steininger, Barbara* (1998): Zwischen Konflikt und Konsens: Frauen im politischen System Österreichs. In: *Hoecker, Beate* (Hrsg.): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen, 275–296.
- Wasimuth, Ulrike C.* (2002): Frauenpolitik, in: *Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf* (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1 A-M, München, 242.
- Wiener Stadtverfassung, in: *Ponzer, Josef/ Cech, Gerhard* (2000): Die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, Kurzkomentar, Wien.

Internetadressen

Link- & Dokumentationsliste der Europäischen Kommission zu Gender Mainstreaming: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gms_de.htm.

Interministerielle Arbeitsgruppe:
<http://www.gendermainstreaming.at/GM/ziel.htm>
<http://www.bmsg.gv.at/bmsg/relaunch/frauen/downloads/gender.pdf>
<http://www.ilo.org/public/english/bureau/gender/newsite2002/about/defin.htm>
<http://www.vings.de/kurse/wissensnetz/gendermainstreaming/definition.html>.

Webservice der Stadt Wien:
<http://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/definition.html>.

Rechtliche Verankerung von Gender Mainstreaming:
<http://www.wien.gv.at/gendermainstreaming/verankerung.html>.

Gender Mainstreaming - Gesellschaftspolitische Gesamtstrategie in Wien:
<http://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/strategie.html>.

Lara Berger

Ohne Schule kein Theater

1. Kultur braucht Bildung

„Kunst und Kultur sind die Motoren gesellschaftlicher Entwicklungen“ (Bundeszentrale für politische Bildung, 2007).

Gerade für die Gesellschaft einer Großstadt hat Bildung damit eine wichtige Funktion.

Was aber umfassen die Begriffe „Kultur“ und „Bildung“?

1.1. Der Begriff „Kultur“

Kultur lässt sich unterscheiden in „**Kultur im weiten Sinn**“ und „Kultur im engen Sinn“. Ersterer meint alle die Erscheinungen, die eine Gesellschaft prägen und die sie von anderen Gesellschaften unterscheidbar machen. Dazu gehören sowohl nationale Zugehörigkeit, Ethnie und Sprache als auch alle künstlerischen und technischen Errungenschaften, Verhaltensmuster des Zusammenlebens, Wertevorstellungen, Normen und Gewohnheiten.

Man kann es sich wie eine Malvorlage vorstellen. Das weiße Papier mit den unterschiedlichen Motiven und Formen symbolisiert die verschiedenen Bereiche Nation, Religion, Gewohnheiten usw. Welche Farben zum Bemalen verwendet werden, hängt von der Gesellschaft selbst ab. Schließlich wird dieses Bild gerahmt, betitelt und an die Wand neben die anderen Gesellschaftsbilder gehängt – vergleichbar, aber auf seine Art und Weise einzigartig (vgl. bpb 2007, Emmert 2007, Otten 2004).



Ein Bildausschnitt dieses Kunstwerks wird als **Kultur im engeren Sinn** verstanden. Bei einem Landschaftsgemälde mit Pflanzen, Feldern, Bergen, Menschen und Tieren wären das beispielsweise die Pflanzen – in Form von Blumen, Sträu-

chern oder Bäumen. Sie spiegeln die verschiedenen Künste wider, wie die Literatur, die Malerei, die Musik oder das Schauspiel.

Innerhalb dieser Teilmenge ist der „Mensch selbstverantwortlich fähig (...), sein Leben erfolgreich zu gestalten“ (Emmert 2007) – persönlich (innere Ebene) wie gesellschaftlich (äußere Ebene). Unumgänglich hierfür sind „Sachwissen, praktische Handlungskompetenzen, emotionale Kompetenzen und die Fähigkeit zur Selbstreflexion“ (ebd. 2007).

Der Mensch muss also gebildet sein, um sich kulturell entwickeln zu können. Dieses Sich-bilden ist dabei keine absolute Größe, sondern ein stetiger Prozess, der sich je nach Lebensumstand verändern kann.

Es wird deutlich, dass Kultur und Bildung – zwei auf den ersten Blick unabhängige Parameter – grundsätzlich eng verbunden sind. Der Mensch befindet sich innerhalb seiner Kultur in einem „Lern- und Auseinandersetzungsprozess (...) mit sich, seiner Umwelt und der Gesellschaft im Medium der Künste und ihrer Hervorbringungen“ (Emmert 2007).

Man spricht daher auch von „**kultureller Bildung**“.

Anders ausgedrückt ist kulturelle Bildung also notwendig, um sich gesellschaftlich zu integrieren. Bildung und Kultur sind daher zwei Seiten der gleichen Sache: Bildung als subjektive Seite der Kultur – Kultur als objektive Seite von Bildung (vgl. Emmert 2007).

1.2. Der Begriff „Bildung“

Bildung ist grundsätzlich ein Recht jedes Menschen. So wurde es am 10. Dezember 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von den Vereinten Nationen festgelegt (Art. 26 MRK). Das heißt, jeder Mensch hat Anspruch auf Bildung und jeder Staat ist verpflichtet, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Jedoch wird diese Begriffsbestimmung einem komplexen Gebiet wie Bildung nicht gerecht. Vergleichbar mit dem Begriff der Kultur ist auch Bildung nur versuchsweise möglich zu definieren.

Humboldt verstand unter umfassender Bildung einen Bildungskanon, den er zurückführt auf die klassische Antike der „artes liberales“, den sieben freien Künsten – Trivium (Grammatik, Dialektik, Rhetorik) und Quadrivium (Arithmetik, Geomet-

rie, Astronomie, Musik) (vgl. Heinrich Kern, 2005).

Etwas vereinfacht ausgedrückt bedeutet „Bildung“ also die Gesamtheit von Allgemeinbildung und der Beschäftigung mit allen, das Leben bestimmenden Bereichen.

Bildung verstehe auch ich als Prozess der Wissenserlangung und der Auseinandersetzung mit den Menschen und ihrer Geschichte, mit Werten und mit sich selbst – mit Facetten, die Kultur auszeichnen. (Wenn im Folgenden die Begriffe Bildung oder Kultur verwendet werden, so sind immer die eben erklärten Definitionen gemeint.)

2. Drohende Bildungsmisere

Das österreichische Universitätssystem ist laut Paul Hofheinz vom Forschungs-Institut Lisbon Council trotz zum Teil überfüllter Hörsäle zu elitär. Es bildet nicht genug Menschen aus. (Standard, 2008) Der Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) kommentiert: „Wenn die Kritik dieser Studie lautet, dass wir mehr Akademiker auf geringerem Niveau mit weniger Einkommen produzieren sollten, dann teile ich nur die (Akademikerquote) und ansonsten bin ich zufrieden. Dass jemand ein zu hohes Ausbildungsniveau kritisiert, habe ich überhaupt noch nie in einer Studie gehört“ (Standard, 2008).

Aber wie wird sich die hochschulische Ausbildung verändern, wenn Bachelor und Master das Diplom ganz vertrieben haben?

Ein Professor aus Mainz äußerte sich im Mai 2009 sehr kritisch über das Bachelor-/ Master-Programm, welches mittlerweile an deutschen Hochschulen überwiegt:

„Die Universität war bisher autonom, und ihr Ziel hieß Bildung. Jetzt wird sie abhängig von den Vorgaben der Wirtschaft. Es geht nicht mehr um Bildung, sondern nur noch um Ausbildung. Der Student kann nicht mehr selbst wählen, welche Schwerpunkte er im Studium setzen will, sondern er bekommt, wie in der Schule, alle Inhalte haarklein vorgeschrieben und in einen engen Stundenplan gepresst. Das ist das Ende der akademischen Freiheit (...) Das System ist von vorne bis hinten Murks. (...) Nun wird eine komplette Studentengeneration das absehbare Chaos ausbaden müssen. Ich habe mich entschieden, da nicht mitzumachen“ (Theologieprofessor Reiser im Interview von UniSpiegel online, 2009).

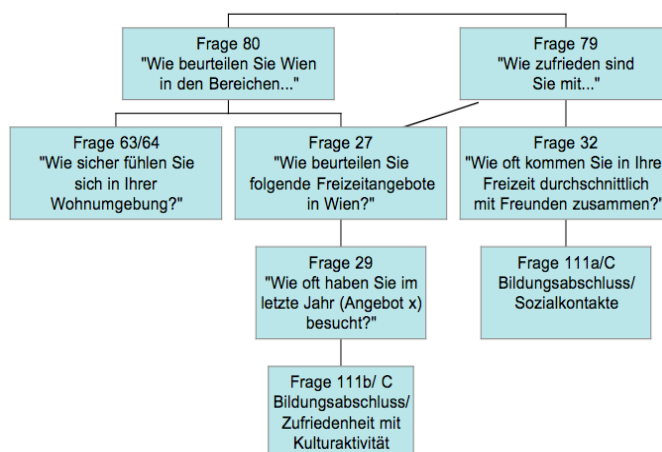
Was heißt das für Österreichs Hauptstadt? Wird sich das auch in Österreich veränderte Bildungssystem tatsächlich auf die Gesellschaft auswirken?

3. Was bewirkt Bildung?

3.1. Empirische Forschung

Die Literatur bejaht den Einfluss der Bildung auf die Gesellschaft. Ob die Empirie dies bestätigen kann, zeigt die Auswertung der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien 2008.

Es wurden die Fragen ausgewählt, die helfen, den Zusammenhang zwischen Bildung und „Kultur im weiten Sinn“ zu erkennen und wichtige Einflussfaktoren sichtbar zu machen:



Die Fragen 80 und 79 ermitteln, wie wohl sich Wiens Bürger grundsätzlich in der Stadt fühlen. Dabei wurden auch Faktoren abgefragt, die das Leben der Gesellschaft dieser Stadt, also deren Kultur, betreffen.

Die Fragen 63 und 64 sollen zeigen, wie sicher sich Wiens Bürger in ihrer Stadt fühlen. Besteht ein hohes Risiko, nachts auf offener Straße überfallen zu werden, oder kann man in der Disko seine Tasche unbeobachtet liegen lassen, ohne dass einem hinterher 2 Euro fehlen. Daran nämlich lässt sich ablesen, wie achtsam die Bürger miteinander umgehen. Respektieren die einen das Eigentum anderer und unterlassen den Diebstahl von vornherein oder schreiten die anderen ein, falls es doch zu einem Raub kommt?

Bei den Fragen 27, 29 und 11b/ C wird untersucht, welches Freizeitangebot bei welcher Bildungsschicht bevorzugt genutzt wird. Daraus lässt sich schließen, ob es von der Bildung abhängt, mit welchen Themen man sich neben der Schule und der Arbeit beschäftigt.

Der Zusammenhang Bildung und sozialer Umgang ergibt sich aus der Analyse der Fragen 32 und 111a/ C.

Vergleicht man diese Teilergebnisse, sollte deutlich werden, ob Bildung das gesellschaftliche Miteinander und das Sozialverhalten, und daraus folgend die Kultur der Gesellschaft, beeinflusst.

3.2. Ergebnisse: Wien macht glücklich

In der jährlich weltweit durchgeführten Mercer-Studie wurde „als Stadt mit der weltweit höchsten Lebensqualität (...) in diesem Jahr erstmals Wien ermittelt“ (mercer, 2009).

Diese positive Beurteilung bestätigt auch die sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008.

Es zeigt sich, dass je höher die Bildung ist, desto schlechter werden die Bereiche „Sorge füreinander“ (Kinderbetreuung, Pflegeheime), Forschung und „Gestaltung des öffentlichen Raums“ (öffentlicher Raum, Parks) bewertet.

Aber warum?

Auszuschließen ist, dass die Einrichtungen der Stadt Wien schlecht sind. Denn sonst wären die Bewertungen insgesamt nicht so gut ausgefallen. Wenn also die Anzahl an Pflegeheimen durchschnittlich gut (ca. 2,27) bewertet wird, aber Personen höherer Bildung diese stärker kritisieren, dann folgt daraus, dass ihnen eine optimale Versorgung – ausreichend Pflegestätten – wichtiger ist als Personen aus niedrigeren Bildungsklassen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Bereich „Förderung von Forschung, Technologie und Innovation“: Die Gruppe „maximal Pflichtschule“ bewertet diesen Bereich mit der Note 2,4, die „Hochschule“ vergibt nur eine 2,69 und stellt demnach höhere Ansprüche.

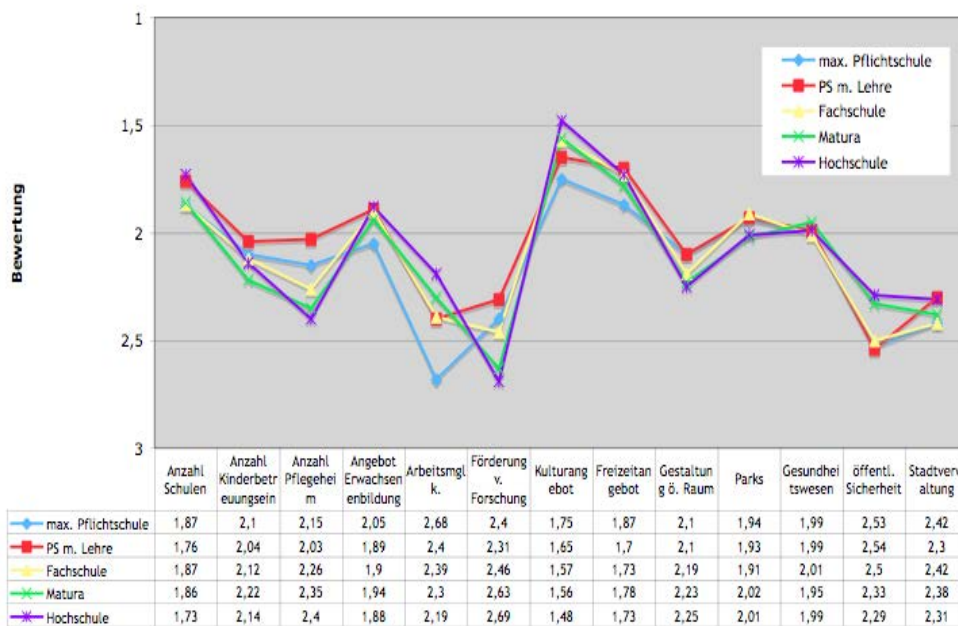
Bezüglich der Anzahl an Kinderbetreuungseinrichtungen weichen die Meinungen der Befragten mit maximal Pflichtschule (Notenschnitt: 2,1) nur

sehr geringfügig von denen mit Matura (2,22) und Hochschulabschluss (2,14) ab.

Die Betreuung der Kinder hängt folglich nicht mit dem Bildungsniveau zusammen.

Grundsätzlich loben also alle Bildungsschichten das Stadtangebot. Bürger höherer Bildung setzen jedoch höhere Bewertungsmaßstäbe an, was sich auch aus der **Auswertung der Frage 79** ergibt.

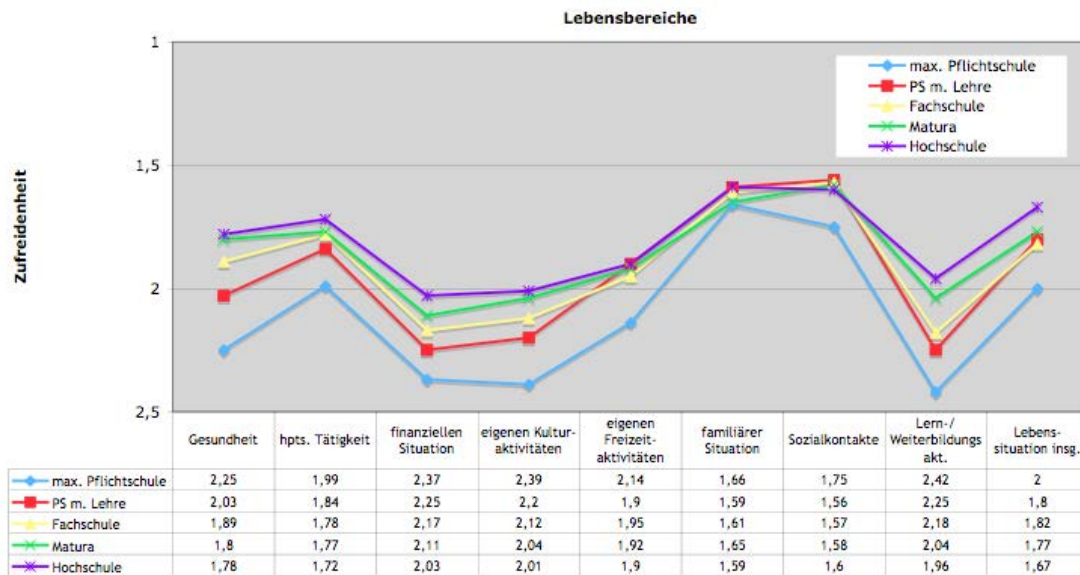
Frage 80 - Stadtbeurteilung



Das Schaubild zeigt, wie gut oder schlecht (Noten 1 bis 5) verschiedene Aspekte in der Stadt Wien von den unterschiedlichen Bildungsgruppen bewertet werden. Zur Veranschaulichung beschränkt sich diese Graphik auf die Notenbereiche 1 bis 3, da keine schlechtere Bewertung als 2,69 vorliegt und die Graphen andernfalls zu ungenau würden.

Für die Analyse wurden aus der Frage 80 der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien 2008 nur die Aspekte gewählt, welche für die Forschungsarbeit relevant sind. (So wurde beispielsweise der Bereich „Verkehr“ ausgeklammert)

Frage 79 - persönliche Zufriedenheit II



Die Darstellung zeigt, wie zufrieden (Noten 1 = sehr zufrieden bis 5 = gar nicht zufrieden) die unterschiedlichen Bildungsgruppen mit verschiedenen Aspekten ihres Lebens in der Stadt Wien sind. Wie bereits festgestellt, ist die Wiener Bevölkerung mit dem städtischen Angebot ganz zufrieden. Die Notenwerte insgesamt liegen zwischen 1,56 und 2,42 und die „Lebenssituation insgesamt“ wurden mit 1,67 (Hochschule) bis 2 (maximal Pflichtschule) bewertet.

Zur Veranschaulichung wurde die Graphik, welche alle Aspekte der Fragen berücksichtigt, wieder auf einen kleineren Notenbereich begrenzt: 1 bis 2,5.

Bemerkenswert ist, dass sich höhere Bildungsschichten (Matura, Hochschule) bis auf den Bereich „Sozialkontakte“ wohler fühlen als die niedrigeren Bildungsklassen.

Inwieweit jedoch sie in der Familie zufrieden sind, lässt sich nicht anhand des Bildungsgrades erklären. Denn Maturanten und die Befragten der Gruppe „maximal Pflichtschule“ sind nahezu gleichermaßen damit unzufrieden, sowie die restlichen drei Bildungsebenen (Hochschule, Pflichtschule mit Lehre und Fachschule) ähnlich zufrieden sind; wenn auch die Differenz der Bewertung gering ist.

Trotzdem geben alle Gruppen den Bereichen „Sozialkontakte“ sowie „familiäre Situation“ die besten Wertungen.

Im Gegensatz dazu missfallen am stärksten die finanzielle Situation, die eigene Kulturaktivität und das Weiterbildungsangebot der Stadt Wien, wenn auch die positive Bewertung wieder pro-

portional zum Bildungsabschluss steigt (Leute mit Hochschulzeugnis sind weniger unzufrieden mit ihrer Kulturaktivität als diejenigen mit nur maximal Pflichtschulabschluss).

Das bestätigt auch die **Analyse der Frage 111b/C**.

	Sehr zufrieden	Nicht zufrieden
Max. Pflichtschule	14 %	23 %
Hochschule	17 %	11 %

Bleibt offen, inwieweit diese Komponenten korrelieren und ob die Unzufriedenheit mit der eigenen Kulturaktivität wieder mit geringeren Ansprüchen zusammenhängt, sich aufgrund eines Angebotsmangels ergibt oder vielmehr wegen persönlichen Zeit- und Finanzproblemen.

Wenn man davon ausgeht, dass die Wiener mit dem Angebot an Kultur im engen Sinn (= Kulturangebot) an sich relativ zufrieden sind und es auch häufiger als andere Freizeitgestaltungsmöglichkeiten nutzen, was die Schaubilder 80, 27 und 29 bestätigen können, und man die derzeitige Finanzkrise berücksichtigt, welche sich bereits seit über einem Jahr aufgebaut hat, so ist anzunehmen, dass die schlechte wirtschaftliche Lage Grund für finanzielle Engpässe ist und sich dies wiederum negativ auf die Nutzungsmöglichkeit von kulturellen Veranstaltungen auswirkt. Weil jedoch die Preise für Theater, Oper, Museen und Kinos beispielsweise gering sind, ist anzunehmen, dass sich ein weiterer Faktor negativ auf die Kulturaktivitäten auswirkt.

Die Finanzkrise und die schlechte wirtschaftliche Lage haben bei einigen auch zu weniger Freizeit geführt. Denn je weniger jemand verdient, desto mehr muss er arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, zumal die Kosten stetig steigen.

Für viele Studenten wird künftig auch der zunehmende Leistungsdruck als Folge des Bachelor-Systems eine Ursache sein, weniger freie Zeit für Theater oder Kino nutzen zu können.

Das Missfallen der eigenen Kulturaktivität beweist damit, wie viel Wert die Wiener Bürger auf „Kultur im engen Sinn“ legen und, im weiteren Gedankenschritt, wie wichtig ihnen kulturelle Bildung ist. Denn andernfalls würde sie eine geringere Nutzung der städtischen Theater, Kinos und Museen wohl kaum stören.

Jedoch bedeutet die größere Zufriedenheit mit der kulturellen Freizeitgestaltung bei höher ausgebildeten Bürgern nicht weniger Sinn für kulturelle Bildung. Sie können lediglich – und das bestätigen die Zahlen – häufiger ins Theater oder ins Museum gehen.

Kultur ist „in“

Die Analyse der Überblicksfragen zeigt, dass das Leben in Wien als Stadt angenehm ist. Im Folgenden soll nun überprüft werden, welches Kulturangebot konkret geschätzt wird und ob es sich mit dem Leben in Wien als Gesellschaft ebenso verhält.

Offensichtlich wird jedem in Wien eine gute kulturelle Freizeitgestaltung geboten, wobei Maturanten und Hochschüler diese mehr schätzen. Vertraut man der Literatur und der eigenen Erfahrung, so liegt das daran, dass Schüler der AHS oder BHS häufiger von der Schule aus z. B. eine Theatervorstellung besuchen als dies Haupt- oder Realschüler (BMS) können. Damit gewöhnen sie sich früher ans Theater oder das Museum und lassen es alltäglicher werden.

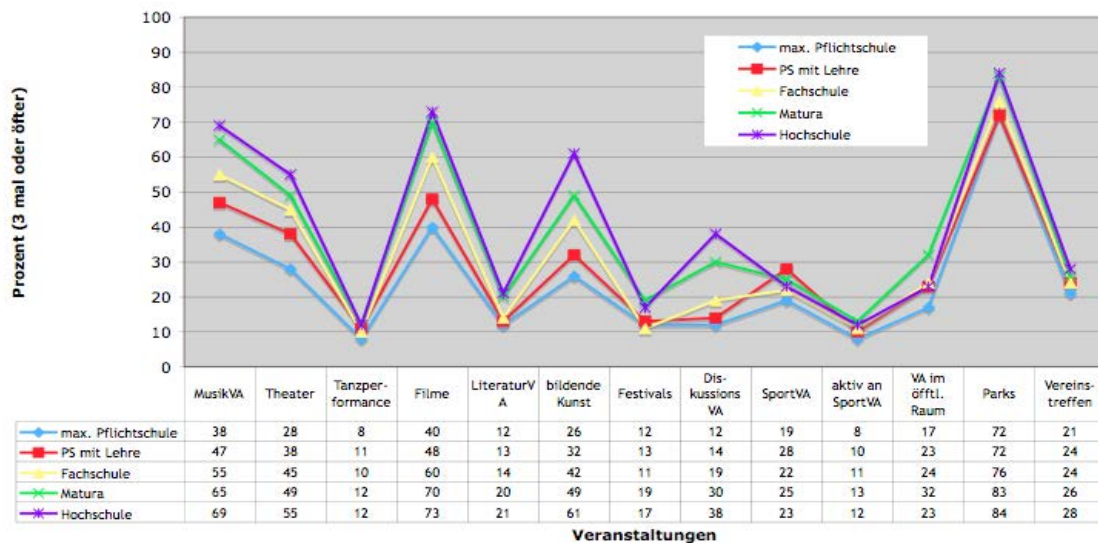
Ob es ausreichend öffentliche Orte für den sozialen Austausch gibt, ist aus der Graphik nicht zu lesen. Auch wenn die Wiener Kaffeehausmentalität noch aktuell zu sein scheint, fehlt es an Lokalen für die eigene Altersklasse sowie vor allem an Freiflächen für Jugendliche (schlechtesten Bewertungen der Graphik). Fraglich ist nur, wie stark diese genutzt würden, denn wie bereits Graphik 80 zeigte, gefallen der Bevölkerung vor allem die Parks und Erholungsgebiete und bekanntlich sind ja auch das sehr geeignete Orte, um einander zu treffen.

Das Weiterbildungsprogramm der Volkshochschule übertrifft das der Musikschule, lässt aber nicht erkennen, ob Personen höherer Bildung mehr Wert darauf legen (Personen mit Lehre, Fachschule und Matura = 1,7).

Frage 27 - Freizeitangebot



Frage 29 - Freizeitgestaltung



Wie häufig die verschiedenen Freizeitangebote von den jeweiligen Bildungsgruppen genutzt wurden, erklärt die obenstehende Graphik.

Eine Analyse jeder Veranstaltung nach sämtlichen Häufigkeitsabstufungen je Bildungsabschluss hätte zu unübersichtlich vielen Graphen und damit wenig Anschaulichkeit geführt. Deswegen wurden die Daten auf „Veranstaltung dreimal oder öfter besucht“ zusammengefasst.

Durchschnittlich beteiligen sich Leute mit höherem Bildungsabschluss häufiger an den gesellschaftlichen Veranstaltungen und Freizeitmöglichkeiten.

Das kulturelle Angebot wird am häufigsten von der oberen Bildungsklasse genutzt, wobei Musik, Film und Kunst (im Gegensatz dazu Tanz und Literatur) alle Bildungsschichten präferieren.

Ebenso verhält es sich im Bereich „sozialer Umgang“. Hier lassen sich Diskussionsveranstaltungen von Vereinstreffen unterscheiden: Die Häufigkeitsspanne zwischen Befragten mit Matura oder Hochschulabschluss ist bei Diskussionsveranstaltungen im Gegensatz zu maximal Pflichtschule, Pflichtschule mit Lehre und Fachschule deutlich größer (30 bzw. 38% zu 12 bis 19%).

Aus dem Rahmen fallen „Veranstaltungen im öffentlichen Raum“, die insgesamt nicht allzu oft besucht werden: Während eine deutliche Differenz zwischen Maturanten (32%) und maximal Pflichtschulern (17%) zu erkennen ist, nutzen die Vertreter der drei anderen Bildungsebenen diese Art der Freizeitgestaltung ca. gleich häufig/ selten (23%).

Am häufigsten nehmen die Bildungsklassen an Veranstaltungen in städtischen Parks teil (72 bis 84%, durchschnittlich gaben 55% an, mehr als zehn Mal jährlich Parks und Grünanlagen zu besuchen). Damit sind Wiens Grünflächen für die Bevölkerung der beliebteste Ort, um seine Freizeit zu verbringen.

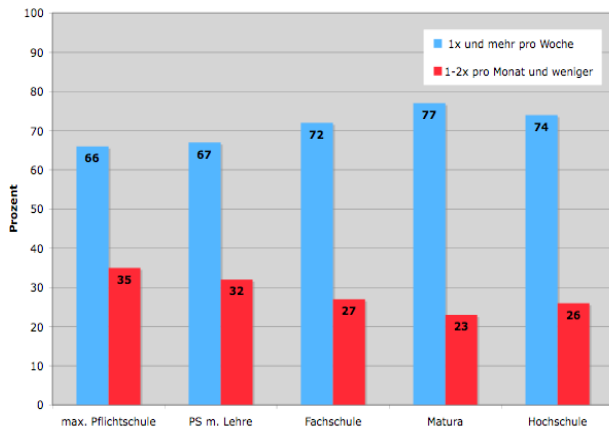
Zusammenfassend kann also auch nach dieser Auswertung festgehalten werden, dass Wiens Bürger nicht nur die Parkanlagen genießen, sondern einen großen Teil der Möglichkeiten zur kulturellen Bildung stark frequentieren. Die Nutzungshäufigkeit steigt mit dem Bildungsniveau. Das wiederum lässt den Rückschluss zu, dass Wiens Bürger mit dem Freizeitangebot zufrieden sind und sich wohlfühlen, sonst würden sie es nicht nutzen. Über den Zusammenhang von Bildung und sozialem Umgang kann an dieser Stelle noch keine genaue Aussage getroffen werden.

Freunde trifft jeder

Soziale Kontakte und Kommunikation sind in zwischenmenschlichen Beziehungen wichtig, um ein für alle Beteiligten angenehmes Umfeld schaffen zu können – sofern der Anspruch auf Gleichberechtigung und Fairness besteht. Nur über das Klären der jeweiligen Standpunkte und Wünsche kann ein Kompromiss oder viel besser noch ein Konsens geschlossen werden. In einer Gesellschaft, die Wert auf Gleichberechtigung legt, sind soziale Kontakte also unabdingbar.

Wie stark sind diese in der Wiener Gesellschaft?

Frage 32 - Sozialer Umgang II



Um das Schaubild anschaulicher zu gestalten, wurden die Werte der Datentabelle zusammengefasst; ähnlich wie bei Graphik 29. So lassen sich die Unterschiede zwischen den Bildungsklassen wie auch bezüglich des sozialen Umgangs innerhalb einer Bildungsgruppe besser erkennen.

„Mehrere Male pro Woche“ und „einmal pro Woche“ wurden auf „1mal bis häufiger pro Woche zusammengefasst“ (blau); „etwa 2–3mal pro Monat“ und „seltener“ zu „seltener“ (rot).

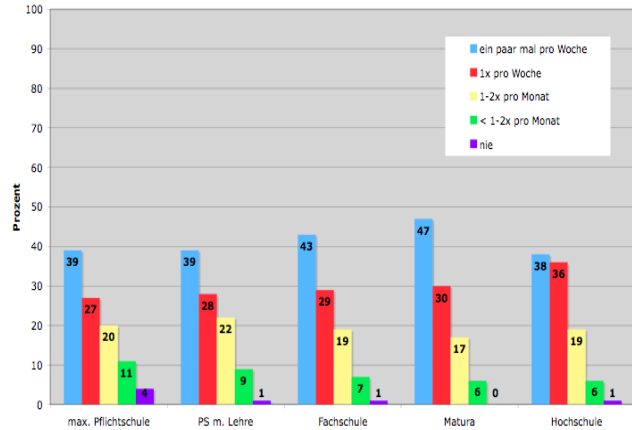
Schnell zu sehen ist, dass sich Freunde sämtlicher Bildungsschichten wöchentlich mindestens einmal treffen. Dennoch ist der soziale Kontakt innerhalb der höheren Bildungsklasse (Matura, Hochschule) stärker als innerhalb der „maximal Pflichtschule“.

Anders verhält es sich im Vergleich zur „Pflichtschule mit Lehre“, denn mit 62% bei „Treffen 1mal bis häufiger die Woche“ sehen sie sich scheinbar am häufigsten. Scheinbar, weil sie die größte Gruppe der Befragten darstellt und damit logischerweise in jeder Sparte die höchsten Prozente erreichen. Die sozialen Kontakte der Fachschüler sind ähnlich intensiv wie die der Hochschüler.

Spezifischer wird die Analyse des sozialen Umgangs anhand der folgenden Graphik: (Gekreuzt wurde hier die Frage 32 der Grundlagenstudie Wien 2008 mit der Variablen „höchste abgeschlossene Bildung ab 20 Jahren“ der Standardauswertung A).

In Form von Balken wird dargestellt, wie oft sich Freunde der verschiedenen Bildungsgruppen außerhalb von Beruf und Arbeit durchschnittlich treffen, wobei auffällt, dass sie dies alle mehrfach wöchentlich machen. Der blaue (ein paar Mal pro Woche) und rote Balken (einmal wöchentlich) überragen die restlichen in jeder Bildungsgruppe. Am stärksten pflegen wohl Personen mit Matura den sozialen Kontakt, denn sie überwiegen im

Frage 32- sozialer Umgang



Bereich „mehrfach wöchentlich treffen“ (blauer + roter Balken) mit 77%.

Personen mit höherer Bildung äußern sich zwar über ihre Sozialkontakte unzufriedener, treffen sich pro Woche aber häufiger.

	Treffen = mehrfach (wöchentlich)	Treffen = seltener (monatlich) bis nie
Maximal Pflichtschule	66%	35%
Pflichtschule m. Lehre	67%	32%
Fachschule	72%	27%
Matura	77%	23%
Hochschule/ Akademie	74%	26%

(Die Ergebnisse der Bereiche „ein paar Mal pro Woche“ und „1mal pro Woche“ wurden zusammengefasst zu „1mal oder mehr pro Woche“, „1–2 mal pro Monat“, „weniger als 1–2mal pro Monat“ und „nie“ zu „1–2 mal pro Monat oder weniger“.)

Die Prozentpunkte der ersten Spalte vermehren sich mit Ansteigen des Bildungsabschlusses, woraus sich auch das Abfallen der Werte in der zweiten Spalte erklärt. Trotzdem besteht nur ein kleiner Unterschied derer, die sich mehrfach die Woche treffen, zwischen „maximal Pflichtschule“ mit 66% und dem höchsten Bildungsgrad, Hochschule, mit 74%. Aus der Graphik 111a/C geht sogar hervor, dass diese beiden Bildungsgruppen ein nahezu gleiches Kontaktverhalten haben (max. PS 33% häufiger treffen, HS 34%). Folglich kann anhand dieser Informationen keine konkrete Aussage darüber getroffen werden, ob und wie stark Bildung mit „sozialen Kontakten“ zusammenhängt.

Bildung fördert Sicherheit

Wie bereits erwähnt, ist Sicherheit ein wichtiger Faktor im gesellschaftlichen Zusammenleben. Umfassende Bildung lehrt Respekt und Achtung vor anderen zu haben, vermittelt Werte und schult das moralische Bewusstsein. Bestätigen die Ergebnisse der Studie diesen Zusammenhang auch?

Aus technischen Gründen war eine Regression zwischen den Faktoren „Sicherheit“ und „Bildung“ zu den Fragen 63 und 64 leider nicht möglich, sondern nur eine Faktorenanalyse. Laut dieser fühlt sich der Großteil der Bevölkerung auf Wiens Straßen sicher, was an der Stärke der Ladungen zu erkennen ist.

	Kriminaldelikt	Ladung
Fühlt sich sicher vor ...	Verfolgtwerden bei Nacht	0,813
	Überfällen auf der Straße	0,796
	Sonstigen Belästigungen auf den Straßen	0,782
Hat Angst vor ...	Wettlokalen	0,667
	Vandalismus	0,643

Die meiste Angst besteht vor Wettlokalen, und selbst die ist wohl geringer als das Gefühl, sich auf der Straße nachts sicher zu fühlen. Wie sich diese Ergebnisse auf die einzelnen Bildungsschichten verteilen würden, konnte leider nicht herausgefunden werden.

Aber es lässt sich festhalten, dass Menschen in einer Stadt mit hohem kulturellen Bildungsanspruch, besser funktionierendem Schul- und Universitätssystem und großem Interesse an sozialem Kontakt und gesellschaftlichem Umgang ein hohes Sicherheitsempfinden haben.

4. Bildung beeinflusst

4.1. Oper versus Hofbräuhaus

„Das größte Dorf der Welt“ wird München von vielen genannt. Und das nicht ohne Grund, bestätigt die seit jeher in München lebende LMU-Studentin B. F. „Die Lage der Stadt (zwischen Bergen und Seen), dass München nicht so groß, laut, schmutzig etc. erscheint wie andere Großstädte, das Traditionsbewusstsein vieler Münchener und natürlich der Englische Garten und die Isar-Auen“ zeichnen diese Großstadt aus.

Auch in der Münchner Bürgerbefragung von 2005 wurde die relativ hohe Wohnqualität erkannt. Der Großteil der Befragten fühlt sich in dieser umweltfreundlichen, modernen und offenen Wissenschafts- und Kulturmetropole mit guter Wirtschaftskraft und hohem Freizeit- und Sportwert wohl (vgl. Münchenstudie 2005, 74ff.).

Doch fehlt es in Bayerns Hauptstadt an Sicherheitsgefühl und gesellschaftlichen Pfeilern wie Toleranz, Kinderfreundlichkeit und Sorge um Schwächere. In der Studie gaben die Befragten diese Aspekte nur zu 30% bis knapp 50% als Kennzeichen der Stadt an.

Natürlich ist es schwer einzuschätzen, wie sich die Situation in München heute verhält. Leider gibt es keine aktuelleren Studien, die darüber Auskunft geben könnten. Aber es ist interessant, dass eine Stadt mit mindestens 47% (Fach-)Abiturienten (seit 2005 steigt diese Anzahl) ein so schlecht bewertetes Sozialverhalten zeigt. Vertraut man der Literatur, Bildungsexperten und Umfragen, so liegt das an einer schlechten **Bildungspolitik**.

Obwohl das bayrische Bildungssystem seit jeher in Deutschland als das qualitativ beste galt, wies es Mängel auf, wie ein Vergleich mit Österreich zeigt. Starre Dreigliederung (Grundschule–Haupt-/Realschule – Gymnasium) statt durchlässiges Schulsystem, verfrühte Festlegung auf einen Bildungszweig (nach der vierten Grundschulklasse) und zunehmende Sachwissenüberschwemmung (das vor vier Jahren eingeführte achtjährige Gymnasium, G8, verlangt von den Schülern, das Wissen aus ehemals neun Jahren in acht zu lernen). Wie sollen bei dieser Überforderung junge Menschen zu umfassend gebildeten Bürgern werden?

4.2. Ohne Bildung kein Theater

Die Ergebnisse zeigen, dass Bildung das gesellschaftliche Leben mitbestimmt. Je intensiver sich jemand mit Literaten wie Goethe, Kafka oder Mann beschäftigt, je öfter man sich mit Theater und Musik auseinandersetzt und je früher gelernt wird, anderen durch persönliches Engagement zu helfen, desto besser wird das Verständnis für Gesellschaft und Zusammenleben.

Die Autoren haben über die Gesellschaft geschrieben, Menschen beschrieben, Verhaltensweisen erklärt. Im Schauspiel wird dem Publikum – dramatisch oder komisch – ein Spiegel vorgehalten und jeder einzelne wird gezwungen, sich mit der gezeigten Situation auseinanderzusetzen, es in Bezug zum eigenen Sein zu sehen.

Durch Arbeiten (ehrenamtlich oder bezahlt) neben der Schule, dem Studium, eventuell sogar dem Beruf, lernen wir mit unseren Mitmenschen umzugehen, zu kommunizieren und uns für andere einzusetzen. Das alles bildet den Charakter eines Menschen.

Ich kann im deutschen Grundgesetz lesen „die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Art. 1), aber solange ich es nicht verstanden habe, solange ich den Sinn dieser Worte nicht begreife, handle ich nicht danach.

Und gerade deswegen wäre es wichtig, dass eine umfassende Bildung, eine nicht auf bloße Wissensvermittlung reduzierte Bildung, bereits in jungen Jahren beginnt – und beibehalten wird.

Selbstständiges Denken und verantwortungsbewusstes Handeln sind unbequem. Wie ein Wasserfall das auszuspeien, das einem während der Schul- und Studienzzeit eingetrichtert wurde, verlangt sicherlich weniger Denkanstrengungen. Auch führt das zu weniger Diskussion und Widerspruch – es gibt also nicht so viel Theater.

In welcher Kultur die Bürger letzten Endes leben wollen, sollten sie selbst entscheiden. Fest steht, dass Wiens Lebensqualität noch hervorragend ist. Es wäre schön, wenn das so bliebe.

Literaturverzeichnis

- Bartsch*, Matthias: Von vorne bis hinten Murks.
<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,620295,00.html>. 11.05.2009 (Unispiegel_online).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2007): Kulturelle Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2007 (25),
http://www.bpb.de/themen/R68EBP,0,0,Kulturelle_Bildung.html. (bpb).
- Emmert*, Karl (2007): Was ist kulturelle Bildung?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2007 (25),
http://www.bpb.de/themen/Y4KBG5,0,Was_ist_kulturelle_Bildung.html. (Emmert).
- Otten*, Matthias (2004/05): Kulturbegriff und kultureller Wandel, Landau: Universität Landau.
http://www.uni-landau.de/instbild/IKU/Lehre/2_Leittext_Kultur%20und%20Kulturbegriff.pdf. (Otten).
- Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung (2005): Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005. Soziale Entwicklung und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger, München. (Münchensstudie).
- Kern*, Heinrich (2005): Humboldt'sches Bildungsideal und heutige akademische Bildung. Gastrede anlässlich des 1st Empa Symposium for Ph.D. students, Empa Akademie Dübendorf. (Heinrich Kern).
- Mercer's 2009 Quality of Living Survey. Mercer.
<http://www.mercer.ch/referencecontent.htm?idContent=1345300>. (28.04.2009) (Mercer).
- Österreichisches Universitätssystem zu elitär. Der Standard. <http://derstandard.at/>. 18.11.2008. (Standard).

Herbert Anreitter

Am Nordrand und in Boboville: Kultur erleben in Wien

1. Einleitung

Im April 2009 wurde die neue Studie der Beratungs- und Investmentfirma Mercer²⁸ zur Lebensqualität in 215 Städten weltweit veröffentlicht. Erstmals stand Wien an der Spitze dieser 215 Städte, gefolgt von Zürich und Genf (vgl. Mercer 2009).

Was ist der Grund für Wiens Spitzenstellung? Ist Wien nicht nur für internationale Manager, sondern auch für die eigene Bevölkerung eine lebenswerte Stadt?

Die folgende Arbeit soll sich mit kulturpolitischen Aspekten, aber auch mit Fragen der Stadtentwicklung beschäftigen. Genau genommen mit einer Verknüpfung dieser beiden Bereiche. Es soll der Einfluss der Wohnumgebung auf das Kulturnutzungsverhalten untersucht werden. Ist eine – durch die sozialwissenschaftliche Grundlagensstudie eindeutig feststellbare – unterschiedliche Intensität der Kulturnutzung in verschiedenen Gebieten Wiens durch das Wohnen im Bezirk verursacht, oder sind hier andere Gründe, beispielsweise die soziodemografische Struktur des Bezirks der Grund für das unterschiedliche Kulturnutzungsverhalten?

2. Kultur und Kulturpolitik

Was ist Kultur? Nach Mokre/Stadler/Stögner gehen die Sozialwissenschaften üblicherweise von einem weiten Kulturbegriff aus. Im Extremfall ist jede schöpferische Tätigkeit des Menschen Kultur. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird hingegen unter Kultur oft menschliches Schaffen im nicht unmittelbar produktiven Bereich verstanden. Genauer gesagt um Produktion von und Partizipation an menschlichen Leistungen im Bereich der Künste (Mokre/Stadler/Stögner 2006, 219).

Im Reigen der Politikfelder steht die Kultur bzw. Kulturpolitik sicherlich nicht an prominentester Stelle. Sozialpolitik, Verkehrspolitik oder auch Umweltpolitik nehmen in der Tagespolitik vieler Gemeinden einen wesentlich wichtigeren Platz

ein. Oft wird Kultur und Kulturpolitik als etwas gesehen, was man sich dann leisten kann, wenn alles Wichtigere erledigt ist.

Trotzdem ist Kulturpolitik ein oft heiß umstrittenes Politikfeld. Meist handelt es sich allerdings um überregionale Projekte, die auch große mediale Aufmerksamkeit verzeichnen, wie z. B. die Diskussion um das Hrdlicka-Denkmal oder die Diskussionen über den einstmaligen Burgtheater-Direktor Peymann.

Außerhalb des Fokus ist die sogenannte Alltagskultur, und somit ist auch das Interesse an der Teilhabe an dieser Alltagskultur nicht besonders stark im öffentlichen Interesse verankert. Weder die Politikwissenschaft noch die Kulturpolitik legen ihr offensichtliches Hauptaugenmerk darauf, wie man den – von der Politik so umworbenen – „kleinen Mann“ zur Kultur bringt, besser noch, die Kultur zu ihm bringt.

Diese Arbeit soll zumindest einen Beitrag dazu leisten, das Bewusstsein dafür zu schärfen, auf welche Art und Weise die Bevölkerung am Kulturleben abseits von großen politischen und medialen Inszenierungen teilnimmt.

3. Am Nordrand und in Boboville

Die Stadt Wien hat etwa 1,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen, finanziellen Möglichkeiten und unterschiedlichen Interessen. Und vor allem: mit unterschiedlichem Wohnumfeld.

Wien hat 23 Bezirke, die zum Teil unterschiedlicher nicht sein könnten. Da liegt mitten im Zentrum Wiens der erste Bezirk, die Innere Stadt. Nicht viel mehr als 17.000 BewohnerInnen, dafür viele Büros, Einkaufsmöglichkeiten, touristische Attraktionen und nicht zuletzt eine Vielzahl von Kultureinrichtungen.

Auch die rund um den ersten Bezirk gruppierten Bezirke weisen eine ähnliche Struktur auf, wenngleich auch nicht in solch einer extremen Form wie im „Ersten“. Hier gibt es in den Gründerzeitbauten, die überwiegend gute bis sehr gute Qualität haben, Wohnungen, die gern von soge-

²⁸ Diese Studie soll internationalen Unternehmen Entscheidungen über Betriebsansiedlungen, Zweigstelleneröffnungen etc. ermöglichen.

nannten „Bobos“ bewohnt werden. Diese verkörpern nach dem Erfinder dieses Begriffs, dem US-amerikanischen Kolumnisten David Brooks, den scheinbaren Widerspruch von Bourgeoise (bürgerlich) und Bohemian (Künstler) (vgl. Dusch 2006).

Ganz anders die Situation in den großflächigen Bezirken am Stadtrand. Der Süden (Simmering, Favoriten) und Norden Wiens (Floridsdorf und Donaustadt) ist geprägt durch eine Mischung aus Einfamilienhaussiedlungen, alten Industriegebieten und vor allem großen Wohnhausanlagen. Eine dieser Siedlungen ist z. B. die Großfeldsiedlung am Nordrand Wiens.

Schließlich aber, und das soll Thema dieser Arbeit werden, gibt es noch einen ganz wesentlichen Unterschied: Haben die BewohnerInnen von Boboville ein großes, breitgefächertes Angebot an Kulturveranstaltungen praktisch vor der Haustüre, ist das Angebot draußen, am Stadtrand, dürftig. So verwundert es dann auch nicht, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner der Flächenbezirke, wenn sie Kulturveranstaltungen besuchen, meistens in die Innenstadt fahren (müssen), um am kulturellen Leben teilzuhaben.

So verwundert es nicht, dass auch die Grundlagenstudie zur Lebenszufriedenheit in Wien als Ergebnis zutage fördert, dass BewohnerInnen von Boboville weit häufiger kulturelle Angebote nutzen als jemand, der am Wiener Nordrand wohnt. In dieser Arbeit soll daher die Frage untersucht werden, ob das Wohnen im Bezirk den Ausschlag gibt, wie häufig jemand am kulturellen Leben teilnimmt oder ob andere Faktoren, wie finanzielle und familiäre Lage, Ausbildung oder auch das Alter, relevanter für das Kulturnutzungsverhalten sind.

4. Kulturnutzung in Wien – empirische Ergebnisse

Um ein Maß für die Kulturnutzung bilden zu können, muss zu allererst definiert werden, wie weit oder wie eng der Kulturbegriff gefasst wird. Da sich die vorliegende Arbeit an der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien“ orientiert, soll diese Definition anhand der vorgegebenen Fragestellungen festgelegt werden. Grundlage hierfür soll die Frage 29 sein: „Wie oft haben Sie im letzten Jahr ... besucht?“ Abgefragt wurden hier 14 Kategorien. Von den ganz klassischen Kulturevents wie Theater, Musikveranstal-

tungen oder Literaturveranstaltungen über Kultur im etwas weiter gefassten Sinn (Filme, Festivals, Vorträge) bis zu Veranstaltungen aus dem Sportbereich.

Als Grundlage für die Datenauswertung in dieser Arbeit wurden die ersten sechs Items der Frage 29 ausgewählt.

Diese sind:

1. Musikveranstaltungen
2. Theater
3. Tanzperformances
4. Filme
5. Literaturveranstaltungen
6. Bildende Kunst/Ausstellungen/Design

Dies sind hauptsächlich „klassische“ Kulturveranstaltungen, allein die Frage nach Filmen könnte man als etwas weitergehend sehen. Da ein Kinobesuch aber im Normalfall trotzdem in erster Linie gemacht wird, um (Populär-)Kultur zu erleben und es zudem auch sinnvoll erscheint, den Kulturbegriff nicht auf die Hochkultur einzuschränken, wurden auch Filme mit in die Analyse genommen.

Grundlegende Ergebnisse

Betrachtet man die Antworten auf die Frage nach der Besuchshäufigkeit in den sechs ausgewählten Kategorien, so fällt auf, dass in vier der sechs Kategorien die Antwort „nie“ zumindest eine relative Mehrheit erhalten hat, bei Tanzperformances (74%) und Literaturveranstaltungen (67%) waren deutliche Mehrheiten niemals bei einer Veranstaltung. Filme und Musikveranstaltungen sind deutlich populärer, trotzdem waren ein Viertel (Film) bzw. ein Fünftel (Musik) aller Befragten auch hier bei keiner derartigen Veranstaltung innerhalb des letzten Jahres.

Im Kino waren mehr als ein Drittel der Bevölkerung mindestens sechs Mal jährlich, mehr als ein Viertel waren zumindest sechs Mal im Jahr auf Musikveranstaltungen. Literaturveranstaltungen (4%) und Tanzperformances (5%) wurden hingegen nur von einer kleinen Minderheit öfter als fünf Mal im Jahr besucht.

Splittet man dieselben Fragen nach Geschlecht auf, zeigen sich kaum größere Unterschiede. Nur in den Bereichen Ausstellungen und Theater zeigen Frauen eine höhere Frequenz, beim Film ist es umgekehrt.

Erheblich größere Unterschiede zeigen sich, wenn man die Ergebnisse nach Alterskategorien aufgeschlüsselt betrachtet. Beispielgebend sollen hier Theater und Film betrachtet werden. Während die Theater in den Alterskategorien 50 bis 59 Jahre und 60 bis 69 Jahre deutlich häufiger besucht werden als in anderen Lebensabschnitten, gibt es beim Film eine lineare Nutzungskurve: Je jünger, desto häufiger im Kino.

Der Kulturnutzungsindex

Wie schon erwähnt, sollen die sechs abgefragten Kultursparten (Musik, Theater, Tanz, Film, Literatur und Ausstellungen) als Grundlage dienen. Um diese sechs Kategorien zusammenfassen zu können, wurde ein Index gebildet. D. h., den Antworten nie, 1–2x, 3–5x, 6–10x und öfters wurden Werte von 1 bis 5 zugeordnet (1 = nie ... 5 = öfters). Danach wurden diese zusammengefasst und durch die Anzahl der vorhandenen Antworten (im

Normalfall 6) dividiert, sodass jeder Befragte einen Indexwert von 1 bis 5 erhält.

Ein Indexwert von 1 bedeutet somit, dass die Person in allen sechs Kategorien angegeben hat, niemals im vergangenen Jahr bei einer der vorgegebenen Veranstaltungen gewesen zu sein, 5 würde bedeuten, dass in allen Kategorien angegeben wurde, öfter als 10x im letzten Jahr eine Kulturveranstaltung besucht zu haben.

Wie aus dem Diagramm und der Tabelle ersichtlich ist, konzentrieren sich die Werte rund um den Wert 2. Der Modus, also der häufigste Wert, ist 2,00 (N = 412), der Median liegt bei 2,17. Der Mittelwert beträgt 2,2311. Man könnte also sagen, dass die durchschnittliche Kulturnutzung 1–2x im Jahr pro Kategorie ist, also ca. der Besuch von ein bis zwei Kulturveranstaltungen im Monat. In der Folge wird vor allem der Mittelwert für Vergleichszwecke zu Hilfe genommen. Der Durchschnittswiener hat also einen Indexwert von 2,23.

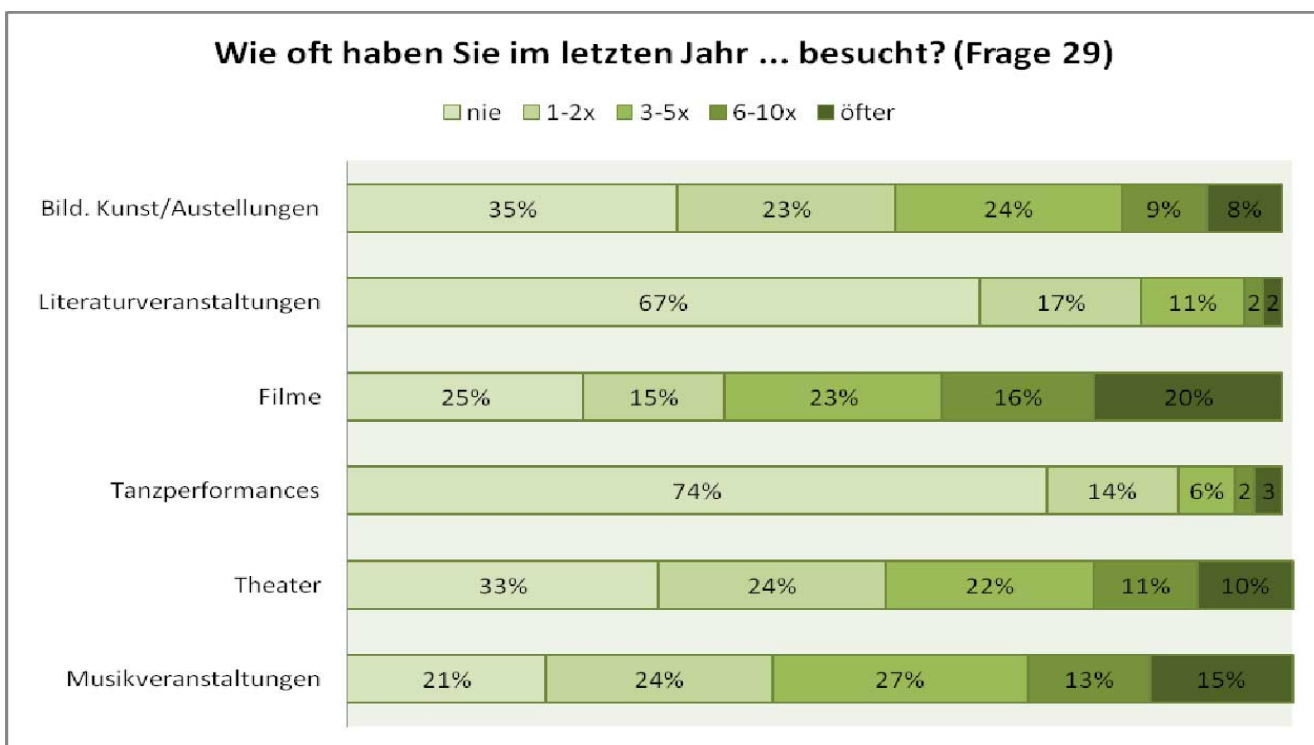


Diagramm 1: Frage 29 „Wie oft haben Sie im letzten Jahr ... besucht?“, Basis Split B (N=4565), in Prozent

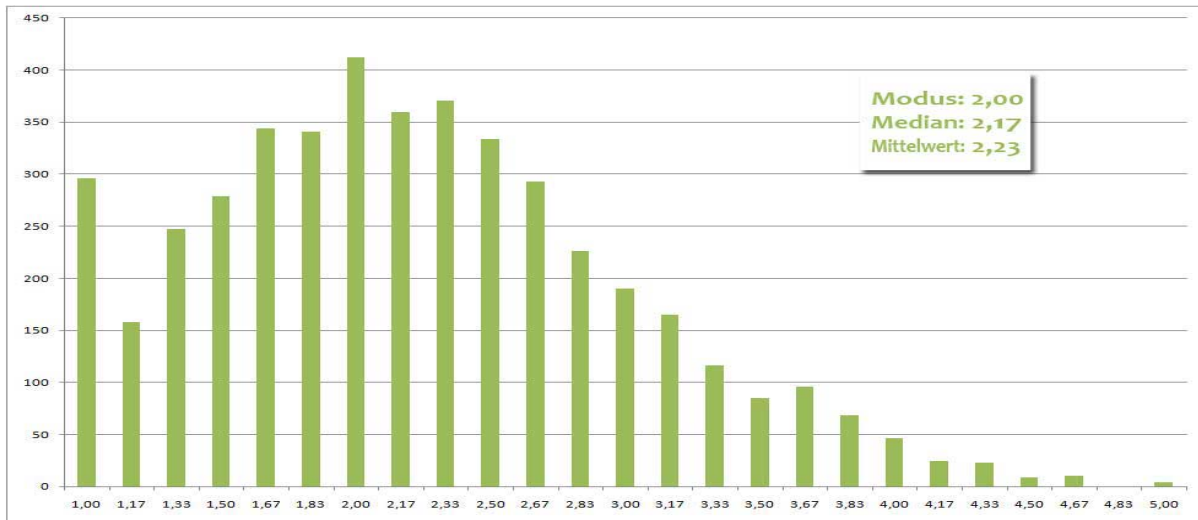
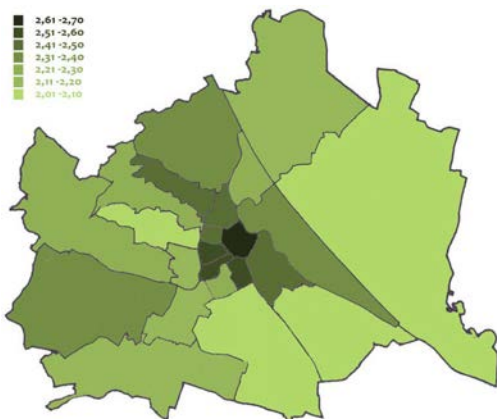


Diagramm 2: Index aus Frage 29/1-6, Basis Split B, gültige N=4497

Immerhin 10% aller Befragten geben an, insgesamt nur 1–2mal im Jahr auf einer Kulturveranstaltung gewesen zu sein, 6,6% waren im letzten Jahr sogar bei gar keinem der in den Index miteinbezogenen Kulturevents. Mit 4 Personen (1‰) gaben nur verschwindend wenige Personen an, in allen sechs Kategorien mehr als zehn Veranstaltungen im Jahr besucht zu haben. Auf einen Index von 4,00 oder höher kommen 2,6% der Befragten. Dies entspricht einer durchschnittlichen Nutzung von 6–10x jährlich, wäre also in der Größenordnung von etwa einer Veranstaltung in der Woche.

als überdurchschnittliche Bezirke gibt, lässt sich leicht damit erklären, dass es im Allgemeinen die bevölkerungsstarken Bezirke sind, die unter dem Schnitt liegen.

Kulturnutzung – nach Bezirken



Grafik 1: Durchschnittl. Index aus Frage 29/1-6 nach Bezirk

Sieht man sich jetzt den Kulturnutzungsindex nach Bezirken aufgeschlüsselt an, dann lassen sich Bezirksdurchschnittswerte von 2,02 in Simmering bis zum Höchstwert von 2,70 in der Inneren Stadt feststellen. 14 der 23 Bezirke liegen über dem Wien-Durchschnitt von 2,23, die Brigittenau (der 20.) liegt genau im Schnitt, folglich gibt es acht Bezirke, die einen niedrigeren Indexwert als 2,23 aufweisen. Dass es weniger unter-

Bezirk	Kulturindex	N
1	2,70	49
4	2,54	86
7	2,54	86
6	2,52	88
9	2,50	112
18	2,48	136
3	2,46	223
8	2,44	67
19	2,40	194
2	2,35	258
13	2,34	135
14	2,27	233
17	2,25	143
5	2,25	154
20	2,23	215
Wien	2,23	4499
12	2,17	241
23	2,15	226
15	2,13	189
21	2,11	314
22	2,09	382
10	2,07	452
16	2,03	282
11	2,02	234

Kulturnutzung – nach „Bezirksgruppen“

Um bei Kreuzungen mit soziodemografischen Merkmalen größere relevantere Fallzahlen zu erreichen, wird hier eine Gruppierung der Bezirke in drei Bezirksgruppen vorgenommen. Das sind die Innenbezirke (1 und 3 bis 9), also die zentral innerhalb des Gürtels gelegenen Bezirke, die „normalen“ Außenbezirke (12 bis 19, sowie die „Inselbezirke“ 2 und 20) und die Flächenbezirke, also die flächenmäßig großen Bezirke am Stadtrand (10, 11, 21, 22 und 23).

Wendet man den Kulturnutzungsindex auf diese Bezirksgruppeneinteilung an, so ist das Ergebnis doch einigermaßen eindeutig: Innenstädter haben einen Indexwert von 2,46, Personen aus den Außenbezirken kommen auf 2,25, was nahe dem Wienschnitt von 2,23, liegt und BewohnerInnen der Flächenbezirke haben einen durchschnittlichen Indexwert von 2,09, liegen also ganz deutlich unter dem Schnitt.

Kulturnutzung – nach soziostrukturellen Merkmalen

Geschlechtsspezifisch

Betrachtet man den Kulturnutzungsindex nach Geschlechtern aufgeschlüsselt, so ergibt sich, dass Frauen einen höheren Indexwert haben als Männer, also häufiger Kulturveranstaltungen besuchen, allerdings ist der Unterschied nicht allzu groß (Männer: 2,21; Frauen: 2,24).

Bildungsspezifisch

Größere Unterschiede zeigen sich im Bereich der Bildung. Sieht man vom Item „keine abgeschlossene Schulbildung“ ab, das wohl eine Ausnahme darstellt, gibt es eine lineare Korrelation zwischen Bildungsgrad und Kulturnutzung. Je gebildeter, desto intensivere Kulturnutzung. Wobei PflichtschulabsolventInnen einen sehr niedrigen Wert aufweisen (1,99), Akademiker einen extrem hohen Wert (2,57). Bei kaum einem anderen demografischen Merkmal ist der Unterschied derart hoch.

Migrationshintergrund

Vergleicht man die Kulturnutzung von Personen mit Migrationshintergrund²⁹ mit solchen ohne Migrationshintergrund, so ist auch hier ein Unterschied feststellbar: WienerInnen ohne Migrationshintergrund kommen auf einen Indexwert von 2,26, WienerInnen mit Migrationshintergrund auf 2,17.

Finanzielle Verhältnisse

In Bezug auf die finanziellen Verhältnisse wurden drei Fragestellungen analysiert: die Frage nach dem persönlichen Nettomonatseinkommen, die Frage nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen und die Frage 91 des Fragebogens „Wie kommen Sie mit Ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen aus?“ Also zwei Fragen zu (mehr oder weniger) objektiven Tatsachen und eine Frage zum subjektiven Befinden.

Erwartungsgemäß zeigt sich eine eindeutige positive Korrelation zwischen höherem Einkommen und Kulturkonsum. Lediglich die Ergebnisse für ganz niedrige Einkommen fallen aus dem Rahmen, in dem die Werte über denen von Personen mit niedrigem Einkommen liegen. Allerdings wird es sich bei Personen mit Einkommen bzw. Haushaltseinkommen bis 350 Euro oft um Personen handeln, die nicht vom eigenen Einkommen leben, sondern z. B. wie bei StudentInnen von den Eltern unterstützt werden oder im Falle eines niedrigen persönlichen Einkommens hauptsächlich Hausfrau sind. D. h. dass in dieser Kategorie wohl oftmals das angegebene Einkommen

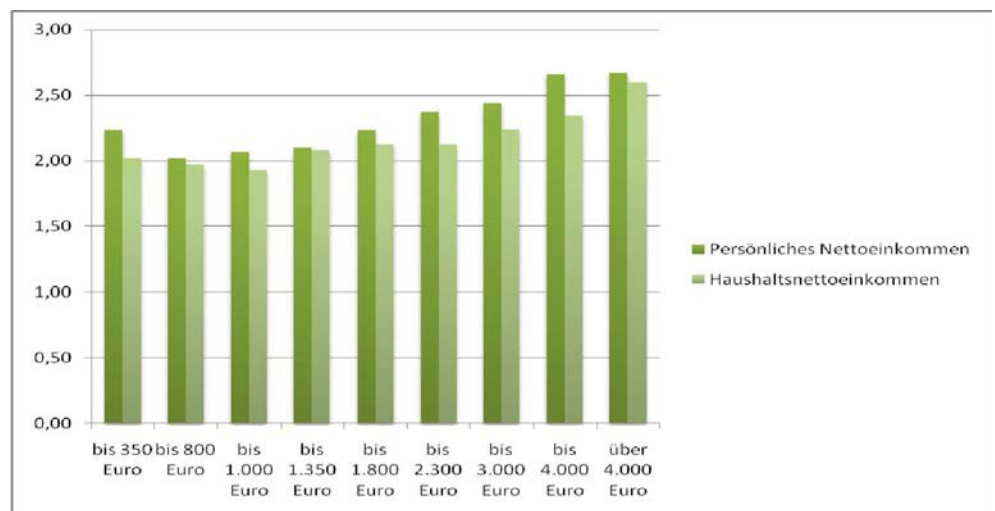


Diagramm 3: Durchschnittlicher Indexwert aus Frage 29/1-6, Basis Split B

²⁹ Als Personen mit Migrationshintergrund wurden hier alle Personen erfasst, die entweder eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und/oder deren Geburtsland nicht Österreich ist.

sehr wahrscheinlich nicht die tatsächliche Finanzkraft widerspiegelt.

Ebenso linear verläuft die Zahlenreihe, betrachtet man die Kreuzung von Kulturindex mit der subjektiven Frage nach den Finanzen (Frage 91 im Fragebogen) „Wie kommen Sie mit Ihrem derzeitigen Haushaltseinkommen aus?“ Die Werte reichen von 2,34 bei sehr gutem Auskommen bis zu 1,93 bei Personen, die angeben, dass sie oft nicht wissen, wie sie durchkommen sollen.

Daraus kann man schließen, dass das Einkommen jedenfalls die Kulturnutzung beeinflusst, egal ob es das reale Einkommen ist oder ob es das subjektive Empfinden ist, viel oder wenig Geld zur Verfügung zu haben.

Kulturnutzung und Wahlverhalten in den Bezirken

Auf den ersten Blick fällt auf, dass auch das Wahlverhalten in Wien nicht gleichmäßig verteilt ist. Es gibt die „grünen“ Innenbezirke, und am Stadtrand ist die SPÖ besonders stark. Wie sieht die Korrelation zwischen Kulturnutzung und Wahlverhalten in den Bezirken tatsächlich aus?

Da die Untersuchung zur Studie aus dem Jahr 2008 stammt, sollen hier auch die Wahlergebnisse der Nationalratswahl 2008 zum Vergleich herangezogen werden. Wienweit konnte die SPÖ am 28.9.2008 mit 34,8% klar den ersten Platz für sich verbuchen. An zweiter Stelle die FPÖ mit 20,4%, gefolgt von der ÖVP (16,7%) und den Grünen

(16,0%).

Die SPÖ erreicht ihr bestes Ergebnis in Simmering (43,1%), ihr schlechtestes in der Inneren Stadt (18,2%). Die FPÖ ist mit 29,6% ebenfalls im 11. Bezirk am besten aufgestellt und verbucht so wie die SPÖ im 1. Bezirk ihr schwächstes Ergebnis (8,2%). Genau umgekehrt bei der ÖVP: Sie hat in der Inneren Stadt 38,8% und in Simmering nur 8,7%, wo auch die Grünen mit 8,3% ihren Tiefpunkt haben. Mit 32,8% können die Grünen im 7. Bezirk (Neubau) ihren Spitzenwert erreichen.

Von vier Spitzen- und vier Tiefstwerten sind also sieben in den Bezirken Innere Stadt und Simmering angesiedelt. Interessant, dass diese zwei Bezirke auch Spitze und Schlusslicht im Kulturindex darstellen. Zumindest für die Spitzen- und Tiefstwerte gilt also: Für die SPÖ und FPÖ: Hoher Kulturindex ist gleich schlechtes Wahlergebnis, niedriger Kulturindex ist gleich gutes Wahlergebnis. Für ÖVP und Grüne ist das genau umgekehrt.

Bleibt die Frage zu klären, ob das nur für die Spitzen- bzw. Schlusslichtbezirke gilt, oder ob hier eine durchgängige Tendenz abzulesen ist. Um einen Überblick zu bekommen, wurden in einem Säulendiagramm die Wahlergebnisse in den Bezirken nach Prozentanteilen aufgeschlüsselt (SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, sonstige) und nach dem Kulturindex aufgereiht. Und hier lässt sich tatsächlich auch optisch feststellen, dass (bis auf einige wenige Ausreißer) das Diagramm einen

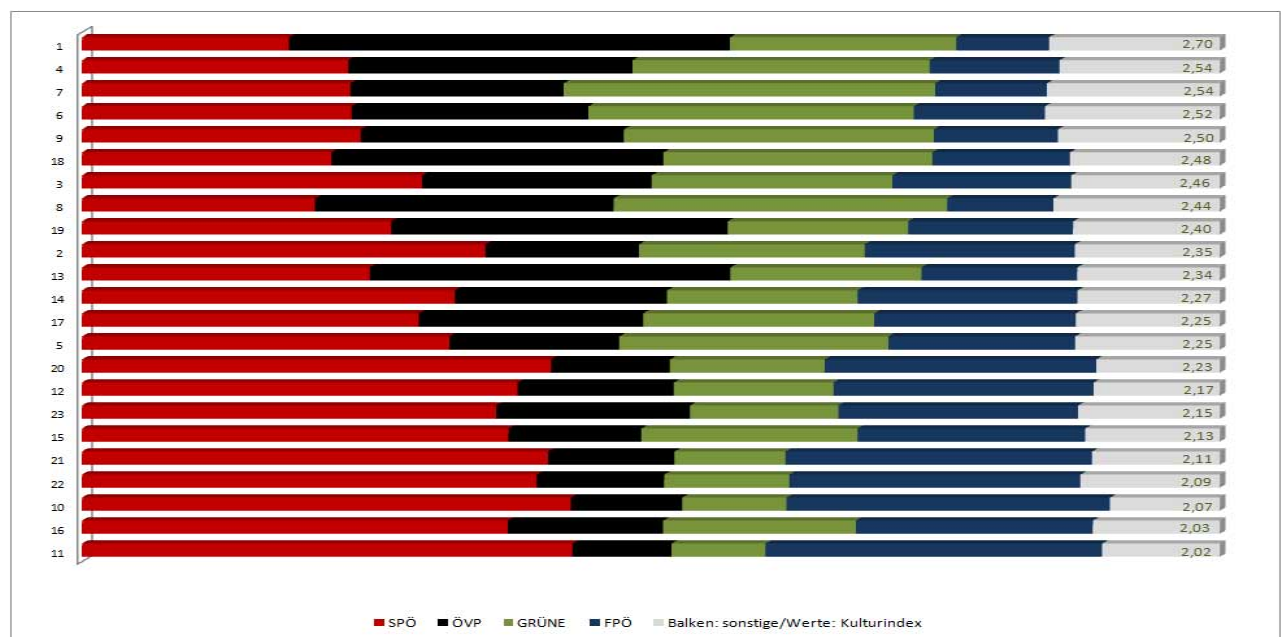


Diagramm 4: Gegenüberstellung Ergebnis NR-Wahl 08 mit Kulturindex nach Bezirken. Balken: Anteile Parteien in Prozent. Werte: Kulturindex.

V-mäßigen Charakter aufweist. Außerhalb des V liegen SPÖ und FPÖ, innerhalb ÖVP und Grüne. Und je weiter unten im Diagramm, desto dünner wird das V, d. h., dass ÖVP und Grüne schwächer werden, SPÖ und FPÖ stärker. Durch dieses Schaubild wird die Vermutung zur Tendenz einer Korrelation Kulturindex – Wahlergebnis gefestigt.

Kreuzung des Index mit mehreren Variablen

Im Folgenden soll anhand einer Kreuzung von Index mit Bildung, Einkommen und den „Bezirksgruppen“ untersucht werden, ob trotz gleichen Haushaltseinkommens und Bildungsgrades Unterschiede in der Kulturnutzung bestehen, je nachdem in welchem Bezirk die Person wohnt.

Zum Vergleich herangezogen werden sollen drei „Musterpersonen“. Ein/e PflichtschulabsolventIn mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 1.800 bis 2.300 Euro. Ein/e AbsolventIn einer mittleren oder Fachschule mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 2.300 Euro bis 3.000 Euro und ein/e AkademikerIn mit über 4.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen.

Aus der Tabelle ist klar ersichtlich: Je höher Bildung und Gehalt, desto höher die Besuchsfrequenz bei kulturellen Veranstaltungen. Und: In allen drei Musterkategorien sind die InnenstadtbewohnerInnen die intensivsten KulturnutzerInnen, gefolgt von den BewohnerInnen der „normalen“ Außenbezirke. Die geringsten Werte weisen, egal ob PflichtschulabsolventIn, AbsolventIn einer mittleren oder Fachschule oder AkademikerIn, immer die EinwohnerInnen der „Flächenbezirke“ (10, 11, 21, 22, 23) auf.

Was aber auch an den Fallzahlen ersichtlich ist: Die soziale Streuung ist in den Bezirksgruppen unterschiedlich. So gibt es in den Innenbezirken ca. doppelt so viele Personen, die dem Typ Pflichtschule (1.350 bis 2.300 Euro) entsprechen, als AkademikerInnen (mit HH-Einkommen über 4.000 Euro). In den als Außenbezirk definierten Bezirken gibt es etwas weniger AkademikerInnen, dort sind die AbsolventInnen von Fachschulen in der Mehrheit. Und in den großen Stadtrandbezirken (Flächenbezirke) gibt es deutlich mehr PflichtschulabsolventInnen.

Womit sich jetzt die Frage stellt, was mehr Relevanz für die unterschiedliche Kulturnutzung hat: der soziale Hintergrund oder der Wohnort. Um zu dieser Frage zusätzliche Aufschlüsse zu bekommen, wurde noch eine zusätzliche Untersuchungsmethode angewandt, die Regressionsanalyse.

Lineare Regression

Mittels Regressionsanalyse können über die reinen Häufigkeitsauswertungen hinausgehend Schlüsse gezogen werden. Der Regressionskoeffizient B zeigt an, um wie viele Einheiten sich die abhängige Variable ändert, wenn die unabhängige Variable um eine Einheit erhöht wird. Da dieser Koeffizient B bei Variablen mit unterschiedlichen Einheiten nicht vergleichbar wäre, wird zudem noch Beta, ein standardisierter Regressionskoeffizient, berechnet.

Das Ergebnis für das korrigierte R-Quadrat gibt darüber Auskunft, wie gut das Modell insgesamt die abhängige Variable erklärt. Im konkreten Fall, also der in der Tabelle rechts durchgeführten Regression, beträgt der Wert für das korrigierte R-Quadrat 0,151, was so viel heißt wie, dass durch die unabhängigen Variablen 15,1% der Varianz (Streuung) der abhängigen Variable erklärt werden.

Berechnet man nun also eine Regression mit der abhängigen Variable Kulturindex mit verschiedenen unabhängigen Variablen, also einerseits „soziostrukturellen“ Variablen wie Alter, Einkommen, Bildung etc., und andererseits mit den Bezirken bzw. Stadtgebietstypen als unabhängige Variablen, dann kann man einerseits anhand des Beta-Koeffizienten ersehen, wie hoch der Einfluss der jeweiligen unabhängigen Variable ist. Zusätzlich lässt sich überprüfen, ob die bisher in den Häufigkeitsanalysen festgestellten Unterschiede auch tatsächlich signifikant sind. Mit der Signifikanz wird überprüft, wie wahrscheinlich es ist, dass die Zusammenhänge rein zufällig sind. In der Regel wird in den Sozialwissenschaften bei einem Wert niedriger als 0,05 davon ausgegangen, dass die sogenannte Nullhypothese ausgeschlossen werden kann und ein Zusammenhang zwischen abhängiger und unabhängiger Variable besteht.

	Innenbezirke		Außenbezirke		Flächenbezirke		gesamt	
	K.Index	N	K.Index	N	K.Index	N	K.Index	N
Pflichtschulabsolv./1.350 € bis 2.300 €	2,36	19	1,88	83	1,79	84	1,89	186
Fachsch./2.300 € bis 4.000 € HH-Eink.	2,45	38	2,25	87	2,22	65	2,28	190
Akademiker/über 4.000 € HH-Eink.	3,03	40	2,64	67	2,57	31	2,73	138
<i>gesamt</i>	2,45	665	2,24	1593	2,06	1307	2,21	3565

Aus der Regressionstabelle ist also herauszulesen, dass nur im 3., 4., 6., 9., 16. und 18. Bezirk statistisch signifikante Werte ausgewiesen sind (und daher in der Tabelle ein oder zwei Sternchen haben). In den fünf Bezirken (3, 4, 6, 9 und 18) hat das Wohnen im Bezirk einen positiven Effekt auf die Kulturnutzung, im 16. einen negativen. In allen anderen Bezirken ist der Effekt nicht signifikant, d. h. dass andere Variablen der Grund für einen höheren oder niedrigeren Kulturindexwert sind.

Während nach der Regression die Unterschiede in den Bezirken zwar vorhanden sind, aber größtenteils eben nicht signifikant, sind die soziostrukturellen Variablen praktisch alle signifikant. Einzig die Frage, ob jemand vollzeitberufstätig ist, fällt durch. Aber Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationshintergrund oder Kinder im Haushalt können als tatsächlich beeinflussend angenommen werden, weil signifikant, meist höchstsignifikant.

Insgesamt kann man sagen, dass die Auswirkungen der unabhängigen Variablen Bezirke und Stadtgebietstypen in den meisten Fällen nicht besonders groß und auch nicht signifikant sind. Anders dagegen die soziostrukturellen Variablen, die fast ausschließlich nicht nur signifikant sind, sondern zudem noch hohe Beta-Koeffizienten aufweisen. Allem voran die Bildungsvariablen, Einkommen und das Alter.

Dieses Ergebnis wird auch noch dadurch unterstrichen, dass in einem zweiten Regressionsverfahren nur die soziostrukturellen Variablen abgetestet wurden und hier der Wert für das Korrigierte R-Quadrat auch bereits 0,125 beträgt, d. h. 12,5% der Varianz des Kulturindex erklären. Nimmt man eben noch die Bezirke und Stadtgebietstypen dazu, steigt der Wert zwar, aber nur um 2,6 Prozentpunkte auf 15,1%. Der überwiegende Anteil der Erklärungskraft des Modells liegt also nicht in den räumlichen, sondern in den demografischen Variablen.

Regression	Beta	Sign.
Hochschule	0,219	**
Nettoeinkommen	0,182	**
Matura	0,182	**
Zentrum	0,140	
Fachschule	0,132	**
Pflichtschule/Lehre	0,080	**
Bezirk 19	0,076	**
Bezirk 3	0,066	**
Bezirk 4	0,054	**
Geschlecht	0,052	**
Bezirk 18	0,049	*
Bezirk 9	0,043	*
Bezirk 6	0,039	*
Bezirk 2	0,031	
Bezirk 7	0,029	
Bezirk 1	0,021	
...	...	
Vollzeit berufstätig	-0,025	
Neubau ab 1960	-0,036	
Bezirk 22	-0,039	
Neubau bis 1960	-0,044	*
Bezirk 16	-0,045	*
Migration	-0,046	*
Kind unter 15	-0,113	**
Alter	-0,160	**
Korrigiertes R-Quadrat	0,151	

Signifikanzwert: * <0,05, ** <0,01

5. Schlussbetrachtungen

Zuallererst: Es gibt unterschiedliches Kulturnutzungsverhalten, abhängig davon, in welchem Wiener Gemeindebezirk man wohnt. Nimmt man den in dieser Arbeit verwendeten Index zum Maßstab, so beträgt die Spannweite der Bezirksergebnisse 0,68 (von 2,70 im 1. Bezirk bis 2,02 im 11. Bezirk).

Das ist auf den ersten Blick ein beachtlicher Wert, der ungefähr gleich groß, teilweise sogar

größer ist als der Wert der wichtigsten soziostrukturellen Variablen. So reichen die Werte beim Bildungsstand z. B. von 1,99 (PlichtschulabsolventInnen) bis zu 2,57 bei AkademikerInnen, die Spannweite beträgt also 0,58. Beim Einkommen sind die Spannweiten mit 0,65 (persönliches Nettoeinkommen) und 0,67 (Haushaltseinkommen) ungefähr gleich hoch wie im Bezirksvergleich. Die Variable Migrationshintergrund fällt hier mit einer Spannweite von 0,09 ganz ab, bezieht sich allerdings querbeet auf alle MigrantInnen und ist daher wohl nicht sehr aussagekräftig.

Relativiert wird die große Spannweite innerhalb der Bezirke dadurch, dass der 1. Bezirk mit einem Wert von 2,70 deutlich über den nächsten Bezirken liegt. Die Spannweite der übrigen 22 Bezirke beträgt nur mehr 0,52, liegt also schon unterhalb der meisten Werte soziostruktureller Variablen.

Isoliert betrachtet, könnte man aber aus der Betrachtung der Spannweiten darauf schließen, dass der Bezirk als unabhängige Variable in etwa genauso viel Einfluss hat wie die einzelnen soziostrukturellen Variablen. Die Fragestellung der Arbeit war allerdings, ob das Wohnen in einem bestimmten Bezirk einen größeren Einfluss auf die Kulturnutzung hat als die anderen Variablen.

Hier macht es also Sinn, sich die Kreuzung von mehreren Variablen anzusehen. Betrachtet man nun hier die drei Mustertypen in den drei Bezirkstypen, so kann man Folgendes feststellen: Die bezirksmäßigen Abweichungen innerhalb eines soziostrukturellen Mustertyps haben Spannweiten von 0,23 bis 0,57. Die Spannweiten innerhalb der Bezirkstypen zwischen den Mustertypen sind mit 0,67 bis 0,78 allerdings deutlich höher. Und das, obwohl hier der Fallzahlen wegen nur zwei Strukturmerkmale (Einkommen und Bildung) herangezogen wurden.

Fazit: Die Unterschiede, die sozusagen bezirksbedingt sind, existieren zwar, sind aber im Vergleich zu den soziostrukturellen Merkmalen von geringerem Einfluss auf die Kulturnutzung. Bestätigt wird dieses Ergebnis auch noch durch die Regression, die nur bei manchen Bezirken ein signifikantes Ergebnis liefert.

Literaturverzeichnis

Dusz, Andrea M. (2006): Comandantina Dusilova – Les Bobos. Online verfügbar unter http://bureau.comandantina.com/archivos/2006/10/les_bobos_1.php, zuletzt geprüft am 16.5.2009.

Mercer (2009): Mercer-Studie zur Lebensqualität 2009. Online verfügbar unter <http://www.mercer.com/summary.htm?idContent=1345300>, zuletzt geprüft am 19.5.2009.

Mokre, Monika; *Stadler*, Andrea; *Stögner*, Karin (2006): Editorial. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jg. 35, H. 3, S. 219–222.

Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008.

Walter Hannes Schmidt

Das öffentliche Freizeitverhalten der Wienerinnen und Wiener

1. Einleitung

Im Rahmen einer von der Stadt Wien beauftragten quantitativen Studie über das „Leben und die Lebensqualität in Wien“ wurden in Wien lebende Menschen über verschiedenste Bereiche ihres Lebens befragt. Darunter finden sich auch Fragen zu ihrem Freizeitverhalten, die teilweise implizit und dann wieder explizit zum Ausdruck gebracht wurden. Da der Begriff Freizeit ein relativ amorph ist, dies spiegeln der Fragebogen sowie die Auswertungen der vorhergehenden Studien wider, werde ich in einem ersten Schritt versuchen, diesen Begriff zu definieren. Danach soll die Entwicklung der Freizeit historisch dargestellt werden, um vertraut zu werden mit der gesellschaftspolitischen, ideologischen, ökonomischen bzw. wissenschaftlichen Vielfältigkeit. Dieser Abschnitt soll zudem die Wandelbarkeit des Begriffs sowie die Bedeutung des Phänomens Freizeit darstellen.

Anschließend komme ich zum Schwerpunkt meiner Arbeit, die das unterschiedliche Freizeitverhalten der Wienerinnen und Wiener untersucht. In der Ungleichheitsforschung bedient man sich mehrerer Methoden (z. B. der Analyse der Schicht, Klasse oder des Lebensstils), um somit die Gesellschaft zu kategorisieren und in Folge prognostizierbar zu machen. Hier liegt der Fokus auf dem Unterschied des Freizeitverhaltens der Geschlechter, indem ich die beiden Gruppen miteinander vergleiche und in weiterer Folge bei auffälligen Besonderheiten diese nach Bildungsstand, Berufsstatus, Einkommen bzw. Familienstand untersuche, um ein differenzierteres Bild zu erhalten und vielleicht Erklärungen für unterschiedliches Verhalten zu finden, wobei ich mich dem Befund der Geschlechterforschung von Geschlecht und Sex anschließe. D. h. ich sage nicht, dass aufgrund des biologischen Geschlechts ein Unterschied im Freizeitverhalten festzustellen ist, sondern aufgrund der sozialen Konventionen eine Differenzierung stattfindet. Weiblichkeit als soziales Konstrukt ist somit im Freizeitverhalten wieder zu finden. Ich gehe davon aus, dass die Frauen egal welcher Schicht oder welchen Lebensstil sie pflegen, stets ein anderes (öffentliches) Freizeitverhalten aufweisen als das männliche Pendant. Das Geschlecht bildet für die Politik somit eine elementare Ausrichtung und kann nur dann eine gesamtgesellschaftliche

Veränderung des Status quos bringen, wenn dies zu allererst akzeptiert wird.

2. Freizeit als Begriff

Bereits eingangs sei darauf hingewiesen, dass es **keine universelle Definition von Freizeit** gibt. Dies mag daran liegen, dass der Begriff heute umgangssprachlich weit verbreitet ist oder darin sowohl zeitliche als auch inhaltliche Aspekte enthalten sind. Im Unterschied zu anderen Sprachen („leisure“/„loisir“) werden im deutschen Sprachgebrauch zwei Begrifflichkeiten nebeneinander verwendet. Während **Muße** positiv als Zeit der Selbstentfaltung, Bildung oder schöpferischen Tätigkeit bestimmt ist, enthält der Begriff **Freizeit** zunächst nur eine negative Bestimmung im Sinne von Nicht-Freizeit und somit frei von Zwängen, Verpflichtungen oder Bedürfnissen (Prahl 2002, 137). Weiters gilt es die beiden Begriffe „freie Zeit“ und „Freizeit“ voneinander abzugrenzen. Die „**freie Zeit**“ kann als Restzeit nach Abzug aller Notwendigkeiten und Verpflichtungen unterschieden werden von der „**Freizeit**“, die wiederum den Teil der „freien Zeit“ beschreibt, der auch subjektiv empfunden von der Verpflichtung empfundenen Tätigkeit frei ist (z. B. Putzen, Haushaltsarbeit oder Reparaturarbeiten) (Mikolaschek 1984, 11). Somit wird Freizeit sehr oft **negativ** definiert. Freizeit ist demnach jene freie Zeit, die nicht bestimmt ist von Arbeit oder anderen physiologischen Notwendigkeiten (Schlaf, Essen). Das Leben erfährt folglich eine Zweiteilung in Arbeit und Freizeit, aber es stellt sich die Frage, was mit Menschen ist, die erwerbslos sind?

Beim Versuch, Freizeit **positiv** zu bestimmen, wird zurückgegriffen auf Vorstellungen von Zeit, die von größtmöglicher individueller Freiheit geprägt ist oder Aktivitäten, die fernab jeder Verpflichtung (Familie, Arbeit und Gesellschaft) nach eigenem Willen getätigt werden (Mikolaschek 1984, 14 f.). Somit gibt es eine **subjektive Freizeitdefinition** (Mikolaschek 1984, 9 f.). Da Freizeit subjektiv erlebt wird, gewinnen persönliche Betrachtungsweisen an Bedeutung. Dies bedeutet, dass Motivation, Einstellungen und Erlebnisweisen maßgeblich sind, welchem Zeitabschnitt ein Erlebnis zugeordnet wird. Freizeit wird der Zeit als quantitative sowie wertfreie

Größe je nach Freiheitsgrad, Motivation oder wahrgenommener Verpflichtungsfreiheit zugeordnet. Als Beispiel sei hier die Gartenarbeit angeführt. Für die eine ist dies eine Belastung und für den anderen eine entspannende Tätigkeit. Problematisch bei diesem Ansatz ist allerdings die Operationalisierung bzw. Generalisierung für die Wissenschaft. Andererseits ist dieser Ansatz für alle Bevölkerungsgruppen anwendbar und nicht auf die Erwerbstätigen beschränkt.

Es ist schwierig, sich dem Phänomen Freizeit definitorisch zu nähern. Dies äußert sich im Fehlen einer umfassenden, empirisch fundierten **Freizeittheorie**. Es wird zwar versucht, das Freizeitverhalten mittels soziodemografischer Variablen (Alter, Geschlecht, Schulbildung, Beruf etc.) zu erklären, aber der Erkenntniswert ist gering und bildet bloß die soziale Situation ab. Diesem **beschreibenden Ansatz** kann der **arbeitspolare Ansatz** gegenübergestellt werden. Freizeit kann im Kontrast zur Arbeit, ähnlich oder zusammenhanglos erfasst werden.

Ein neuer Ansatz beschäftigt sich mit der Integration von Freizeit in das System der **allgemeinen Zeitverwendung**. Zeit wird nun als soziale Kategorie mit ethnischen, sozialen, ökonomischen, räumlichen oder politischen Gesichtspunkten erfahren. Somit wird die Zeitverwendung des Individuellen mit der gesellschaftlichen Wertentscheidung in Zusammenhang gebracht (Schäfflein 1994, 14). Hartmut Lüdtke beschreibt diesen wissenschaftlichen Vorgang, als Entdeckung von temporalen Mustern (Lüdtke 2001, 5), die ein Ordnungsgerüst der Zeitverwendung erkennen lässt. Die EUROSTAT (2006) hat in den Jahren 1998 bis 2004 von 16 EU-Mitgliedsstaaten Daten von nationalen Zeitbudgeterhebungen erfasst und dabei analysiert, wie Frauen und Männer in Europa ihre Zeit verbringen. Die Muster der Zeitverwendung sind allgemein europaweit recht ähnlich. Die wichtigsten zusammengefassten Erkenntnisse sind, dass die Haushaltstätigkeiten mit einem Nord-Süd-Gefälle noch immer weitgehend Frauenarbeit ist; die Frauen im Durchschnitt etwas länger schlafen als die Männer; die Freizeitaktivitäten recht einheitlich verteilt sind, allerdings Frauen geringfügig weniger Zeit dafür haben; die wichtigste Freizeitaktivität Fernsehen bzw. Videoschauen ist, wofür bis über die Hälfte der freien Zeit verwendet wird. Es folgen soziale Kontakte.

Das Freizeitverhalten kann auch hinsichtlich von **Lebensstilkonzepten** untersucht werden. Ein ganzheitlicher Ansatz versucht potentielle Erklärungsvariablen des Freizeitverhaltens neben familiären, sozialen Einstellungen, Interessen sowie Wertvorstellungen zu berücksichtigen. Lebensstil

ist eine unverwechselbare Struktur oder Form einer Lebensorganisation. Im Alltag lassen sich Freizeitpräferenzen durch spezielle Symbole, Ausstattung der Haushalte, der Kleidung, dem Medienkonsum, Speisegewohnheiten, Musikrichtungen etc. festmachen. Mit dem Lebensstil sind Eigenschaften verbunden, die Menschen verbinden oder voneinander abgrenzen. Allerdings werden je nach Methode und Theorie verschiedene Lebensstilgruppen ermittelt. Die Marktforschung arbeitet damit, um die entsprechenden zu werbenden Zielgruppen identifizieren zu können. Dies ist auch ein Kritikpunkt dieses Ansatzes, der weniger theoretisch als vielmehr praktisch, ökonomisch motiviert ist.

2.1. Freizeit ist nicht Freiheit

Ein Irrtum ist jedenfalls vorab klarzustellen. Freizeit bedeutet nicht Freiheit. In der Freizeit hat jeder Mensch nur bedingt die Möglichkeit, das zu machen, was er/sie will. Grenzen werden gesetzt durch physiologische, psychologische, soziale bzw. finanzielle oder geschlechtliche Faktoren. Physiologisch ist es nicht von der Hand zu weisen, dass das Lebensalter bei der Gestaltung der Freizeit bestimmend ist. Hochbetagte Menschen können einfach nicht mehr jeden Sport, um ein Beispiel zu bringen, ausüben. Individualpsychologisch werden Menschen, die ihre eigenen geeigneten und bewährten Verhaltensmuster haben, nicht gänzlich neue einschlagen können, da dies auch einen Bruch ihrer eigenen Entwicklung bedeuten würde. Sozial ist jeder Mensch eingebettet in einem gesellschaftlichen System, welches geprägt ist von bestimmten Normen, Kodizes bzw. Vorstellungen. Daher wird sich ein Mensch, der einem Arbeitermilieu entspringt und in diesem System weiterlebt, nur sehr schwer Verhaltensweisen eines anderen Milieus aneignen bzw. leben können. Zumal dies auch mit einer Gering-schätzung der sozialen Gruppe verbunden ist. Letztlich entscheidet stets die finanzielle Situation, wie die eigene Freizeit gestaltet werden kann. Mit wenig Geld kann kein teures Vergnügen finanziert werden. Daran anschließend entscheidet sicherlich auch die Frage des Geschlechts. Dies lässt sich leicht ablesen in den Freizeitaktivitäten der Österreicher, welche von der Statistik Austria veröffentlicht wurden. Männer heimwerken gerne (30%, Frauen 6%) und Frauen handarbeiten und nähen (38%, Männer 1%), wobei dies sicherlich keine Frage des biologischen Geschlechts, sondern Folge der Sozialisierung ist.

3. Freizeit und Politik – zwei Paar Schuhe?

Der Zusammenhang von Freizeit und Politik ist heute nicht auf den ersten Blick gegeben. Vielleicht, weil es keinen eigenen Politikbereich wie Gesundheit, Sport oder Kultur gibt, der auch parlamentarisch mittels eigenem Ausschuss institutionell abgebildet wird. Freizeit als Querschnittsmaterie ist wie Umweltpolitik zu begreifen. Aber gerade in unserer Zeit, die von Dienstleistungen, obendrein nicht mehr von körperlicher Arbeit geprägt ist und bereits bei der Berufsfindung darauf hingewiesen wird, dass der Beruf Spaß machen soll, bekommt Freizeit eine neue politische Bedeutung. A. J. Veal formuliert dies so (Veal 2002, 36):

„There is a tendency to think that many of the elements of leisure – sport, recreation, the arts, tourism – are above politics and there are not a factor in competing ideologies and are not, or should not be, affected by party politics. This is far from true, as [...]“

... ja, da Ideologien Grundausrichtungen für politische Handlungen sind. Veal (2002, 35–52) skizziert acht Ideologien, die er beschreibt als Systeme von Ideen, die bestimmte Phänomene, insbesondere des sozialen Lebens oder die Art, über das Individuum bzw. die Gesellschaft zu denken, bestimmen. So versuchen Konservative tradierte Werte wie Familie, Religion etc. zu verteidigen, wodurch v. a. Hochkultur und Spitzensport gefördert werden. Die Sozialdemokraten hingegen unterstützen einen Wohlfahrtsstaat und stehen für mehr soziale Gerechtigkeit, wodurch der Zugang für öffentliche Freizeiteinrichtungen allen Menschen ermöglicht werden soll.

Die Verzahnung von Gesellschaft und Freizeit im Wandel der Zeit kann als Aufgabe von Politik begriffen werden. Angesichts widerstrebender Interessen einzelner Gruppen ist staatliche Planung gerade im Bereich der Freizeitpolitik nötig. Natürlich ändern sich die Moden, Interessen, die Demografie und so gilt es, diese sich ändernden Variablen aufgrund der sich wandelnden Wirtschaft oder Techniken immer wieder neu abzustimmen. Daneben gibt es noch soziale Zielsetzungen, um gesellschaftlich benachteiligten Personen Vorteile einzuräumen oder ihnen grundsätzlich die Partizipation zu ermöglichen. Bauer, Lamei, Till-Tentschert haben in einer Studie Armut, die nicht nur monetär zu fassen ist und vor allem gesellschaftliche Ausgrenzung bedeutet, insbesondere bei allein erziehenden, kinderreichen Familien und allein stehenden älteren Men-

schen (meist Frauen) bzw. Österreicherinnen ausländischer Herkunft gefunden (Bauer et al. 2003, 220). Es ist Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit kostengünstige Freizeitangebote für alle Teile der Gesellschaft angeboten werden und es nicht zur Ausgrenzung kommt.

4. Eine kurze Geschichte der Freizeit

Über die geschichtliche Entwicklung ist relativ wenig bekannt, da sich die Geschichtswissenschaft auf Herrschaftsverhältnisse, Kriege und Ideologien lange Zeit beschränkte. Allerdings können aus den historischen Dokumenten Schlüsse auf die sich wandelnden Begriffe von Arbeit und Freizeit gezogen werden. Hans-Werner Prahl skizziert die Geschichte der Freizeit als eine Entwicklung von einem Musemonopol zur Massenfreizeit (Prahl 2002, 85–120). Dies bildet auch die Grundlage dieses Kapitels.

Der Arbeitsrhythmus von einfachen Gesellschaften wurde anfangs von der **Natur** (Sonnenaufgang, -untergang, Sommer, Frühling, Herbst, Winter etc.) geprägt. In diesem Zusammenhang spricht man auch von einem zyklischen Verständnis von Zeit, welches abgelöst wurde von einem linearen Verständnis. Bald kam es zu einer **Arbeitsteilung**, die einige (Reiche und Adelige, Medizinmänner ...) von der körperlichen Arbeit befreite. Daraus resultierte ein **Herrschaftssystem**. Diese Herrschaftsordnung hat der natürlichen ein gesellschaftliches Zeitmaß hinzugefügt. Damit die Verteilung gerechtfertigt wurde, strukturierte man die Zeit mit Festen, Ritualen, Spielen etc. zusätzlich.

In der **Antike** existiert zwar der Begriff Freizeit noch nicht, das Phänomen findet sich aber in der Muße wieder. Muße als Antipode zur Arbeit stand zunächst freien Bürgern zu, um die Geschicke der Polis zu lenken. Im antiken Rom hingegen wurden reiche Kaufleute bereits mit „Brot und Spielen“ zerstreut.

Im **Mittelalter** taucht erstmal die Bezeichnung „**frei zeyt**“ auf. Sie hatte damals die Bedeutung von Frieden auf Zeit, da die zum Markt Reisenden vor Störungen und Angriffen sicher sein sollten. Verstöße gegen diesen Marktfrieden wurden streng bestraft.

Mit der **Neuzeit** zerbrachen die Universalgewalten von Kirche bzw. Kaisertum und das Handwerk wurde durch Manufakturen umgeformt. Dadurch kam es zu ersten Ansätzen von Lohnarbeit. Gleichzeitig erfuhr das Wort Muße einen

Bedeutungswandel im Sinne von Müßiggang oder Trägheit. Kennzeichen dieser Zeit waren neben der Auflösung von Arbeitsvorgang und Produkt, die Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz. Gleichzeitig können von verschiedenen Schichten gepflegte Unterhaltungsformen unterschieden werden. Auf Märkten und in Wirtshäusern wird für das gewöhnliche Volk Unterhaltung geboten. Das Bürgertum hingegen versuchte sich zu emanzipieren, ahmte den Adel nach und förderte mäzenatenhaft die hohe Kunst in Form von Malerei, Musik oder Theater.

Mit der **Industrialisierung** um 1900 wurden die Arbeitszeiten unter anderem durch die Erfindung des künstlichen Lichts ständig ausgeweitet. Frauen sowie Kinder waren aufgrund der niedrigen Löhne gezwungen, im Produktionsprozess mitzuarbeiten. Bis zu achtzehnstündige Arbeitstage waren möglich, sodass die verbleibende Zeit lediglich zur notwendigen Hygiene bzw. zum Schlaf reichten. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Arbeitszeiten wieder schrittweise reduziert, da u. a. auch die Militärbehörden über den schlechten Gesundheitszustand der Rekruten klagten. Daneben organisierten sich gewerkschaftliche sowie politische Parteien, die eine Reduktion der Arbeitszeiten forderten. Weiters war der Staat interessiert, dass die Arbeitskräfte nicht allzu sehr ausgebeutet worden waren, da sozialpolitische Aufgaben wie beispielsweise die Kranken-, Unfall-, und Altersversicherung übernommen wurden. Somit sollte die arbeitsfreie Zeit der Erholung der Industriearbeiter dienen.

In weiterer Folge haben insbesondere die **Nationalsozialisten** beinahe alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst und in ihrem Sinne politisiert. Die Nationalsozialisten hatten mit ihrem totalitären Ansatz die individuelle Nutzung der Freizeit beinahe „verunmöglicht“. Die körperliche Ertüchtigung durch Sport und somit die Vorbereitung auf den Krieg waren wesentlich. Daneben boten die Aktivitäten die Gleichschaltung der Menschen sowie eine soziale Kontrolle. Freizeit verlor gänzlich den eigenständigen Charakter und hatte die Funktion der Regeneration zu erfüllen, da nur ein gesunder Mensch ein guter Mensch war.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der **Wiederaufbauphase** setzte in Österreich erst allmählich wieder die Diskussion über die 5-Tage- bzw. 40-Stunden Woche ein, die in der Formulierung eines Arbeitszeitgesetzes (1969) sowie Arbeitsruhegesetzes (1983) bzw. eines vereinheitlichten Urlaubsrechts endete. Was die Arbeitszeit anbelangt, ist heute eine neue Entwicklung zur flexiblen Arbeitszeit, die vom Bedarf abhängig ist, mittels Arbeitszeitkonten oder Durch-

rechnungszeiten festzustellen. Gleichzeitig haben die psychosozialen Belastungen (z. B. Mobbing, Burn-out) zugenommen. Ferner ist Freizeit für die Konsumindustrie ein interessanter Markt geworden, der den Weg für neue Absatzmöglichkeiten ebnet. Heute erfährt die Polarität von Arbeit und Freizeit in vielerlei Hinsicht einen Wandel. Beschäftigungsformen werden flexibler, wodurch die Verteilung und Gestaltung von Freizeit und Arbeit aufgelöst wird.

5. Die Ausgangsbedingungen

Mit dieser Arbeit wird das gegenwärtige unterschiedliche Freizeitverhalten der Wienerinnen und Wiener untersucht. In der Ungleichheitsforschung bedient man sich mehrerer Methoden (z. B. der Analyse der Schicht, Klasse oder des Lebensstils), um somit die Gesellschaft zu kategorisieren und in Folge prognostizierbar zu machen. Meinen Fokus lege ich dabei auf den Unterschied des Freizeitverhaltens der Geschlechter, indem ich die erhobenen Daten der beiden Gruppen auf Basis der Freizeitfragen des Erhebungsbogens im ersten Schritt miteinander vergleiche und in weiterer Folge bei auffälligen Besonderheiten diese nach Bildungsstand, Berufsstatus, Einkommen bzw. Familienstand untersuche, um ein differenzierteres Bild zu erhalten und unter Umständen Erklärungen für unterschiedliches Verhalten zu finden.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist, dass Frauen, egal welche Bildung, Berufsgruppe, Einkommensniveaus oder welchen Lebensstil sie verkörpern, stets ein anderes Freizeitverhalten bei der Nutzung öffentlicher Freizeiteinrichtungen (Theater, Kino, Bücherei, Sport etc.) aufweisen. Das Freizeitverhalten von anderen unterschiedlichen Gruppen ist hier nicht Untersuchungsgegenstand. Um deren Verhalten genauer erforschen zu können, wäre interessant zu wissen, wie deren Freizeitverhalten ist oder warum sie bestimmte öffentliche Angebote nicht (mehr) annehmen (können).

6. Die Ergebnisse

Was die Studie anbelangt, wird das Freizeitverhalten speziell durch die Frage des Besuchs von diversen Veranstaltungen ersichtlich. Dies gibt jedoch nur einen Teilbereich des Freizeitverhaltens wieder. Andere Privatbereiche bleiben somit unberücksichtigt, wie z. B. das Lesen, Computer spielen, TV-Verhalten, Sexualität etc.. Wobei es

bei einigen Freizeitaktivitäten durchaus auch zu Überschneidungen kommen kann. Die Religionsausübung kann sowohl öffentlich in Form eines Kirchganges, privat mittels Gebet oder dgl. ausgeübt werden. Dasselbe gilt beim Sport, der sowohl im Team als auch allein praktiziert werden kann.

Die Grundlagenstudie fragt daher nur einen Teil des Freizeitverhaltens ab. Dies macht es schwierig, allgemein gültige Aussagen zu treffen, da die Gesamtsicht fehlt und einzelne Ergebnisse nicht absolut gesehen werden dürfen. Insofern beschränkt sich die Arbeit im Wesentlichen auf das Nutzungsverhalten öffentlicher Freizeitangebote von Männern und Frauen.

Es folgen die Ergebnisse der Studie aufgrund der zur Verfügung gestellten Daten, die sich an einigen wenigen Fragen (Besuch von diversen Veranstaltungen; Treffen mit Freunden; Häufigkeit der Sportausübung sowie Mitarbeit bei NGO, Partei etc.) des Frageprogramms der Grundlagenstudie Wien orientieren. Diese Fragen sind zunächst mit akkumulierten Daten nach aufbereiteten Kategorien ausgewertet worden. Danach wurden die Fragen zusätzlich mit Daten nach Bildung, Berufsstatus, monatlichem Nettoeinkommen sowie Familienstand analysiert. Dies spiegelt auch die Darstellung der Ergebnisse mit den jeweils differierenden Differenzen wider.

Sind die Wiener sportlicher als die Wienerinnen?

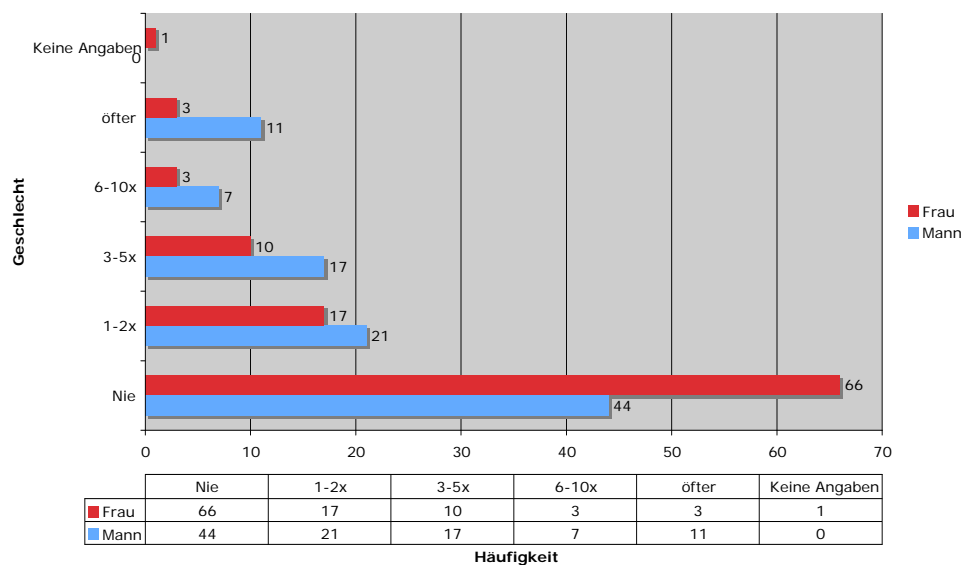
Was den Besuch von Sportveranstaltungen betrifft, sind die Wiener interessierter, wie die Auswertung (siehe Abb. 1) nach Geschlecht zeigt. Auch wenn die Befragung während der EURO 2008 ausgesetzt wurde, muss kritisch hinterfragt werden, ob dies das tatsächliche Verhalten nicht doch beeinflusst hat, zumal nicht auszuschließen ist, dass der eine oder die andere auch den Besuch der Fanmeile darunter verstanden hat, was ja nicht ganz so falsch ist. Dies ist ja zugleich auch ein internationaler Trend, der nicht mehr nur im bloßen Besuch einer Sportveranstaltung besteht, sondern verbunden ist mit Shoppen, Essen usw.. Somit

wird Sport, aber auch Kultur zu einem Konsumerlebnis.

Ebenso was die aktive Teilnahme an Sportveranstaltungen anbelangt, sind die Wiener ‚engagierter‘. Wobei darunter beispielsweise die Teilnahme an Fußballturnieren oder Laufveranstaltungen gemeint sind. Ähnliche, große Differenzen ergeben sich v. a. bei oftmaligen bzw. keinen Besuchen.

Und letztlich sind die Wiener sportlicher, wenn es um die Ausübung von Sport selber geht (siehe Abb. 2 Häufigkeit der Sportausübung). Dieser allgemeine Befund wurde in Folge auch hinsichtlich des Bildungsgrades, Berufsstatus, Nettoeinkommens sowie Familienstandes untersucht. Männer sind aber unabhängig von diesen Faktoren etwas aktiver, allerdings steigt mit dem Bildungsgrad, Berufsstatus sowie dem Nettoeinkommen die Häufigkeit der Sportausübung bei Frauen. Der Befund des Frauenberichts 2005 kann somit bestätigt werden. „Frauen sind insgesamt weniger körperlich aktiv als Männer. [...] Körperliche Aktivität korreliert bei Frauen mit Bildung und sozialem Status, was bei Männern nicht zu beobachten ist. Niedrig gebildete Frauen, Arbeiterinnen und Migrantinnen betätigen sich in ihrer Freizeit weniger oft körperlich“ (Frauenabteilung der Stadt Wien 2005, 77).

Basis: Besuch von Sportveranstaltungen



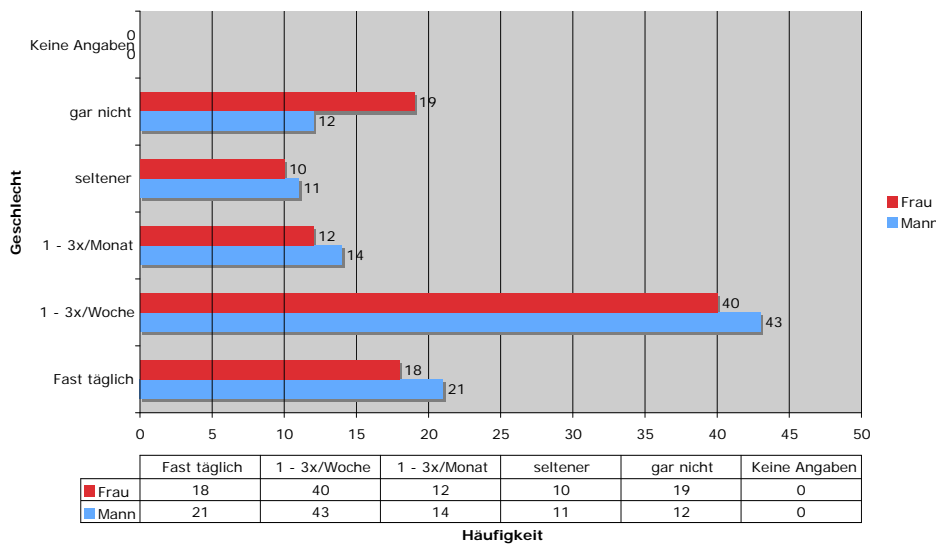
Zeigen Frauen oder Männer in Wien mehr Interesse an Kultur?

Was das Interesse an Kultur als allumfassenden Begriff anbelangt, konnte lediglich eine relevante Differenz beim Besuch von Kunst/Ausstellungen/Mode und Design aufgefunden werden (nicht jedoch bei Theater, Film, Tanz, Literatur,

Festival etc.), wobei der Begriff Kunst selber nochmals definiert werden müsste und jedenfalls in einem weiten Sinn zu verstehen ist. Keinesfalls darf Kunst als eng, bürgerlich-romantisch oder avantgardistisch verstanden werden im Sinne

werden. Allerdings ist aufgrund der Schwankungsbreite keine signifikante Differenz gegeben. Daher lässt sich diese These mit dieser Statistik keinesfalls bestätigen. Aufgrund der fehlenden Signifikanz wurde hier auch nicht separat nach

Basis: Häufigkeit der Sportausübung

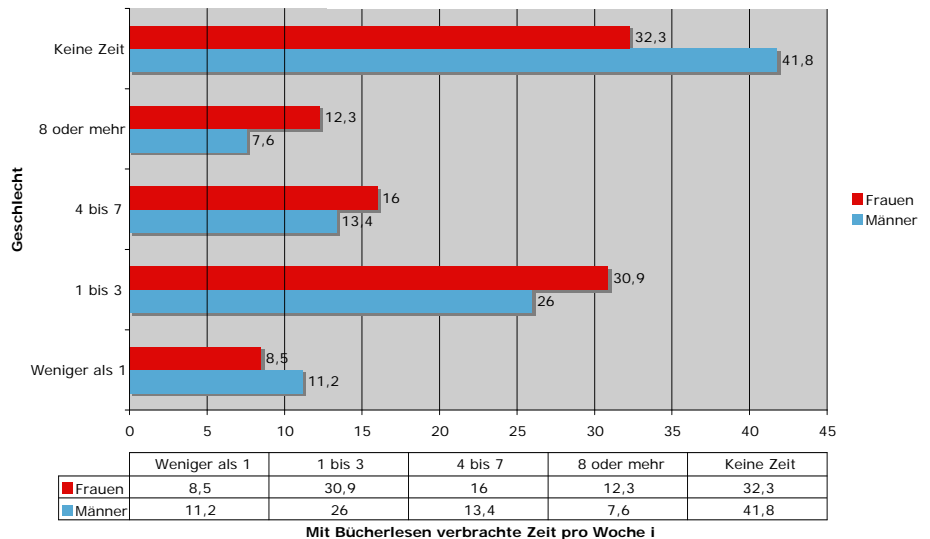


Bildungsstand, Berufsstatus, Nettoeinkommen sowie Familienstatus analysiert. Allerdings gibt die „Gender-Entlehnstatistik“ der Städtischen Büchereien für 2008 über das Leseverhalten schon mehr Auskunft, da von den aktiven LeserInnen, dass sind jene Leserinnen und Leser, die mindestens eine Entlehnung im letzten Jahr hatten, 62,75% Frauen und lediglich 36,22% Männer zu verzeichnen waren.

einer Hochkultur, sondern möglichst weit, wodurch Volks- und Populärkultur (von Gartenbaukunst bis zum Autodesign) inbegriffen sind. Diese gemeinsam abgefragten Aktivitäten bilden diese Vielfalt zwar ab, dennoch bleibt die Frage offen, ob bei den Befragten nicht doch ein sehr enges Verständnis von Kunst gegeben ist, sodass diverse Aktivitäten nicht als Kunst wahrgenommen werden. Betrachtet man neulich die Faktoren Bildung, Berufsstatus, Nettoeinkommen sowie den Familienstand, so sind Frauen unabhängig davon stets kunstinteressierter, aber mit Bildung und höherem sozialen Status steigt auch das Interesse an Kunst. Der Familienstand lässt auf keine Tendenz schließen. Egal ob verheiratet, verwitwet, ledig etc., Frauen sind global gesprochen der Kunst stets affiner.

Interessant hierbei ist, dass sich das Nutzungsverhalten bei Kindern offensichtlich am Verhalten der Erwachsenen orientiert. So lesen Frauen mehr Tagebücher, Autobiografen etc. Ähnliches

Lesezeit pro Woche



gilt für Mädchen und Burschen. Es gibt somit ein traditionelles Leseverhalten, welches geschlechtsspezifisch zugeordnet ist.

Sind die in Wien lebenden Frauen lesefreudiger?

Die Grundlagenstudie hat diesbezüglich keine eindeutig in diese Richtung gestellte Frage beinhaltet. Am ehesten könnte die Frage mit dem Besuch von Literaturveranstaltungen beantwortet

Die Relevanz dieser Auswertungen ist jedoch nochmals geringfügig anzuzweifeln, da in der Stadt Wien neben dieser städtischen Einrichtung noch einige andere größere Büchereien öffentlich zugänglich sind. Diese These könnte bestenfalls

mit den von der Statistik Austria (2001, 84) veröffentlichten Daten beantwortet werden, welche unter anderem die Lesezeiten der WienerInnen pro Woche ausgewiesen haben (siehe Abb. 3).

7. Auffälligkeiten

Ein verstärktes Auftreten von Wienern im öffentlichen Raum drückt sich insbesondere bei der Beantwortung der Frage „Was davon haben Sie schon gemacht?“ aus, obwohl es sich hierbei um keine expliziten Freizeitbeschäftigungen handelt und doch als solche zu denken sind. Drei Aktivitäten (das sind: Kandidatur für ein politisches Amt; Mitarbeit bei einem Angebot der Stadt Wien sowie Mitarbeit einer Bürgerinitiative) erscheinen allen Menschen in Wien nicht besonders attraktiv. Darum sind diese sowohl von Frauen als auch von Männern auf einem sehr niedrigen Niveau mit keinen signifikanten Unterschieden. Allerdings verhält sich dies schon anders bei der Mitarbeit in einer politischen Partei, einer Demonstrationsteilnahme oder diverse Vereinstätigkeiten. Diese Differenzen lassen sich aufzeigen und stützen die These von Privatheit vs. Öffentlichkeit bzw. dem verstärkten Auftreten von Männern im öffentlichen Raum. Das männliche Geschlecht arbeitet eher bei einer politischen Partei oder NGO mit bzw. nimmt eher an einer Demonstration teil. Die Auswertungen bilden diese Ergebnisse ab. Die Differenzen hierzu sind signifikant, da bei 4.450 Befragten eine Schwankungsbreite von lediglich 1,5 gegeben ist. 20% der Männer gaben an, bei einer politischen Partei bereits mitgearbeitet zu haben. Bei den Frauen lag der Wert nur bei 9%.

Zusätzliche Auswertungen nach Bildungsgrad, Berufsstatus, Nettoeinkommen und Familienstand zeigen alle ein stärkeres Engagement der Männer, wobei wiederum das Interesse an einer Mitarbeit mit dem Bildungsgrad, dem höheren Berufsstatus bzw. dem steigendem Nettoeinkommen positiv bei beiden Geschlechtern korreliert. Hinsichtlich der Lebenslagen lässt sich insbesondere bei verheirateten bzw. verwitweten Männern und bei geschiedenen Frauen ein verstärktes Engagement feststellen. Allerdings ist die Anzahl der Befragten bei diesen Personengruppen relativ gering, sodass die Aussagekraft eingeschränkt werden muss. Sowohl die Mitarbeit bei einer politischen Partei als auch die Vertretung auf institutioneller Ebene lässt auf unterschiedliche Betrachtungsweise bzw. Beurteilung von Politik schließen. Der Frauenbericht meint hierzu, dass lediglich eine oberflächliche Betrachtung

den Schluss zuließe, dass Frauen geringeres Interesse an Politik hätten und folgert, dass die Interessen von Frauen schwieriger zu fassen seien und die Wahlforschung noch unzureichend sei (Frauenabteilung der Stadt Wien 2005, 120).

Eine Teilnahme an einer Demonstration bestätigten 45% der Männer und 38% der Frauen.

Bei Häufigkeit von Vereinsbesuchen ergeben sich insbesondere bei oftmaligen sowie keinen Besuchen große Differenzen. Allgemein kann festgestellt werden, dass Männer stets aktiver am Vereinsleben teilnehmen und dies unabhängig von Bildung, Berufsstatus, Familienstand sowie Nettoeinkommen. Mit steigendem Gehalt erhöht sich jedoch die Wahrscheinlichkeit, unabhängig vom Geschlecht, an einem Vereinstreffen teilzunehmen. Interessant in diesem Zusammenhang ist der Befund des Frauenberichts 2005, der auch geschlechtsspezifische Muster der ehrenamtlichen Tätigkeiten wahrnimmt und gleichzeitig eine Erklärung dafür anbietet. „Die Betrachtung nach Branchen zeigt, dass bei Männern häufig eine enge Verbindung zwischen Ehrenamt und Berufstätigkeit besteht, d. h. Männer engagieren sich am häufigsten bei Wirtschafts- und Berufsverbänden sowie Gewerkschaften, bei nichtberuflichen Interessenvertretungen und in der Politik ehrenamtlich (Frauenabteilung der Stadt Wien 2005, 90).“

8. Schlussbetrachtungen

Das abgefragte (öffentliche) Freizeitverhalten von Frauen und Männern ist abgesehen von leichten Schwankungen relativ ausgeglichen (vergleiche hierzu den Besuch von Musikveranstaltungen, Theatervorführungen, Tanzperformances, Kinofilmen, Festivals, Diskussionen bzw. Parks). Das Wort „öffentlich“ ist deswegen in Klammer gesetzt, weil auch Freizeitverhalten abgefragt wurde, das nicht explizit als solches titulierte wurde, wie beispielsweise das Treffen mit Freunden, die Teilnahme an Vereinstreffen oder die Mitarbeit bei politischen Parteien etc.. In Summe ergeben sich insbesondere in den Bereichen Besuch von Kunst/Mode/Design, Sportveranstaltungen, Sport aktiv, Veranstaltungen im öffentlichen Raum bzw. Vereinstreffen unterschiedliche Verhaltensmuster.

Dieses ungleiche Freizeitverhalten ist allerdings kein biologisches, sondern ein soziokulturelles, anerzogenes Verhaltensmuster. Warum sollten sich Frauen aufgrund des Geschlechts weniger engagieren? Demzufolge lässt sich dies auch im Diskurs Öffentlichkeit vs. Privatheit einordnen.

Das weibliche Geschlecht war über Jahrhunderte hinweg in die private Sphäre zurückgedrängt. So wurde das Stimmrecht erst Anfang des 20. Jahrhunderts erkämpft. Dies wirkt aber heute noch nach, da die Erziehung nach wie vor in der Regel Frauensache ist und hier Verhaltensmuster unbewusst tradiert werden. Als Beleg dafür sei das Nutzungsverhalten bei den Wiener Städtischen Büchereien bzw. die Art der Lektüre nochmals angeführt.

Weiters sei nochmals darauf hingewiesen, dass das Freizeitverhalten schwer zu fassen ist, indem es sich nicht reduzieren lässt auf die bloße Nicht-Arbeitszeit und Freizeit in einen privaten sowie öffentlichen Bereich, die sich allerdings auch überschneiden können, aufgeteilt werden kann. In der Grundlagenstudie ist der Schwerpunkt vor allem auf das öffentliche Freizeitverhalten gelenkt, wenngleich auch nicht explizit ausgewiesene Freizeitaktivitäten abgefragt wurden. Allerdings wurden moderne oder auch partizipative Verhaltensweisen nicht berücksichtigt. Als Beispiele hierfür seien das Computerspielen, Spaziergehen, Einkaufsbummeln oder die Religionsausübung angeführt.

Letztlich gehen die erarbeiteten Ergebnisse konform mit der Freizeitforschung von Opaschowski (2008, 114), der den Frauen eine kommunikativentspannungsorientierte Freizeitbeschäftigung (in meiner Arbeit beispielsweise mittels Literaturinteresse abgebildet) und Männern ein aktivleistungsbezogenes Freizeitverhalten in Form von Sport bzw. -veranstaltungen zuweist. Dies mag zwar im 21. Jahrhundert klischeehaft wirken, doch der Frauenbericht hält ähnliches fest, wenn die Zeiteile für bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Haushalts- und Kinderbetreuungszeiten bekannte geschlechtsspezifische Muster zeigen: „Frauen in Wien leisten in mehr als doppelt so hohem Ausmaß Haushaltsarbeit und Kinderbetreuungsarbeit wie Männer (Frauenabteilung der Stadt Wien 2005, 88).“ Das Freizeitverhalten darf somit nicht als unabhängige Variable verstanden, sondern muss in Zusammenhang mit der Lebenswelt analysiert werden.

Literaturverzeichnis

- Bauer, Martin; Lamei, Nadja; Till-Tentschert, Ursula* (2004): Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003, Internet: www.bmsgv.at.
- EUROSTAT (2006): Wie verbringen Frauen und Männer in Europa ihre Zeit? Internet: www.europa.eu.int/comm/eurostat.
- Frauenabteilung der Stadt Wien, MA 57 (Hrsg.) (2005): Frauen in Wien 2005. Situationsbericht, Wien.
- Lüdtker, Hartmut* (2001): Freizeitsoziologie. Arbeiten über temporale Muster, Sport, Musik, Bildung und soziale Probleme, Münster.
- Stadtentwicklung Wien, MA 18 (Hrsg.) (2007): Leben und Lebensqualität in Wien, Wien.
- Mikolaschek, Cornelia; Mikolaschek, Peter* (1984): Freizeit als Gegenstand der Politik. Konzepte der Parteien und Verbände, Frankfurt am Main/New York.
- Opaschowski, Horst W.* (2008/Orig. 1988): Einführung in die Freizeitwissenschaft. 5. Aufl., Wiesbaden.
- Prabl, Hans-Werner* (2002): Soziologie der Freizeit. Paderborn.
- Schäpflein, Susanne* (1994): Freizeit als Faktor der Stadtentwicklungspolitik und -planung. Stadtmarketing für mehr Lebensqualität, Frankfurt am Main.
- Statistik Austria (2001): Freizeitaktivitäten. Ergebnisse des Mikrozensus, September 1998.
- Veal, Anthony James* (2003/Orig. 2002): Leisure and tourism policy and planning. 2. Aufl., Cambridge.

Michael Hajek

Die Zufriedenheit mit der Nahversorgung in Wien unter besonderer Berücksichtigung der „ethnischen Ökonomie“

1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit der Zufriedenheit mit dem Angebot an Möglichkeiten zur Nahversorgung in der Stadt Wien auseinander. Dabei wird vor allem die Gruppe älterer Menschen ab 60 in den Mittelpunkt gestellt, da diese besondere Ansprüche an die Struktur der Nahversorgung stellen. Um ein differenzierteres Bild der Zufriedenheit mit der Nahversorgung zu bekommen, werden außerdem neben der Gesamtbetrachtung der Stadt Wien auch einzelne Bezirke hervorgehoben. Konkret der 8. Bezirk, Josefstadt, 13. Hietzing, 16. Ottakring und 21. Floridsdorf. Diese vier ausgewählten Bezirke unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung als auch im Hinblick auf ihre geografische Lage im Stadtgebiet und bieten damit die Möglichkeit, aus Vergleichen Schlüsse über die Zufriedenheit mit der Nahversorgung zu ziehen.

Als weitere Ergänzung, und um Unterschiede in der Zufriedenheit besser herausarbeiten zu können, werden auch zwei Gruppen mit Migrationshintergrund untersucht. Gebürtige TürkInnen sowie Menschen, die im ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) geboren wurden.

Ziel dieser Untersuchung unterschiedlicher Gruppen beziehungsweise Bezirke, die sich auf den ersten Blick nicht als direkt vergleichbar zu erkennen geben, ist es, Schlussfolgerungen und im nächsten Schritt Vorschläge und Handlungsoptionen für eine Verbesserung der Nahversorgungssituation in Wien zu ermitteln.

Weiters wird das Potenzial der sogenannten „ethnischen Ökonomie“ für die Nahversorgung in Wien dargestellt. Dies erfolgt aufgrund des Schwerpunktes des Beitrags jedoch nicht von einem integrationswissenschaftlichen, sondern primär von einem wirtschaftlichen Standpunkt.

Dieser Beitrag wird zuerst die wichtigsten theoretischen Überlegungen und Begriffsdefinitionen kurz vorstellen. Danach folgen allgemeine Befunde zum Einkaufsverhalten und der Zufriedenheit mit der Nahversorgung der ausgewählten Gruppen beziehungsweise in den ausgewählten Bezirken, welche anhand der Untersuchung „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ gewonnen wurden und teilweise mit jenen der „Sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung für Wien 2003“ verglichen werden.

Diesem Teil schließen sich unmittelbar Interpretationen der gewonnenen Daten an. Abschließend werden Handlungsoptionen und Schlussbetrachtungen dargestellt.

2. Theoretischer Hintergrund

2.1. Nahversorgung

Eine in diesem Zusammenhang sehr nützliche Definition davon, welche Aufgabe eine funktionierende Nahversorgung zu leisten hat, findet sich im Bundesgesetz vom 29. Juni 1977 zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen: § 4 (2) *Die Nahversorgung ist dann gefährdet, wenn es einer maßgeblichen Anzahl von Verbrauchern nicht möglich ist, die zur Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens dienenden Waren unter zumutbarem Zeit- und Kostenaufwand ohne Benützung eines Kraftfahrzeuges oder öffentlichen Verkehrsmittels zu kaufen.*

2.2. Ethnische Ökonomie

Begriffsdefinition

Grundsätzlich unterscheidet die Forschung begrifflich zwei Formen von „ethnischer Ökonomie“: „Ergänzungsökonomie“ und „Nischenökonomie“. Die Literatur verwendet diese Begriffe jedoch nicht immer einheitlich. Friedrich Heckmann definiert die beiden Begriffe folgendermaßen (Heckmann 1998): So werden „Ergänzungsökonomie“ bzw. ethnisch differenzierte Ergänzungsökonomie als jene bezeichnet, „... die sich auf eine spezielle Nachfrage einstellen, die aus der Migrationssituation resultiert und die von einheimischen Anbietern nicht abgedeckt wird. Zu den wichtigsten Betrieben dieser Ergänzungsökonomie gehören Lebensmittelgeschäfte, Export-Import-Geschäfte, Videogeschäfte, Buchläden, Übersetzungsbüros, Banken, Reisebüros und Speditionen“ (Heckmann 1998, 34).

In Gegensatz dazu wird die Nischenökonomie gestellt, deren Angebot „... primär auf die Nachfrage der Mehrheitsgesellschaft [zielt] und z. B. Restaurants, Schnellimbisse, Änderungsschneidereien, Autoreparaturwerkstätten oder Marktstände [umfasst]“ (Heckmann 1998, 35).

Erwähnenswert sind außerdem die Studie „Ethnic Business' Integration vs. Segregation“

von Regina Haberfellner et al. sowie die im Verlauf der Studie erschienenen Zwischenberichte. (Haberfellner 2000a, 2000b) Diese österreichische Studie hat den Bereich „ethnische Ökonomie“ mit großem Aufwand analysiert und bietet einen umfassenden theoretischen Hintergrund zu diesem Thema.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie sind: (Haberfellner 2000a)

- MigrantInnen spielen eine wichtige Rolle als KundInnen und MitarbeiterInnen von Geschäften der Typs „ethnische Ökonomie“. Durch die Tendenz des Familiennachzuges wird das Gemeinschaftsgefühl noch mehr verstärkt.
- Durch die Veränderungen der Struktur der Nahversorgung in Wien („Greißlersterben“) werden auch KundInnen angesprochen, welche nicht der eigenen ethnischen Gruppe angehören.
- Kleine Familienbetriebe haben oft Probleme mit der Betriebsnachfolge. Die nächste Generation möchte das Geschäft oft nicht übernehmen. Dies schafft gleichzeitig die Chance auf ein Nachrücken durch andere Zugewanderte („niche succession“).

Regionale Verteilung

Im Endbericht der Studie „Ethnische Ökonomien – Bestand und Chancen für Wien“, durchgeführt von L&R Sozialforschung (Enzenhofer et al. 2007) kommen die AutorInnen auf eine Zahl von rund 16.000 Einzelunternehmen im Jahr 2001 in Wien, welchen man einen Migrationshintergrund zurechnen kann, das sind 30% aller Wiener Einzelunternehmen (Enzenhofer et al. 2007).

L&R Sozialforschung kommt nach Auswertung von Daten der Wirtschaftskammer Wien weiters zu dem Ergebnis, dass sich eindeutige Ballungen von Unternehmen des Typs „ethnische Ökonomie“ in Wien erkennen lassen. So sind vor allem die Bezirke 2, 5, 15, 16, 17, und 20 mit Betrieben dieses Typs überdurchschnittlich ausgestattet.

Für die in dieser Arbeit relevanten Bezirke ergibt sich folgendes Bild:

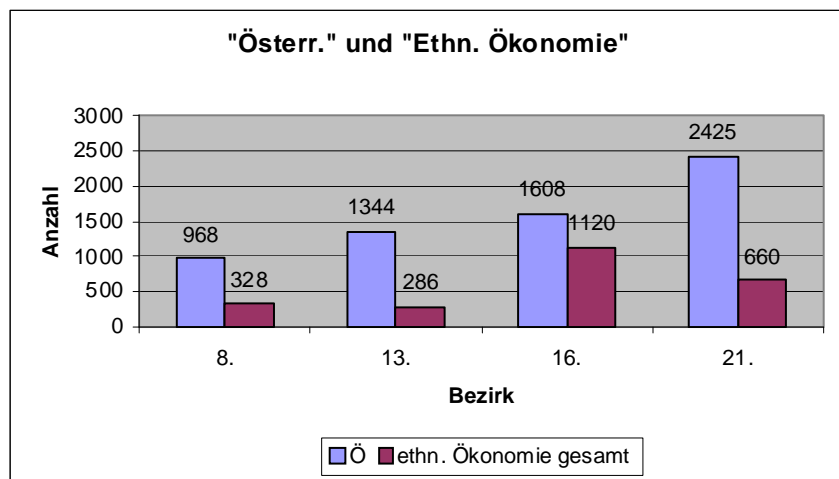


Abbildung 1 (Quelle: Enzenhofer et al. 2007)

Die Studie von L&R hält fest, dass sich ein klarer Zusammenhang zwischen der Segregation der ausländischen Wohnbevölkerung und jener der ausländischen Einzelunternehmen erkennen lässt. Gleichzeitig lässt sich aber festhalten, dass bei jenen Einzelunternehmen mit vermutetem Migrationshintergrund diese Tendenz zur räumlichen Segregation nicht mehr vorhanden ist. Die Zahl der von MigrantInnen der zweiten und dritten Generation geführten Einzelunternehmen ist somit gleichmäßiger über das gesamte Stadtgebiet und alle Bezirke verteilt (Enzenhofer et al. 2007).

KundInnenstruktur

Laut L&R Sozialforschung werden Geschäfte des Typs „ethnische Ökonomie“ zu 62% von ÖsterreicherInnen, zu 22% von Angehörigen der eigenen Ethnie und zu 17% von Angehörigen anderer ethnischer Gruppen besucht (Enzenhofer et al. 2007).

Der Bereich der „ethnischen Ökonomie“ als Nischenökonomie ist in Wien nicht stark ausgeprägt. In den von L&R durchgeführten Interviews mit 300 UnternehmerInnen gaben lediglich 6% an, ausschließlich KundInnen der eigenen Ethnie zu bedienen, 38% hingegen haben keine KundInnen aus dem Herkunftsland. 17% geben an, ausschließlich österreichische KundInnen zu haben. Das Bestreben, den KundInnenkreis über ethnische Grenzen hinweg zu erweitern, ist laut der von L&R Sozialforschung durchgeführten Studie bei den meisten UnternehmerInnen vorhanden. Hierbei stoßen diese jedoch einerseits auf Vorbehalte gegenüber Fremdem sowie spezielle Anforderungen an das Warensortiment von beispielsweise Geschäften oder Restaurants durch die österreichische Kundschaft.

2.3. Einkaufsverhalten von PensionistInnen

Die Wirtschaftswissenschaft, insbesondere der Bereichsforschung Marketing kennt eine Vielzahl von Studien betreffend das Einkaufsverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen, PensionistInnen scheinen jedoch erst langsam von Wissenschaft wie auch Wirtschaft als starke Kaufkraft wahrgenommen zu werden. „Bedürfnisse“, „Wünsche“ und „Nachfrage“ als Kern der Marketingwissenschaft werden nur unzureichend auf die demografische Gruppe der PensionistInnen angewandt. Eine Veränderung dieser Einstellung zeichnet sich langsam ab, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die Altersgruppe der über 60-Jährigen jene mit der größten Zuwachsrate ist, nämlich 20% bis zum Jahr 2020 (Kotler/Bliemel 2000).

Die Marketing-Wissenschaft unterscheidet 4 Typen von Einflussfaktoren auf das Konsumentenverhalten: kulturelle, soziale, persönliche und psychologische. Der für diese Arbeit relevante Faktor „Alter“ wird zu den persönlichen Faktoren gezählt.

Kotler und Bliemel definieren 8 „Stadien des Familienzykluses“, vom „Junggesellenstadium“ (1) bis zu „Alleinstehend, im Ruhestand“ (8). Für die Bearbeitung des vorliegenden Themas relevant sind das letzte Stadium sowie „Leeres Nest II: ältere Ehepaare, Kinder aus dem Haus, Familienoberhaupt im Ruhestand“ (vgl. Kotler/Bliemel 2000 eine ähnliche Typologisierung in Kuß/Tomczak 2000).

Je nach Alter kaufen KonsumentInnen unterschiedliche Produkte. Neben dem erhöhten Bedarf an medizinischen und gesundheitsfördernden Produkten sind hier auch die Ausgaben für Nahrungsmittel im Vergleich zu anderen Gütern höher als bei anderen Altersgruppen. In Österreich geben Personen ab 60 Jahren durchschnittlich 14,8% für Nahrungsmittel aus, Personen bis 59 Jahre hingegen nur 11,8% (Url/Wöger 2005).

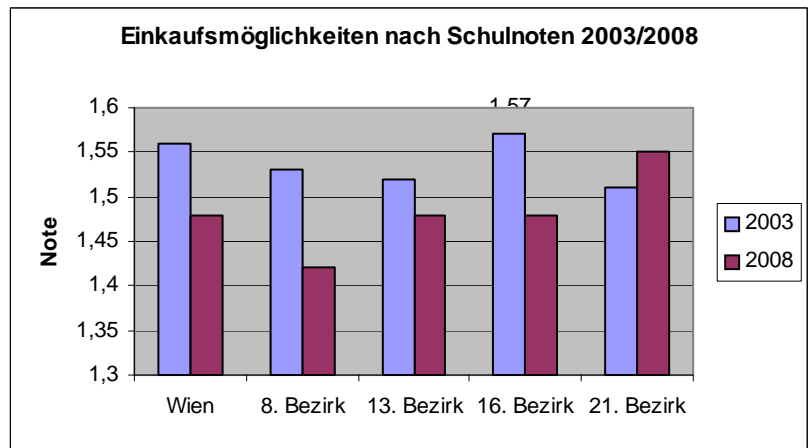


Abbildung 2

3. Ergebnisse und Interpretationen

3.1. Einkaufszufriedenheit

Bei der allgemeinen Betrachtung der Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten in Wien (siehe Abbildung 2) lässt sich im Jahresvergleich 2003/2008 eine größere Zufriedenheit im gesamten Stadtgebiet sowie in den für diese Untersuchung relevanten Bezirken 8, 13 und 16 feststellen. Im 21. Bezirk wurden im Jahr 2008 schlechtere Noten als 2003 (MA 18 – Stadtentwicklung Wien, 2007) vergeben (1,55 statt 1,51).

Umgelegt auf die untersuchten Gruppen zeigt sich folgendes Bild:

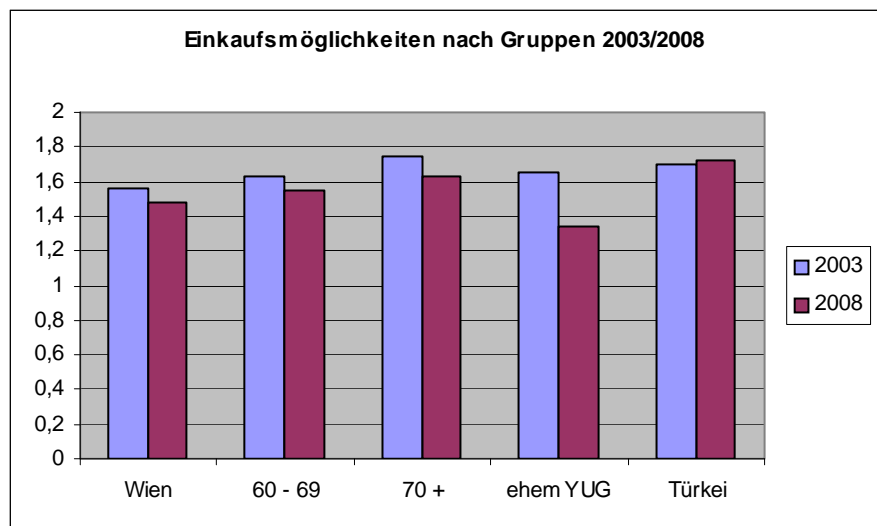


Abbildung 3

Auch hier zeigt sich großteils eine höhere Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten als 2003. Besonders bemerkenswert ist die gestiegene Zufriedenheit bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, welche sich um 0,31% verbesserte und somit die „zufriedenste“ der untersuchten Gruppen darstellt. Personen aus der Türkei wa-

ren 2008 geringfügig unzufriedener und stellen somit in diesem Jahr, mit einem Wert von 1,72, die „unzufriedenste“ Gruppe von den in dieser Studie Behandelten dar.

Dieser Trend bestätigt sich auch in der Verteilung der Schulnote „Sehr gut“, wie Abbildung 4 zeigt.

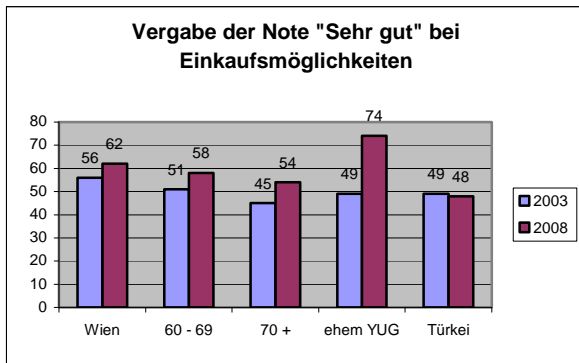


Abbildung 4

Bei der Auswertung dieser Antwort zeigt sich die überdurchschnittliche Zufriedenheit von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien noch deutlicher. Wurde die Note „Sehr gut“ im Jahr 2003 noch unterdurchschnittlich oft (49% gegenüber 56% in gesamt Wien) vergeben, so übersteigt die Nennung der Note im Jahr 2008 mit 74% den Durchschnitt um 12%.

Weiters unterstreicht Abbildung 4 die in Abbildung 3 ersichtliche geringe Verschlechterung der Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten bei Personen aus der Türkei.

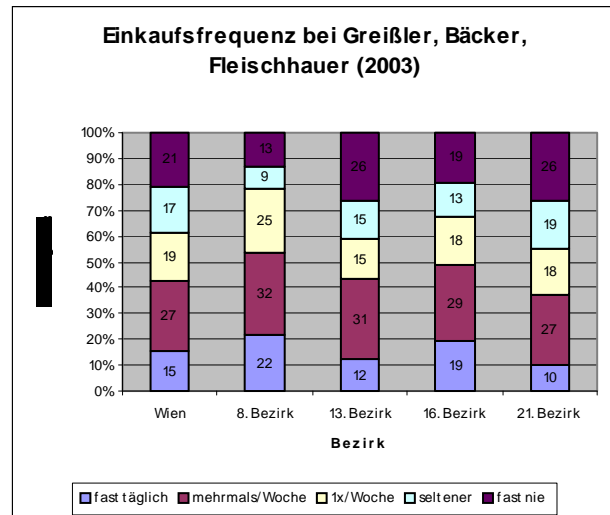


Abbildung 6

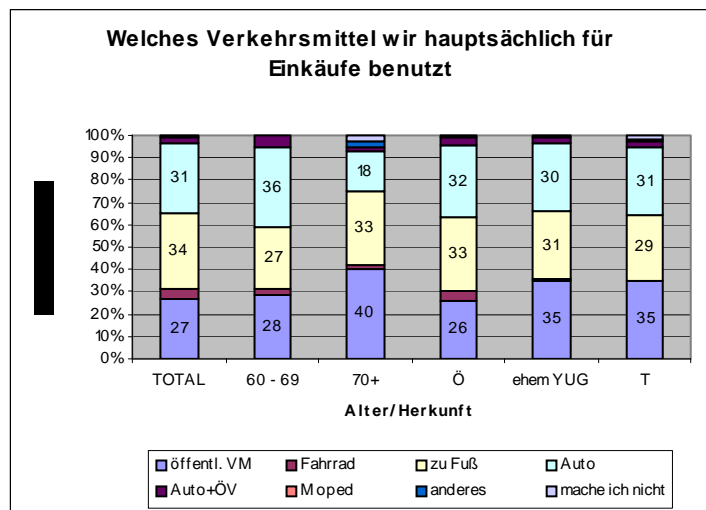


Abbildung 7

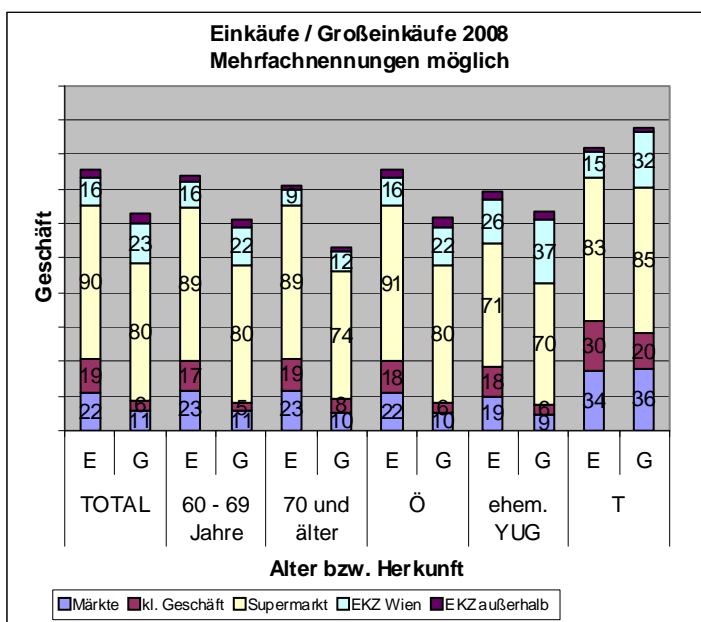


Abbildung 5

Einkaufsverhalten

Abbildung 5 zeigt das Einkaufsverhalten der untersuchten Gruppen bei täglichen Einkäufen und Großeinkäufen. Kaum bemerkenswerte Abweichungen vom durchschnittlichen Einkaufsverhalten der Wienerinnen und Wiener zeigen sich bei den Gruppen der 60- bis 69-Jährigen und der über 70-Jährigen. So nimmt bei letztgenannten als auffälligste Veränderung lediglich die Zahl jener, die Großeinkäufe in Supermärkten tätigen, um 6% ab. Auffälliger ist die Präferenz von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, tägliche und Großeinkäufe überdurchschnittlich oft in Einkaufszentren (26% bzw. 37%) und weniger oft in Supermärkten zu tätigen (71% bzw. 70%).

Der deutlichste Unterschied zum Wiener Durchschnitt zeigt sich jedoch bei Einkäufen von Personen aus der Türkei. Diese besuchen sowohl bei täglichen als auch bei Großeinkäufen überdurchschnittlich oft Märkte (34% bzw. 36%) und auch kleine Geschäfte (30% bzw. 20%).

Die Präferenzen bezüglich der Arten der Einkaufsmöglichkeiten lassen sich in Abbildung 8 ablesen. Hierbei ist anzumerken, dass die Untersuchung aus 2003 den Befragten bei der Frage „Welche dieser Einrichtungen gehen Ihnen in der Wohnumgebung besonders ab?“ bei Bedarf die Möglichkeit gab, zwischen „Greißler“ und „Filiale einer Lebensmittelkette“ bei Bedarf zu wählen. 2008 wurde die Frage in dieser Form nicht gestellt, die Befragten konnten jedoch bei der Frage „Was davon wäre für die Verbesserung der Lebensqualität in Ihrem Wohngebiet notwendig?“ die Antwort „Lebensmittelgeschäft“ geben. Die Antworten lassen sich daher nicht direkt miteinander verknüpfen, der Vergleich dient aber dennoch dazu, die Trends darzustellen.

Deutlich wird in Abbildung 8 jedenfalls der Unterschied in den Bedürfnissen nach einem „Greißler“ in der näheren Umgebung. Liegt der Wiener Durchschnitt im Jahr 2003 bei 25% aller Befragten, so steigt das Bedürfnis nach einem Greißler mit zunehmendem Alter. Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien liegen mit nur 15% hier deutlich unter dem Durchschnitt. 2008 zeigt sich diese Gruppe mit der Gesamtheit der Einkaufsmöglichkeiten ebenso am zufriedensten, nur 10% haben Bedarf nach mehr oder besseren Einkaufsmöglichkeiten.

Weichen die Bedürfnisse von Personen aus der Türkei 2003 nicht stark vom Wiener Durchschnitt ab, so zeigt sich 2008 eine deutlich größere Unzufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten. 21% würden durch mehr oder bessere Einkaufsmöglichkeiten eine Verbesserung ihrer Lebensqualität erfahren.

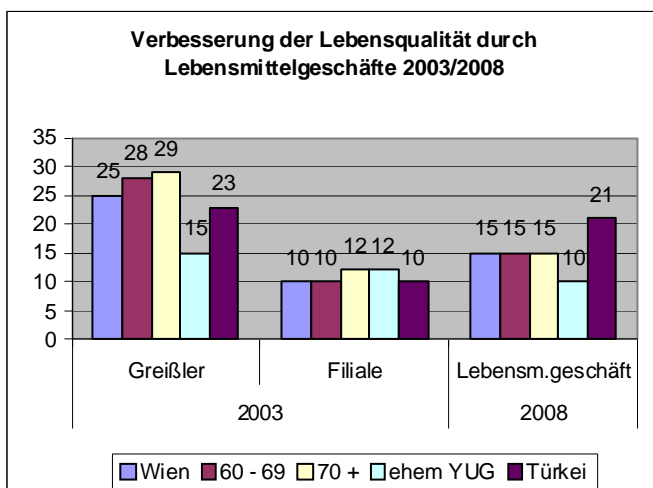


Abbildung 8

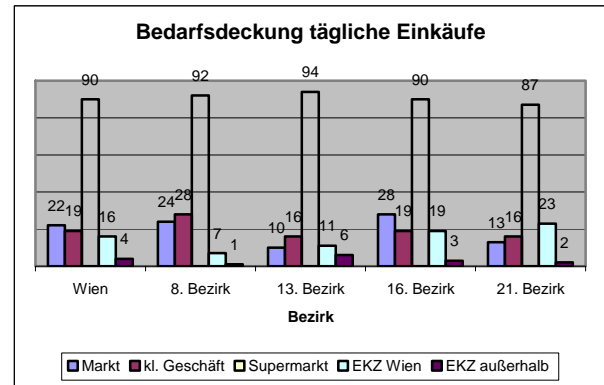


Abbildung 9

Abbildung 9 zeigt, dass es bezüglich des Einkaufsverhaltens zwischen den untersuchten Bezirken erhebliche Unterschiede gibt. Abgesehen von der Dominanz der Supermärkte unterscheiden sich die Bezirke sehr wohl hinsichtlich der Besuche von Märkten, kleinen Geschäften und Einkaufszentren. So liegt der Besuch des Marktes bei täglichen Einkäufen im 16. Bezirk auf Platz 2, im 21. jedoch auf Platz 4. Kleine Geschäfte werden wiederum im 8. Bezirk am zweithäufigsten nach Supermärkten besucht und liegen im benachbarten 16. Bezirk gemeinsam mit Einkaufszentren am vorletzten Platz. Einkaufszentren innerhalb Wiens erfreuen sich im 21. Bezirk großer Beliebtheit und werden als Möglichkeiten für den täglichen Einkauf in den inneren Bezirken unattraktiver.

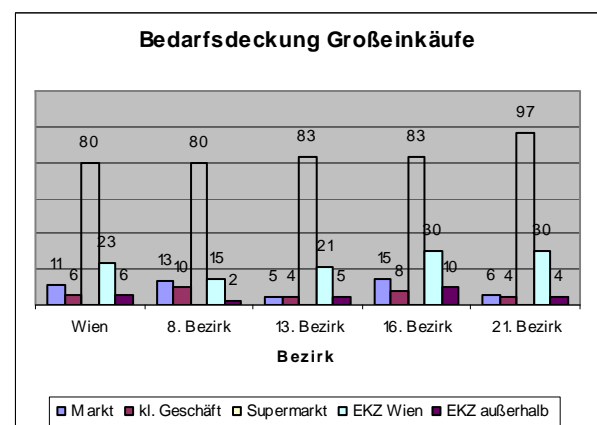


Abbildung 10

Ein anderes Bild zeigt sich erwartungsgemäß bei Großeinkäufen (Abbildung 10). Hier liegt das Einkaufszentrum in allen Bezirken auf Platz 2 hinter den Supermärkten. Überdurchschnittlich beliebt sind Märkte und kleine Geschäfte als Beschaffungsmöglichkeiten bei Großeinkäufen lediglich im 8. (13% bzw. 10%) und 16. Bezirk (16% bzw. 8%).

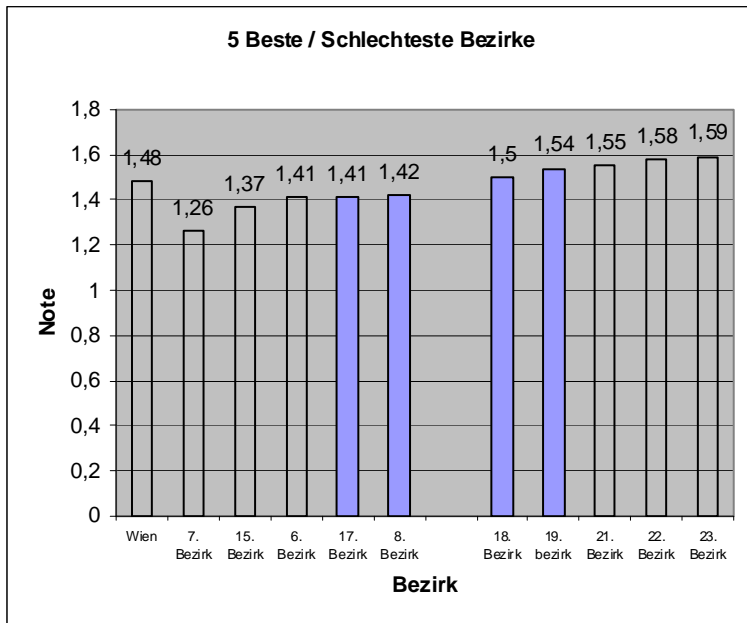


Abbildung 11

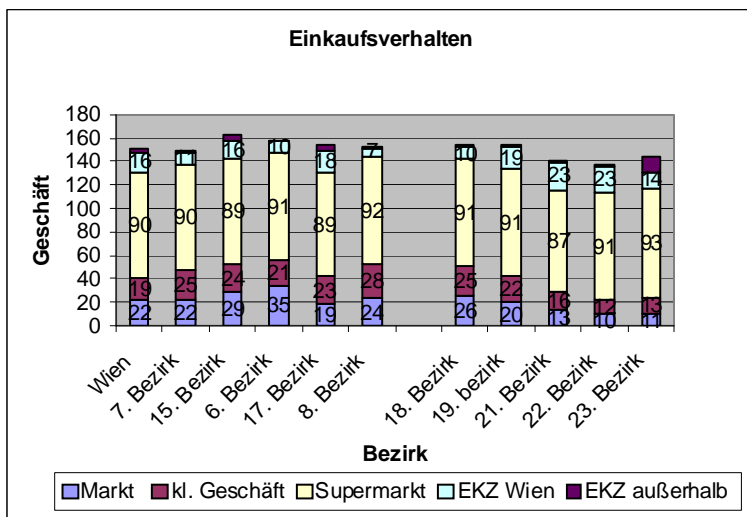


Abbildung 12

Wie ein Vergleich der Abbildungen 11 und 12 zeigt, kann ein Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten und dem Einkaufsverhalten nachgewiesen werden. Jene fünf Wiener Bezirke, in denen die besten Noten für die Einkaufsmöglichkeiten vergeben wurden, weisen gleichzeitig eine überdurchschnittlich hohe Kundenfrequenz bei Greißlern und, mit Ausnahme des 6. Bezirks, auch mit Märkten auf. Bei den fünf in dieser Hinsicht am schlechtesten bewerteten Bezirken zeigt sich, dass mit größerem Abstand vom Wiener Durchschnitt (Note: 1,48) auch die Besuche der KonsumentInnen bei Greißlern und Märkten abnehmen.

Der Besuch von Supermärkten bewegt sich bei täglichen Einkäufen in allen Wiener Bezirken rund 90%. Mit steigender Entfernung vom Stadtzentrum erhöht sich auch die Frequenz der Besuche von Einkaufszentren in und außerhalb von Wien.

3.2. Interpretationen

Zufriedenheit

Die Zufriedenheit mit dem Angebot an Einkaufsmöglichkeiten in Wien mit einer durchschnittlichen Bewertung von 1,48 nach Schulnoten konnte sich gegenüber der vorausgegangenen Umfrage im Jahr 2003 verbessern.

Die Abweichungen bei den Gruppen der 60- bis 69-Jährigen und der Personen über 70 Jahren ergeben sich vermutlich durch altersbedingte Schwierigkeiten, die sich aus den Anmarsch- beziehungsweise Anfahrtswegen ergeben. Der Faktor „Nähe“ spielt in diesen Gruppen hinsichtlich der Einkaufsmöglichkeiten eine große Rolle. Hinzu kommt, dass die Bereitschaft, größere Distanzen mit dem Auto zurückzulegen, ebenfalls mit zunehmendem Alter sinkt, wie ein Blick auf Abbildung 7 zeigt.

Abweichend vom durchschnittlichen Ergebnis sind auch die Schulnoten, welche von den Gruppen in der Türkei beziehungsweise im ehemaligen Jugoslawien geborener Menschen vergeben wurden. Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien sind mit den Möglichkeiten zum Einkauf mit einer Schulnote

von 1,34 überdurchschnittlich zufrieden. Gleichzeitig sind Menschen aus der Türkei in diesem Bereich die unzufriedenste Gruppe.

Der Unterschied in der Zufriedenheit dieser „migrantischen“ Gruppen zeigt sich nicht nur bei Einkaufsmöglichkeiten, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Menschen aus Jugoslawien vergeben in allen 12 in der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ abgefragten Bereichen bessere Noten als der gesamte Durchschnitt und als die Gruppe der gebürtigen Österreicher. Menschen aus der Türkei vergeben in 6 beziehungsweise 7 Bereichen schlechtere Noten als der Durchschnitt und in Österreich Geborene. Dieser Unterschied kann seine Ursachen im Bereich der Integration haben. Naheliegender ist es auch, einen Blick auf die Biografien der beiden Gruppen zu werfen. Relevant wäre es, bei der Gruppe der MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien zu erfahren, wann und aus welchem Grund das Land verlassen wur-

de. Eine einfache Erklärung könnte jene sein, dass Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien vor kriegerischen Handlungen und den Auswirkungen der Balkankriege fliehen mussten. Insofern hätte die hohe Zufriedenheit in Wien eine psychologische Erklärung, die sich aus den kriegerischen Auseinandersetzungen im Heimatland und der gefundenen Sicherheit in Wien ableitet. Hierzu liefert die Untersuchung leider zu ungenaue Daten, um eine Interpretation zu ermöglichen.

Eine These „Die Zufriedenheit mit der Anzahl an Geschäften des kleinteiligen Einzelhandels in der jeweiligen näheren Umgebung ist unter Zugewanderten höher“ lässt sich somit nicht eindeutig beantworten. Vor allem die Gruppe der gebürtigen TürkInnen als jene, die am meisten Geschäfte des Typs kleinteiliger Einzelhandel und Märkte besucht, zeigt sich mit den Einkaufsmöglichkeiten am unzufriedensten. Dies würde darauf hindeuten, dass dieser Geschäftstyp in der derzeitigen Form nicht in der Lage ist, alle Bedürfnisse dieser Gruppe zu decken.

Es verstärkt sich somit der Eindruck, dass Geschäfte des Typs kleinteiliger Einzelhandel eher als ergänzende Einkaufsmöglichkeiten angesehen werden und auch weiterhin Supermärkte die erste Wahl bei der Entscheidung des Einkaufsortes bleiben werden.

Dem gegenüberzustellen ist die zweite für diese Untersuchung relevante Gruppe an „Zugewanderten“ Personen, geboren, im ehemaligen Jugoslawien. Sie besuchen unterdurchschnittlich oft Geschäfte des kleinteiligen Einzelhandels, weisen aber die höchste Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten auf. Anhand dieser Erkenntnisse lässt sich die These falsifizieren.

Einkaufsverhalten

Gleichzeitig werden auch Unterschiede zwischen den Einkaufsgewohnheiten der untersuchten Gruppen sichtbar. Bei den Gruppen der 60- bis 69-Jährigen und der über 70-Jährigen werden kaum Abweichungen vom Durchschnitt aller Befragten sichtbar. Lediglich bei der Frequenz von Besuchen in Einkaufszentren zur Deckung des Bedarfs an täglichen Einkäufen und Großeinkäufen weicht die Gruppe der über 70-Jährigen ab und weist niedrigere Werte auf.

Hier fallen auch die Unterschiede bei den befragten Personen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien auf.

Gebürtige TürkInnen stellen mit 34% bei täglichen Einkäufen und sogar 36% bei Großeinkäufen klar die größte Gruppe an „MarkteinkäuferInnen“ dar. Auch kleine Geschäfte werden

überdurchschnittlich oft besucht, wie Abbildung 5 zeigt. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht die Kombination aus der starken Abweichung vom durchschnittlichen Einkaufsverhalten und der ebenso überdurchschnittlichen Unzufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten im Allgemeinen. Hierbei drängt sich die Frage auf, ob dieses spezielle Kaufverhalten Ursache oder Folge der Unzufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten in Wien ist. Eine Rolle spielt freilich in den meisten Fällen auch die räumliche Nähe zu den Märkten, wie das Beispiel Brunnenmarkt im 16. Bezirk zeigt. Der Markt erfüllt eine wichtige Versorgungsfunktion für den Bezirk, in dem überdurchschnittlich viele gebürtige TürkInnen leben. Dennoch ist dem entgegenzustellen, dass im 16. Bezirk erfahrungsgemäß auch viele Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien leben, diese aber dennoch nicht häufiger als der Durchschnitt auf Märkten einkaufen.

Bei der Gruppe der befragten Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien fällt vor allem die hohe Frequenz von Einkäufen des täglichen Bedarfs und Großeinkäufen in Einkaufszentren auf. Diese liegt mit 26% beziehungsweise 37% jeweils klar über dem Durchschnitt. Gleichzeitig werden weniger oft Supermärkte zur Bedarfsdeckung aufgesucht. Bei den Einkäufen in kleinen Geschäften und auf Märkten ist keine signifikante Abweichung vom durchschnittlichen Einkaufsverhalten feststellbar, wie Abbildung 5 zeigt.

Verbesserung der Lebensqualität

Weitere interessante Erkenntnisse ergeben sich aus der Auswertung der Antworten zur Frage, was zur Verbesserung der Lebensqualität der ausgewählten Gruppen beitragen würde.

Der Gesamteindruck wird auch hier bestätigt. Ein Lebensmittelgeschäft zur Verbesserung der Lebensqualität in der näheren Umgebung wird am stärksten von in der Türkei geborenen Menschen gewünscht (21%). Der Wiener Durchschnitt von 15% findet sich in den Antworten von gebürtigen Österreichern und auch den Gruppen der 60- bis 69-Jährigen sowie von Personen über 70 Jahren wieder. Wenig überraschend ist in diesem Zusammenhang, dass sich Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien in diesem Fall am zufriedensten zeigen und nur 10% ein Lebensmittelgeschäft benötigen. Die Antworten der vorangegangenen Fragen werden somit spiegelbildlich bestätigt.

Ergänzend muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass allgemein der Wunsch nach einem Lebensmittelgeschäft zur Verbesserung der Le-

bensqualität im Gesamtvergleich mit anderen Bedürfnissen eher gering ausgeprägt ist. In der Gesamtheit dominieren Wünsche nach anderen Faktoren, welche Einfluss auf die Lebensqualität haben, wie etwa der Wunsch nach dem Ausbau von Radverkehrsanlagen (37%) oder die Errichtung von Grünflächen in der Wohnumgebung (32%). Diese Bedürfnisse sind auch bei den für diese Untersuchung relevanten Gruppen (mit Ausnahme der über 70-Jährigen) deutlich wichtiger als Lebensmittelgeschäfte.

Dennoch stellt sich erneut die Frage nach der unterschiedlichen Einschätzung der Quantität beziehungsweise der Qualität der Einkaufsmöglichkeiten in den verschiedenen Gruppen. Der Einfluss der „Sprachbarriere“ beim Einkaufen könnte in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen. Die hohe Frequenz von Marktbesuchen unter gebürtigen TürkInnen könnte mit der Tatsache zusammenhängen, dass die Inhaber vieler Marktstände ebenfalls türkisch sprechen, in diesem Fall also eine Sprachbarriere, die in den Supermarktketten vorhanden sein könnte, wegfällt. Ein weiterer Grund könnte auf der Angebotsseite der Supermärkte zu finden sein. Diese entsprechen hinsichtlich des Sortiments vielleicht in manchen Fällen nicht den Wünschen gebürtiger TürkInnen. Mit dem gleichen Grund könnte die Existenz türkischer Supermärkte erklärt werden, die jedoch (noch) eher selten anzutreffen sind. Insofern könnte unter gebürtigen TürkInnen tatsächlich ein Wunsch nach mehr türkischen Geschäften beziehungsweise einem erweiterten Angebot in „österreichischen“ Supermärkten bestehen. Der Weg zum Markt wäre in diesem Fall als Notlösung zu sehen.

Eine These „Wenigermobile Menschen sind unzufriedener mit dem Angebot an Lebensmittelgeschäften in ihrer Umgebung und wünschen sich mehr Einkaufsmöglichkeiten, da die vorhandenen schlecht erreichbar sind“ lässt sich insofern verifizieren, als die Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten mit zunehmendem Alter abnimmt und bei den Gruppen der 60- bis 69-Jährigen und der über 70-jährigen überdurchschnittlich schlecht beurteilt wird. Dem entgegenzustellen ist jedoch, dass diese Gruppen bei der Frage nach dem Wunsch nach mehr Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe genau im Durchschnitt aller Gruppen liegen. Aus der Untersuchung geht nicht hervor, ob sich die schlechte Benotung der Einkaufsmöglichkeiten daher, ähnlich der Gruppe der gebürtigen TürkInnen, auf die Qualität oder aber die Quantität der Einkaufsmöglichkeiten bezieht.

Bezirke im Vergleich

Eine These „Die Zufriedenheit mit dem Angebot an Nahversorgungsmöglichkeiten ist in den inneren Bezirken höher“ lässt sich anhand der vorhandenen Daten verifizieren. Die Untersuchung zeigt, dass die Beurteilung der Einkaufsmöglichkeiten in den inneren Bezirken am besten, während sie in den Randbezirken geringfügig schlechter ausfällt (Abbildung 8). In den inneren Bezirken ist das Netz der Nahversorgung naturgemäß enger, KonsumentInnen müssen kürzere Wege zurücklegen und können meistens zwischen mehreren Supermarktketten auswählen. In den noch lockerer bebauten Randgebieten beziehungsweise in Bezirken mit einer großen Zahl an Einfamilienhäusern ist dies meist nicht der Fall.

3.3. Ergänzende Quellen und Studien

Lokale Ökonomien in Wien

Eine Studie des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR) beschäftigt sich mit der Sinnhaftigkeit der Förderung sogenannter „lokaler Ökonomien“ in Wien und in diesem Zusammenhang auch mit „ethnischer Ökonomie“ (ÖIR 2008, vorläufiger Endbericht).

Die Untersuchung beleuchtet europäische und Wiener Projekte zur Förderung lokaler Ökonomien. In Wien steht hierbei die Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung im Mittelpunkt. Diese sieht lokale Ökonomien als wichtiger Faktor, um die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt zu stärken, die Breite der Stadtwirtschaft zu fördern, die Lebens- und Arbeitsqualität in benachteiligten Stadtteilen zu verbessern sowie lokale Entwicklungsprozesse und ökonomische und soziale Potenziale zu nutzen.

Der Begriff der lokalen Ökonomie wird in der Wissenschaft unterschiedlich verwendet. In jedem Fall umschreibt er eine räumliche und geografische Abgrenzung, beispielsweise eine Stadt oder einen Stadtteil.

Zufriedenheit von PensionistInnen mit der Nahversorgung

Eine von der KMU-Forschung in Auftrag gegebene und vom Market-Institut durchgeführte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass für ca. 80% der WienerInnen die Nahversorgung mit Waren des kurzfristigen Bedarfs sehr wichtig und für 12% immer noch wichtig ist.

Die Studie kommt weiters zu dem Schluss, dass rund drei Viertel der WienerInnen diese Güter in der Nähe ihres Wohnortes kaufen. Bei PensionistInnen ist dieser Wert deutlich höher (87%). Auch in dieser Studie wird eine allgemein hohe Zufriedenheit mit dem Wiener Einzelhandel festgestellt. Das ÖIR weist jedoch im Bezug auf diese Ergebnisse ebenfalls auf die teilweise regionale Ausdünnung des Angebots und die Bedeutung der fußläufigen Erreichbarkeit von wichtigen Gütern und Dienstleistungen für einige Bevölkerungsgruppen hin. Das ÖIR kommt zu dem Schluss, dass in einigen Randbezirken diesbezüglich teilweise Unterversorgung herrscht (ÖIR 2008).

Zur Bedeutung der ethnischen Ökonomie für Wien

Das ÖIR sieht in der Existenz „ethnischer Ökonomien“ ein Potenzial zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile. Ausländische UnternehmerInnen erhöhen die Lebensqualität und die kulturelle Vielfalt. Von einem quantitativen Anstieg an Geschäften des Typs „ethnische Ökonomie“ wird eine positive Auswirkung auf die Versorgungssituation mit Gütern und Dienstleistungen in den betroffenen Gebieten erwartet. Als weitere positive Nebeneffekte erkennt das ÖIR die Integration von MigrantInnen in den lokalen Wirtschaftsraum, die dadurch innerhalb der ethnischen Community entstehenden Arbeitsplätze sowie die Kommunikation und Wirtschaftsaktivität sowohl im Herkunfts- als auch im Zielland (ÖIR 2008).

Dieser Funktion als kulturelle „Brückenbauer“ kommen Nahversorgungsunternehmen des Typs „ethnische Ökonomie“ vor allem in Gebieten nach, in denen die Kaufkraft und damit der wirtschaftliche Erfolg gering sind. Von 53.000 Einzelunternehmen in Wien haben fast 16.000 einen migrantischen Hintergrund, ihr wirtschaftliches Potenzial ist daher hoch.

4. Handlungsoptionen

Schmid et al. (2006) formulieren in einer vom AMS Österreich in Auftrag gegebenen Studie einige Handlungsoptionen bezogen auf ethnische Ökonomie, die auch im Zusammenhang mit den Auswertungen der vorliegenden Untersuchung Gültigkeit behalten.

1. Die ökonomische Bedeutung von migrantischen Unternehmen wird nicht vollständig

erkannt und genutzt, daher bestehen Handlungsmöglichkeiten für die öffentliche Hand.

2. Die Möglichkeit der Geschäftstätigkeit muss aus legistischer Sicht erleichtert werden.
3. Auf die Zielgruppe „potentielle UnternehmerInnen“ zugeschnittene Unterstützungsmaßnahmen müssen entwickelt werden sowie bereits bestehende Fördermaßnahmen besser auf deren Bedürfnisse zugeschnitten werden.
4. Es gilt MitarbeiterInnen bei den zuständigen Stellen zu sensibilisieren sowie Vielsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz der Förderprogramme und auch von gedrucktem Material zu forcieren.
5. In den sozialen Netzwerken, in welche viele Ethnien eingebettet sind, gilt es informelle FührerInnen anzusprechen und diese zu Vertrauenspersonen und MultiplikatorInnen zu machen. Hierfür müssten diese Netzwerke aber zuerst analysiert werden.
6. Um die Hemmschwelle der potentiellen UnternehmerInnen zu senken, gilt es aktiv auf diese zuzugehen. Der Eindruck, dass sie als UnternehmerInnen „zweiter Klasse“ behandelt werden, darf nicht entstehen.
7. Auch Frauen dürfen als potentielle Unternehmensgründerinnen nicht vergessen werden und müssen durch spezielle Zielgruppenprogramme gefördert werden.

Auch in der von I&R Sozialforschung durchgeführten Studie (Enzenhofer et al. 2007) finden sich einige verfolgenswerte Handlungsoptionen:

1. Aktives Ansprechen und interkulturell kompetente Beratung der Zielgruppe;
2. positive Imagekampagne und Öffentlichkeitsarbeitsoffensive,
3. Optimierung des Schnittstellenmanagements (den UnternehmerInnen die Beratungs- und Unterstützungsangebote der Stadt Wien näherbringen);
4. Unterstützungsangebote für gering qualifizierte;
5. Verbesserung des Zugangs zu Mikrokrediten;
6. Verbesserung der Praxis der Gewerbeberatung;
7. Veranstaltung einer eintägigen (Zukunfts-) Konferenz;
8. Förderung der Lehrlingsausbildung;
9. Erforschung der Netzwerkstrukturen von ethnischen Unternehmen;
10. Ausbau und gezielte Nutzung von neuen Informationstechnologien für die ethnischen Ökonomien.

Außerdem lassen sich aufgrund der Datenauswertung der Studie aus dem Jahr 2008 noch weitere Handlungsoptionen formulieren:

1. Betriebswirtschaftliche Überlegungen, wie gemeinsame Marketingstrategien, Einkaufsgemeinschaften etc., um den Kleinunternehmern mehr „Marktmacht“ zu verschaffen, was letztlich zu niedrigeren Preisen in den Geschäften führen kann;
2. Forcierung von Ansiedlungen des Geschäftstyps „Greißler“ in Ballungszentren der Randbezirke, wie zum Beispiel in Wohnhausanlagen oder anderen wichtigen Punkten;
3. Aktionen zur Zusammenbringung der relevanten Gruppen, also im Zusammenhang mit dieser Untersuchung ältere Menschen und Geschäftstypen der ethnischen Ökonomie durch Aktionstage oder ähnliche Veranstaltungen;
4. Stärkung der Bereitschaft, auch tatsächlich Geschäfte des Typs „Kleinteiliger Einzelhandel“ aufzusuchen;
5. Supermarktketten könnten verstärkt Produkte in ihr Angebot nehmen, welche bevorzugt von manchen migrantischen Gruppen gekauft werden. Dies kann in der Einführungsphase in jenen Bezirken versucht werden, in denen die größten Gruppen an Zugewanderten leben;
6. weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Supermärkten für MigrantInnen müssten in Erwägung gezogen werden (zum Beispiel zweisprachiges Personal, Beschriftungen neben Deutsch auch in anderen Sprachen).

5. Schlussbetrachtungen

In der Gesamtbetrachtung ist die Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten in Wien hoch und konnte sich in den letzten Jahren sogar verbessern, wie ein Blick auf vorangegangene Studien zeigt. Dennoch gibt es geringfügige Unterschiede bei Betrachtung einzelner Bezirke und einzelner Gruppen.

Die Steigerung der Zufriedenheit muss sich daher auf zwei getrennte Bereiche konzentrieren, wie in den Handlungsoptionen vorgeschlagen: 1. der bessere Ausbau der Nahversorgung in den Randbezirken und 2. die Steigerung der Attraktivität der Angebote für Gruppen mit Migrationshintergrund, insbesondere Personen aus der Türkei. Vor allem der zweite Punkt sollte für Wien als Weltstadt hohe Relevanz haben. Die Zufriedenheit von Gruppen mit Migrationshintergrund, auch in Bereichen wie den Einkaufsmöglichkei-

ten, hat sicherlich eine integrative Funktion. Die gezielte Förderung „ethnischer Ökonomien“ im Bereich der Nahversorgung wäre somit eine Handlungsoption, die einerseits den speziellen Bedürfnissen der MigrantInnen entgegenkommt, zusätzliche Einkaufsmöglichkeiten für die Gesamtbevölkerung schafft und schließlich auch einen Beitrag zur besseren Kommunikation innerhalb der Wiener Gesamtbevölkerung herstellen könnte.

Der Ausbau der Nahversorgungsmöglichkeiten in den Randbezirken soll vor allem jenen Bevölkerungsgruppen zugute kommen, die die tägliche Nahversorgung als problematisch sehen. Die gezielte Ansiedlung von kleinen Geschäften, „Greißlern“, in jenen Stadtteilen, die in dieser Hinsicht unterversorgt sind, wäre eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken. So könnte das unternehmerische Potenzial, welches Gruppen mit Migrationshintergrund darstellen, dazu genutzt werden. Durch dessen gezielte Unterstützung könnte die Nachfrage an Lebensmitteln des täglichen Bedarfs mit dem Angebot, welches kleinteilige Einzelhandelsgeschäfte des Typs „ethnische Ökonomie“ darstellen, zur Steigerung der beiderseitigen Zufriedenheit zusammengeführt werden.

Literaturverzeichnis

- Enzenhofer*, Edith; *Kessler*, Irene; *Lechner*, Ferdinand et al. (2007): „Ethnische Ökonomien – Bestand und Chancen für Wien. Endbericht“ L&R Sozialforschung, Wien.
- Haberfellner*, Regina (2000a): Ethnische Ökonomie als Forschungsgegenstand der Sozialwissenschaften, in: SWS-Rundschau (40. Jg.) Heft 1/2000, 43–61.
- Haberfellner*, Regina (2000b): „Ethnic Business“. Integration vs. Segregation, ZSI, Wien.
- Heckmann*, Friedrich (1998): Ethnische Kolonien. Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung?, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik (Hrsg.): Ghettos oder ethnische Kolonien? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil, Bonn, 29–41.
- Kotler*, Philip; *Bliemel*, Friedhelm (2000): Marketing-Management, Analyse, Planung und Verwirklichung, Pearson-Studium, München.
- Kuß*, Alfred; *Tomczak*, Thorsten (2000): Käuferverhalten. Eine marketingorientierte Einführung, Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft, Stuttgart.
- ÖIR (2008): „Lokale Ökonomien in Wien. Vorläufiger Endbericht“ ÖIR – Österreichisches Institut für Raumplanung, Wien.
- Schmid*, Kurt; *Mandl*, Irene; *Dorr*, Andrea et al (2006): „Entrepreneurship von Personen mit Migrationshintergrund. Endbericht“ Studie im Auftrag des AMS Österreich.
- Stadtentwicklung Wien (Hrsg.) (2007): „Leben und Lebensqualität in Wien. Werkstattbericht“, MA 18–Stadtentwicklung und Stadtplanung.
- Url*, Thomas (2005): Die Konsumausgaben österreichischer Haushalte im Pensionsalter, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.

Bernhard Wolfram

Der Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Wohnsituation – Zufriedenheit mit Wohnung und Umfeld

1. Einleitung

Jede Lebenssituation ist auf ihre Weise einzigartig und von verschiedensten Rahmenbedingungen beeinflusst. Eng verknüpft mit der Lebenssituation sind die Wohnsituation und damit einhergehend die derzeitigen Wohnbedingungen. Die Wohnverhältnisse können allerdings höchst unterschiedlich sein, selbst wenn sich Wohnungen in Größe, Ausstattung und Kosten, oder auch die Wohngegenden sehr ähnlich sind. Gezeigt werden soll, inwieweit die soziale Situation und sozioökonomische Faktoren die Wohnverhältnisse und die Zufriedenheit mit selbigen beeinflussen. Der Indikator der Wohnzufriedenheit soll im Rahmen dieser Arbeit in die Bereiche Wohnungszufriedenheit und Wohnumgebungszufriedenheit zerlegt werden.

Veranschaulicht werden soll zum einen ein differenziertes Bild der Wohnsituationen von verschiedenen Personengruppen, die in weiterer Folge durch den Begriff „Lebenslagen“ näher beschrieben werden, zum anderen soll aber auch auf die verschiedenen Stadtgebiete in Wien eingegangen werden.

In dieser Untersuchungsmaterie ergeben sich folgende Fragestellungen, die im Rahmen dieses Beitrags beantwortet werden sollen:

Welche Stadtgebietstypen werden von welchen Personengruppen bewohnt? Welche Wohnungstypen (Rechtsverhältnis, Größe) werden vorwiegend von Personen bestimmter sozialer Schichten gewählt und wie zufrieden sind sie damit? Gibt es Unterschiede zwischen der Zufriedenheit mit der Wohnung und der Zufriedenheit mit der Wohnumgebung, und woran lassen sich diese festmachen? Kann aufgrund der Zufriedenheit mit der Wohnsituation festgestellt werden, ob es zwischen den Gruppen unterschiedliche Präferenzen im Punkt „Wohnungszufriedenheit vs. Wohnumgebungszufriedenheit“ gibt?

2. Wohnen

Wohnen und Wohnbedürfnisse

Wohnen stellt einen wichtigen Bestandteil des menschlichen Lebens dar, verbringen wir doch mehr als ein Drittel unserer Zeit damit, wobei das Schlafen noch gar nicht berücksichtigt ist. Legt man den Wohnbegriff eng aus, so bezieht man ihn ausschließlich auf alle Tätigkeiten, die innerhalb der Wohnung verrichtet werden (Horvath 2004, 15).

Da Menschen aber einen großen Teil ihres Lebens innerhalb ihrer Wohnung verbringen, kann man unter dem Begriff Wohnen weit mehr als die Ausübung von Tätigkeiten verstehen. In weiterer Betrachtung zählen objektive Funktionen wie Ernährung, Erziehung, Körperpflege, Schutz vor Wetter, Erhaltung der Gesundheit und Kommunikation (Grünberger 2006, 22). Weichert beschreibt die Wohnung als multifunktionale Mitte der Welt des Menschen. Sie ist: „Aufbewahrungsort für die persönliche Habe, unverzichtbare Voraussetzung für die menschliche Existenz, Ort der engsten Sozialkontakte, Ort der persönlichen Freiheit, Ausdruck der Persönlichkeit, Schaufenster der Seele, Wirtschaftsgut und Wertobjekt und Ort der Verwirklichung menschlicher Grundbedürfnisse“ (Weichert 1993, 53).

Wohnen, im Sinne von daheim sein, beschreibt das Verhalten innerhalb der eigenen Wohnung zur Befriedigung der Wohnbedürfnisse (Musil 2004, 18).

Sucht man nach grundsätzlichen, allgemeinen Wohnbedürfnissen, so unterscheidet Antje Flade in Anlehnung an Maslows Bedürfnispyramide folgende: physiologische Bedürfnisse nach Wärme, Licht, Ruhe, Erholung und Schlaf, das Bedürfnis nach Sicherheit, Beständigkeit, Vertrautheit, das Bedürfnis nach Privatheit im Sinne der Zugangskontrolle zum eigenen Selbst (sowohl Alleinsein als auch Zusammensein), das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung, Prestige, Status und Ansehen, das Bedürfnis nach Selbstentfaltung (Flade 1993, 47).

Erich Bodzenta stellt fest, dass Wohnen immer im Bezug zur jeweiligen Lebensphase zu sehen ist, wobei für ihn vor allem Alter, soziale Stellung und die Beziehung zum Raum ausschlaggebend sind. Beispielsweise ist der Bedarf nach Spielmöglichkeiten, Einkaufsmöglichkeiten und Platz für

Ruhe und Erholung bei Kindern, Erwachsenen oder PensionistInnen unterschiedlich hoch (Bodzenta 1993, 17 ff.).

Für Antje Flade findet Wohnen nicht nur innerhalb der Wohnung, sondern auch außerhalb, in der näheren und weiteren Wohnumgebung, statt. Somit hängt die Wohnqualität bzw. das Ausmaß, in dem die Wohnbedürfnisse befriedigt werden können, nicht nur von den eigenen vier Wänden, sondern auch von einer adäquaten Wohnumgebung ab. Je nach Bedarf nimmt man kürzere und weitere Strecken in Kauf, innerhalb derer sich diese decken sollten. Als Beispiele werden etwa Abstellraum für Fahrrad, Sitzbank, Briefkasten, Grundschule oder Einkaufszentrum genannt (Flade 1987, 15).

Wohnungswünsche und Wohnungswahl

Die Formulierung „Wohnungswahl“ vermittelt einen aktiven Zugang der jeweiligen Personen zu einem bestimmten Eigenheim, das aus einer Vielzahl von Angeboten ausgewählt wurde. Hier muss aber angemerkt werden, dass der sogenannte Wohnungsmarkt, der im Idealfall einer Masse an WohnungsnachfragerInnen ein breites Spektrum an alternativen Angeboten bieten kann, nie existiert. Sichtbar werden nur bestimmte, in Kaufkraft ausdrückbare Wohnbedürfnisse, wohingegen Wünsche von Personen, die über keine adäquate Kaufkraft verfügen, am Markt unsichtbar sind. Kurz, der Marktmechanismus kann kein verlässlicher Anzeiger von Wohnbedürfnissen sein, wenn angesichts permanenten Wohnungsmangels und nachhinkender Kaufkraft der Haushalte das Angebot die Nachfrage bestimmt und nicht das umgekehrte Verhältnis, wie im Markt üblich (Häußermann/Siebel 2000, 214 f.).

Daher muss die Wohnungswahl und die Wahl des Wohngebietes immer als eine Auswahl unter eingeschränkten Möglichkeiten gesehen werden. Begrenzt wird sie durch das (leistbare) Angebot, die Verkehrsanbindung, die Familiensituation oder körperliche Beeinträchtigungen.

Wohnzufriedenheitsuntersuchungen sind hauptsächlich gegenstandsbezogen und orientieren sich an Beispielen diverser Wohnungstypen, Wohnanlagen und Wohnformen. Bei derartigen Befragungen wird analysiert, inwieweit die tatsächliche Situation mit den Erwartungen der Bewohner übereinstimmen und welche Änderungen eine höhere Wohnzufriedenheit ergeben. Im Gegensatz dazu zielen Erhebungen über Wohnwünsche und -vorstellungen direkt auf den/die Woh-

nungssuchende(n) ab. Während bei Zufriedenheitsuntersuchungen die Mehrheit angibt, mit ihren Wohnverhältnissen einigermaßen zufrieden zu sein, entsprechen die gewünschten Idealverhältnisse nur selten der Realität. Beispielsweise wünschen sich je nach Untersuchung rund ein bis zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung ein Einfamilienhaus, der Anteil der Einfamilienhäuser in Wien betrug 1991 allerdings nur 6% (Mayer 2002, 26 f.).

Wohnen in Wien

Die im Rahmen des Mikrozensus der Statistik Austria im Jahr 2006 im Jahresdurchschnitt erhobenen und 2007 publizierten Daten legen anhand quantitativer Werte die Wohnsituation in Gesamtösterreich und nach Bundesländern dar. 2006 gab es demnach in Wien 815.700 Haupt-sitzwohnungen, von denen 88,7% der Ausstattungskategorie A und 6,2% der Kategorie D zuzuordnen sind. Während bei Kategorie A der gesamtösterreichische Durchschnitt (89,8%) knapp verfehlt wird, ist der Anteil an Kategorie-D-Wohnungen fast dreimal so hoch (2,1%).

Im Bezug auf die Bauperiode stellt die Statistik Austria fest, dass 31,6% (Gesamtösterreich 17,8) der Hauptwohnsitzwohnungen bis 1918, 23,6% (20,1%) zwischen 1919 und 1960 und 44,8% (62,2%) nach 1960 errichtet wurden.

Vergleicht man die Rechtsformen der Wohnungen, so zeigt sich für das Jahr 2006 folgendes Bild: HauptmieterInnen 74,5% (38,3%), Wohnungs- und HauseigentümerInnen kommen auf 20,5% (51,6%) und sonstige Rechtsverhältnisse auf 5,1% (10,2%).

Die Größe der Wohnungen ist mit Verhältnis 39% (20%) für unter 60 m², 39% (31%) für 60 bis 90 m² und 22% (48%) für über 90 m² auf die Gesamthauptwohnsitze verteilt.

Im Mikrozensus wurde auch die Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnräume erhoben, was zu folgendem Ergebnis führte: 31,1% (15,5%) mit einem oder zwei Wohnräumen, 32,5% (23,3%) mit drei Wohnräumen und 36,4% (61,2%) mit vier oder mehr Räumen. Hier fallen die Daten der RespondentInnen der Grundlagenforschung 2008 signifikant anders aus, wobei aufgrund der schwierigen Zuordenbarkeit von Küchen und Wohnküchen eine gewisse Unschärfe vorhanden ist.

Das Splitting im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung 2008 nach Gebäudegrößen zeigt für Wien: 55% der Befragten wohnen in Gebäuden mit drei bis 30 Wohnun-

gen, 27% in größeren Anlagen, 14% in Ein- und Zweifamilienhäusern und 4% in einem verdichteten Flachbau. Die Statistikdaten zeigen, umgelegt auf diese Kategorienklassen, einen Anteil von über 90% von Hauptwohnsitzen in Gebäuden mit drei oder mehr Wohnungen.

Die Grundlagenforschung ermittelte bei den durchschnittlichen Wohnkosten einen Wert von 413 Euro (inkl. Betriebskosten, exkl. Heizung etc.). Wobei hier Eigentumswohnungen im Monat durchschnittlich mit 260 Euro, Gemeindewohnungen mit 410 Euro, Genossenschaftswohnungen mit 480 Euro und Hauptmietwohnungen mit 490 Euro zu Buche schlagen (Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung 2008, 16 ff.; Statistik Austria 2007, 25 ff.).

3. Wohnzufriedenheit

Wohnzufriedenheit und Wohnqualität

Die beiden Begriffe Wohnzufriedenheit und Wohnqualität werden oftmals exakt getrennt voneinander behandelt. Trotzdem sind sie eng miteinander verknüpft und benötigen sich gegenseitig, um ein umfassenderes Verständnis herstellen zu können.

Die Wohnqualität kann zum einen über objektive Indikatoren gemessen werden, wie die Lage des Wohnhauses, die bauliche Struktur des Stadtgebietstyps, die Größe der Wohnnutzfläche oder die Wohnungskosten. Allerdings müssen auch subjektive Eindrücke wie die Nachbarschaftsbeziehungen, der Ruf der Wohngegend oder das persönliche Verhältnis zur Hausverwaltung in Betracht gezogen werden (Stadtentwicklung Wien 2000, 23).

„Zufriedenheit ist die Übereinstimmung von Wunsch und erlebter Wirklichkeit“ (Klar 1989, 282). Als Wohnzufriedenheit kann daher die Übereinstimmung zwischen Wohnwünschen, bzw. Wohnbedürfnissen und den vorhandenen Wohnbedingungen gesehen werden. Je höher dieser Deckungsgrad ist, desto höher wird die Wohnqualität empfunden und es steigt die Wohnzufriedenheit (Musil 2004, 24).

So beeinflussen neben der Wohnqualität auch weitere sozioökonomische Faktoren die Wohnzufriedenheit, wie Alter, Beruf, Bildung, Einkommen oder soziale Herkunft. Dies führt dazu, dass sich der Zufriedenheitsgrad auch nicht parallel zur Veränderung der objektiven Qualität der

Wohnung verschiebt. Dieselben Wohnbedingungen werden von Personen verschiedener sozialer Gruppen als sehr unterschiedlich zufriedenstellend bewertet (Häußermann/Siebel 2000, 218).

Ein besonders wichtiges Kriterium für die Bewertung der Wohnzufriedenheit ist der Vergleich mit früheren Wohnorten. Wie bereits erwähnt, sind Menschen dann mit ihrer Wohnung zufrieden, wenn sie ihren Erwartungen entspricht. Diese Erwartungen sind aber in der Regel das Resultat früherer Wohnerfahrungen (Musil 2004, 25).

Allerdings liegt das wesentliche Problem bei der Messung der Wohnzufriedenheit darin, dass die Bewertung nach individuellen Kriterien und subjektivem Empfinden erfolgt (Musil 2004, 27).

Wohnumgebungszufriedenheit

Zufriedenheit ist eine gefühlsmäßige Reaktion auf einen Zustand, die Wohnumwelt wird positiver oder negativer bewertet. Wenn die positiven Gefühle überwiegen, würde man sagen, dass man mit seiner Wohnung zufrieden ist. Nun ergibt sich aber das Dilemma, dass man zwar von seiner Wohnung sehr angetan sein kann, die Wohnumgebung jedoch nicht mag. Was bedeutet nun dieser Fall für die Gesamt-Wohnzufriedenheit? Hebt sie sich auf? Untersuchungen zeigen zwar, dass zwischen diesen Einzelzufriedenheiten Zusammenhänge bestehen, jedoch nicht in dem Ausmaß, dass es sinnvoll ist, nur nach einer Gesamtzufriedenheit zu fragen (Flade 1987, 67 f.). „Der Begriff Wohnzufriedenheit ist im Grunde ungenau, weil er diese Unterschiede verwischt“ (Flade 1987, 68).

Erfassung der Wohnzufriedenheit

Um die Wohnzufriedenheit zu bestimmen, gibt es die Möglichkeit, direkt danach zu fragen, oder indirekt über andere Beantwortungen darauf zu schließen. Als Beispiele für direkte Fragen nennen Anderson und Weidemann:

Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung/Ihrem Haus? Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnumgebung/Ihrer Nachbarschaft? Alles in allem: Wie schätzen Sie Ihre Wohnzufriedenheit insgesamt ein? (Anderson/Weidemann 1997, 287 ff.; Flade 2006, 55 f.)

Indirekte Fragen, aus deren Beantwortung man auf die Wohnzufriedenheit schließen kann sind etwa:

Würden Sie noch einmal hier einziehen? Würden Sie diese Wohnung weiterempfehlen? Würden Sie

diese Wohngegend/diesen Standort anderen empfehlen? Werden Sie in den nächsten zwei Jahren noch hier wohnen? Wenn Sie Änderungen an Ihrem Haus/Ihrer Wohnung vornehmen könnten, was würden Sie alles verändern? (Flade 2006, 56 f.)

4. Gebietstypologie – Lebenslage

Sozioökonomische Faktoren und Lebenslagen

Unter sozioökonomischen Faktoren versteht man gemeinhin jene Indikatoren, die die Zuordnung zu einer gesellschaftlichen Schicht ermöglichen. Dazu werden hauptsächlich Bildung, Beruf, Einkommen und Familienstand gezählt.

Es ist zu unterstellen, dass sich der gesellschaftliche und finanzielle Status einer Person und ihre Schichtzugehörigkeit ebenfalls auf die individuellen Wohnbedürfnisse und vor allem auf die Möglichkeiten diese zu befriedigen, niederschlagen (Dittrich 1996, 40).

Der Status eines Menschen beschreibt laut König den Platz innerhalb eines sozialen Gefüges, aufgrund dessen der Person ein gewisses Maß an Wertschätzung entgegengebracht wird. Die Zuordnung dieser Position erfolgt nach objektiven Kriterien, wie Beruf oder Einkommen und nach Statussymbolen, wie Kleidung oder Schmuck (König 1967).

Und schließlich entscheiden die finanziellen Möglichkeiten einer Person darüber, inwieweit sie ihre Wohnbedürfnisse befriedigen kann. Teurere Einrichtungsgegenstände oder Elektrogeräte können von Menschen mit knappen Mitteln nur schwierig angeschafft werden. Weiters muss bedacht werden, dass betreffende Personen nicht nur Gegenstände, die ihre eigenen Bedürfnisse decken sollen, anschaffen, sondern auch solche, die in ihrer sozialen Schicht üblicherweise als wichtig und notwendig angesehen werden. Je nachdem, ob wichtige Statussymbole erworben werden können, wird das Bedürfnis der Person nach Zugehörigkeit, Anerkennung bzw. Prestige befriedigt. Und dieser Faktor wirkt sich wiederum auf die Wohnzufriedenheit aus (Dittrich 1996, 40).

In dieser Untersuchung wurde, um weitere Kreuzungen zu ermöglichen, hauptsächlich auf sechs Lebenslagen (AlleinerzieherInnen LL1, Partnerschaften ohne Kinder LL2, Partnerschaften mit

Kindern LL3, Singles unter 40 LL4, Singles zwischen 40 und 60 LL5 und Singles über 60 LL6) reduziert.

Allerdings ist die Fallzahl in der Gruppe der AlleinerzieherInnen deutlich geringer, was zu einer maximalen Schwankungsbreite von ca. 8,3% führt, wohingegen sie sonst bei zwischen 2,2% bei LL2 und 4,4% bei LL5 liegt. Die Zusammenstellungen dieser Lebenslagen bergen gewisse Unschärfen in sich, was sich zum einen dadurch ergibt, dass man zu AlleinerzieherInnenhaushalten auch Haushalte mit anderen Verwandten, bereits erwachsenen Kindern, unverheirateten Lebenspartnern usw. zählen könnte, bzw. bei Partnerschaften auch jene die haushaltsübergreifend bzw. in Haushalten mit anderen Verwandten bestehen, was hier nicht berücksichtigt wurde.

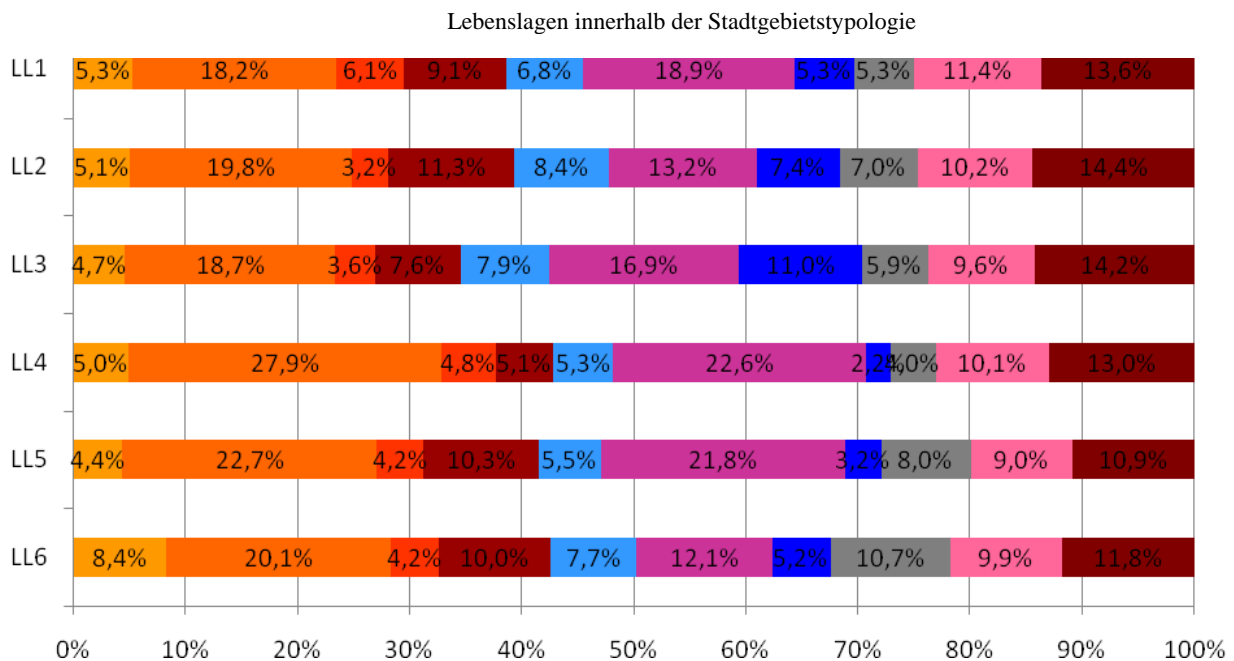
Stadtgebietstypologie

Für die Grundlagenforschung 2008 wurde von der MA 18 eine neue Stadtgebietstypologie entworfen, die zwischen zehn Gebieten unterscheidet und nur mehr nach der baulichen Substanz kategorisiert. Unterscheidungspunkte sind der Anteil der Gebäude bis 1918, zwischen 1919 und 1960, nach 1960 und deren bauliche Dichte, ausgedrückt durch die gewichtete Nettogeschoßflächenzahl. Weiters ist der Anteil der Kategorie-A- und D-Wohnungen am Gesamtbestand sowie jener, die kleiner als 60 m² und größer als 90 m² sind, entscheidend. Als letztes Kriterium zog man den Anteil der Wohnungen in Gebäuden mit lediglich ein oder zwei Wohneinheiten am Gesamtbestand heran.

Abgegrenzt wird auf Basis von 1.364 Zählgebieten, die eine kleinräumige Betrachtung ermöglichen.

5. Wohn- und Wohnumgebungssituation

Verteilung der Lebenslagen innerhalb der Gebietstypologie



1. Zentrum
2. Gründerzeitgebiete mit guter Wohnungsqualität
3. Gründerzeitgebiete mit sehr guter Wohnungsqualität
4. Gebiete mit großformatigen Wohnhausanlagen ab 1960
5. Cottage

6. Gründerzeitgebiete mit Basis-Wohnungsqualität
7. Einfamilienhäuser und Kleingärten
8. Sonst. gewerblich dominierte Mischgebiete
9. Neubaugebiete bis 1960
10. Neubaugebiete ab 1960

Betrachtet man die Verteilung der sechs hier erstellten Lebenslagen innerhalb der Stadtgebiets-typologie, die für Wien generiert wurde, so ergibt sich in einigen Bereichen ein durchwegs inhomogenes Bild.

Hält man sich die Typologie vor Augen, so sieht man im „Zentrum“, was vor allem die Bezirke 1 und große Teile von 4, 8 und 9 betrifft, mit 8,4% bei Singles über 60 einen beinahe doppelt so hohen Anteil wie bei anderen Lebenslagen. In den „Gründerzeitgebieten mit guter Wohnungsqualität“, die große Teile der Bezirke 4, 6, 7, 8 und 9 ausmachen, sieht man vor allem die Singlegruppen stärker vertreten.

Die „Gründerzeitgebiete mit sehr guter Wohnungsqualität“ sind anscheinend für Partnerschaften weniger attraktiv, und in „Gegenden mit großformatigen Wohnhausanlagen“ sind es vor

allem Singles unter 40 und Partnerschaften mit Kindern, die zu geringeren Teilen vertreten sind. Während der „Cottage“-Bereich von Mehrpersonenhaushalten stärker genutzt wird, sind es in den „Gründerzeitgebieten mit Basis-Wohnungsqualität“ vor allem die beiden Singlegruppen unter 60, die stärker vertreten sind. Bei „Einfamilienhäusern und Kleingärten“ liegen Partnerschaften klar vor Singlehaushalten, wobei hier mit zunehmendem Alter mehr Affinität besteht. In den „sonstigen gewerblichen Mischgebieten“ erkennt man innerhalb der Singlegruppen einen Anstieg mit dem Alter, und bei den „Neubaugebieten bis 1960“ herrscht ein relativ harmonisches Bild. Innerhalb der „Neubaugebiete ab 1960“ sind wiederum zunehmend Mehrpersonenhaushalte zu finden.

Betrachtet man die objektiven Wohndaten der Mikrozensushebung 2006, so zeigt sich, dass in Wien durchschnittlich 2,0 Personen (Gesamtösterreich 2,3) pro Haushalt leben, Einfamilien-

haushalte aus 2,8 (3,0) Personen bestehen und AlleinerzieherInnenhaushalte im Mittel 2,6 (2,5) Mitglieder aufweisen (Statistik Austria 2007, 35).

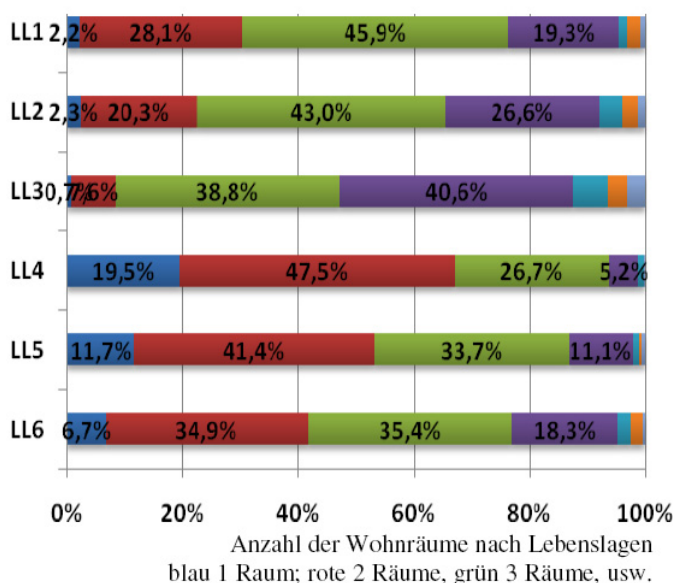
Wohnungsgröße

Um die Wohnungsgrößen, die sich aus der Befragung im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung ergaben, klassifizieren zu können, wurden folgende Kategorien eingeführt: Wohnungsgröße unter 50 m², zwischen 50 und 80 m² und über 80 m². Zieht man die Daten der Mikrozensushebung heran, so wird die durchschnittliche Wohnnutzfläche pro Person in Wien mit 36,5 m² (österreichweit 41,9) angegeben. Neben einem signifikanten Unterschied zwischen Kategorie-A-Wohnungen (37,6 m²) und Kategorie-D-Wohnungen (22,7 m²) zeigen sich auch zum Teil große Unterschiede, je nach Familiensituation. Bei Ehepaaren ohne Kinder, in dieser Arbeit laut Lebenslage 2 ausschließlich Zweipersonenhaushalte, wobei die Ehe hier keine Bedingung ist, stehen jeder Person durchschnittlich 38,6 m² Wohnfläche zur Verfügung. Dieser Wert sinkt bei Ehepaaren mit Kindern, also mindestens Dreipersonenhaushalten auf 23,4 m² pro Person. Bei alleinerziehenden Müttern und Vätern steigt er wieder auf 31,5 bzw. 29,4 m² pro Person. Dass Singlehaushalte durchschnittlich mehr Fläche pro Kopf ausweisen, ist evident. Sieht man sich die Altersverteilung an, so kommen die unter 30-Jährigen auf 49,4 m², die 30- bis 60-Jährigen auf 60,7 m² und die über 60-Jährigen auf 68,4 m² und damit knapp unter die doppelte Fläche der Durchschnittsperson (Statistik Austria 2007, 135 ff.). Allerdings scheint es hier einen beachtlichen Unterschied zwischen Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft und den MigrantInnengruppen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei zu geben. Für 2001 konstatiert Siegfried Opelka die durchschnittliche Wohnnutzfläche pro Person in Wien bei ca. 42 m² für österreichische Staatsbürger, während sie nur bei ca. 20 m² bei Bürgern aus Ex-Jugoslawien und lediglich bei 15 m² pro Person bei türkischen Staatsbürgern liegt (Opelka 2001, 75).

Nun zu den Daten der Grundlagenforschung und zuallererst auf die Gesamtheit der RespondentInnen und deren Einordnung innerhalb der zuvor erwähnten Gruppen. Lediglich 8,6% der Befragten geben an, in Wohnungen, die kleiner als 50 m² sind, zu leben. Schon 42,4% steht eine Wohn-

nutzfläche von 50 bis 80 m² zur Verfügung, und 46,8% leben in Wohnungen, die größer als 80 m² sind. Der Rest auf 100% machte keine Angabe. Hier und auch bei den weiteren Daten der Grundlagenstudie muss darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Werten des Mikrozensus um Durchschnitte, nicht um Klassen handelt.

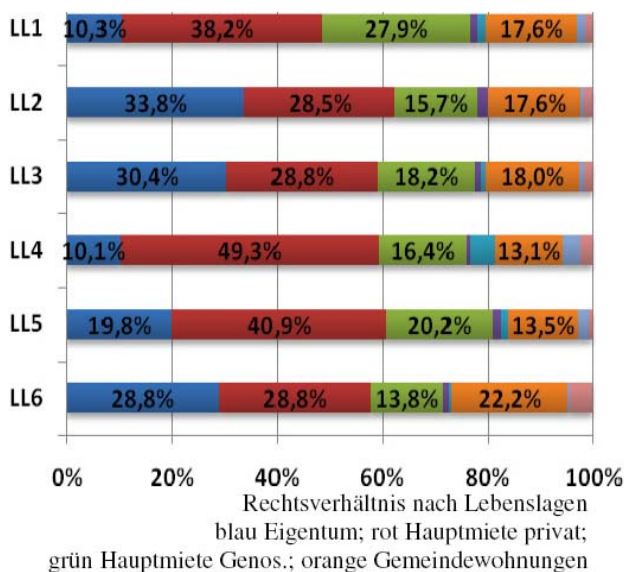
Setzt man den davor gebrachten Durchschnittswerten nun jene, die sich nach Klassen für die einzelnen Lebenslagen ergeben, gegenüber, so erkennt man gewisse Ähnlichkeiten. Im Fall der Singlehaushalte werden die Wohnungen mit zunehmendem Alter größer, was empirisch durch die bessere finanzielle Situation dieser Gruppe und bei über 60-Jährigen wohl auch durch Verwitwung nachzuvollziehen ist. Alle Mehrpersonenhaushalte weisen durchschnittlich größere Wohnflächen auf, wobei hier auffällt, dass AlleinerzieherInnen, deren Haushaltsgröße zwei oder mehr Personen umfasst, durchschnittlich in kleineren Wohnungen wie Personen in Partnerschaft ohne Kinder leben, die ausschließlich zu zweit leben.



Unterscheidet man nicht nach Quadratmeter, sondern nach der Anzahl der Wohnräume, wobei hier nach Zimmern inkl. Kabinett gefragt wurde, ergibt sich folgendes Bild. Die Grafik erinnert stark an die vorige, da auch hier in Singlehaushalten mit zunehmendem Alter mehr Wohnräume zur Verfügung stehen. Der Anteil an Mehrpersonenhaushalten mit lediglich einem Zimmer beträgt um 2% oder darunter.

Rechtsform der Wohnung

Die Daten der Mikrozensuserhebung der Statistik Austria besagen, dass 20,5% (österreichweit 51,5%) aller Wohnungen und Wohnhäuser in Wien im Eigentum ihrer Bewohner stehen. Im europäischen Vergleich liegt Österreich damit im Mittelfeld. Denn während in Deutschland 43% und in der Schweiz lediglich unter 30% der Wohnungen von ihren Eigentümern bewohnt werden, sind es etwa in Portugal 60% und in Spanien sogar 80%. Jedoch sehen die Autoren die Quote in Österreich bei 56%, allerdings für das Jahr 1998 (Behring/Helbrecht 2003, 343). Weitere 74,5% werden demnach in Hauptmiete bewohnt und 5% teilen sich auf andere Rechtsverhältnisse auf (Statistik Austria 2007, 97). Demgegenüber unterscheidet die sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung differenzierter, wobei auch hier für die sechs geschaffenen Lebenslagen ein Durchschnittswert von 24,5% an Eigentumswohnungen und, zählt man Hauptmieten von Privaten, Genossenschaften und der Gemeinde zusammen, ein Wert von über 67% herauskommt.

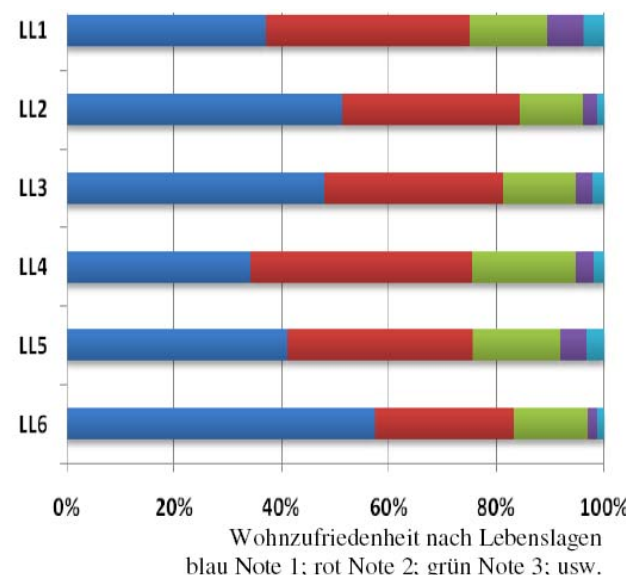


Während vor allem AlleinerzieherInnen und jüngere Singles auffallend wenig in Eigentumswohnungen leben, scheinen vor allem Singles unter 60 weniger Interesse bzw. Zugang zu Gemeindewohnungen zu haben.

6. Wohnzufriedenheit

Zufriedenheit mit der Gesamtsituation

Wie bereits ausgeführt birgt, der Begriff Wohnzufriedenheit eine gewisse Unschärfe, da er sich aus mehreren Teilzufriedenheiten zusammensetzt, jedenfalls jedoch Wohnungszufriedenheit und Wohnumgebungszufriedenheit in sich vereint. Die allgemeine Wohnzufriedenheit wird in der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung mit Frage 19 ermittelt: „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem genommen – mit Ihrer Wohnung?“ Hier gab es die Möglichkeit zur Einordnung von Note 1 = sehr zufrieden bis Note 5 = überhaupt nicht zufrieden. Diese Frage entspricht auch dem Beispiel von Anderson und Weidemann für eine direkte Frage zur Ermittlung der Wohnzufriedenheit.



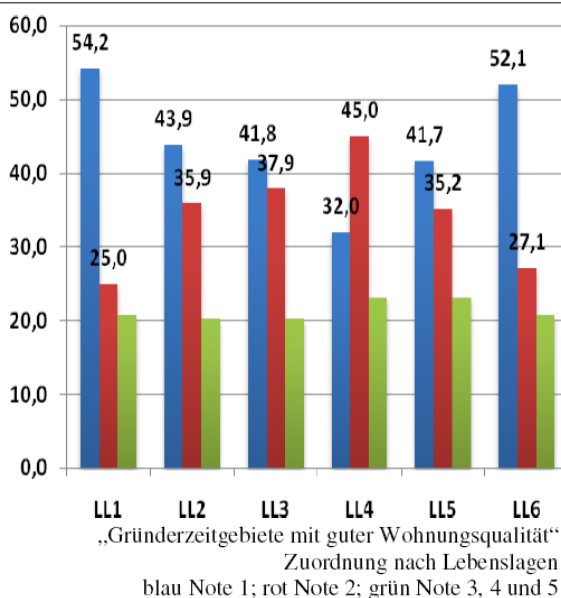
Splittet man die Antworten auf diese Frage zwischen den Lebenslagen auf, so erfährt man, dass ein Großteil der Befragten mit ihrer Wohnsituation sehr zufrieden oder zufrieden ist. Die beiden Lebenslagen mit der geringsten Zufriedenheit sind die AlleinerzieherInnen und Singles unter 40, allerdings vergeben auch hier ca. 75% die Note 1 und 2. Generell liegt dieser Wert bei etwa 80%, was bedeutet, dass nur ein Fünftel der hier befragten Personen die Noten 3, 4 und 5 vergeben haben. Der Anteil Unzufriedener unter der türkischen Bevölkerung ist besonders hoch. Hier geben immerhin 24% die Noten 4 und 5, während dieses Ausmaß etwa bei MigrantInnen aus dem exjugoslawischen Raum deutlich geringer ist.

Die getätigte Aufteilung nach den Lebenslagen verrät nun tendenziell, welche Personengruppen zufriedener sind als andere, erlaubt aber keine Rückschlüsse auf die Situation innerhalb der Stadtgebietstypen. Um das feststellen zu können, ist es notwendig, die jeweilige Lebenslage weiter zu splitten. Stellvertretend für die sechs möglichen Lebenslagen hier zwei Beispiele, jenes der LL3 (Partnerschaften mit Kindern) und der LL4 (Singles unter 40). Diese beiden, weil zum einen die relativ hohe RespondentInnenzahl in diesen Gruppen bei dieser Frage, 1.365 bzw. 603, es zulässt, weiter zu teilen, und weil zum anderen anzunehmen ist, dass sich beide Gruppen von der Altersstruktur her am ähnlichsten sind.

Wie auch im vorhergehenden Diagramm ohne nähere Betrachtung der Gebietstypen, zeigt sich, dass Personen, die in Partnerschaften mit Kindern leben, durchschnittlich zufriedener sind als Singles unter 40 Jahren. Auffallend ist jedoch die teilweise knapp 50% geringere Vergabe der Bestnote 1 bei den Singlehaushalten. Auch bei den Gebieten mit den höchsten Fallzahlen „Gründerzeitgebiete mit guter und Basiswohnqualität“ sowie „Neubaugebiete bis und ab 1960“ setzt sich dieser allgemeine Trend fort.

Eine weitere logische Möglichkeit, nach der man die Gesamtzufriedenheit differenzierter betrachten kann, ist die Ausgabe der Zufriedenheit innerhalb eines Gebietstyps je nach Lebenslage. Hier soll am Beispiel „Gründerzeitgebiete mit guter Wohnqualität“ gezeigt werden, wie unterschiedlich diese aussehen kann. Dieser Typ wurde gewählt, weil 1.052 der innerhalb der Lebenslagen erfassten Personen diesem Gebiet zuzuordnen sind, was innerhalb der Typologie den höchsten Anteil ausmacht.

Neben dem herausstechenden Ergebnis der Lebenslage 1, obwohl hier abermals die sehr geringe Fallzahl zu beachten ist, zeigt sich bei den beiden Gruppen, die in Partnerschaft leben, ein recht stimmiges Bild. Interessant ist aber das Ergebnis, das der Vergleich zwischen den Singletypen bietet. Die Fallzahlen liegen hier jeweils zwischen 110 und 170 Personen, was auch unter Berücksichtigung der Schwankungsbreiten sehr signifikante Unterschiede aufweist. Abgesehen von der Bewertung mit Note 3, 4 und 5, die quer durch die Lebenslagen nahezu identisch oft vergeben wurde, zeigt sich, dass sich Singlehaushalte mit zunehmenden Alter zur Frage „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem genommen?“ durchaus positiver äußern. Einige Faktoren, die zu diesem Ergebnis führen könnten, wurde bereits genannt, insofern man unterstellt, dass größere Wohnun-



gen mit mehr Wohnräumen, die sich zunehmend im privaten Eigentum befinden, die Zufriedenheit steigern.

Abseits der Lebenslagen und Stadtgebietstypologie ist es auch möglich, die Antworten zur Gesamtzufriedenheit mit der Wohnsituation nach weiteren sozioökonomischen Kriterien zu betrachten.

Hier zeigt sich wiederum die schon mit den Lebenslagen ersichtliche zunehmende Zufriedenheit mit dem Alter. Während zwischen Frauen und Männern und den hier ausgewählten Ausbildungstypen kaum Unterschiede bestehen, ist das ungleiche Verhältnis zwischen den Geburtsländern offensichtlich, wobei sich in Österreich Geborene deutlich zufriedener zeigen (1,79) als Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (2,19) und jene mit Geburtsland Türkei (2,68) mit Abstand am unzufriedensten sind. Arbeitslose (2,16) und HilfsarbeiterInnen (2,02) zeigen sich mit ihrer Wohnsituation deutlich unzufriedener als die Vergleichsgruppen, ein wesentlicher Unterschied besteht auch zwischen BewohnerInnen von Eigentums- (1,51) und Mietwohnungen (2,05) sowie zwischen den Einkommensklassen.

Wohnungszufriedenheit

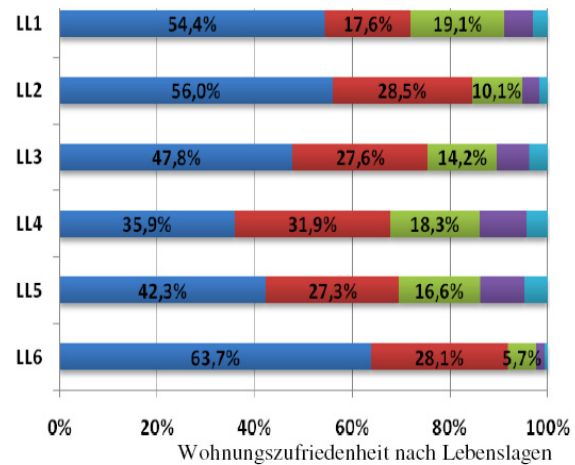
Dieser Arbeit liegt die Annahme zugrunde, dass sich die Wohnzufriedenheit zum einen aus der Zufriedenheit mit der Wohnung, zum anderen aus der Zufriedenheit mit der Wohnumgebung zusammensetzt. Aus diesem Grund ist der naheliegende Schritt nach der Erhebung der Wohnzufriedenheit, im Fragebogen mit der Frage „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem genommen – mit Ihrer Wohnung?“, nun die explizite Zufriedenheit mit der Wohnung zu ermitteln.

Zu diesem Zweck ist die nähere Betrachtung der Frage 20: „Wie beurteilen Sie Ihre Wohnung hinsichtlich der Preiswürdigkeit, Größe, ruhigen Lage, Freiflächen in der Wohnhausanlage, Zustand der Wohnung?“ sinnvoll. Da die Bewertungen im Schulnotensystem von 1 bis 5 erfolgten, scheint es zweckmäßig, zur allgemeinen Betrachtung den Notenschnitt heranzuziehen. Dazu wurden alle Ausprägungen der jeweiligen Lebenslagen zu den fünf abgefragten Punkten nach der Benotung gewichtet und das arithmetische Mittel berechnet. Demnach ergibt sich folgende durchschnittliche Gesamtzufriedenheit mit der Wohnung, je nach Lebenslage:

LL1	LL2	LL3	LL4	LL5	LL6	Gesamt
2,23	2,03	2,14	2,35	2,28	1,97	2,17

Wohnungszufriedenheit – Durchschnitte nach Lebenslagen

Zwar sind die Unterschiede nicht sehr groß, bewegen sich jedoch immerhin in einer Bandbreite von 1,97 bis 2,35, bei einem Gesamtdurchschnitt von 2,17. Dies unterstreicht die bereits aus der vorangegangenen Untersuchung der Frage nach der Gesamtzufriedenheit erzielten Ergebnisse. Vor allem bei den Singles ist wiederum die zunehmende Zufriedenheit mit Zunahme des Alters ersichtlich, bei den beiden Lebenslagen, die über die Partnerschaft definiert werden, zeigt sich eine überdurchschnittliche Zufriedenheit, wobei jene mit Kindern im Mittel eine geringere Zufriedenheit mit ihrer Wohnung aufweisen. Vergleicht man jedoch die hier sehr große Ähnlichkeit zwischen LL2 und LL6 mit den Ergebnissen der vorangegangenen Grafik, welche die Gesamtzufriedenheit mit der Wohnsituation ausdrückt, erkennt man eindeutige Unterschiede. Interessant ist ebenfalls, dass sich die AlleinerzieherInnen durchaus kritischer zu ihrer Wohnung äußern und einen ähnlichen Mittelwert wie die Singles zwischen 40 und 60 Jahren erzielen. Auch hier zeigt die vorangegangene Grafik ein durchaus anderes Bild.



Dieses Diagramm soll die unterschiedliche Benotung anhand der Anteile der jeweiligen Noten zeigen. Es führt nochmal vor Augen, dass ca. 75% der Singles über 60 die Noten 1 und 2 vergeben, wohingegen bei den Einpersonenhaushalten unter 40 nur ein Wert von ca. 60% vorhanden ist.

Betrachtet man die Frage nach der Zufriedenheit mit der Wohnung unabhängig von der Clustering nach Lebenslagen und Stadtgebietstypen, so fallen auch Unterschiede zwischen anderen sozio-ökonomischen Faktoren auf. Bei den hier gebildeten Durchschnitten aus allen fünf Antwortkategorien und Benotungsmöglichkeiten zeigen sich wiederum kaum Differenzen zwischen den Geschlechtern und die typische Zunahme der Zufriedenheit mit dem Alter. Während auch bei den Bildungskategorien kein wesentlicher Unterschied festzustellen ist, gestaltet sie sich nach den Geburtsländern wiederum sehr inhomogen, wobei sich die türkischstämmigen Personen abermals als unzufriedenste Gruppe zeigen. Im Vergleich zu den beiden erwerbsfähigen Gruppen sind die PensionistInnen und Personen in Ausbildung deutlich zufriedener mit ihrer Wohnung. Zwischen den Berufsständen herrscht diesmal ein recht einheitliches Bild, wohingegen sich EigenheimbesitzerInnen und Personen mit höherem Haushaltseinkommen deutlich zufriedener mit ihrer Wohnung zeigen.

Wohnumgebungszufriedenheit

Wie bereits mehrfach erwähnt, liegt dieser Arbeit die These zugrunde, dass sich Wohnzufriedenheit aus der Zufriedenheit mit der Wohnung und der Zufriedenheit mit der näheren und weiteren Wohnumgebung zusammensetzt.

Am Beginn steht die Behandlung der Frage 21 mit ihren jeweils fünf Antwortmöglichkeiten und genauer die Gesamtzufriedenheit mit allen fünf abgefragten Punkten (Luftqualität, Straßensau-

berkeit, Wasserqualität, Müllentsorgung und öffentliche Beleuchtung), je nach Lebenslage getrennt. Zu sehen ist also die Verteilung der Gesamtnennung bei den fünf Punkten je nach Lebenslagen und Noten. Dies ergibt ein sehr homogenes Bild, pendeln doch die Gesamtnennungen von Note 1 und 2 zwischen ca. 82 und 85%, je nach Lebenslage.

Das bedeutet nun, dass entweder die Wohnungszufriedenheit einen deutlich stärkeren Stellenwert bei der Bildung einer gesamten Wohnzufriedenheit hat, oder die hier herangezogene Frage nicht aussagekräftig genug ist, um die Wohnungszufriedenheit zu ermitteln.

Zieht man nun Frage 13 zur Ermittlung der Wohnungszufriedenheit heran, so muss hier auf eine Reihung nach Noten oder Zufriedenheiten verzichtet werden. Im Zuge dieser Frage wurden mehrere Ausstattungsmerkmale eines Wohnhauses bzw. einer Wohnhausanlage aufgezählt, wobei diese nur mit vorhanden oder nicht vorhanden zu beantworten waren (Aufzug, Raum für Kinderwagen, Fahrradabstellraum, Gemeinschaftsraum oder Hobbyräume, Kinderspielraum in Gebäude, Kinderspielplatz innerhalb der Wohnanlage, begehbare Grünfläche, Waschküche, nutzbarer Keller). Insofern scheint es sinnvoll, Personen mit vielen Nennungen als BewohnerInnen mit einer objektiv besseren Wohnung zu sehen. Also ist es wiederum möglich, die durchschnittliche Anzahl der Nennungen je Lebenslage zu ermitteln.

LL1	LL2	LL3	LL4	LL5	LL6	Gesamt
4,46	3,87	4,14	3,41	3,95	3,56	3,90

Gesamtdurchschnitte nach Lebenslagen

Im Zuge der Teilung nach Lebenslagen ergibt sich ein überraschendes Bild. Nach objektiven Kriterien betrachtet, sind plötzlich jene Gruppen, die sich bisher nicht so zufrieden gezeigt haben, weiter vorne und umgekehrt. So ist die Lebenslage 1 der AlleinerzieherInnen mit durchschnittlich 4,46 Nennungen mit Abstand vorne, gefolgt von den Partnerschaften mit Kindern, die ebenfalls deutlich überdurchschnittlich abschneiden. Auch bei den drei Singlegruppen zeichnen sich Veränderungen zu den bisherigen Messungen der Zufriedenheit ab, nach objektiven Kriterien sind die Singles über 60, die bisher fast immer in Führung lagen, knapp vor den Singles unter 40 Vorletzte. Allerdings ist zu beachten, dass die aufgezählten Kriterien nicht für alle Lebenslagentypen von Interesse sind und daher eben wahrscheinlich nicht gezielt bei der Wohnungssuche berücksichtigt werden. Für Singlehaushalte sind Räume für Kinderwagen, Kinderspielräume oder -plätze

sicher nicht von der gleichen Bedeutung wie für Paare mit Kindern oder AlleinerzieherInnen. Das bedeutet aber, dass eben bestimmte Gruppen in objektiv schlechter ausgestatteten Wohnhäusern bzw. in einer qualitativ schlechteren Wohnumgebung leben als andere.

Allerdings, auch wenn man jene drei hauptsächlich für Personen mit Kindern relevanten Ausstattungskriterien wegrechnet, sind die AlleinerzieherInnen mit 3,39 vor LL4 mit 3,16 und LL3 mit 3,12. Schlusslicht ist in dieser Wertung bei einem Gesamtnotendurchschnitt von 3,07 wiederum LL4 mit 2,82 vor LL6 mit durchschnittlich 2,94 Nennungen. Allerdings ändert dieser Vergleich nichts an der vorher festgestellten objektiv besseren Qualität der Wohnumgebung, bei der auch ins Gewicht fällt, dass beispielsweise Singles über 60 überdurchschnittlich oft in Wohnhäusern mit Aufzügen wohnen.

Ein weiteres Konzept zur Messung der Wohnungszufriedenheit hat das IFES-Institut gemeinsam mit der Universität Wien im Rahmen der Datenauswertung der sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung entwickelt.

Dem Modell liegt die mittels Regressionsverfahren bestätigte Annahme zugrunde, dass das Ansehen des eigenen Wohnviertels vor allem von zwei Indikatoren geprägt ist, Beurteilung der Sicherheit und Zufriedenheit mit den Mitbewohnern.

Ausgehend von diesem Modell kann die Zufriedenheit mit dem Wohngebiet anhand der drei hier wichtigen Indikatoren verglichen werden. Dazu wird ein Mittelwert aller Antworten zu den Kategorien „Ansehen des Wohnviertels“, „Sicherheit“ und „Leute in der Nachbarschaft“ gebildet. Anhand dieses Vergleichs zwischen den abermals herangezogenen sozioökonomischen Faktoren zeigt sich diesmal ein einheitlicheres Bild als zuvor bei der Gesamtzufriedenheit und der Wohnungszufriedenheit. So steigt etwa die Zufriedenheitszunahme bei diesen drei Faktoren mit dem Alter nur moderat an, während zwischen PflichtschulabsolventInnen mit Lehre (2,15) und MaturantInnen (2,01) ein erkennbarer Unterschied besteht. Auch die großen Unterschiede zwischen den jeweiligen Geburtsländern heben sich teilweise auf (Ö 2,07), auch wenn sich Personen, die in der Türkei geboren sind (2,32), noch immer am unzufriedensten zeigen. Mit Ausnahme der Arbeitssuchenden sind zwischen den drei übrigen Berufstätigkeitsgruppen kaum Unterschiede festzustellen. Knapp fallen auch die Differenzen zwischen den Berufsständen und den WohnungseigentümerInnen (1,97) und MieterInnen (2,06) aus. Interessanterweise zeigen sich diesmal jene Personen mit höherem Haus-

haltseinkommen deutlich unzufriedener mit ihrem Wohnumfeld als jene mit geringerem finanziellen Rahmen.

unter 40 Jahren diese Annahme nicht. Ähnlich wie AlleinerzieherInnen leben sie in objektiv schlechteren Wohngebieten und qualitativ schlechteren Wohnungen.

7. Schlussbetrachtung

Die erste Forschungsfrage, die der Verteilung der Lebenslagen auf die Stadtgebietstypologie nachgeht, konnte mit der Stadtgebietstypologie nach Lebenslagen beantwortet werden. Es ist ersichtlich, dass sich verschiedene soziale Schichten in bestimmten mehr oder weniger qualitativen Gebieten niederlassen. Vor allem die beiden jüngeren Singlegruppen, aber auch AlleinerzieherInnen leben teilweise in objektiv schlechteren Gebieten als Paare ohne Kinder oder Singles über 60. Dies drückt sich auch in einer durchwegs höheren Unzufriedenheit dieser Gruppen aus.

Dass im Bezug auf die Wohnungsgröße teilweise gravierende Unterschiede bestehen, wurde bereits durch die vorhandenen Daten offensichtlich. Paare und Singles über 60 haben mit Abstand den größten Anteil an Eigentumswohnungen und sind auch zufrieden damit. Die Wohnungszufriedenheit steigt mit der Größe der Wohnung und ist überdurchschnittlich bei Lebenslagen mit hohem Eigentumsanteil. Dass der Anteil an Eigentumswohnung mit dem Alter zunimmt, stimmt zumindest für die Singlehaushalte. Weiters zeigt sich auch, dass AlleinerzieherInnen kleinere Wohnungen bzw. weniger Wohnräume als Paare mit und ohne Kinder zur Verfügung haben. Während bei der Zufriedenheit mit der Wohnung die ältesten Singles weit vorne und die jüngeren weit hinten lagen, glich sich dieses Bild bei der Ermittlung der Wohnumgebungszufriedenheit durch die Frage 21 stark an. Frage 13 zeigt, dass die homogene Zufriedenheit zwischen den Lebenslagen bei Frage 21 im Bezug auf objektive Bewertungskriterien nicht eindeutig nachvollziehbar ist. Hier leben nämlich die AlleinerzieherInnen und Personen in Partnerschaften in der objektiv besseren Wohnumgebung.

Es haben sich Unterschiede zwischen der Zufriedenheit mit der Wohnung und jener mit der Wohnumgebung gezeigt. Die komplexe Wechselwirkung zwischen diesen beiden kann allerdings nur in Ansätzen dargelegt werden. Ob nun wirklich bestimmten „Lebenslagen“ eine höhere Wohnumgebungsqualität wichtiger ist und dafür eine niedrigere Wohnungsqualität in Kauf genommen wird und umgekehrt, kann nicht bewiesen werden. Allerdings bestätigt sich für Singles

Literaturverzeichnis

- Anderson, James R.; Weidemann, Sue* (1997): Developing and utilizing models of resident satisfaction, in: Moore/Marans (Hrsg.): Advances in environment, behavior and design, Vol. 4, New York, 287–314.
- Bebring, Karin; Helbrecht, Ilse* (2003): Mieter oder Selbstnutzer in Europa? Ursachen der unterschiedlichen Eigentümerquoten in ausgewählten europäischen Staaten, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6, 343–353.
- Bodzenta, Erich* (1993): Plätze für Menschen. Sozialer Bedarf in Wohnungs-, Siedlungs- und Stadtplanung, Wien/Köln/Weimar.
- Dittrich, Bernhard* (1996): Bedürfnisse des Wohnens und Siedelns. Eine empirische Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen Wohnbedürfnissen, Wohnabsichten und Wohnbedingungen, Wien.
- Flade, Antje* (1987): Wohnen. Psychologisch betrachtet, Bern/Stuttgart/Toronto.
- Flade, Antje* (1993): Wohnen und Wohnbedürfnisse im Blickpunkt, in: Hans Joachim Harloff (Hrsg.): Psychologie des Wohnungs- und Siedlungsbaus. Psychologie im Dienste von Architektur und Stadtplanung, Göttingen/Stuttgart, 45–55.
- Flade, Antje* (2006): Wohnen. Psychologisch betrachtet, 2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Bern.
- Grünberger, Sigrid* (2006): Les Palétuviers – Wohnqualität und Wohnzufriedenheit. Soziologische Evaluierung der Wohnhöfe Aspern, Klosterneuburg und Tulbingerkogel, Wien.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter* (2000). Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens, Weinheim.
- Klar, Sabine* (1989): Familie und Wohnen, in: BMfUJF (Hrsg.): Lebenswelt Familie – Familienbericht 1989, Wien, 279–293.
- König, René* (1967): Lexikon der Soziologie, Frankfurt/Main.
- Mayer, Vera* (2002): Wohnpräferenzen von Jugendlichen in Wien. Ein Beitrag zur Kultur- und Sozialgeographie des Wohnens, Wien.
- Musil, Ilse* (2004): Wohnzufriedenheit und Wohlbefinden in Hochhäusern, Wien.
- Opelka, Siegfried* (2001): Die Wohnsituation von MigrantInnen in Wien. Eine Darstellung der gegenwärtigen Situation unter Berücksichtigung der Positionen der im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien, Wien.
- Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien, 2008.
- Stadtentwicklung Wien – MA 18 (2000): Wohnzufriedenheit sowie Mobilitäts- und Freizeitverhalten in unterschiedlichen Wohn- und Siedlungsformen. Ergebnisse der qualitativen Analyse, Wien.
- Statistik Austria (2007): Wohnen. Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus. Jahresdurchschnitt 2006, Wien.
- Weichert, Friedrich* (1993): Die neue Wohnungsnot, in: Soziale Aspekte des Wohnens, Heft 1/1993.

Benedikt Jancso

Wirtschaftliche Förderung und Arbeitszufriedenheit in Wien

1. Einleitung

In der vorliegenden Forschungsarbeit beschäftige ich mich mit einer klassischen Fragestellung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Es wird untersucht, welche Auswirkungen die Wirtschaftsförderung der Stadt Wien auf die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten hat. Ich gehe davon aus, dass eine hohe Förderung (monetär wie nicht-monetär) die Arbeitsplatzzufriedenheit steigern lässt. Zur Untersuchung werden hierzu drei für Wien wichtige Wirtschaftsbereiche angesehen: die Industrie, die wirtschaftsnahen Dienstleistungen und den Kulturbereich.

Wien zeichnet sich im nationalen wie internationalen Vergleich durch eine hohe Förderungsquote von Beschäftigten wie von Unternehmen aus. Die Wiener Stadtpolitik hat dazu in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Institutionen ins Leben gerufen und mit stetig steigenden Ressourcen ausgestattet. Zu nennen wären hier besonders der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) und der Wiener ArbeitnehmerInnenfonds (Waff). So können heute Unternehmer wie Arbeitnehmer aus fast allen Wirtschaftsbereichen auf zahlreiche Förderungsangebote zurückgreifen.

Die zentrale Frage, die mein Forschungsvorhaben vorangetrieben hat, war, inwieweit die Beschäftigten von dieser umfangreichen Förderpolitik der Stadt Wien tatsächlich profitieren und ob sich dies in der Arbeitszufriedenheit messen lässt.

Die Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ liefert dafür eine hervorragende Ausgangsbasis, da sie die Arbeitszufriedenheit entlang umfangreicher Variablen misst. Zusätzlich liefert die Studie Daten zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen und zur Nutzung von wirtschaftlichen Förderungseinrichtungen wie dem Waff.

2. Hypothesen und Methodik

Zur Untersuchung meiner Fragestellung muss ich diese operationalisieren. Die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen und die Nutzung des Waff verwende ich dabei als messbare Größe für die wirtschaftliche Förderung von Beschäftigten. Die Arbeitszufriedenheit wird entlang von acht

Variablen gemessen. Dazu wurden folgende zwei Hypothesen formuliert:

1. Beschäftigte aus Wirtschaftsbereichen, die überdurchschnittlich an internen wie externen Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, zeichnen sich auch durch eine höhere Arbeitszufriedenheit aus.
2. Beschäftigte aus Wirtschaftsbereichen, die eine unterdurchschnittliche Arbeitszufriedenheit aufweisen, haben geringere Kenntnisse von Weiterbildungseinrichtungen der Stadt Wien und sind generell mit dem Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten unzufriedener.

Alle dafür notwendigen Daten lassen sich mit Hilfe der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ erheben. Ich gehe davon aus, dass eine Verifizierung bzw. Falsifizierung der Hypothesen mit Hilfe der Daten möglich ist.

Die Auswahl der drei genannten Wirtschaftsbereiche erfolgt bewusst. Auf der einen Seite befinden sich die sogenannten Zukunftsbranchen der Wiener Wirtschaft, das sind wirtschaftsnaher Dienstleistungen und der Kulturbereich. Auf der anderen Seite befindet sich der Industriesektor, der bereits seinen Beschäftigungs- und Produktionshöhepunkt überschritten hat. Für alle drei Bereiche ist Weiterbildung von äußerster Wichtigkeit. Die Zukunftsbranchen benötigen qualifiziertes Personal, das sich stetig weiterbildet. Die Industriebeschäftigten müssen aufgrund von Produktions- und Beschäftigungsrückgang oftmals neue Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt annehmen, was meist nur durch Weiterbildung möglich ist.

Methodisch werde ich bei der Untersuchung meiner Hypothesen folgendermaßen vorgehen: Zunächst werde ich durch eine qualitative Analyse die drei von mir ausgewählten Branchen untersuchen. Ich werde mich dabei auf die Verknüpfung der Ergebnisse der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ mit objektiven Strukturdaten und Sekundärliteratur konzentrieren.

Auf den Ergebnissen der qualitativen Untersuchung aufbauend, formuliere ich im zweiten Teil meiner Untersuchung drei quantitative Modelle.

Dabei untersuche ich mittels einer Regressionsanalyse, welche Faktoren statistisch signifikant auf die Arbeitszufriedenheit einwirken. Ich gehe davon aus, dass ich im Schlussteil meiner Arbeit meine Hypothesen verifizieren oder falsifizieren kann.

3. Qualitative Analyse

Industrie

Laut der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ sind 7% aller Befragten in der Industrie tätig. Von 5.246 Befragten sind dies 384 Personen. Ein Vergleich mit objektiven Strukturdaten zeigt, dass die Daten der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ keine statistisch signifikanten Abweichungen aufweisen. Gemäß der Datenerhebung der Wirtschaftskammer Wien (WKW) waren 2008 rund 10% aller unselbstständig Beschäftigten in der Industrie tätig. Die Abweichung liegt innerhalb der statistischen Schwankungsbreite.

Der Großteil der unselbstständig Beschäftigten war 2008 gemäß den Daten der WKW in Großbetrieben tätig. Insgesamt waren dies 65,5%. Der Rest verteilte sich auf Unternehmen mit 50 bis 249 Mitarbeitern (24,6%) und auf kleine Betriebe mit 1 bis 49 Mitarbeitern (9,8%).

Verwendet man die Unternehmensgröße als Bemessungsgrundlage, dann stellten die kleinsten Unternehmen mit 1 bis 49 Mitarbeitern den größten Anteil an allen Betrieben dar (77,5% bzw. 620 Einzelbetriebe). Die 52 Großbetriebe, in denen ein Großteil der Beschäftigten angestellt war, machten lediglich 6,5% an der Gesamtanzahl aus. In Wien beschäftigen somit wenige große Industrieunternehmen mehr als zwei Drittel aller unselbstständigen Industriebeschäftigten.

Betrachtet man die Entwicklung des Industriesektors vor einem mittel- bis langfristigen Zeithorizont, dann wird grundsätzlich in der Literatur von einer „De-Industrialisierung“ in Wien gesprochen. Fritz et al. (2008, 6) stellen in einer Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) über die Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse in Wien im Zeitraum 2006–2012 fest, dass besonders die Produktionsberufe in der Industrie und die Hilfstätigkeiten im Sachgüterbereich zurückgehen. Die Hauptgründe für diesen Rückgang bei den Be-

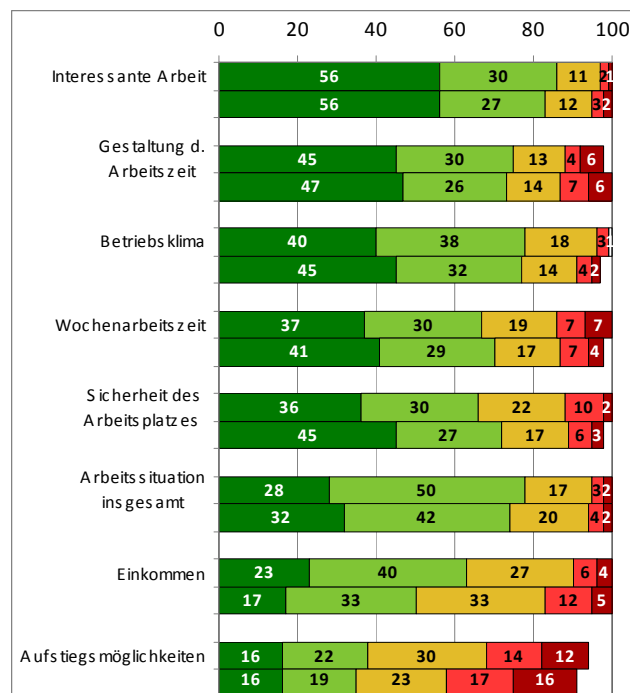
schäftigten sind gemäß der Autoren vor allem Produktivitätssteigerungen und die Verlagerung der Produktion ins Ausland.

Es wird generell davon ausgegangen, dass ein Verlust von Beschäftigten in der Industrie negative Auswirkungen hat. Besonders der Verlust von in der Industrie vorherrschenden vollsozialversicherungspflichtige Jobs, die im mittleren Einkommenssegment angesiedelt sind, verschlechtert die Beschäftigungssituation in Wien als Gesamtes. Einkommensverteilung und Jobqualität können sich dadurch verschlechtern, wie Mayerhofer (2007, 15) dies in einer weiteren WIFO-Studie zur Industriebeschäftigung in Wien zeigt.

Wie äußern sich diese Tendenzen bei der Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten? Abbildung 1 schlüsselt die Arbeitszufriedenheit der Industriebeschäftigten entlang von acht Variablen für 2008 auf. Der obere Balken bildet die Industriebeschäftigten ab, der untere Balken den Durchschnitt.

Abbildung 1: Arbeitszufriedenheit Industrie, in % der Befragten, 2008

Basis: Berufstätige
Oberer Balken: Industrie
Unterer Balken: Gesamt



■ 1 = sehr zufrieden ■ 2 ■ 3 ■ 4 ■ 5 = nicht zufrieden
Rest auf 100 = keine Angabe

Insgesamt zeichnet sich die Industrie durch eine hohe Arbeitszufriedenheit aus. In allen Bereichen, bis auf die Aufstiegsmöglichkeiten, äußerten sich mehr als 60% der Befragten zufrieden bzw. sehr zufrieden mit ihrer Arbeitssituation (grüner Bereich).

Was die Weiterbildungsaktivitäten der Industriebeschäftigten betrifft, geben 20% an, in den letzten 12 Monaten an einer außerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen zu haben. Bei den innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen liegt die Industrie mit 36% drei Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Insgesamt ist das ein sehr positives Bild, denn nahezu jeder zweite Industriebeschäftigte hat in den letzten 12 Monaten an einem Weiterbildungsprogramm teilgenommen.

Zusätzlich geben 2008 49% der Industriebeschäftigten an, den Waff zu kennen. Gegenüber 2003 bedeutet dies einen Zuwachs von 11 Prozentpunkten. Ebenso gibt es bei der Nutzung des Waff einen statistisch signifikanten Zuwachs von 7 Prozentpunkten. 2003 gaben 7% der Industriebeschäftigten an, den Waff bereits genutzt zu haben, 2008 waren dies bereits 14%.

Tabelle 1: Übersicht Industrie

Abweichungen vom Durchschnitt, gemessen in Prozentpunkten, Noten 1 und 2 werden zusammengefasst, für 2008:

	+	-
Kenntnis und Nutzung von Weiterbildung	Kenntnis des Waff (+10) Nutzung des Waff (+7)	
Arbeitszufriedenheit	Einkommen (+13) Arbeitsmöglichkeiten (+11)	Sicherheit des Arbeitsplatzes (-6)

Um eine bessere Übersicht über die genannten Daten zu bekommen, verwende ich Tabelle 1. Diese Matrix listet die positiven und negativen Abweichungen der Industriebeschäftigten vom Durchschnitt auf.

Die Berechnung erfolgt folgendermaßen: es werden jeweils die Prozentzahlen der Noten 1 und 2 zusammengerechnet. Daraufhin schaue ich, ob sich eine positive oder negative Abweichung des Industriesektors vom Durchschnitt ergibt. Die Matrix listet dabei nur die Werte auf, die außerhalb der statistischen Schwankungsbreite liegen (bei $n = 359$ beträgt die Schwankungsbreite beim Signifikanzniveau von 95% maximal 5,2 Prozentpunkte).

Es ergibt sich auf Basis dieser Darstellung bei den Industriebeschäftigten kein eindeutiges Bild. Besonders bei der Nutzung und der Kenntnis des Waff liegen die Industriebeschäftigten über dem Durchschnitt. Zusätzlich wird besonders das eigene Einkommen signifikant besser als der Durchschnitt bewertet. Bei Arbeitsplatzsicherheit und den Arbeitsmöglichkeiten ergibt sich ein konträres Bild.

Kulturbereich

Der Kulturbereich hat in den vergangenen zehn Jahren in Wien einen Aufschwung erlebt. Stadtpolitik und Wirtschaftsforschung haben den Kulturbereich als einen der aussichtsreichsten Zukunftssektoren der Stadt Wien identifiziert.

Der Kulturbereich wird dabei seit einiger Zeit unter dem Begriff „Creative Industries“ zusammengefasst. Die Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung in Wien 2008“ verwendet nach wie vor den älteren Begriff „Kulturbereich“, der jedoch eine große Schnittmenge mit den „Creative Industries“ aufweist. Eine genauere Diskussion der Begriffe findet sich bei Ratzenböck et al. (2006, 17–20).

In Wien wird eine Clusterbildung im Kulturbereich angestrebt (Mayerhofer 2007, 239). Seit 2003 hat die Stadt Wien dazu im Kulturbereich eine zusätzliche Wirtschafts-Förderungsstelle eingerichtet. Als 100% Tochter vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) ist die „departure wirtschaft, kunst und kultur gmbh“ eine eigenständige Institution zur Förderung von Unternehmen im Kulturbereich.

Knapp die Hälfte der im Kulturbereich tätigen Unternehmen sind Einpersonenernehmen. Insgesamt sind gemäß einer WIFO-Studie in Wien 14% aller Beschäftigten in den sogenannten „Creative Industries“ tätig (Ratzenböck et al. 2006, 12). Je nach Datenlage sind dies zwischen 100.000 (Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger) und 120.000 Beschäftigte (Arbeitsstättenzählung).

Ratzenböck et al. (2006) stellen in ihrer Studie eine positive und dynamische Entwicklung der „Creative Industries“ fest. Dies äußert sich beispielsweise deutlich im Beschäftigungswachstum: mit 6% zwischen 1998 und 2002 lag der Kulturbereich ihren Angaben zufolge um 4% über dem Beschäftigungswachstum der Gesamtwirtschaft (Ratzenböck et al. 2006, 11).

5% der Befragten der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“

geben an, im Bereich Kultur zu arbeiten. Dieser Wert liegt um knapp 10 Prozentpunkte unter den zitierten Daten der WIFO-Studie von Ratzenböck et al. (2006). Jedoch gilt hier zu bedenken, dass der Begriff „Creative Industries“ trotz einer großen Schnittmenge ein umfassenderer ist als der Begriff „Kulturbereich“, der von der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung in Wien 2008“ verwendet wird. Es kann also sein, dass nicht alle Befragten eine korrekte Zuteilung der eigenen Tätigkeit zum Kulturbereich getroffen haben.

Gemäß der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ sind 22% aller Freischaffenden der Befragten im Kulturbereich tätig. Dieses Ergebnis ist aufgrund der objektiven Strukturdaten (mehr als 50% der Betriebe bestehen aus einer Person) zu erwarten. Interessant ist, dass sich gemäß den Daten der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ keine Fach- und Hilfsarbeiter im Kulturbereich wiederfinden. Dies lässt auch darauf schließen, dass viele Beschäftigte einen höheren Berufsstatus genießen.

Abbildung 2: Arbeitszufriedenheit Kulturbereich, in % der Befragten, 2008

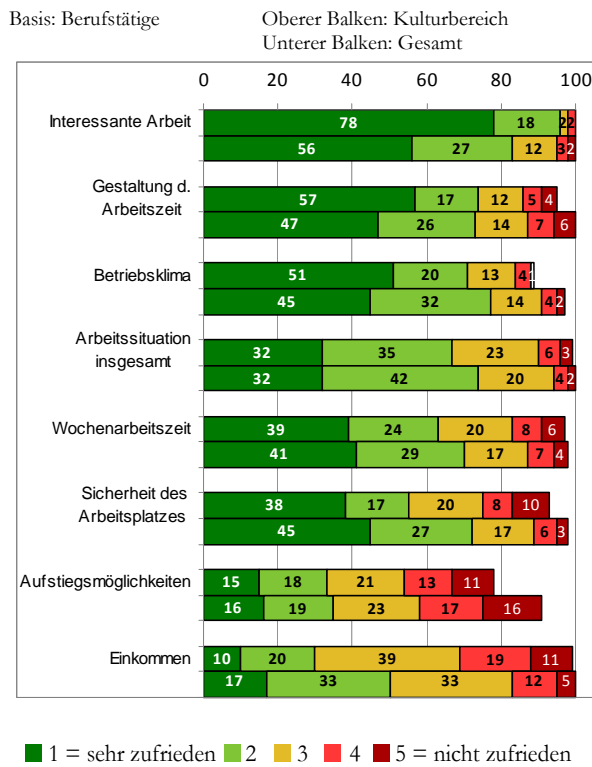


Abbildung 2 schlüsselt wiederum die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten im Kulturbereich im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt für 2008 auf.

Die Bewertungskategorien zeigen einige klare Unterschiede zu anderen Wirtschaftsbereichen auf. Besonders sticht die hohe Zufriedenheit mit dem Faktor „interessante Arbeit“ hervor. Nur 2% sind wenig zufrieden, mehr als 90% geben diesem Bereich die Noten 1 und 2. Damit liegt der Kulturbereich im Vergleich mit allen anderen Wirtschaftsbereichen in dieser Kategorie an der Spitze.

Am unteren Ende befindet sich der Faktor Einkommen. Nur 30% sind mit ihrem Einkommen zufrieden bzw. sehr zufrieden. 19% sind mit dem Einkommen wenig zufrieden und 11% sind nicht zufrieden damit. Im Vergleich mit anderen Wirtschaftsbereichen bildet der Kulturbereich das Schlusslicht bei der Frage nach Zufriedenheit mit dem Einkommen.

Gefragt nach den Weiterbildungsmaßnahmen, weichen die Beschäftigten im Kulturbereich deutlich vom Durchschnitt ab. 66% geben an, an keiner Weiterbildungsmaßnahme in den letzten 12 Monaten teilgenommen zu haben. Das ist eine statistisch signifikante, negative Abweichung um 12 Prozentpunkte vom Durchschnitt. Die zweite deutliche Abweichung lässt sich bei den innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen finden. Nur 17% haben an einer teilgenommen, das ist eine negative Abweichung um 16 Prozentpunkte vom Durchschnitt. Eine Erklärung für diese Abweichung, besonders die innerbetriebliche Weiterbildung, kann in der Betriebsstruktur des Kulturbereichs gefunden werden. Eine Studie von Kerschbaumer et al. (2006, 6) zur beruflichen Weiterbildung in Wien zeigt, dass die Teilnahme an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen signifikant positiv mit der Betriebsgröße korreliert ist. Legt man die kleinstbetriebliche Struktur des Kultursektors der Überlegung zugrunde, dann lassen sich die Abweichungen möglicherweise erklären.

Eine weitere Ursache der geringeren Teilnahme an Weiterbildungsprogrammen könnte auch ein zu geringes externes Angebot sein. Dieses Argument wird beispielsweise von der bereits zitierten Studie von Ratzenböck et al. (2006, 47) unterstützt. Die Autoren stellen fest, dass trotz des hohen Ausbildungsniveaus im Bereich Kultur oftmals Qualifikationen im betriebswirtschaftlichen Bereich fehlen. Die Stadt Wien hat laut ihrer Aussage in diesem Bereich erkennbare Defizite. Als Lösung schlagen die Autoren beispielsweise vor, die vorhandenen Institutionen der Stadt Wien für die Weiterbildung im Kulturbereich besser zu nutzen (Ratzenböck et al. 2006, 47).

Eine dritte Ursache könnte ein Informations- bzw. Kommunikationsdefizit bezüglich der Weiterbildungsmöglichkeiten sein. Die Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ liefert hier eine deutliche Antwort. Gefragt nach dem Waff, geben nur 35% im Jahr 2008 an, diesen zu kennen. Der Kulturbereich bildet erneut mit dem Gastgewerbe (dort geben nur 32% an, den Waff zu kennen) das Schlusslicht im Vergleich mit den anderen Wirtschaftszweigen.

Tabelle 2: Übersicht Kulturbereich

Abweichungen vom Durchschnitt, gemessen in Prozentpunkten, Noten 1 und 2 werden zusammengefasst, für 2008:

	+	-
Kenntnis und Nutzung von Weiterbildung		Weiterbildung generell (-12)
		Innerbetriebliche Weiterbildung (-16)
Arbeitszufriedenheit	Interessante Arbeit (+13)	Kenntnis des Waff (-4)
		Arbeitssituation insgesamt (-7)
		Sicherheit des Arbeitsplatzes (-17)
		Einkommen (-20)
		Weiterbildungsmöglichkeiten (-12)

Tabelle 2 fasst die Beobachtungen wiederum nach bereits beschriebener Methode zusammen. Aus dieser Übersicht kann man eine deutliche Tendenz ablesen. Bei der Nutzung von Weiterbildungsmaßnahmen generell und besonders bei den innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen fällt der Kulturbereich hinter den Durchschnitt zurück. Verglichen mit den wirtschaftsnahen Dienstleistungen, die bei den innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen ein Plus von 11 Prozentpunkten aufweisen, fällt der Kulturbereich stark zurück.

Auch bei der Kenntnis des Waff fällt der Kulturbereich zurück, jedoch ist dies bei der zugrunde liegenden Anzahl der Befragten ($n = 116$) innerhalb der statistischen Schwankungsbreite. Der Abstand zum Industriesektor und zu den wirtschaftsnahen Dienstleistungen ist jedoch signifikant. Er beträgt zu beiden Sektoren nahezu 15 Prozentpunkte.

Finden wir bei den beiden anderen Sektoren grundsätzlich über dem Durchschnitt liegende Arbeitszufriedenheitswerte, so ist dies im Kulturbereich nicht der Fall. Deutlich und statistisch signifikant fällt der Kulturbereich bei der Bewertung des Einkommens, der Sicherheit des Arbeitsplatzes und bei der Zufriedenheit mit den betrieblichen Weiterbildungsmöglichkeiten zu-

rück. Lediglich die Arbeit wird überdurchschnittlich und statistisch signifikant als interessant bewertet. Zusammengefasst lässt sich im Kulturbereich ein negativer Zusammenhang zwischen Arbeitszufriedenheit und unterdurchschnittlicher Nutzung von Weiterbildungsprogrammen erkennen. Diese negative Tendenz wird ebenfalls wie in den anderen Bereichen einer quantitativen Überprüfung im zweiten Teil der Arbeit unterworfen.

Wirtschaftsnahe Dienstleistungen

Der Sektor der wirtschaftsnahen Dienstleistungen stellt einen weiteren wichtigen und vielversprechenden Zukunfts- und Wachstumsbereich für Wien dar. Die fortgeschrittene Tertiärisierung der Wirtschaft – 2006 waren gemäß einer WIFO-Studie (Fritz et al. 2008, 5) 83,7% aller Beschäftigten im Dienstleistungsbereich tätig – wird sich auch in Wien weiter fortsetzen. Das heißt, es kommen stetig neue Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungssektor hinzu.

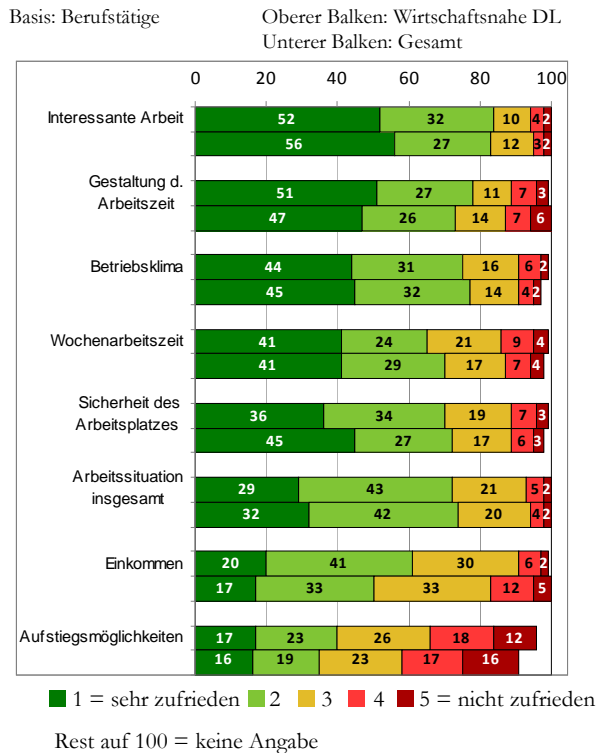
Fritz et al. (2008, 5) gehen in ihrer Studie zum Beschäftigungswachstum in Wien davon aus, dass durch die wirtschaftsnahen Dienstleistungen der Anteil der Dienstleistungen auf 86,2% im Jahr 2012 ansteigen wird. Die Autoren zeigen in ihrer Prognose – Zeithorizont ist 2006 bis 2012 –, dass im Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen nach ihren Berechnungen 35.300 neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen werden. Das sind mehr Beschäftigungsverhältnisse, als in allen anderen Branchen zusammen entstehen werden (+33.600) (Fritz et al. 2008, 5).

Laut der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“, geben 10% aller Befragten an, im Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen tätig zu sein. Hier ergibt sich wiederum eine Abweichung von den objektiven Strukturdaten.

Fritz et al. (2008, 8) gehen nach eigenen Berechnungen davon aus, dass in Wien 2006 bereits knapp 20% aller Beschäftigten im Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen tätig waren. Zählt man das Kredit- und Versicherungswesen noch hinzu, ergibt sich bei Fritz et al. (2008, 8) eine Anteil von über 20%. Die Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ liefert somit eine Verzerrung nach unten von über 10 Prozentpunkten. Ebenso wie in anderen Wirtschaftsbereichen kann als Ursache angeführt werden, dass die Befragten eine nicht korrekte Einstufung ihrer Tätigkeit getroffen haben.

15% der höheren Angestellten und 14% der kleinen und mittleren Angestellten geben an, im Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen tätig zu sein. Zusammen mit 11% der Selbstständigen ist dies die dominante Gruppe der Befragten der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ im Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen.

Abbildung 3: Arbeitszufriedenheit wirtschaftsnahen Dienstleistungen, in % der Befragten, 2008



Wie sich die guten Beschäftigungsaussichten und die Wachstumsprognosen in der Zufriedenheit mit der Arbeitssituation bei den Beschäftigten in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen äußern, zeigt Abbildung 3.

Generell lässt sich auch bei den Beschäftigten der wirtschaftsnahen Dienstleistungen eine hohe Zufriedenheit mit ihrer Arbeit ermitteln. Bis auf eine Kategorie – die Aufstiegsmöglichkeiten – äußern sich in allen anderen Kategorien mehr als 50% zufrieden bzw. sehr zufrieden mit ihrer Arbeitssituation (grüner Bereich).

Bei der Teilnahme an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen innerhalb der letzten 12 Monate zeigt sich ein ähnlich positives Bild. Mehr als die Hälfte aller Befragten hat im letzten Jahr an einer Maßnahme teilgenommen. Besonders bei den innerbetrieblichen Weiterbildungsprogrammen zeichnet sich eine positive Abweichung vom Durchschnitt ab. 40% geben an, an einer innerbe-

trieblichen Weiterbildungsmaßnahme in den letzten 12 Monaten teilgenommen zu haben. Auch bei der Kenntnis des Waff weichen die Beschäftigten in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen positiv vom Durchschnitt ab. 50% der Befragten geben an, diesen zu kennen. 9% geben an, den Waff bereits einmal für eine Weiterbildungsmaßnahme genutzt zu haben.

Tabelle 3: Übersicht wirtschaftsnahen Dienstleistungen

Abweichungen vom Durchschnitt, gemessen in Prozentpunkten, Noten 1 und 2 werden zusammengefasst, für 2008:

	+	-
Kenntnis und Nutzung von Weiterbildung	Kenntnis des Waff (+11)	
	Nutzung beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen gesamt (+6)	
	Nutzung innerbetriebliche Weiterbildung (+7)	
	Einkommen (+11)	
Arbeitszufriedenheit	Arbeitsmöglichkeiten (+19)	Wochenarbeitszeit (-5)
	Aufstiegsmöglichkeiten (+5)	
	Weiterbildungsmöglichkeiten (+6)	
	Gestaltung der Wochenarbeitszeit (+5)	

Tabelle 3 fasst Abweichungen vom Durchschnitt der wirtschaftsnahen Dienstleistungen nach bereits beschriebener Methode wiederum zusammen.

Besonders die Kenntnis des Waff und die generelle Nutzung von betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen in den letzten 12 Monaten weichen statistisch signifikant und positiv vom Durchschnitt ab. Bei den Faktoren der Arbeitszufriedenheit heben sich zwei Faktoren besonders deutlich und statistisch sehr signifikant vom Durchschnitt ab: zum einen zeigen die Befragten aus den wirtschaftsnahen Dienstleistungen eine um 11 Prozentpunkte höhere Zufriedenheit mit dem Einkommen. Zum anderen haben sie eine um 19 Prozentpunkte höhere Zufriedenheit bei der Beurteilung der Arbeitsmöglichkeiten. Dies ist eine sehr deutliche positive Abweichung vom Durchschnitt. Es lässt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Arbeitszufriedenheit und beruflicher Weiterbildung erkennen. Diese qualitativen Ergebnisse werde ich nun im folgenden Kapitel einer quantitativen Untersuchung unterwerfen.

4. Regressionsanalyse

Zur weiteren Überprüfung meiner Hypothesen führe ich in diesem Kapitel eine quantitative Untersuchung mittels einer Regressionsanalyse durch. Ich werde dazu drei Variablen der Arbeitszufriedenheit testen. Dazu zählen die Zufriedenheit mit dem Einkommen, die Zufriedenheit mit der Arbeitsplatzsicherheit und die Zufriedenheit mit den beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten.

Diese drei abhängigen Variablen werden auf einer diskreten Skala von 1 bis 5 gemessen. Der Wert 1 bedeutet dabei, der Befragte ist mit dem jeweiligen Faktor sehr zufrieden, 5 bedeutet, der Befragte ist nicht zufrieden. Für die Interpretation der Koeffizienten bedeutet dies, ein negativer Wert „verbessert“ die Zufriedenheit, ein positiver Wert „verschlechtert“ die Zufriedenheit.

Das Regressionsmodell formuliere ich folgendermaßen: Ich teste die drei Variablen in Abhängigkeit von 15 erklärenden Variablen. Die Strukturvariablen sind Bildung, Geschlecht, Alter und Einkommen. Von diesen Strukturvariablen wird angenommen, dass diese einen zum Teil großen Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit haben. Bis auf das Alter werden die Strukturvariablen als Dummy-Variablen verwendet. Sie nehmen der Wert 1 an, wenn ein Befragter in die jeweilige Gruppe fällt. Zusätzlich werden als unabhängige Variablen die drei Wirtschaftsbereiche und die Teilnahme an einer innerbetrieblichen oder außerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahme in den letzten 12 Monaten verwendet. Die Daten stammen aus der Studie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“.

Die Ergebnisse der Schätzungen werden jeweils im Folgenden übersichtlich aufgelistet. In der mittleren Spalte sind die Koeffizienten aufgelistet (in Klammern die Standardfehler). Entscheidend für die Überprüfung der statistischen Relevanz sind die P-Werte bzw. Signifikanz in der rechten Spalte. Für meine Auswertung der Koeffizienten verwende ich ein Signifikanzniveau von 95% bzw. eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%.

Zufriedenheit mit dem Einkommen

Tabelle 4 listet die Ergebnisse der Schätzung für die Zufriedenheit mit dem Einkommen auf. Das Modell erklärt ca. 11% der Gesamtvarianz der Zufriedenheit mit dem Einkommen. Alle Variablen bis auf Matura sind statistisch signifikant.

Tabelle 4: Regression I

Abhängige Variable: Zufriedenheit mit dem Einkommen

Unabhängige Variable	Koeffizient	Signifikanz
Matura	.050 (.038)	.192
Hochschule	.107 (.039)	.006
Frauen	-.145 (.031)	.000
Alter	.005 (.001)	.000
Einkommen bis 800€	.477 (.065)	.000
801-1.350€	.356 (.052)	.000
1.351-1.800€	.148 (.053)	.006
1.801-2.300€	-.195 (.053)	.001
2.301-3.000€	-.550 (.068)	.000
über 3.000€	-.896 (.079)	.000
Kulturbereich	.388 (.074)	.000
Wirtschaftsnahe DL	-.153 (.048)	.002
Industrie	-.156 (.053)	.004
Innerbetriebliche WB	-.070 (.031)	.024
Außerbetriebliche WB	.087 (.038)	.021
R-Quadrat .117	Korrigiertes R-Quadrat .114	
n = 4.729	F-Wert 41.583	Signifikanz .000

Erwartungsgemäß wird die Zufriedenheit mit dem Einkommen bei wachsendem Einkommen höher. Bei einem Einkommen von über 1.800 Euro drehen die Vorzeichen der Einkommenskoeffizienten. Erstaunlicherweise steigt die Unzufriedenheit mit dem Einkommen im Alter. Gemäß dem Koeffizienten Alter verschlechtert sich die Note mit jedem Lebensjahr um .05 Einheiten. Das würde bedeuten, 20 Lebensjahre lassen die Note um eine Einheit steigen.

Unabhängig von Alter, Bildung, Einkommen und Geschlecht bestätigen die Koeffizienten der Wirtschaftssektoren die qualitativen Ergebnisse. Beschäftigte der Kulturbranche haben demnach eine geringere Zufriedenheit mit dem Einkommen. Der Koeffizient beträgt -.153. Die beiden anderen Wirtschaftsbereiche sind im Schnitt zufriedener mit ihrem Einkommen. Dies ist eine Verifikation meiner ersten Hypothese.

Erwartungsgemäß wirkt sich die Teilnahme an innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen in den vergangenen 12 Monaten positiv auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen aus. Mit

einem P-Wert von .024 ist dieser Wert statistisch signifikant. Beschäftigte, die im eigenen Betrieb an einer Schulung teilgenommen haben, sind zufriedener mit ihrem Einkommen.

Erstaunlicher dagegen ist der negative Koeffizient der außerbetrieblichen Weiterbildung. Dieser ist positiv (.087). Das würde bedeuten, dass Beschäftigte, die an einer externen Schulung teilgenommen haben, unzufriedener mit ihrem Einkommen sind. Eine Erklärung aufgrund der vorhandenen Datenlage gestaltet sich dabei aber schwierig.

Zufriedenheit mit der Arbeitsplatzsicherheit

Tabelle 5 listet die Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit der Arbeitsplatzsicherheit auf. Problematisch bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist das geringe R-Quadrat. Die unabhängigen Variablen erklären demnach nicht einmal 1% der Gesamtvariation der abhängigen Variable. Dies gilt es bei der Interpretation stets zu berücksichtigen.

Tabelle 5: Regression II

Abhängige Variable: Zufriedenheit mit der Arbeitsplatzsicherheit

Unabhängige Variable	Koeffizient	Signifikanz
Matura	-.074 (.041)	.067
Hochschule	.115 (.042)	.006
Frauen	-.129 (.033)	.000
Alter	-.001 (.002)	.434
Einkommen bis 800€	-.018 (.070)	.795
1.801-1.350€	.043 (.056)	.446
1.351-1.800€	.005 (.057)	.927
1.801-2.300€	-.271 (.062)	.000
2.301-3.000€	-.230 (.073)	.002
über 3000€	-.367 (.085)	.000
Kulturbereich	.358 (.080)	.000
Wirtschaftsnahe DL	.230 (.052)	.000
Industrie	.149 (.057)	.009
Innerbetriebliche WB	-.272 (.033)	.000
Außerbetriebliche WB	.017 (.040)	.679
R-Quadrat .043	Korrigiertes R-Quadrat .040	
n = 4.669	F-Wert 13.933	Signifikanz .000

Erstaunlich an den Koeffizienten ist wiederum, dass Akademiker unzufriedener mit ihrer Arbeitsplatzsicherheit sind (.115). Erwartungsgemäß nimmt die Zufriedenheit mit der Arbeitsplatzsicherheit mit steigendem Einkommen zu. Alle drei

Wirtschaftsbereiche weisen positive Koeffizienten auf, den größten Wert hat der Koeffizient der Kultur. Das heißt, arbeitet ein Beschäftigter im Kulturbereich, steigt seine Note um .358 und seine Zufriedenheit verschlechtert sich. Dies bedeutet eine Verifikation meiner ersten These.

Die Teilnahme an einer innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahme ist durch alle Ausbildungs-, Einkommens- und Altersstufen hinweg förderlich für die Zufriedenheit mit der Arbeitsplatzsicherheit. Dieses Ergebnis ist statistisch sehr signifikant. Das heißt, die Teilnahme an einer innerbetrieblichen Schulung schlägt sich unmittelbar in der Zufriedenheit nieder. Dieses Ergebnis unterstützt meine erste Hypothese.

Ein Widerspruch meiner ersten Hypothese entsteht aus der Insignifikanz der außerbetrieblichen Weiterbildung. Zusätzlich spricht der positive Wert des ersten Koeffizienten gegen meine erste Hypothese. Nach den Ergebnissen müsste sich eine außerbetriebliche Weiterbildungsmaßnahme negativ auf die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeitsplatzsicherheit auswirken.

Zufriedenheit mit den Aufstiegsmöglichkeiten

Tabelle 6 listet die Koeffizienten auf, die den Einfluss auf die Zufriedenheit mit den Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf messen. Erneut liefern die Bildungskoeffizienten ein erstaunliches Ergebnis, auch wenn die unabhängigen Variablen wiederum nicht einmal 1% der Gesamtvarianz erklären.

Die Koeffizienten für das Einkommen entsprechen meinen Erwartungen. Mit steigendem Einkommen nimmt die Zufriedenheit mit den beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten zu. Besonders groß ist der Sprung bei der letzten Einkommenssteigerung von unter auf über 3.000 Euro (-.711).

Lediglich der Kulturbereich scheint sich positiv auf die Aufstiegsmöglichkeiten auszuwirken. Die anderen beiden Wirtschaftsbereiche scheinen keinen Einfluss auf die Zufriedenheit mit diesem Faktor zu nehmen. Beide Koeffizienten sind insignifikant.

Die Koeffizienten zur inner- wie außerbetrieblichen Weiterbildungsteilnahme entsprechen nun den Erwartungen meiner ersten Hypothese. Beide besitzen ein negatives Vorzeichen, was bedeutet, dass Beschäftigte, die sich in den letzten 12 Monaten weitergebildet haben, zufriedener mit ihren Aufstiegsmöglichkeiten sind. Hervorzuheben ist, dass der Einfluss einer innerbetrieblichen Maßnahme dreimal so groß ist wie der einer außerbetrieblichen. Weiterbildung scheint für die

Beurteilung von Aufstiegsmöglichkeiten unabhängig von den Strukturvariablen wichtig zu sein.

Tabelle 6: Regression III

Abhängige Variable: Zufriedenheit mit den
Aufstiegsmöglichkeiten

Unabhängige Variable	Koeffizient	Signifikanz
Matura	.228 (.053)	.000
Hochschule	.258 (.054)	.000
Frauen	.081 (.043)	.059
Alter	.008 (.002)	.000
Einkommen bis 800€	.291 (.091)	.001
801-1.350€	.272 (.074)	.000
1.351-1.800€	.172 (.075)	.022
1.801-2.300€	-.022 (.081)	.790
2.301-3.000€	-.191 (.096)	.046
über 3.000€	-.711 (.115)	.000
Kulturbereich	-.241 (.108)	.026
Wirtschaftsnahe DL	-.061 (.066)	.356
Industrie	-.101 (.073)	.165
Innerbetriebliche WB	-.314 (.043)	.000
Außerbetriebliche WB	-.104 (.052)	.045
R-Quadrat .050	Korrigiertes R-Quadrat .046	
n = 4.297	F-Wert 14.918	Signifikanz .000

5. Schlussbetrachtungen

Drei Wirtschaftsbereiche liegen dieser Arbeit zugrunde: der Kulturbereiche, die wirtschaftsnahen Dienstleistungen und die Industrie. Die beiden ersten gehören dabei den sogenannten Zukunftsbereichen der Wiener Wirtschaft an, der letztere zählt eher zu den Bereichen, die ihren Höhepunkt, was Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung betrifft, bereits überschritten haben.

Zur Überprüfung meiner Fragestellung habe ich anhand folgender drei Wirtschaftsbereiche zwei Hypothesen untersucht. Ich bin davon ausgegangen, dass Wirtschaftssektoren, die von der Stadt Wien gefördert werden, eine höhere Arbeitszufriedenheit haben (Hypothese 1). Zweitens habe ich angenommen, dass Wirtschaftsbereiche mit geringerer Arbeitszufriedenheit als der Durchschnitt ein Informationsdefizit bezüglich der Weiterbildungsmöglichkeiten haben und generell mit den Weiterbildungsmöglichkeiten in Wien unzufriedener sind (Hypothese 2). Ich habe dazu im ersten Teil eine qualitative Untersuchungsmethode angewandt, im zweiten Teil habe ich die Hypothesen mit einer Regressionsanalyse unter-

sucht. Folgende zentrale Ergebnisse habe ich bei meinen Untersuchungen erhalten:

1. Ein positiver Zusammenhang zwischen beruflicher Weiterbildung und der Arbeitszufriedenheit ist durch die qualitative Analyse erkennbar. Besonders positiv wirkt sich die Teilnahme an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen aus. (Verifizierung Hypothese 1)
2. Besonders deutlich tritt dieser positive Effekt zwischen innerbetrieblicher Weiterbildung und Zufriedenheit mit dem Einkommen bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen auf, deren Beschäftigte bei beiden Faktoren signifikant über dem Durchschnitt liegen. Genau in die andere Richtung zeigt der Kulturbereich, dort liegen die Beschäftigten bei beiden Faktoren stark signifikant unter dem Durchschnitt. (Verifizierung Hypothese 1)
3. Ein ebenso deutlicher Zusammenhang besteht zwischen der Teilnahme an innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen und der Zufriedenheit mit den Aufstiegsmöglichkeiten. Beide Werte sind positiv miteinander korreliert. Besonders deutlich wird dies wiederum bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen. (Verifizierung Hypothese 1)
4. Ein positiver Zusammenhang zwischen der Teilnahme an außerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen und der Arbeitszufriedenheit lässt sich aufgrund der verwendeten Daten nicht finden. Erstaunlicherweise wirkt sich die Teilnahme an außerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen negativ auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen aus. (Falsifizierung Hypothese 1)
5. Ein statistisch signifikanter und negativer Zusammenhang zwischen der Kenntnis von Weiterbildungsmöglichkeiten und der Arbeitszufriedenheit lässt sich ebenso nicht feststellen. Das zeigt sich im Kulturbereich, der bei den meisten Arbeitszufriedenheitsindikatoren unterhalb des Durchschnitts liegt. Dort lässt sich aber keine signifikante Abweichung beispielsweise beim Bekanntheitsgrad des Waff vom Durchschnitt finden. (Falsifizierung Hypothese 2)
6. Jedoch scheint die Kenntnis und die daraus folgende Nutzung des Waff einen, wenn auch kleinen, aber positiven Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit zu haben. Dies lässt sich

bei den wirtschaftsnahen Dienstleistungen und dem Industriesektor feststellen, die bei der Kenntnis des Waff statistisch signifikant über dem Durchschnitt liegen und eine hohe Arbeitszufriedenheit aufweisen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass besonders die innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen einen großen Einfluss auf Arbeitszufriedenheit und im Besonderen auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen haben. Jedoch gilt es bei diesem Ergebnis zu bedenken, dass die Teilnahme an innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen stark von der Betriebsgröße abhängt. Größere Unternehmen haben andere Möglichkeiten, ihren Mitarbeitern weiterbildende Kurse anzubieten und können es eher verkraften, wenn Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlassen und eine Schulung besuchen. Dennoch kann die erste Hypothese, was die innerbetriebliche Weiterbildung betrifft, auf Grundlage der verwendeten Daten verifiziert werden.

Die erste Hypothese kann jedoch nicht hinsichtlich der außerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen verifiziert werden. Die Teilnahme an einer außerbetrieblichen Maßnahme scheint keinen unmittelbaren Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit zu haben. Dies zeigen auch die Regressionsanalysen 2 und 3.

Besonders bei Beschäftigten aus der Industrie und den wirtschaftsnahen Dienstleistungen zeichnet sich der Waff durch einen überdurchschnittlich und statistisch signifikanten Bekanntheitsgrad aus. Im Kulturbereich, der sich durch eine unterdurchschnittliche Arbeitszufriedenheit auszeichnet, folgt der Bekanntheitsgrad des Waff dem Durchschnitt. Dieses Ergebnis widerspricht meiner zweiten Hypothese. Dabei bin ich davon ausgegangen, dass Förderungseinrichtungen der Stadt Wien wie der Waff in Branchen mit niedriger Arbeitszufriedenheit einen geringeren Bekanntheitsgrad haben. Dies trifft auf Grundlage der von mir verwendeten Daten nicht zu. Meine zweite Hypothese kann ich somit falsifizieren. Ein Informations- bzw. Kommunikationsproblem von Fördereinrichtungen hat keinen direkten Einfluss auf die Arbeitszufriedenheit.

Literaturverzeichnis

Fritz, Oliver; *Huemer*, Ulrike; *Kratena*, Kurt; *Mahringer*, Helmut; *Praan*, Nora; *Streicher*, Gerhard (2008): Mittelfristige Beschäftigungsprognose – Teilbericht Wien. Berufliche und sektorale Veränderungen 2006 bis 2012. Studie des Österreichischen Instituts für

Wirtschaftsforschung in Zusammenarbeit mit Joanneum Research GmbH, im Auftrag des Arbeitsmarktservice Österreich, Wien.

Kerschbaumer, Arno; *Ithaler*, Daniel; *Paier*, Dietmar (2006): Endbericht. Berufliche Weiterbildung in Wien. ZBW – Zentrum für Bildung und Wirtschaft, Wien.

Liebig, Christian (2006): Mitarbeiterbefragung als Interventionsinstrument. Untersuchung ihrer Effektivität anhand des Kriteriums der Arbeitszufriedenheit, Wiesbaden.

Mayerhofer, Peter; *Palme*, Gerhard; *Sauer*, Christoph (2007): Urbane Wirtschaftspolitik unter neuen Rahmenbedingungen. Strategien für eine wachstumsorientierte Förderpolitik in Wien. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Magistrats der Stadt Wien, MA 27, Wien.

Mayerhofer, Peter (2007): De-Industrialisierung in Wien(?). Zur abnehmenden Bedeutung der Sachgütererzeugung für das Wiener Beschäftigungssystem: Umfang, Gründe, Wirkungsmechanismen. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien.

Ratzenböck, Veronika; *Demel*, Katharina; *Harauer*, Robert; *Landsteiner*, Günther; *Falk*, Rahel; *Leo*, Hannes; *Schwarz*, Gerhard (2006): Untersuchung des ökonomischen Potentials der "Creative Industries" in Wien. Studie von Kulturdokumentation, Mediacult und Österreichischem Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Magistrats der Stadt Wien, MA 27, der Wirtschaftskammer Wien und des Filmfonds Wien, Wien.

Wiener ArbeitnehmerInnenfonds (2006): Geschäftsbericht 2005, Wien.

Wirtschaftskammer Wien (2007): Statistischer Jahresbericht 2007. Tabellen und Grafiken, Internet: <http://wko.at/wien/wipol> (Stand 20.5.2009).

Wirtschaftskammer Wien (2007): Unselbstständige Beschäftigte nach der Kammersystematik, Internet: <http://wko.at/wien/wipol> (Stand 20.5.2009).

Wooldridge, Jeffrey M. (2006): Introductory Econometrics, Third Edition, Mason (OH).

Joel Galebr

Soziale Chancengleichheit bei der Inanspruchnahme von institutioneller Kinderbetreuung in Wien

1. Einleitung

„Kinderbetreuung: Wien ist österreichweit Spitze!“ (SPÖ-Wien 2009, Online) jubelt die regierende Wiener Sozialdemokratie auf ihrer Homepage, und die Magistratsabteilung (MA) 10 – Wiener Kindergärten stimmt in ihrem Internetauftritt in das Loblied mit ein. In der Tat braucht die Stadt den nationalen Vergleich nicht zu scheuen. So gibt es hier die österreichweit längsten Öffnungszeiten, die wenigsten Schließtage pro Jahr, die höchste außerschulische Betreuungsquote von Kindern über sechs Jahren. Zwei Drittel aller Krippen für Kinder unter drei Jahren finden sich in Wien und die höchste Versorgungsquote mit Mittagessen kann die Stadt für sich reklamieren. Diese beeindruckende Bilanz in der Bundeshauptstadt lässt sich nicht zuletzt auf die hohen Ausgaben zurückführen. Wien gibt jährlich über 300 Millionen Euro für die Kinderbetreuung aus und ist damit österreichweit Spitzenreiter. Das spiegelt sich allerdings auch in den in Wien besonders hohen Elternbeiträgen wider. Mit dem Verweis auf die soziale Staffelung der Elternbeiträge wird von Magistrat und der SPÖ-Wien allerdings soziale Treffsicherheit in Anspruch genommen. Aber auch in Sachen Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen und Kindern mit Migrationshintergrund wird eine Vorreiterrolle beansprucht, denn „auch in Sachen Integration von Zuwanderer- bzw. behinderten Kindern setzt die Stadt Maßstäbe“ (SPÖ-Wien 2009, 1, 2). Doch wie sieht es mit der sozialen Chancengleichheit beim Zugang zu diesen Leistungen wirklich aus. Sind solche Bevölkerungsgruppen beim Zugang zu institutioneller Kinderbetreuung nicht doch unterrepräsentiert? Wenn ja, worauf lässt sich dies zurückführen? Oder sind diese Bevölkerungsteile in anderer Weise bei der Inanspruchnahme der institutionellen Kinderbetreuung benachteiligt?

Das Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF) stellt fest, dass „in diesem Bereich ... ein prinzipieller Mangel an wissenschaftlichen Untersuchungen und statistischem Material festzustellen ist“ (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2004, 95). Im Rahmen Großstudie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“ wurde eine Reihe für diese Fragestellungen interessanter Daten erhoben. Aufbauend auf diesen Daten soll die vorlie-

gende Untersuchung Erkenntnisse über die Benachteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen bei der Inanspruchnahme von institutioneller Kinderbetreuung in Wien bringen und etwaige Defizite des Wiener Kinderbetreuungssystems aufzeigen.

2. Theoretische Überlegungen

Weitgehend an Michaela Kreyenfeld anlehnd, bauen die folgenden Überlegungen auf der These auf, dass „mit der Organisation der institutionellen Kinderbetreuung spezifische Formen sozialer Ausschlussprozesse verbunden sind“ (2007, 99).

2.1. Staatliche Wohlfahrtssysteme und Kinderbetreuung

Kreyenfeld unterscheidet ausgehend von Esping-Andersen (2000) drei staatliche Wohlfahrtssysteme nach dem Grad ihrer Defamilisierung, wobei den Kinderbetreuungssystemen eine bedeutende Rolle zukommt. Die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten – wie etwa Norwegen, Dänemark und Schweden – fördern, ausgehend vom dort vorherrschenden „dual earner“ Familienmodell, die Erwerbstätigkeit beider Elternteile durch die Herauslösung der Kinderbetreuung aus den Familien, indem sie ein gut ausgebautes, kostengünstiges und qualitativ hochwertiges Betreuungssystem zur Verfügung stellen. Dieses Angebot an öffentlichen Betreuungseinrichtungen wird auch in hohem Ausmaß in Anspruch genommen. Der Defamilisierungsgrad ist somit in diesen Ländern sehr hoch.

Marktliberale Staaten – wie Australien, Großbritannien und USA – überlassen soziale Dienstleistungen wie auch die Kinderbetreuung weitgehend dem freien oder nur leicht regulierten Markt. Interventionen gibt es nur in geringem Ausmaß und bezieht sich vor allem auf sozial- und einkommenschwache Bevölkerungsgruppen. Durch Steuererleichterungen und Transferzahlungen sollen die Kosten der Kinderbetreuung reduziert werden, um die Erwerbstätigkeit – in der Regel jene der Mutter – zu fördern. Nichtsdestoweniger ist der Zugang zu Betreuungseinrichtungen in den marktliberalen Staaten weitgehend von den Familieneinkommen abhängig.

Als dritter Typ von staatlichen Wohlfahrtssystemen gilt das konservativ-korporatistische Modell. Hierfür wird Deutschland oft als „Prototyp“ genannt. Im Hinblick auf die vorherrschende Werterhaltung, die Betreuungsquoten und die strukturellen Rahmenbedingungen der Kinderbetreuung sind sich Österreich und (West-) Deutschland³⁰ sehr ähnlich (vgl. Dörfler 2007, 43 f.). Somit kann auch Österreich eindeutig als konservativ-korporatistischer Wohlfahrtsstaat identifiziert werden. Das vorherrschende Familienmodell in diesen Staaten ist das „male breadwinner model“. Kinderbetreuung wird als familiäre Aufgabe verstanden und durch Transferzahlungen gefördert.³¹ Im Gegensatz zu den marktliberalen Staaten wird die Kinderbetreuung öffentlich gefördert bzw. ist auch ein öffentliches Kinderbetreuungssystem vorhanden. Allerdings sollen diese Einrichtungen weniger der Vereinbarkeit von Beruf und Familie dienen, sondern werden vielmehr als sozialisierungsergänzend verstanden. Somit ist Kinderbetreuung für Kinder ab drei Jahren und vormittags ausreichend und deshalb auch der Defamilisierungsgrad dementsprechend gering.

Trotz der soeben erfolgten Identifizierung Österreichs als klassischer konservativ-korporatistischer Wohlfahrtsstaat muss auf die Sonderrolle Wiens hingewiesen werden. Zwar haben die familienpolitischen Maßnahmen des Bundes, wie etwa das Kinderbetreuungsgeld, auch in Wien ihre Auswirkungen, jedoch lassen sich auch einige Parallelen mit den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten feststellen. So lässt sich für die Stadt ganz allgemein eine geringere Rolle des „male breadwinner model“ als in den ländlicheren Regionen Österreichs vermuten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird gefördert, die Kinderbetreuungseinrichtungen sind größtenteils ganztägig geöffnet und weisen österreichweit am wenigsten Schließtage auf. Im Bereich der Kinderkrippen hat Wien mit Abstand die österreichweit höchsten Betreuungsquoten (23,1%). Diese guten Werte finden ihre Entsprechung in den Elternbeiträgen, die die höchsten in Österreich sind, allerdings unterliegen sie einer sozialen Staffelung. Auch im Vergleich mit Schweden, einem der klassischen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten, zeigt sich dieses Bild.

³⁰ In der ehemaligen DDR gab es eine „umfassende außerhäusliche Betreuung von Kindern“ (Hank et al. 2001, 2). Obwohl „... ein teilweise deutlicher Rückgang der Betreuungsquoten für Kinder aller Altersgruppen nach der Wiedervereinigung festzustellen [ist]“ (Hank et al. 2001, 11), liegen „[...] die Ganztagsbetreuungsquoten immer noch um ein Vielfaches über dem westdeutschen Niveau“ (Hank et al. 2001, 11).

³¹ In diesem Zusammenhang ist auch das österreichische Kinderbetreuungsgeld zu sehen: „The Childcare Benefit favours a male, breadwinner family model [...]“ (OECD 2006, 52).

Zwar variieren die Elternbeiträge dort von Gemeinde zu Gemeinde und sind ebenfalls sozial gestaffelt, dürfen aber im Jahr 2005 136 Euro für das erste Kind nicht überschreiten (Dörfler 2007, 42), während in Wien für die ganztägige Kinderbetreuung, 2005/2006, 206,36 Euro – exklusive den Essensbeitrag von 52,41 Euro und das Gabelfrühstück mit 7,25 Euro – eingehoben wurden (Dolna 2006, 46).

Auch sonst unterscheidet sich Wien von den klassischen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten. Die Betreuungsquoten von 23,1% bei den unter Dreijährigen mögen im Österreichvergleich gut klingen, sind aber weit von den 66% entfernt, die Schweden schon 2003 aufweisen konnte. Bei den Drei- bis Fünfjährigen hingegen liegt Wien 2007 mit einer Betreuungsquote von 83,1% (MA 5 2008, 131/Statistik Austria 2008, 36) sogar etwas über der 2003 erhobenen schwedischen Betreuungsquote von 82,3% (Dörfler 2007, 15), allerdings unter dem Österreichdurchschnitt von 84,9% (MA 5 2008, 131/Statistik Austria 2008, 32).

2.2. Inanspruchnahme von Kinderbetreuungseinrichtungen durch verschiedene soziale Gruppen

Die weitgehende öffentliche Finanzierung zeigt das Interesse an einem möglichst ausgewogenen Zugang der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu den Betreuungseinrichtungen. Jedoch „... sind mit der Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen soziale Ausschlusskriterien verbunden“ (Kreyenfeld 2007, 103). Das gilt auch für Österreich, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) feststellt: „[...] the neighbourhoods most likely to experience difficulties in access ... were low-income and immigrant districts“ (2006, 56).

Dies ist umso problematischer, als gerade die Kinder dieser Bevölkerungsgruppen besonders vom Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen profitieren würden (Kreyenfeld/Spiess 2002, 60). „Kinder, die zu diesen Leistungen keinen Zugang erhalten, können benachteiligt werden“ und somit werden „...bereits im Vorschulalter Ungleichheiten reproduziert ...“ (Kreyenfeld 2007, 103).

Dies lässt sich in jedem Fall auch für Familien mit behinderten Kindern feststellen. So kommt die OECD bezüglich Österreich zu dem Schluss: „... the difficulty it seems ... is that places for severely handicapped children are insufficient in number [...]“ und, – „[...] parents still encounter many difficulties in placing their children in integrated groups“ (OECD 2006, 59).

Die im Mittelpunkt dieser Analyse stehenden armutsgefährdeten Familien, Familien mit Migrationshintergrund und Familien mit behinderten Kindern stellen natürlich nicht alle potentiell benachteiligten Bevölkerungsgruppen dar. Andere Gruppen wie etwa AlleinerzieherInnen und AsylwerberInnen können mit ihren ganz spezifischen Problemen im Rahmen der Untersuchung nicht gesondert betrachtet werden.

2.3. Potenzielle Faktoren der Benachteiligung

Neben dem Wunsch, Kinder familienintern zu betreuen und der Inanspruchnahme nichtinstitutioneller Kinderbetreuung wie durch Tagesmütter bzw. -väter oder auch durch Kindergruppen, sind die meist genannten Gründe für eine Nichtinanspruchnahme von außerhäuslicher Kinderbetreuung die anfallenden zu hohen Kosten, die ungünstige Lage bzw. Erreichbarkeit der Betreuungseinrichtungen, die nicht ausreichenden Öffnungszeiten, aber auch ein mangelndes Angebot, also schlicht das Nichtvorhandensein von ausreichend vielen Plätzen (Dörfler 2007, 27).

Eine Benachteiligung ist nun aber nicht nur vorhanden, wenn in Folge der soeben genannten Faktoren gar keine Kinderbetreuung in Anspruch genommen wird, sondern auch dann, wenn diese Faktoren den Zugang zur institutionellen Betreuung erschweren. Auch die unterschiedliche Qualität der in Anspruch genommenen Kinderbetreuungseinrichtungen kann Ausdruck einer Benachteiligung sein. In markt-liberalen Ländern konzentrieren sich Kinder aus einkommensstarken Haushalten auf Kinderbetreuungseinrichtungen mit hoher Qualität, während Kinder aus einkommensschwachen Haushalten sich – sofern sie überhaupt institutionell betreut werden – auf Betreuungsformen mit entsprechend niedrigerer Qualität konzentrieren (2007, 98). Dieser Effekt kann in deutlich abgemilderter Form auch für Wien angenommen werden. Deshalb wird in der vorliegenden Analyse der Faktor Qualität berücksichtigt, soweit dies mit den zur Verfügung stehenden Daten möglich ist.

3. Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen in Wien

Hier wird nur das Angebot an institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter sechs Jahren betrachtet und umfasst somit nur Krippen und Kindergärten bzw. altersgemischte Kinderbetreuungseinrichtungen. Horte, saisonal betriebene Einrichtungen und nicht-institutionelle Betreuungsformen wie Tageseltern oder Spielgruppen sind nicht Gegenstand der Untersuchung und werden daher nicht berücksichtigt.

3.1. Kinderbetreuungseinrichtungen nach dem Erhalter

In Wien kann zwischen zwei Erhalterformen unterschieden werden:

Öffentlich betriebene Kinderbetreuungseinrichtungen

Neben den 651 Einrichtungen, die von der Gemeinde Wien betrieben werden, sind noch vier vom Bund betriebene Einrichtungen zu den öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen – Krippen, Kindergärten und altersgemischte Einrichtungen – hinzuzuzählen (Statistik Austria 2008, 47).

Privat betriebene Betreuungseinrichtungen

Den öffentlichen Einrichtungen stehen 949 privat betriebene Krippen, Kindergärten und altersgemischte Betreuungseinrichtungen gegenüber (Statistik Austria 2008, 47). Bei diesen ist grundsätzlich zwischen gemeinnützigen und profitorientierten Betreibern zu unterscheiden. Als die wichtigsten gemeinnützigen Träger sind die Dachverbände der „Wiener Kinderfreunde“, einer Vorfeldorganisation der SPÖ, die ÖVP-nahen „Kinder in Wien“, das „Kindergartenwerk“ als Trägerverein für alle römisch-katholischen Einrichtungen zu nennen sowie der „Dachverband der Wiener Privatkindergärten“, der einen Großteil der übrigen gemeinnützigen Trägerorganisationen vertritt (Dolna 2006, 43-63).

Im Gegensatz zu diesen öffentlich subventionierten gemeinnützigen Trägerorganisationen stehen die profitorientierten, nicht subventionierten Einrichtungen. Diese sind zumeist sehr klein und spielen aufgrund der geringen Anzahl eine eher untergeordnete Rolle.

3.2. Kinderbetreuungseinrichtungen für behinderte Kinder

Angebote für behinderte Kinder werden primär von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2004/05 stellte die Stadt Wien 114 Gruppen in Integrationskindergärten mit 456 Plätzen für behinderte Kinder zur Verfügung. Bei privaten Einrichtungen waren es gerade einmal sieben Gruppen. Sonder- bzw. heilpädagogische Kindergärten führt nur die Stadt. In vier Einrichtungen gibt es 16 Gruppen. Kinderkrippen, in denen behinderte Kinder betreut werden, gibt es in Wien gar keine. (MA 5 2005, 9)

4. Analyse

4.1. Methodischer Zugang

Aufgrund der schon in der Einleitung getroffenen Feststellung eines prinzipiellen Mangels an wissenschaftlichen Untersuchungen und statistischem Material geschieht die Annäherung methodisch auf mehreren Ebenen. Die theoretischen Grundlagen und Überlegungen zur Untersuchung erfolgten in erster Linie über Dokumenten- bzw. Inhaltsanalysen. Neben regulär publizierten Werken liegt diesen Analysen vor allem auch „graue Literatur“³² zugrunde. Die so gewonnenen Erkenntnisse wurden durch die Ergebnisse eines Expertinneninterviews ergänzt und weiterentwickelt. Darauf aufbauend wurden Thesen formuliert, die im weiteren Untersuchungsverlauf verifiziert bzw. falsifiziert wurden.

Zentrales Fundament der Untersuchung ist die Großstudie „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008“. Durch die Auswertung der Ergebnisse der Studie lassen sich viele der erforderlichen Erkenntnisse gewinnen. Eine weitere wichtige Informationsquelle bilden öffentlich zugängliche statistische Strukturdaten und darauf aufbauenden eigenen Berechnungen. Um anhand einzelner Strukturdaten Rückschlüsse auf die interessierenden Bevölkerungsgruppen ziehen zu können, bedarf es eines Bezirksvergleiches.

Erkenntnisse über die Gruppe mit Behinderung(en), die von der Großstudie nicht erfasst wurden und für welche im Bereich der Kinderbetreuung kaum öffentlich zugängliche Strukturdaten vorhanden sind, sollten durch das oben schon erwähnte Expertinneninterview erlangt werden.

³² Bücher und andere Publikationen, die nicht über den Buchhandel vertrieben werden.

4.2. Definitionen und Erläuterungen

Armutsgefährdung

„Als armutsgefährdet gelten Personen mit einem korrigierten bzw. nach den im Haushalt lebenden Personen gewichteten Haushaltseinkommen pro Monat, das weniger als 60% des mittleren Einkommens aller Erwerbstätigen beträgt. Der entsprechende Schwellenwert liegt laut Statistik Austria (EU-SILC 2006) bei 893 Euro im Monat. Der Berechnungsschlüssel pro Haushalt lautet: Die erste Person erhält den Faktor 1; jede weitere erwachsene Person ab 14 Jahren den Faktor 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren den Faktor 0,3. Aus der Summe aller Gewichtungsfaktoren errechnet sich der Korrekturfaktor. Das HH-Einkommen wird durch diesen dividiert (Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung 2008, 169).

Migrationshintergrund

Personen mit Migrationshintergrund sind Menschen, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden. Diese Gruppe umfasst MigrantInnen der ersten Generation – Personen, die selbst im Ausland geboren wurden – und der zweiten Generation – Kinder von zugewanderten Personen, die aber selbst im Inland zur Welt gekommen sind.

Behinderung

Der Begriff Behinderung umfasst sowohl Kinder mit geistiger Behinderung als auch rein körperlich behinderte Kinder sowie mehrfach behinderte Kinder. Auf eine genauere Abgrenzung, etwa nach dem Grad der Behinderung, wird hier verzichtet, da die Strukturdaten aufgrund unterschiedlicher Definition von Behinderung ohnehin nicht in die Analyse einfließen können (vgl. ÖIF 2004, 61). Die gewonnenen Erkenntnisse beruhen weitgehend auf einem Expertinneninterview mit einer Vertreterin des Vereins „Integration Wien“, welche bewusst auf eine Definition von Behinderung verzichtet.

Vergleichsgruppen

Zur Gegenüberstellung und Veranschaulichung des gewonnenen Datenmaterials werden Vergleichsgruppen herangezogen. Diese bestehen jeweils aus Familien, die über der Armutsgefährdungsschwelle leben, aus Familien ohne Migrationshintergrund sowie aus Familien ohne Kinder mit Behinderung.

Bezirksvergleich

Im Bezirksvergleich wird der 15. Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus mit 15.376 Euro durchschnittlichem Jahresnettoeinkommen aller unselbstständig Beschäftigten, 27% an armutsgefährdeten Personen³³ und 31,8% AusländerInnenanteil dem 13. Bezirk Hietzing mit 25.382 Euro Einkommen bzw. mit 13% armutsgefährdeten Personen und 10,7% AusländerInnen gegenübergestellt.

Als Kontrollgruppe dienen der 2. Bezirk Leopoldstadt, der ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 17.458 Euro, 27% armutsgefährdete Personen und einen AusländerInnenanteil von 28,3% aufweist, sowie der 19. Bezirk Döbling mit 23.232 Euro Einkommen, 16% Armutsgefährdungsquote und 15% an AusländerInnen (MA 5 2008, 402–435).

Kinderbetreuungseinrichtungen

Kinderbetreuungseinrichtungen unterteilen sich in Kinderkrippen, wo vorwiegend Kinder unter drei Jahren betreut werden, in Kindergärten für drei- bis fünfjährige Kinder sowie in altersgemischte Einrichtungen. In Letzteren werden neben Kindergartenkindern auch Kinder im Vorschulalter oder nachmittags teilweise zusätzlich auch Schüler betreut werden. Die Anzahl der altersgemischten Einrichtungen hat sich in den letzten 5 Jahren mehr als verdreifacht (Statistik Austria 2008, 11).

Innerhalb der Einrichtungen gibt es zumeist mehrere Gruppen. In einer Krippengruppe werden bis zu 15 Kinder, in einer Kindergartengruppe werden hingegen bis zu 25 Kinder betreut. (MA 10, Online)

4.3. Auswertungen³⁴

Inanspruchnahme von institutioneller Kinderbetreuung

Insgesamt wurden 700 Familien mit Kindern unter sechs Jahren in der Studie erfasst. Davon haben 289 Familien, das entspricht 41%, Migrationshintergrund. 8% aller Familien mit Kindern unter sechs Jahren haben Kinder in einer Krippe, 56% dieser Familien haben Kinder in einem Kindergarten.

Von 561 Familien mit Kindern unter sechs Jahren, von denen das Einkommen ermittelt werden konnte, sind 161 armutsgefährdet. 16% dieser armutsgefährdeten Familien haben Kinder in einer Krippe und 55% davon Kinder in einem Kindergarten. Diesen Familien stehen 406 nicht armutsgefährdete Familien gegenüber, von welchen 7% Kinder in einer Krippe und 72% Kinder in einem Kindergarten haben. Eine Unterrepräsentierung von Kindern armutsgefährdeter Familien lässt sich somit nur im Bereich der Kindergärten feststellen. Kinderkrippen nehmen armutsgefährdete Familien mehr als doppelt so häufig in Anspruch. (Abb. 1)

Ein ähnliches Bild bietet sich bei den 289 Familien mit Migrationshintergrund und mit Kindern unter sechs Jahren, welche 13% Kinder in einer Krippe und 54% Kinder in einem Kindergarten haben. Im Gegensatz dazu haben nur 4% von den 411 Familien ohne Migrationshintergrund Kinder in Kinderkrippen und 57% Kinder in einem Kindergarten. (Abb. 1)

Aufgrund fehlender Daten kann an dieser Stelle keine Aussage über die Inanspruchnahme von institutioneller Kinderbetreuung durch Familien mit behinderten Kindern gemacht werden.

Erreichbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen

Die Erreichbarkeit der Betreuungseinrichtungen ist ein zentrales Kriterium für die Auswahl der Betreuungsstätten. So gaben bei einer Möglichkeit der Mehrfachnennung 71% der befragten Familien mit Kindern unter sechs Jahren die Nähe der Kinderbetreuungseinrichtungen zum Wohnort als ausschlaggebend für die Wahl der Einrichtung an. Dieser Umstand ist somit deutlich wichtiger als das inhaltliche Angebot, welches 48% nannten. Bei den Krippen ist dieser Trend mit 74% vor 23% noch ausgeprägter.

Die Dichte der Kinderbetreuungseinrichtungen ist in den ökonomisch schwächeren Bezirken 15 und 2, die auch einen höheren Ausländeranteil aufweisen, mit 15 bzw. 4,8 Einrichtungen pro km² deutlich höher als in den Vergleichsbezirken 13 und 19 mit nur 1,3 bzw. 2,7 Einrichtungen pro km². Diese höhere Dichte an Betreuungseinrichtungen lässt sich durch die in diesen Bezirken auch eklatant höhere Bevölkerungsdichte erklären.

Obwohl die Auswahl der Bezirke auf ökonomischen Gesichtspunkten und dem Ausländeranteil beruht, ohne die Bevölkerungsdichte zu berücksichtigen, können die hier dargestellten Ergebnisse als Tendenz für ganz Wien gesehen werden, da die Bezirke mit hohen Anteilen an armutsgefähr-

³³ Eigene Berechnung des Anteiles jener Personen, deren Einkommen in der IFES-Studie ermittelbar war. Durch die gerundeten Prozentwerte der IFES-Studienauswertungen können die selbst errechneten Werte Unschärfen im Prozentbereich aufweisen.

³⁴ Durch die gerundeten Prozentwerte der IFES-Studienauswertungen können die selbst errechneten Werte Unschärfen im Prozentbereich aufweisen.

deten Familien bzw. Familien mit Migrationshintergrund tendenziell auch eine höhere Bevölkerungsdichte aufweisen. Eine Benachteiligung von Familien mit Armutsgefährdung bzw. Migrationshintergrund bei der Erreichbarkeit lässt sich somit für Wien nicht feststellen.

Interessanterweise spiegelt sich dies allerdings nicht im Empfinden der Anwohner wider. Zwar ist generell eine sehr hohe Zufriedenheit mit der Nähe zu einem Kindergarten – Krippen wurden bei der Fragestellung nicht berücksichtigt – im Wohngebiet festzustellen. Allerdings bewerten die Anwohner ihre Zufriedenheit in den eher armutsgefährdeten Bezirken 15 und 2 in einem Schulnotensystem von 1 bis 5 (1 = „sehr zufrieden“, 5 = „gar nicht zufrieden“) etwas weniger gut als die beiden Vergleichsbezirke 13 und 19 mit dem höheren durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen. (Abb. 2)

Teilweise könnte dieses Phänomen eventuell durch die unterschiedliche Nutzung von Verkehrsmitteln durch die verschiedenen Gruppen zu erklären sein. So zeigt sich bei der Frage nach dem benutzten Verkehrsmittel bei der Begleitung der Kinder zur Schule, dass armutsgefährdete Befragte und Befragte mit Migrationshintergrund zu diesem Zweck mit 41,5% und 40,5% sehr viel häufiger öffentliche Verkehrsmittel benutzen als die Befragten ohne Armutsgefährdung und ohne Migrationshintergrund (29,6% bzw. 30,9%). Dagegen benutzen 29,6% der nicht armutsgefährdeten Befragten und 31,2% der Befragten mit Migrationshintergrund das Auto für diesen Weg. Bei den Armutsgefährdeten sind es nur 19,5% und bei den Befragten mit Migrationshintergrund 21,6%, die das Auto verwenden, um ihre Kinder in Kindergarten oder Schule zu begleiten. (Abb. 5, Abb. 6)

Es lässt sich durchaus argumentieren, dass die Benutzung eines Autos, praktisch das Fahren von Tür zu Tür, Wege weniger weit erscheinen lässt, als dies bei der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln erscheinen mag, selbst wenn die tatsächliche Entfernung deutlich größer ist. Somit könnte die unterschiedliche Verkehrsmittelnutzung die oben festgestellte Differenz der Zufriedenheitswerte bei der Nähe zu Kindergärten im Wohngebiet erklären.

Für viele Familien, die Kinder mit einer Behinderung haben, ergibt sich eine erschwerte Erreichbarkeit dadurch, dass diese Gruppe zumeist auf Plätze in Integrationsgruppen oder in heilpädagogischen Gruppen angewiesen ist. Aufgrund der viel geringeren Anzahl an Einrichtungen mit diesem Angebot ergeben sich viel weitere Anfahrtswege als für Kinder ohne Behinderung bzw. deren Eltern. Dies gilt speziell für die zumeist

schwerstbehinderten Kinder, die heilpädagogische Gruppen besuchen.

Kinder mit einer leichten geistigen Behinderung, aber auch Kinder mit rein körperlicher Behinderung werden – sofern die baulichen Gegebenheiten es zulassen – oft auch in „regulären“ Gruppen betreut. Für diese Kinder bzw. ihre Familien ist somit keine erschwerte Erreichbarkeit festzustellen.

Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen

Von den befragten Familien mit Kindern unter sechs Jahren war für immerhin 20% das Vorhandensein einer Nachmittagsbetreuung mit ausschlaggebend für die Wahl der Kinderbetreuungseinrichtung. Da in vielen Fällen die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit – in der Regel die der Mutter – von der Nachmittagsbetreuung abhängt, erscheint dieser hohe Wert nicht sehr verwunderlich.

Die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt Wien entsprechen diesen Bedürfnissen weitgehend, im Regelfall haben sie an jedem Standort ganztägig 11 Stunden pro Tag – von 6.30 bis 17.30 Uhr – geöffnet. An fünf Standorten ist bis 20 Uhr geöffnet (MA 10 2005, 11).

Eine ganztägige – zwischen zehn und zwölf Stunden – und ganzzährige Betreuung lässt sich im Allgemeinen auch für die großen gemeinnützigen Trägervereine feststellen, wobei es zwar sommerliche Schließzeiten gibt, diese sind aber unter den Standorten so abgestimmt, dass die Kinder in eine nahe gelegene Einrichtung des Vereins ausweichen können.

Eine Ausnahme bieten die meisten kirchlichen Einrichtungen, die ähnlich wie viele private Einrichtungen kürzere Öffnungszeiten, vielfach nur halbtags, aufweisen. Teilweise sind diese Einrichtungen auch in den Schulferien geschlossen (Dolna 2006, 66).

Da die kirchlichen Einrichtungen wie oben ausgeführt einen durchschnittlich deutlich geringeren Elternbeitrag verlangen, scheinen diese Einrichtungen gerade für Familien mit geringem Einkommen besonders interessant zu sein. Dies gilt speziell für jene Gruppe von Armutsgefährdeten, deren Familieneinkommen – wie unten ausgeführt – für vollständige Befreiung von den Elternbeiträgen zu hoch ist. Eine Aussage darüber, ob diese Bevölkerungsgruppe Betreuungseinrichtungen von kirchlichen Trägern verstärkt aufsucht, kann allerdings anhand der vorliegenden Daten nicht getroffen werden. Sollte dies jedoch zutreffen, lässt dies auf eine gewisse Benachteiligung gegenüber der nicht armutsgefährdeten

Familien schließen, die flexibler sind, weil sie nicht auf die günstigen Einrichtungen mit den weniger attraktiven Öffnungszeiten angewiesen sind.

Ob und in welchem Ausmaß die Öffnungszeiten der Einrichtungen für behinderte Kinder von denen „regulärer“ Einrichtungen abweichen, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Der Verein „Integration Wien“ kritisiert aber die Öffnungszeiten und fordert „flexible, den Bedürfnissen der Eltern, ihrer Kinder und letztendlich auch der Wirtschaft angepasste Öffnungszeiten“ (Integration Wien 2008).

Platzangebot in Kinderbetreuungseinrichtungen

Sonja Dörfler kommt zu dem Schluss, dass fehlende Betreuungsplätze in Wien eine eher untergeordnete Rolle spielen (2007, 27). „In der Regel bekommt man bei dringender Bedürftigkeit [in einem städtischen Kindergarten] sofort einen Platz, dann allerdings nicht immer in einem Wunschkindergarten“ (Dolna 2006, 45). Doch speziell im Bereich der Kinderkrippen dürfte dies nicht immer so ohne weiteres möglich sein. So schreibt Magdalena Dolna weiter: „In Krippen werden die Plätze in erster Linie an Kinder berufstätiger Eltern vergeben. Auf Restplätzen werden auch andere Kinder aufgenommen“ (2006, 45). Die Berufstätigkeit ist aber kein Hinweis für eine soziale Notlage. Im Gegenteil profitieren von dieser Regelung besser ausgebildete Frauen mit höherem Einkommen, welche auch früher ins Berufsleben zurückkehren (Kreyenfeld 2007, 104).

Es ergibt sich die Frage, ob ein größeres Angebot auch entsprechende Nachfrage schafft. Diese Frage ist dann zu bejahen, wenn in Bezirken mit einer höheren Dichte an Gruppen eine größere Anzahl von Kindern je Einrichtung betreut wird. Diese Annahme lässt sich aber nicht gesichert bestätigen. So weist der 15. Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus, in welchem diese Bevölkerungsgruppen stärker vertreten sind, mit 116 unter dreijährigen Kindern pro Krippengruppe einen etwas schlechteren Wert auf als der 13. Bezirk Hietzing mit 94 Kindern unter drei Jahren pro Krippengruppe und widerspricht so dieser Annahme. In der Kontrollgruppe hingegen zeigt sich ein gegenteiliges Bild. Mit nur 84 Kindern unter drei Jahren pro Krippengruppe ist die Dichte deutlich höher als in dem Vergleichsbezirk, dem 19. Bezirk Döbling, wo einer Krippengruppe 132 Kinder gegenüberstehen.

Im Bereich der Drei- bis unter Sechsjährigen zeigt sich eine etwas höhere Inanspruchnahme

durch nicht armutsgefährdete Personen und Personen ohne Migrationshintergrund. Die Anzahl der Kinder je Gruppe als Beurteilungskriterium ist nicht unproblematisch, da durch die Einbeziehung der altersgemischten Gruppen, welche auch von älteren Kindern besucht werden, eine Verzerrung entsteht. Unter der Annahme, dass diese Verzerrung in den verschiedenen Bezirken ähnlich hoch ausfallen dürfte, wird sie im Folgenden aber doch berücksichtigt. Im 15. Bezirk ist das Verhältnis mit 26 Kindern von drei bis unter sechs Jahren je Gruppe deutlich schlechter als im 13. Bezirk mit 19 Kindern je Gruppe. Die Kontrollgruppe bestätigt diesen Trend, wobei hier der Unterschied deutlich geringer ausfällt. So kommen im 2. Bezirk 24 Kinder auf eine Kindergarten- bzw. altersgemischte Gruppe, während es im 19. Bezirk 22 Kinder je Gruppe sind. (Abb. 4)

Diese Ergebnisse schließen somit einen Zusammenhang zwischen Kinder- und Gruppendichte je Bezirk und dem Ausmaß der Inanspruchnahme von Kinderbetreuungseinrichtungen nicht aus, können einen solchen aber auch nicht gesichert bestätigen. Auch die Frage, ob armutsgefährdete Familien und Familien mit Migrationshintergrund durch eine geringere Dichte an Kindergärten in den von ihnen stärker bewohnten Bezirken benachteiligt sind bzw. Krippen aufgrund einer höheren Dichte an Krippen diese auch stärker aufsuchen, kann mit den obigen Ergebnissen nicht klar beantwortet werden, auch wenn es eine Tendenz in diese Richtung gibt.

Familien mit behinderten Kindern sind bei Zugang zu Kindergärten besonders an dem Mangel an freien Plätzen betroffen. Wie oben schon erwähnt, ist von wenigen Ausnahmen abgesehen diese Gruppe auf Integrationsgruppenplätze oder Plätze in heilpädagogischen Gruppen angewiesen. Hier klaffen Angebot und Nachfrage weit auseinander. In der Praxis sind hier speziell die schwerer behinderten Kinder benachteiligt, da die weniger stark behinderten Kinder bei der Aufnahme in die limitierten Gruppen bevorzugt werden, da diese leichter zu integrieren sind. Es gibt auch eine mobile Frühförderung, die die Kinder stundenweise zuhause besucht, diese ist aber kein Ersatz für einen Krippenplatz. Kindergarten und Frühförderung können nicht parallel in Anspruch genommen werden.

Behinderte Kinder im Krippenalter werden in der Regel nicht institutionell betreut. Auch hier kann die mobile Frühförderung in Anspruch genommen werden, welche aber keinen Ersatz für institutionelle Betreuung in Kinderkrippen darstellt.

Diese fehlende Betreuung bedeutet neben dem Fehlen einer adäquaten Förderung für die betroffenen Kinder oft auch den Ausschluss eines El-

ternteils von der Erwerbstätigkeit. Gerade bei behinderten Kindern sind dies sehr häufig Alleinerzieherinnen. Dies führt dazu, dass die betroffenen Familien sehr oft in ein „nicht nur finanzielles Desaster, sondern in ein soziales Desaster stürzen“ (Reindl 2009, Interview).

Zahlen zum Platzmangel lassen sich aber keine nennen, zumal es keine adäquate Bedarfserhebung gibt. Beim Verein „Integration Wien“ heißt es, dass die ihnen von der MA 10 – Wiener Kindergärten genannten Zahlen zu Kindern, die auf einen Betreuungsplatz warten, unterschiedlich sind und sich auch nicht mit der eigenen Beobachtung decken.

Elternbeiträge

Die Kosten sind in Wien das bedeutendste Argument gegen eine außerfamiliäre Betreuung. Bei den Drei- bis unter Sechsjährigen, die eine Kinderbetreuung benötigen würden, nennen zwei Drittel aller Mütter die Kosten als größtes Hindernis (Dörfler 2007, 27 f.). Dies, obwohl das Gebührenmodell der Stadt auf einem System sozialer Staffelung beruht. Als Grundlage der Staffelung dient das Familiennettoeinkommen, in welches neben dem Erwerbseinkommen fast sämtliche Sozialleistungen, etwaige Einkünfte aus Kapitalvermögen, aber auch Unterstützungsbeiträge von Verwandten mit einbezogen werden. Bei der Bemessung nicht berücksichtigt werden diverse Beihilfen für behinderte Menschen sowie Pflegegelder (MA 10, 5 f.). 2007 war bei einem Familieneinkommen von monatlich 2.285 Euro oder darüber der volle Beitrag zu entrichten, für Beträge unter dieser Grenze gibt es Ermäßigungsstufen. Für Familien, die monatlich weniger als 1.053 Euro zur Verfügung haben, entfallen die Elternbeiträge. Um auch die Essensbeiträge erstattet zu bekommen, muss man „... laut Servicestelle ‚nochmals weit unter dieser Grenze‘ [liegen]“ (derStandard.at 2008, Online). Auch hierzu gibt es keine offiziellen und transparenten Angaben. Gesichert hingegen ist, dass für jedes weitere Kind der Antragsteller 324,40 Euro vom Bemessungsbetrag abgezogen werden. Die Ermäßigung kann auch von Eltern in Anspruch genommen werden, deren Kinder eine private Einrichtung besuchen. Etwaige Mehrkosten durch höhere Beiträge werden nicht berücksichtigt und müssen daher von den Eltern selber getragen werden. 2006 betrug der Elternbeitrag für einen Ganztagesplatz inklusive Essensbeiträge – „Gabelfrühstück“ und Mittagessen – in einer städtischen Einrichtung 266,02 Euro. Die Elternbeiträge der privaten Einrichtungen sind je nach Standort und Angebot auch innerhalb der großen Dachverbän-

de unterschiedlich. So liegen die Beiträge der „Wiener Kinderfreunde“ und des Vereins „Kinder in Wien“ durchschnittlich knapp über den Beiträgen der öffentlichen Einrichtungen, jene des „Kindergartenwerks“ deutlich darunter. (Abb. 5)

Die mit Abstand höchsten Beiträge – auch durch extra zu bezahlende Zusatzangebote – werden in den profitorientierten Einrichtungen erhoben, da diese neben dem Abzielen auf einen Gewinn auch keine Förderungen von der öffentlichen Hand erhalten (Dolna 2006, 46 ff.).

Das weiter oben vorgestellte städtische Gebührenmodell kann nur begrenzt als taugliches Lenkungsinstrument zur Entlastung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen gesehen werden. Da das Nettohaushaltseinkommen als Berechnungsgrundlage für das Ausmaß der Gebührenermäßigung dient, kommt es zu der paradoxen Situation, dass auch Haushalte, die deutlich unter der Armutsgefährdungsgrenze leben, nicht vom gesamten Ausmaß der Gebührenbefreiung profitieren. Daran ändern auch die 324,40 Euro, die für jedes weitere Kind von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden, nicht viel.

Berechnungsbeispiel

Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kinder unter sechs Jahren. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen beträgt € 1.700.

Berechnung des Gewichtungsfaktors:
 $1 + 0,5 + 2 * 0,3 = 2,1$

Das gewichtete Haushaltseinkommen ergibt sich durch:
 $€ 1.700 / 2,1 = € 809,52$; der Betrag liegt unter der Grenze von € 893; die Familie gilt somit als armutsgefährdet.

Berechnung des Kindergartenbeitrages:
 $€ 1.700 - € 324,40^{35} = € 1.375,6$

Für die komplette Befreiung des Elternbeitrages wäre ein Familiennettoeinkommen von unter € 1.053 von Nöten.³⁶

Quelle: Anlehnung an IFES-Berechnungsbeispiel für gewichtete Haushaltseinkommen

Die von den Eltern selbst zu zahlende Differenz der Beiträge zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen – mit Ausnahme des Kindergartenwerks – muss besonders für einkommensschwache Familien als Benachteiligung gesehen

³⁵ Dieser Betrag liegt bei dem hier angenommenen Familiennettoeinkommen von € 1.700 deutlich unter den € 510, dem Gewichtungsfaktor mit 0,3 für ein Kind entsprechen.

³⁶ Für eine genaue Berechnung des zu zahlenden Elternbeitrages wäre die Kenntnis der Ermäßigungsstufen vonnöten, die leider nicht vorliegt.

werden. Die Differenz ist – obwohl meist eher gering – von diesen Familien deutlich schwerer aufzubringen und verstärkt die Abhängigkeit von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Die profitorientierten betriebenen Einrichtungen mit ihren Spezialangeboten sind für armutsgefährdete Familien in den meisten Fällen wohl kaum erschwinglich.

Für Familien mit behinderten Kindern kann, abgesehen von ihrer höheren Armutsneigung, keine Benachteiligung gegenüber Familien mit Kindern ohne Behinderung festgestellt werden. Die Elternbeiträge für Integrationsgruppen und sonder- bzw. heilpädagogische Gruppen unterscheiden sich in den von der Stadt betriebenen Einrichtungen nicht von jenen für „reguläre“ Gruppen.

Die Einführung des „Gratiskindergartens“ ab dem Schuljahr 2009/2010 für alle Kinder von null bis sechs beseitigt die finanzielle Benachteiligung von armutsgefährdeten Familien weitgehend. So sollen nicht nur für den Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen der Gemeinde, sondern auch für jenen der gemeinnützigen Vereine gänzlich von den Elternbeiträgen befreit werden. Nur für den Besuch der profitorientierten Einrichtungen wird wohl weiterhin ein Betrag eingehoben werden.³⁷ (Fernsebner-Kokert/Andrea Heigl 2009, 9) In diesem Bereich würde somit weiterhin eine Benachteiligung bestehen.

Qualität der Kinderbetreuungseinrichtung

Die Qualität der Einrichtungen kann hier für armutsgefährdete Familien und Familien mit Migrationshintergrund nur im Rahmen ihrer allgemeinen Zufriedenheit mit den Kinderbetreuungseinrichtungen berücksichtigt werden. Die 70 Familien, die ihre Kinder in eine Krippe schicken, benoten alles in allem die Zufriedenheit mit der Krippe mit einem Mittelwert von 1,35. Die 470 Familien, die Kinder in einem Kindergarten haben, bewerteten ihre Zufriedenheit mit einem Mittelwert von 1,61, die Note; „gar nicht zufriedenstellend“ wurde nur zweimal vergeben. Die allgemeine Zufriedenheit mit den Betreuungseinrichtungen ist demnach sehr hoch.

Wird die Gruppe der armutsgefährdeten Familien gesondert betrachtet, zeigt sich, dass Kinderkrippen mit 1,15 und Kindergärten mit 1,54 mittlerer Benotung besser abschneiden als bei der nicht armutsgefährdeten Vergleichsgruppe mit 1,62

bzw. 1,66. Aufgrund der niederen Fallzahlen darf im Bereich der Krippen die Bewertung durch die armutsgefährdeten und die nicht armutsgefährdeten Befragten allerdings nur als Tendenz gesehen werden.

Die Befragten mit Migrationshintergrund beurteilen ihre Zufriedenheit mit den Kinderbetreuungseinrichtungen hingegen etwas schlechter als jene ohne Migrationshintergrund. Bei den Kinderkrippen bewerten sie ihre Zufriedenheit mit einem Durchschnitt von 1,43, die den 1,25 bei Personen ohne Migrationshintergrund gegenüberstehen. Im Bereich der Kindergärten ist die Differenz noch etwas größer mit 1,76 gegenüber 1,53 bei den Befragten ohne Migrationshintergrund. Allerdings ist auch hier wie schon bei der Gruppe der Armutsgefährdeten festzustellen, dass bei den Krippen die Benotungen durch die Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund nur als Tendenz zu interpretieren sind. (Abb. 6)

Die geringere Zufriedenheit von Personen mit Migrationshintergrund mit den Betreuungseinrichtungen könnte auf die sprachlichen Schwierigkeiten zurückzuführen sein. So findet kontinuierliche und ganztägige bilinguale Betreuung nicht flächendeckend, sondern nur im „Integrationshaus“ der Kinderfreunde sowie in manchen Kindertagesheimen der Stadt Wien und manchen katholischen Kindergärten statt (2003, 92–93).

Die Qualität der Integrations- und heilpädagogischen Gruppen kann als sehr gut beurteilt werden. In den Gruppen steht auch fachlich qualifiziertes Personal, sprich zumindest eine Sonderkindergärtnerin pro Gruppe, zur Verfügung.

5. Schlussbetrachtungen

Die Schlussbetrachtung fällt äußerst differenziert aus. Viele Ergebnisse der einzelnen Analysen überraschten, konnten aber aufgrund der schwierigen Datenlage und fehlender Anhaltspunkte in der Fachliteratur nicht oder nur teilweise erklärt werden. Nichtsdestoweniger beinhaltet die vorliegende Untersuchung einige interessante Ergebnisse und verschafft in einigen Bereichen einen Erkenntnisgewinn über die Chancengleichheit verschiedener Bevölkerungsgruppen beim Zugang zur institutionellen Kinderbetreuung in Wien.

Bereits bei den theoretischen Überlegungen wurde im Bereich der Kinderbetreuung auf eine Zwischenposition Wiens zwischen dem klassischen konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat – als welcher Gesamtösterreich eindeutig zu identifizieren ist – und dem Modell der sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten geschlossen. Eine sol-

³⁷ Zum Zeitpunkt der Einreichung der vorliegenden Arbeit waren die Verhandlungen zwischen der Stadt Wien und den privaten Anbietern noch nicht abgeschlossen.

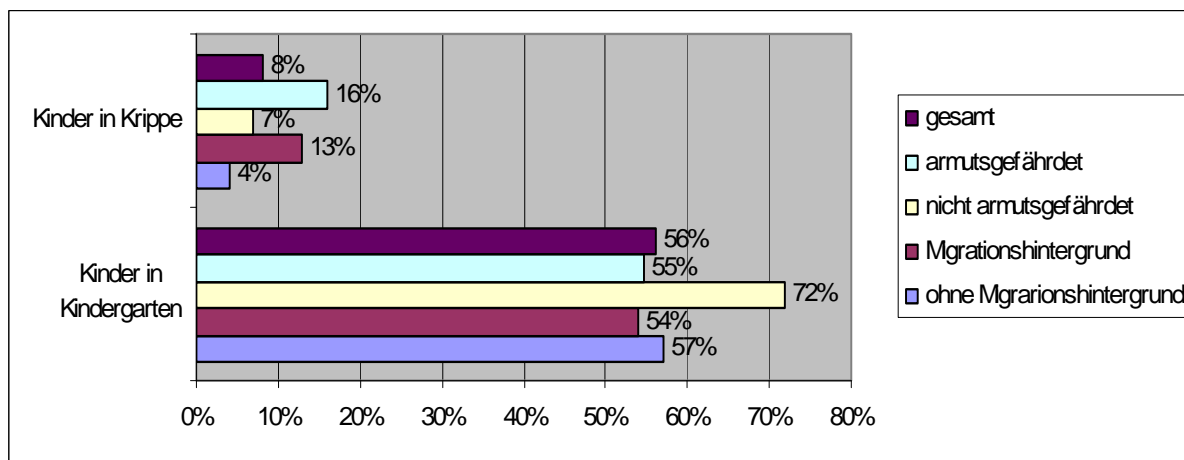
che Zwischenposition lässt sich auch bei der sozialen Chancengleichheit beim Zugang zu den institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen feststellen.

Für alle drei berücksichtigten Bevölkerungsgruppen lassen sich in verschiedenen Bereichen Benachteiligungen ausmachen, wobei sich die Lage für Familien mit behinderten Kindern als besonders schwierig darstellt. Den politischen Willen vorausgesetzt, könnten aber die meisten dieser Benachteiligungen beseitigt werden.

So begrüßenswert die Einführung einer kostenlosen Kinderbetreuung für alle auch erscheinen mag, so stellt sich doch die Frage, ob mit diesen finanziellen Mitteln nicht eine weitgehende Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen bei der Inanspruchnahme von institutioneller Kinderbetreuung in Wien gewährleistet werden könnte. Die bislang bestehende Benachteiligung von Familien mit geringem Einkommen durch die Elternbeiträge wäre leicht durch eine Reformierung des bestehenden Systems der sozialen Staffelung – vor allem durch die Einführung des gewichteten Haushaltseinkommens als Bemessungsgrundlage für die Höhe der Beiträge – beizukommen gewesen.

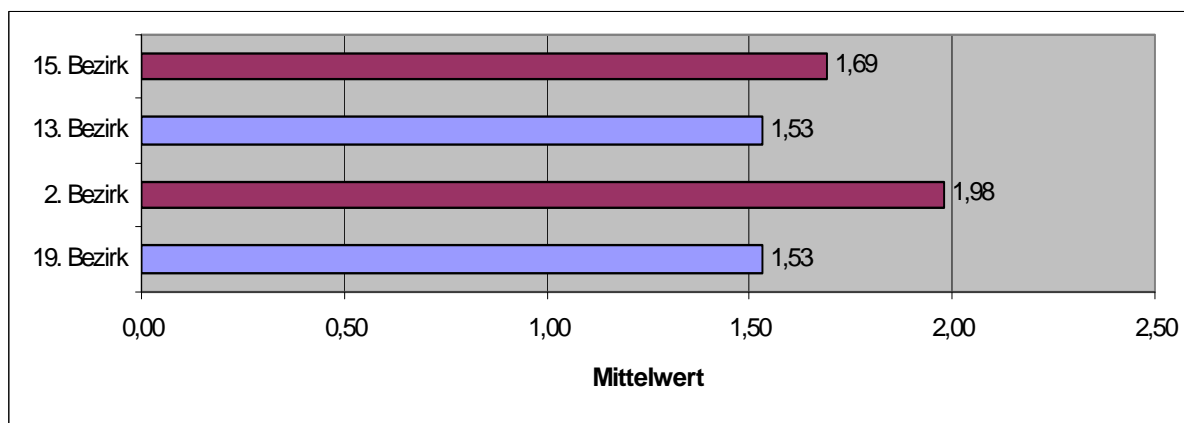
Grafische Darstellungen

Abb. 1: Inanspruchnahme von institutioneller Kinderbetreuung durch Familien mit Kindern unter sechs Jahren – Armutsgefährdung³⁸



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung nach Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008

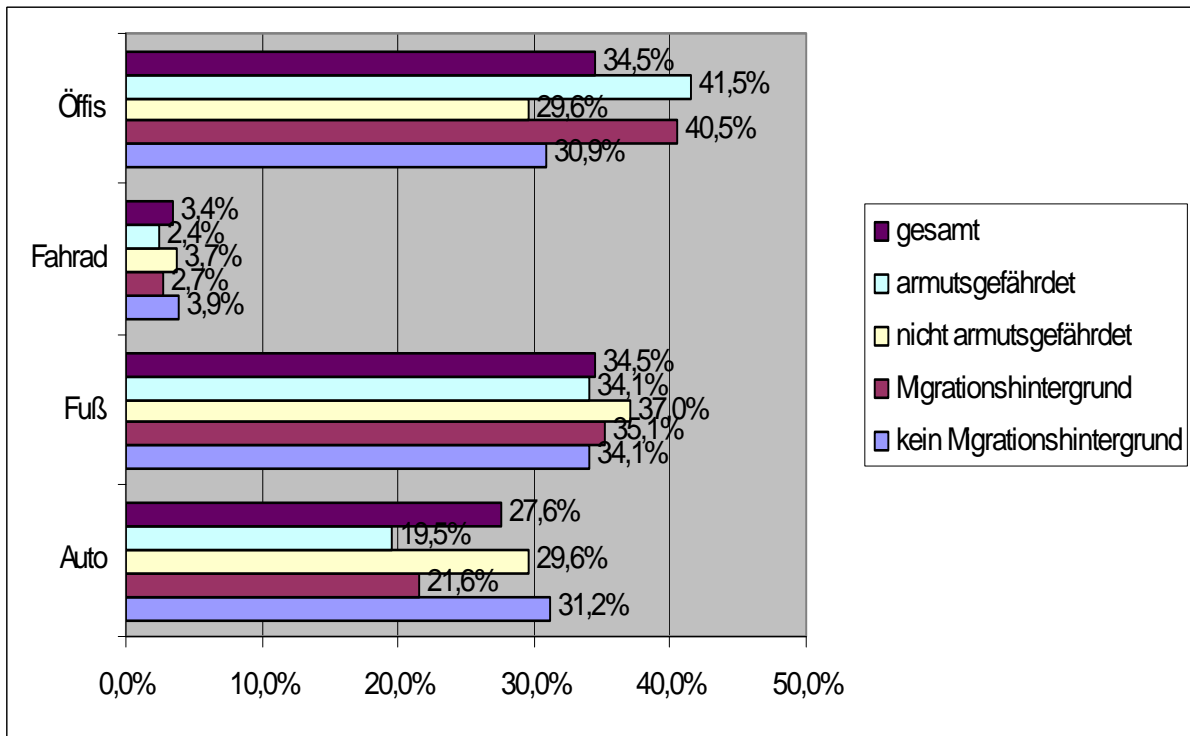
Abb. 2: Zufriedenheit mit der Nähe zu einem Kindergarten im Wohngebiet – Bezirksvergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008

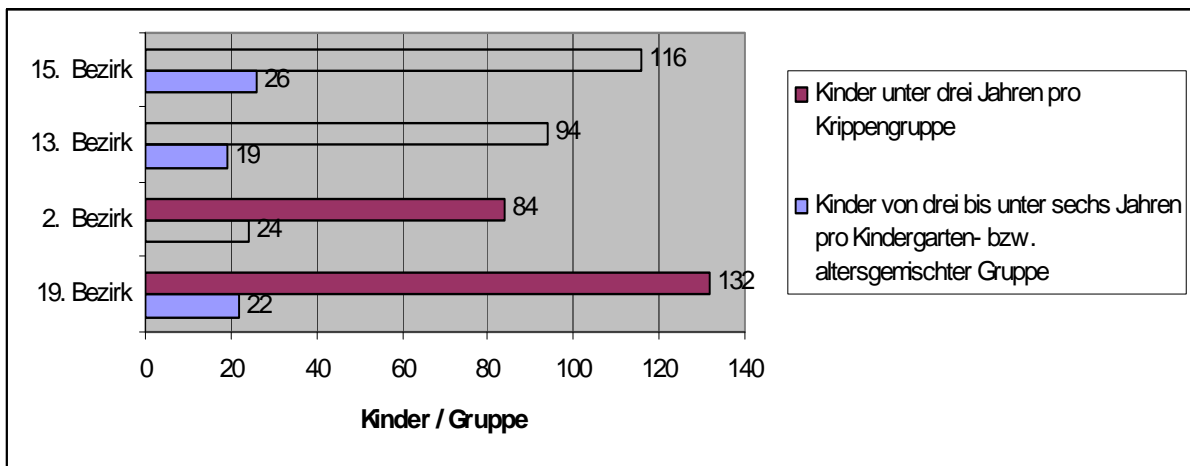
³⁸ Der Berechnung bei den Armutsgefährdeten liegt die Annahme zugrunde, dass alle Kinder, die einen Kindergarten besuchen, unter sechs Jahre alt sind und alle Kinder, die eine Krippe besuchen, unter drei Jahre alt sind. Da dies in der Praxis aber nicht immer ganz zutreffend ist, können hier leichte Verzerrungen entstehen. Die Kategorie „gesamt“ enthält auch jene Personen, deren Einkommen nicht ermittelbar war.

Abb. 3: Benützte Verkehrsmittel bei der Begleitung der Kinder zu Kindergarten oder Schule – Armutsgefährdung³⁹



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung nach Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008

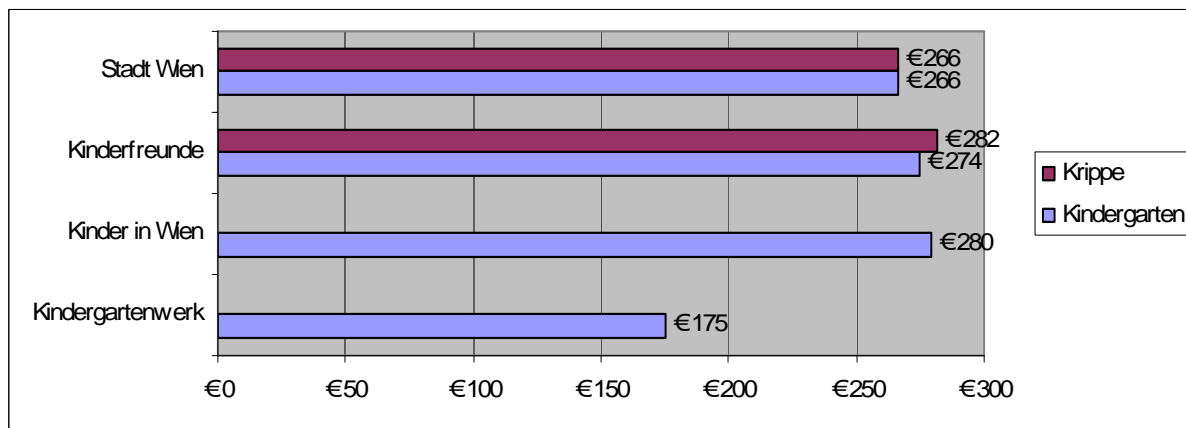
Abb. 4: Kinder pro Gruppe – Bezirksvergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach eigenen Berechnungen mit Daten von Statistik Austria und MA 5

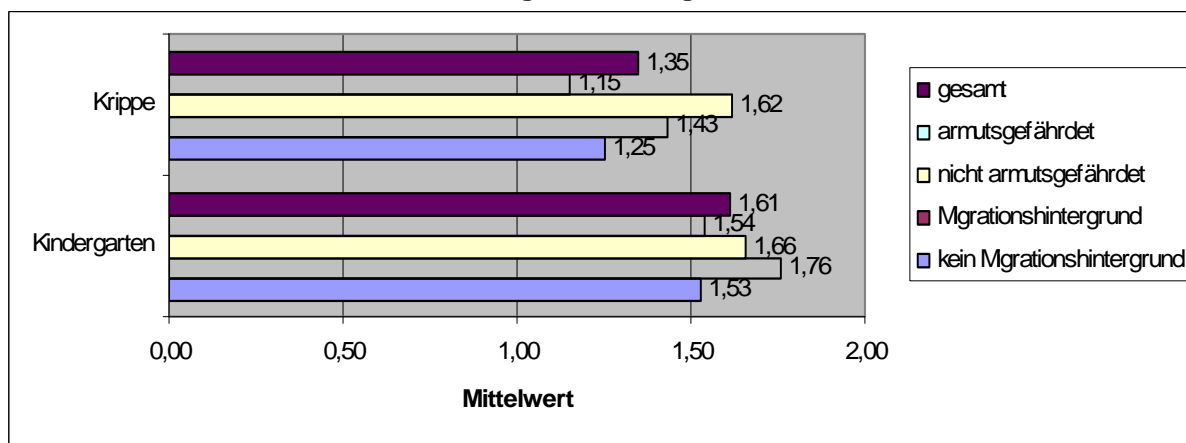
³⁹ Die geringen Prozentwerte sind aufgrund der geringen Fallzahlen nicht aussagekräftig bzw. nur als Tendenz zu interpretieren. Die dargestellten Prozentwerte wurden durch Herausrechnen der Kategorie „mache ich nicht/betrifft mich nicht“ bereinigt. Kategorien wie „Kombination Auto/öffentlicher Verkehr“ werden aufgrund der besonderen geringen Prozentwerte nicht dargestellt.

Abb. 5: Elternbeiträge nach Trägern - Mittelwerte⁴⁰



Quelle: Eigene Darstellung nach Dolna 2006 sowie eigene Berechnungen

Abb. 6: Zufriedenheit mit Kinderbetreuungseinrichtungen⁴¹



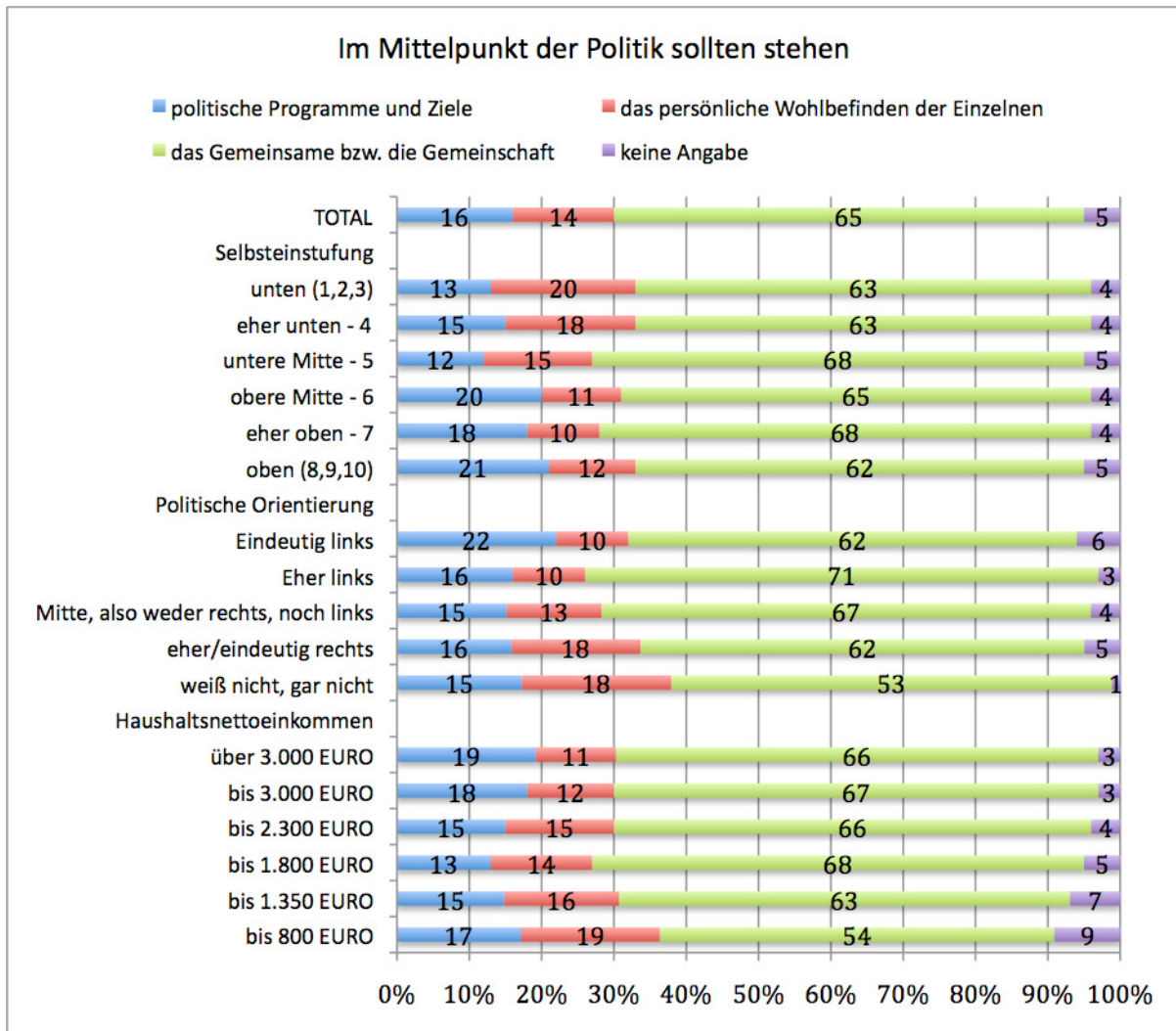
Quelle: Eigene Darstellung nach Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien 2008

⁴⁰ Beiträge für Ganztagesplätze inkl. Sonderbeiträge und Essensgebühren. Die gewinnorientierten Kinderbetreuungseinrichtungen konnten mangels zur Verfügung stehender Daten nicht berücksichtigt werden.

⁴¹ Im Bereich der Krippe ist die Gruppe der Armutsgefährdeten bei 25 Befragten und die der nicht Armutsgefährdeten bei 32 Befragten nur als Tendenz interpretierbar. Dasselbe gilt für die Gruppe mit Migrationshintergrund bei 39 Befragten und jene ohne Migrationshintergrund bei 31 Befragten.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hrsg.) (2004): Österreichischer Hintergrundbericht zum OECD-Projekt „Starting Strong“. Wien.
- Buttaroni*, Susanna (2003): Frühe Mehrsprachigkeit. Das Angebot an Minderheitensprachen in Kindergärten, in: *De Cillia*, Rudolf; *Busch* Brigitta (Hrsg.): Sprachenpolitik in Österreich. Eine Bestandsaufnahme, Innsbruck, 92–101.
- Deutsches Jugend Institut (Hrsg.) (2004): OECD Early Childhood Policy Review 2002–2004. Background Report Germany, München.
- Dörfler*, Sonja (2007): Kinderbetreuungskulturen in Europa. Ein Vergleich vorschulischer Kinderbetreuung in Österreich, Deutschland, Frankreich und Schweden, Österreichisches Institut für Familienforschung-Workingpaper.
- Dolna*, Magdalena (2006): Bereitstellung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung am Beispiel der Stadt Wien, Diplomarbeit.
- Esping-Andersen*, Gösta (2000): Social Foundations of Postindustrial Economies, Oxford.
- Fernsebner-Kokert*, Bettina; *Heigl*, Andrea (2009): Auch Privatkinderergärten sollen gratis werden, in: Der Standard, 17.4.2009, 9.
- Hank*, Karsten; *Tillmann*, Katja; *Wagner*, Gert G. (2001): Außerhäusliche Kinderbetreuung in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung. Ein Vergleich mit Westdeutschland in den Jahren 1990–1999, Max-Planck-Institut für demografische Forschung-Workingpaper.
- Integration Wien (Hrsg.): (2008): Interner Jahresbericht.
- Kreyenfeld*, Michaela; *Spiess*, C. Katharina (2002): Die Förderung von Kindertageseinrichtungen. Eine Analyse ihrer verteilungspolitischen Konsequenzen, in: *Neubauer*, Georg; *Fromme*, Johannes; *Engelbert*, Angelika (Hrsg.): Ökonomisierung der Kindheit. Sozialpolitische Entwicklungen und ihre Folgen, Opladen, 59–76.
- Kreyenfeld*, Michaela (2007). Soziale Ungleichheit und Kinderbetreuung. Eine Analyse der sozialen und ökonomischen Determinanten der Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen, in: Rolf *Becker*/Wolfgang *Lauterbach* (Hg.): Bildung als Privileg, Wiesbaden, 99-123.
- Magistratsabteilung 05 – Finanzwirtschaft, Haushaltswesen und Statistik (Hrsg.) (2005): Statistische Mitteilungen der Stadt Wien. Institutionelle Kinderbetreuung in Wien, Heft 3/2005, Wien.
- Magistratsabteilung 05 – Finanzwirtschaft, Haushaltswesen und Statistik (Hrsg.) (2007): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2007, Wien.
- Magistratsabteilung 10 – Wiener Kindergärten (Hrsg.) (2008): Elternbeiträge. Krippen, Kindergärten und Horte der Stadt Wien, Broschüre, Wien.
- OECD (Hrsg.) (2006): Starting Strong. Early Childhood Education and Care Policy. Country Note for Austria.
- Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung für Wien, 2008.
- Statistik Austria (Hrsg.) (2004): Zukünftige Inanspruchnahme von Kinderbetreuungseinrichtungen, Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien.
- Statistik Austria (Hrsg.) (2008): Kindertagesheimstatistik 2007/08, Wien.



6. Einstellung zu Wahlen

Die verbreitete Skepsis gegenüber den politischen Parteien ändert nichts daran, dass die große Mehrheit der Bevölkerung eine Teilnahme an Kommunalwahlen für wichtig ansieht.

Die folgende Frage wurde gestellt:

Welche Einstellung haben Sie zu den Wahlen zum Wiener Gemeinderat. Treffen da die folgenden Aussagen sehr, eher schon, eher nicht oder gar nicht zu?

Die vorgegebenen Alternativen waren:

- Es ist mir ein **Anliegen**, an der Wahl teilzunehmen
- Ich betrachte es als meine **Pflicht** als StaatsbürgerIn, an Wiener Wahlen teilzunehmen
- Ich befasse mich eher wenig mit Politik und habe **wenig Interesse** an Wahlen
- Eigentlich ist es ziemlich **egal**, ob man in Wien wählt oder nicht, man kann ja doch nichts ändern

Antwort- en	trifft sehr zu	trifft eher schon zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu	Nicht wahlberechtigt bzw. keine Angabe
Anliegen	61	20	5	5	9
Pflicht	65	17	5	5	8
Wenig Interesse	8	13	22	55	2
Egal	10	13	21	53	3

Acht von zehn Befragten sagten, dass es ihnen ein Anliegen ist, bei den Wahlen zum Wiener Gemeinderat teilzunehmen. Rund ebenso viele erachten es sogar als ihre Pflicht, diese demokratiepolitische Option auch zu nutzen. Jeweils jede/r Zehnte verneinte diese beiden Fragen; knapp ebenso viele gaben zu Protokoll, nicht wahlberechtigt zu sein. Bezogen auf die Wahlberechtigten belaufen sich die Zustimmungswerten somit auf rund 90%.

Welche Einstellung haben Sie zu den Wahlen zum Wiener Gemeinderat?

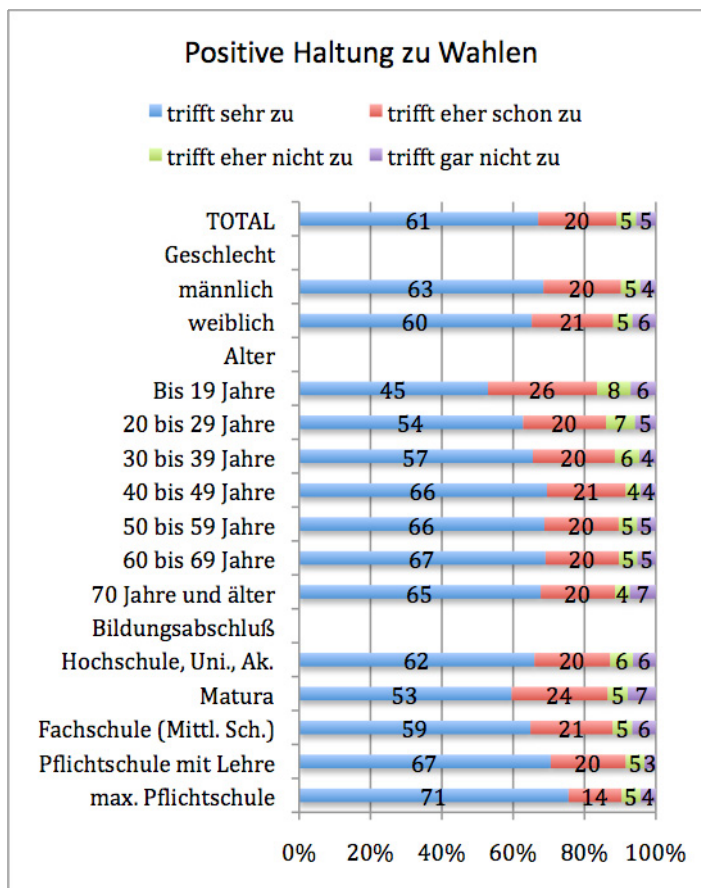
Es ist mir ein **Anliegen**, an der Wahl teilzunehmen

Bei der nebenstehenden Grafik, die die Antwortverteilungen differenziert nach dem Alter der Befragten ausweist, ist wieder zu berücksichtigen, dass bei den unteren und mittleren Altersgruppen die Anteile der Nicht-Wahlberechtigten überdurchschnittlich hoch sind. Unter Abrechnung dieser Gruppe beläuft sich auch bei den Jugendlichen die Quote derer, die dem zustimmt, auf insgesamt 82%.

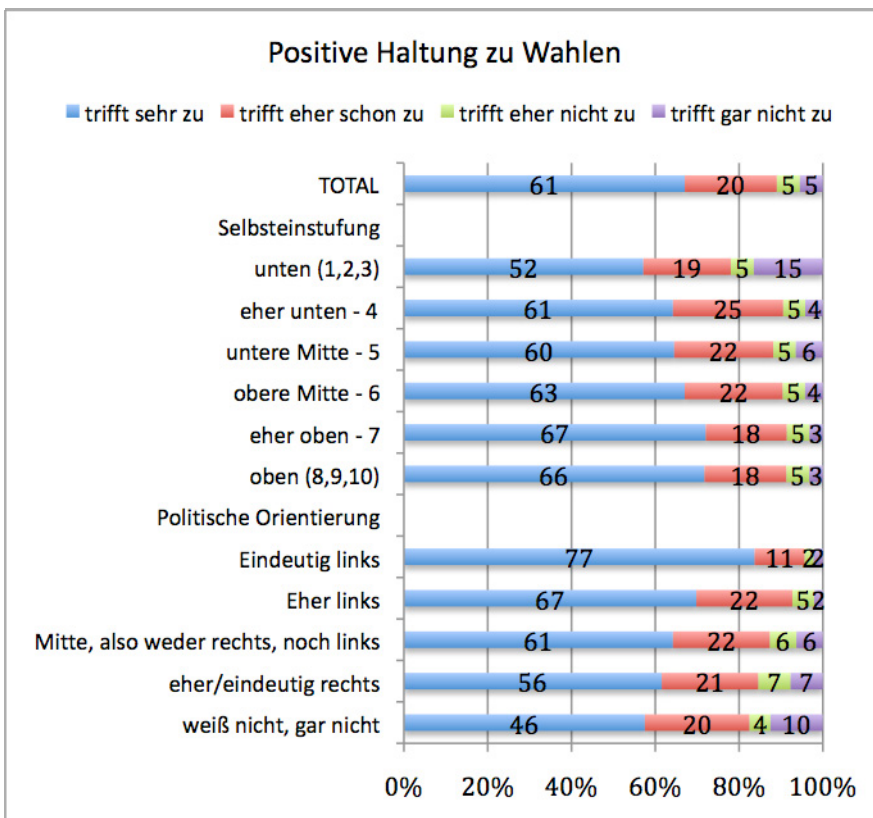
Hinsichtlich des Bildungshintergrunds unterscheiden sich die Antwortverteilungen nicht sehr. Tendenziell steigen die Zustimmungswerte aber mit zunehmender Schulbildung an.

Gesellschaftliche und politisch-ideologische Selbsteinstufung

Die Einstellung zu Wahlen in den Wiener Gemeinderat unterscheiden die einzelnen Katego-



rien der **Selbsteinstufungsvariable** nicht unerheblich. Die unteren Gesellschaftsschichten liegen in der positiven Bewertung der Wahlteilnahme deutlich unter dem Durchschnitt, die oberen Schichten dementsprechend über dem Durchschnitt, wobei sich der Anstieg in den obersten Kategorien abflacht.



Bekennenden links Orientierten ist es in hohem Maß ein Anliegen, an der Wahl teilzunehmen, die eher rechts Orientierten und die, die sich nicht zuordnen, liegen in der positiven Bewertung der Wahlen deutlich unter dem Durchschnitt.